Landtag des Saarlandes

12. Wahlperiode



PI. 12/65 10.03.04

65. Sitzung

am 10. März 2004, 09.00 Uhr, im Gebäude des Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.03 Uhr Ende: 18.12 Uhr

(Die Sitzung wird von 12.44 Uhr bis 13.46 Uhr unterbrochen.)

PRÄSIDIUM:

Präsident Ley (CDU)
Erste Vizepräsidentin Hollinger (SPD)
Erste Schriftführerin Rink (CDU)
Zweite Schriftführerin Scherer (SPD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident Müller (CDU)
Ministerin für Inneres und Sport
Kramp-Karrenbauer (CDU)
Minister für Finanzen und Bundesangelegenheiten
Jacoby
Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Schreier (CDU)
Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales
Dr. Görner
Minister für Wirtschaft Dr. Georgi
Minister für Umwelt Mörsdorf

Es fehlen:

Abg. Hellbrück (CDU) Abg. Schoenen (CDU)

	Seite		Seite
Geburtstagsglückwünsche	3421	Unterbrechung der Sitzung	3444
Mitteilungen des Präsidenten betreffend		1.b)Vereidigung des stellvertretenden Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes	3444
Entschuldigung wegen Abwesenheit eines Mi des der Landesregierung		6. Erste Lesung des von der SPD-Landtagsfraktion	
Begrüßung einer Zuhörergruppe	3421	eingebrachten Gesetzes für mehr Transparenz bei der Förderung kultureller und sozialer Zwe-	
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sit	tzung 3421	cke aus Sportwettenmitteln (Drucksache 12/1088)	3444
Änderung der Tagesordnung	3421	Abg. Lawall (SPD) zur Begründung	3444
Verkürzung der Verteilungsfrist	3421	Abg. Vogtel (CDU)	3446
Redezeitvereinbarung	3421	Abg. Ries (SPD)	3448
1.a)Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes (Wahlvorschlag: Drucksache 12/1090)	des	Minister Schreier	3452
	ndes	Abg. Gillo (SPD)	3455
,		Abg. Toscani (CDU)	3456
2. Wahl eines Direktors beim Rechnungshof Saarlandes		Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung	3457
Wahl der Mitglieder, stellvertretenden Mitgl und Ersatzmitglieder zur 12. Bundesversa lung (Wahlvorschlag: Drucksache 12/1089)	ımm-	7. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Stiftungsgesetzes (Drucksache 12/1086)	3457
 Beschlussfassung über den von der SPD-L tagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend dungspolitik ist Zukunftspolitik mit Mut zur 	l: Bil-	Ministerin Kramp-Karrenbauer zur Begründung	3457
tinuität und zur Korrektur (Drucksache 12/10		Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (IS)	3458
 Beschlussfassung über den von der CDU-L tagsfraktion eingebrachten Antrag betreff Qualitätsoffensive Bildung fortsetzen (Drud che 12/1096) 	fend: cksa-	 Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes über die Universität des Saarlandes (Universitätsgesetz - UG) (Drucksache 12/1087) 	3458
Abg. Maas (SPD) zur Begründung	ı des	Minister Schreier zur Begründung	3458
Antrages Drucksache 12/1091		Abg. Gillo (SPD)	3459
Abg. Berg (CDU) zur Begründung Antrages Drucksache 12/1096		Abg. Toscani (CDU)	3461
Minister Schreier		Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKW)	0.400
Abg. Braun (SPD)	3436		3463
Abg. Rink (CDU)		Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Ausführung des	
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1	1091,	Bundesausbildungsförderungsgesetzes (Drucksa- che 12/1092)	3463
Ablehnung des Antrages	3443	Abg. Berg (CDU) zur Begründung	3463
Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/ Annahme des Antrages		Abg. Gillo (SPD)	3463
5. Erste Lesung des von der Regierung eingeb		Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKW)	0.404
ten Gesetzes über die Zustimmung zum St vertrag zum Lotteriewesen in Deutschland			3464
zum Staatsvertrag über die Regionalisierung Teilen der von den Unternehmen des Deuts	y von schen	 Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften auf dem 	
Lotto- und Totoblocks erzielten Einnah (Drucksache 12/1085)		Gebiet des Naturschutzes (Drucksache 12/1093)	3464
Ministerin Kramp-Karrenbauer		Abg. Heinrich (CDU) zur Begründung	3464
Begründung		Abg. Commerçon (SPD)	3464
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, schussüberweisung (IS)		Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (U)	3466

Seite 11. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung des 3466 Saarlandes (Drucksache 12/1071) 15. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Saarländische Landesverfassung überprüfen und fortentwickeln - sorgsamen Umgang mit der Verfassung weiter gewährleisten (Drucksache 12/1097) 3466 Abg. Scherer (SPD) zur Begründung des 3466 Antrages Drucksache 12/1071 Abg. Rink (CDU) zur Begründung des Antra-3467 ges Drucksache 12/1097 Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1071, 3469 Ablehnung des Antrages Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1097, Annahme des Antrages 3469 12. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: TGV/ICE-Strecke Saarbrücken-Mannheim wie geplant ausbauen - Bund muss Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur aufrechterhalten (Drucksache 12/1073) 3469 13. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Voraussetzungen für Anbindung an ICE/TGV im Lande schaffen - Verkehrspolitik für die Zukunft ist Standortsicherung (Drucksache 12/1077) 3469 Abg. Heimes (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 12/1073 3469 Abg. Commerçon (SPD) zur Begründung 3472 des Antrages Drucksache 12/1077 Minister Dr. Georgi..... 3473 Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1073, Annahme des Antrages 3477 Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/1077, Ablehnung des Antrages 3477 Danksagung an den Abgeordneten Berg 3477

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 65. Landtagssitzung.

Ich habe Geburtstagsglückwünsche auszusprechen. Herr Abgeordneter Stephan Toscani ist am 21. Februar 37 Jahre alt geworden. Frau Abgeordnete Monika Bachmann ist am 24. Februar 54 Jahre alt geworden. Herr Abgeordneter Bernd Wegner ist am 25. Februar 47 Jahre alt geworden. Frau Abgeordnete Gaby Schäfer ist am 28. Februar 47 Jahre alt geworden. Ich spreche Ihnen in unser aller Namen herzliche Glückwünsche aus.

(Beifall des Hauses.)

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass Frau Justizministerin Ingeborg Spoerhase-Eisel für die heutige Sitzung entschuldigt ist. Sie besucht den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit nimmt heute der Grund- und Leistungskurs Politik des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Lebach unter Leitung von Frau Hildegard Bayer an der Sitzung teil. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

(Beifall des Hauses.)

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 65. Sitzung für heute, 9.00 Uhr. einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgelegt.

Die CDU-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend: Qualitätsoffensive Bildung fortsetzen, der uns als Drucksache 12/1096 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, dass unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 14 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich kann feststellen, dass der Antrag Drucksache 12/1096 als Punkt 14 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.

Wegen des Sachzusammenhangs wird vorgeschlagen, die Begründung und die Aussprache zu diesem Antrag gemeinsam mit Punkt 4 der Tagesordnung - Antrag der SPD-Landtagsfraktion betreffend: Bildungspolitik ist Zukunftspolitik mit Mut zur Kontinuität und zur Korrektur (Drucksache 12/1091) - durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Darüber hinaus hat die CDU-Landtagsfraktion beantragt, den Antrag betreffend: Saarländische Landesverfassung überprüfen und fortentwickeln - sorgsamen Umgang mit der Verfassung weiter gewährleisten, der uns als Drucksache 12/1097 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, dass unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den darf ich bitten eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich kann feststellen, dass der Antrag Drucksache 12/1097 als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.

Auch hier wird vorgeschlagen, dass die Begründung und die Aussprache zu diesem Antrag gemeinsam mit Punkt 11 der Tagesordnung - Antrag der SPD-Landtagsfraktion betreffend: Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung des Saarlandes (Drucksache 12/1071) - durchgeführt wird. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

In Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung, die wir heute zu bewerkstelligen haben, haben die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums eine Redezeitbeschränkung dergestalt vereinbart, dass der erste Redner oder die erste Rednerin einer Fraktion sowie der Landesregierung für die Begründung beziehungsweise Aussprache eine halbstündige Redezeit haben mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf maximal 45 Minuten - das ist neu; also der erste Redner halbe Stunde mit Verlängerung um eine viertel Stunde auf eine Dreiviertelstunde - und dass der zweite Redner oder die zweite Rednerin und alle weiteren Redner eine Redezeit von nur 15 Minuten haben, aber der zweite Redner kann noch Redezeitverlängerung auf eine halbe Stunde beantragen. Auch das ist neu.

(Unruhe. - Sprechen.)

Es ist im Grunde genommen ganz einfach. Die Geschäftsordnung bleibt, wie sie ist, nur der erste Redner kann um eine viertel Stunde verlängern und der zweite Redner verdoppeln. Kein Problem. Die Landesregierung trägt diese Vereinbarung mit.

(Präsident Ley)

Wir kommen zu Punkt 1 a) der Tagesordnung:

Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes (Wahlvorschlag: Drucksache 12/1090).

Durch Ablauf der Amtszeit des stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs, Herrn Rechtsanwalt Heinz Haupenthal. ist die Neuwahl des Stellvertreters von Herrn Professor Dr. Elmar Wadle erforderlich geworden.

Nach Artikel 96 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof werden die Mitglieder und ihre Stellvertreter in geheimer Wahl ohne Aussprache mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages gewählt.

Das Landtagspräsidium hat in seiner Sitzung am 04. März 2004 einen Wahlvorschlag unterbreitet, der uns als Drucksache 12/1090 vorliegt, und auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion Herrn Rechtsanwalt Nikolaus Weber als stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofes benannt.

Ich darf zur Wahl noch auf Folgendes hinweisen. Ich bitte Sie, sich nach dem Namensaufruf zu Zimmer 30 zu begeben, wo Ihnen an der Eingangstür ein Wahlzettel mit Umschlag ausgehändigt wird. Die Wahlzettel sind im Zimmer 30, das als Wahlzelle dient, auszufüllen und in dem Umschlag hier vorne vor der Regierungsbank in die Urne einzuwerfen. Gültig sind nur die Wahlzettel, auf denen die Stimmabgabe im Kreis eindeutig gekennzeichnet ist.

lch darf nun Frau Schriftführerin Gisela Rink bitten, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Schriftführerin Rink ruft die Namen der Abgeordneten auf.)

Ich darf fragen. ob ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden ist. - Ich stelle fest, dass das nicht der Fall ist. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte die Schriftführerinnen, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Ich gebe das Ergebnis bekannt. Es wurden 48 Stimmen abgegeben, davon 48 Ja-Stimmen. Damit ist Nikolaus Weber mit dem erforderlichen Quorum von zwei Dritteln Mehrheit der Mitglieder des Landtages zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes gewählt. Da sich Herr Weber vor seiner Wahl schriftlich bereit erklärt hat, stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofes zu werden, gilt die Wahl als angenommen.

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass das Erweiterte Präsidium in seiner Sitzung am 04. März beschlossen hat, die Vereidigung von Herrn Weber im Hinblick auf seine Verhinderung wegen der Wahrnehmung eines Gerichtstermins unmittelbar nach der Mittagspause vorzunehmen.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl eines Direktors beim Rechnungshof des Saarlandes.

Der Direktor beim Rechnungshof Ulrich Holschuh wird am 31. März 2004 wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Nach Artikel 106 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung des Saarlandes in Verbindung mit § 8 Abs.1 des Gesetzes über den Rechnungshof des Saarlandes wählt der Landtag auf Vorschlag des Landtagspräsidiums den Präsidenten, Vizepräsidenten und die übrigen Mitglieder des Rechnungshofes. Die Wahl findet geheim und ohne Aussprache statt.

Das Landtagspräsidium hat in seiner Sitzung am 04. März nach Anhörung der Landesregierung sowie des Präsidenten des Rechnungshofes einstimmig beschlossen, Ihnen zur Wahl in der Nachfolge von Ulrich Holschuh als neuen Direktor beim Rechnungshof Herrn Karl-Werner Albert, bisheriger Landesbeauftragter für Datenschutz, vorzuschlagen.

Das Verfahren ist das gleiche wie bei der Wahl zum Verfassungsgerichtshof. Ich bitte Sie, sich nach dem Namensaufruf nochmals zu Zimmer 30 zu begeben, wo Ihnen wiederum an der Eingangstür ein Wahlzettel mit Umschlag ausgehändigt wird, und den Wahlzettel in Zimmer 30 auszufüllen. Gültig sind nur die Wahlzettel, auf denen die Stimmabgabe im Kreis durch ein Kreuz oder auf andere Weise eindeutig gekennzeichnet ist. Ich bitte den Umschlag mit dem darin liegenden Wahlzettel dann in die Wahlurne einzuwerfen.

Wir kommen zur Wahl. Ich darf Frau Schriftführerin Gisela Rink nochmals bitten, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Schriftführerin Rink ruft die Namen der Abgeordneten auf.)

Präsident Ley:

Ich bitte um die Mitteilung, ob ein Mitglied nicht aufgerufen worden ist. - Das ist nicht der Fall. Ich schließe somit die Stimmabgabe und bitte darum, die Stimmen auszuzählen. - Ich gebe nun das Ergebnis bekannt: Für Herrn Karl-Werner Albert als Direktor beim Rechnungshof wurden 48 Stimmen abgegeben, davon 48 Ja-Stimmen. Damit ist Herr Karl-Werner Albert als Direktor beim Rechnungshof gewählt.

(Beifall des Hauses.)

Ich spreche dem hier anwesenden Karl-Werner Albert die Glückwünsche des Hauses aus.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Wahl der Mitglieder, stellvertretenden Mitglieder und Ersatzmitglieder zur 12. Bundesversammlung (Wahlvorschlag: Drucksache 12/1089).

Nach § 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung wählt der Landtag die auf das Saarland entfallenden Mitglieder zur Bundesversammlung. Die Bundesregierung hat mit der Bekanntgabe über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung am 30. Januar 2004 die Zahl der vom saarländischen Landtag zu wählenden Mitglieder zur 12. Bundesversammlung auf acht Mitglieder festgelegt. Davon entfallen nach dem bundesgesetzlich vorgegebenen Höchstzahlverfahren nach d'Hondt je vier Mitglieder auf die beiden im Landtag vertretenen Fraktionen. Für den Fall, dass ein Gewählter/eine Gewählte die Wahl nicht annimmt oder als Mitglied der Bundesversammlung ausscheidet, tritt gemäß § 4 Abs. 5 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten der nächste nicht gewählte Bewerber der gleichen Vorschlagsliste in die Bundesversammlung ein, sodass auch Stellvertreter und Ersatzmitglieder zu wählen sind. Die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder, Stellvertreter und Ersatzmitglieder entnehmen Sie der Ihnen vorliegenden Drucksache 12/1089.

Wer für die Wahl der Mitglieder, Stellvertreter und Ersatzmitglieder gemäß der Ihnen vorliegenden Drucksache ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich kann feststellen, dass die Mitglieder, Stellvertreter und Ersatzmitglieder einstimmig gemäß dem Vorschlag gewählt sind. Ich werde die Gewählten auffordern, schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

(Präsident Ley)

Wir kommen zum Schwerpunktthema der heutigen Sitzung, den Punkten 4 und 14 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bildungspolitik ist Zukunftspolitik mit Mut zur Kontinuität und zur Korrektur (Drucksache 12/1091),

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Qualitätsoffensive Bildung fortsetzen (Drucksache 12/1096).

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Heiko Maas das Wort. Es ist vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Abg. Maas (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der aktuellen Ausgabe des "Spiegels" ist in einem Beitrag, der den Titel "Die Wohlstands-Illusion" trägt. Folgendes zu lesen: Wohlstand unserer Nation hat nahezu ausschließlich eine Quelle. Im Innersten die Sphäre von Bildung und Wissen, die in einem nahezu rohstofffreien Land als Vorstufe der eigentlichen Wertschöpfung betrachtet werden muss. Sie ist die zentrale Ressource, die eigentliche Kern-Energie des Landes, ohne die der Produktionsfaktor Mensch so leer wäre wie ein Computer ohne Software-Programm. Nur das sich ständig erneuernde Wissen des Menschen erhält den Maschinenpark der Volkswirtschaft am Laufen, schafft jene Ideen, aus denen später Produkte entstehen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist zweifellos so. Das ist auch der eigentliche Grund, weshalb sich die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten derartig prosperierend entwickelt hat, weshalb es in Deutschland Wirtschaftswachstum gegeben hat und wir nach wie vor die führende Exportnation auf der Welt sind. Was über unser Bildungssystem geleistet und in unserem Hochschulbereich verfeinert wurde - insbesondere die Erfindungen eines Gottlieb Daimlers, die Theorien eines Albert Einsteins oder die Weltneuheiten eines Werner von Siemens gepaart mit der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -, hat diesen Erfolg möglich gemacht.

(Beifall von der SPD.)

Was für die Vergangenheit gilt, wird in noch viel stärkerem Maße auch für die Zukunft gelten. Zum einen auf Grund der sich verändernden Weltwirtschaft, wegen der Globalisierung und auch - ganz aktuell - auf Grund der EU-Osterweiterung. Diese wird sich unmittelbar in unserem Land auswirken. Wir werden im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Standorten und Nationen nicht um die niedrigsten Löhne konkurrieren können. Das wollen wir auch nicht. Wir haben lediglich eine Chance, die besten Produkte gewinnen zu können. Dafür ist Voraussetzung - und damit auch Voraussetzung für den zukünftigen Wohlstand in Deutschland und im Saarland - ein zukunftsfähiges Bildungssystem.

(Beifall von der SPD.)

Das heißt ein Bildungssystem, das auch im internationalen Vergleich Spitze ist, mit möglichst vielen Bestausgebildeten und möglichst keinen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir haben, insbesondere was die Ausschöpfung unserer Bildungsreserve angeht, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung die Fähigkeiten von niemandem zu verschenken. Andernfalls setzen wir den Wohlstand und die Zukunft unseres Landes aufs Spiel. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das Gleiche gilt auch für das Saarland. Wir haben, genau wie andere auch, eine Besorgnis erregende Entwicklung. Die Bevölkerung im Saarland schwindet, zum einen auf Grund der demographischen Entwicklung, zum anderen aber auch, weil zunehmend junge Menschen das Land verlassen, die hier nicht die Zukunftsperspektiven finden, die sie sich selbst wünschen.

Es gibt einen unbestreitbaren Zusammenhang zwischen einem modernen funktionierenden Bildungssystem und der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Land. Auch für uns im Saarland gilt es, ein modernisiertes Bildungssystem zu schaffen oder weiterzuentwickeln. Auch das ist nach meiner Auffassung - mehr als viele andere Gründe, die in der Diskussion um die Selbstständigkeit unseres Landes eine Rolle spielen - ein Punkt, der insofern Berücksichtigung finden muss. Nur wenn wir im Vergleich mit anderen Bundesländern und Regionen ein Bildungssystem haben, das sich, was die Qualität und die Leistungsfähigkeit angeht, behaupten kann, werden wir auch eine Chance haben, die Selbstständigkeit und damit die Existenz unseres Landes zukunftssicher zu machen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Andreas Schleicher, der Koordinator der OECD-Vergleichsstudien, hat gesagt, dass es in Deutschland - und das ist der Zusammenhang zwischen Bildungssystem und der wirtschaftlichen Entwicklung - in den vergangenen zehn Jahren keine aus Bildung erklärbaren Zuwächse an Produktivität gegeben hat. Der "Spiegel" in dem eben schon genannten Artikel weiter: "Lethargisch nimmt eine offenbar müde gewordene Gesellschaft zur Kenntnis, dass ihr Wissensrohstoff, dem sie ihren grandiosen Aufstieg verdankt, versiegt."

Meine Damen und Herren, die Gründe für eine derart Besorgnis erregende Entwicklung sind uns in den letzten Jahren durch eine Vielzahl empirischer Vergleichsstudien offen gelegt worden. Es gibt dabei, wie ich finde, vor allem zwei dramatische Ergebnisse, die wir zu konstatieren haben und für die wir Lösungen finden müssen. Das Erste ist, dass die Schülerinnen und Schüler in diversen Vergleichsstudien im Vergleich zu anderen Nationen, mit denen wir uns messen wollen und müssen, leistungsschwach beurteilt worden sind. Während zum Beispiel im Rahmen der PISA-Studie die finnischen Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Pflichtschulzeit den ersten Platz bei Lesekompetenz sowie bei den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fähigkeiten belegen, weist man in der Studie Deutschland den gleichen Altersgenossen den Rang 21 zu. Das heißt, wir stehen im letzten Drittel aller OECD-Staaten.

Wenn wir uns die PISA-Studie noch etwas genauer anschauen, was die Leistungsverteilung angeht, müssen wir feststellen: In Finnland erreichten 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler das höchste Niveau, die Stufe 5 in der PISA-Studie, in Deutschland nur 9 Prozent. 32 Prozent der Finnen, aber nur 19 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler erklimmen die Stufe 4, die zweitbeste Kategorie. Am unteren Ende, wo die gegliederte Schule angemessen fördert, wie wir es Jahrzehnte immer wieder gehört haben, steht Deutschland, wo 10 Prozent aller Schüler noch unterhalb der Stufe 1 liegen, also der schwächsten Stufe, auf dem fünftschlechtesten Platz aller 32 Länder. Nur Luxemburg, Mexiko, Lettland und Brasilien entlassen so viele Schüler mit einem so geringen Bildungsstand auf ihren weiteren Lebensweg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es einen unbestreitbaren Zusammenhang gibt zwischen der Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme und der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, wird am Beispiel Finnland auch deutlich. Die haben nämlich nicht nur bei der PISA-Studie mit Platz 1 abgeschlossen. Das Schweizer Weltwirtschaftsforum hat den Finnen für 2001 die höchste Wettbewerbsfähigkeit im Kampf um nationale Standorte bescheinigt. Die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen sieht Finnland als das technologisch am weitesten entwickelte Land der Erde an.

Das hat zwangsläufig auch etwas zu tun mit dem hervorragenden Bildungssystem, das es dort gibt und mit dem wir uns messen müssen.

Der zweite Besorgnis erregende Befund der internationalen Vergleichsstudien ist die soziale Ungerechtigkeit, die sich durch das deutsche Bildungssystem zieht. In keinem anderen untersuchten Land war es so, dass die soziale Herkunft, also die Benachteiligungen, die man aus dem Elternhaus in den Schulalitag mitbringt, sich so in den Ergebnissen der Schülerinnen und Schüler niedergeschlagen haben. Das heißt, es ist auch im 21. Jahrhundert im deutschen Bildungssystem immer noch so, dass die Herkunft anscheinend wichtiger ist als die Leistung, die Schülerinnen und Schüler erbringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein derartiger Befund kann nur zu einer Konsequenz führen: Ein Bildungssystem, das für derartige Ergebnisse die Verantwortung trägt, hat jeglichen Bestandsschutz verloren. Deshalb müssen wir über viele Dinge reden, über die dann nicht nur in den Feuilletons der Zeitungen zu sprechen sein wird, sondern auch in den Entscheidungsgremien in diesem Landtag.

(Beifall bei der SPD.)

Man stellt sich nun die Frage, warum trotz dieser dramatischen Ergebnisse - die sind ja allgemein parteiübergreifend und auch in den unterschiedlichen Lagern der Bildungsexperten als sehr Besorgnis erregend bewertet worden - in Deutschland bildungspolitisch so wenig passiert ist. Nach all den empirischen Studien ist eine Vielzahl der bildungspolitischen Glaubensbekenntnisse aller politischen Lager - ich betone: aller politischen Lager - nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das betrifft beispielsweise die Frage des Leistungsbegriffes. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Leistungsorientierung und die Überprüfbarkeit von Leistung durchaus ein Beitrag zu mehr Qualität sein können.

Das gilt aber auch für Sie, das konservative Lager, weil Sie, wenn Sie die Ergebnisse ernst nehmen und ernst machen wollen mit einem zukunftsfähigen Bildungssystem, Abschied nehmen müssen von der Vorstellung, dass ein gegliedertes Schulsystem und möglichst frühe Differenzierung ein wirklich geeigneter Beitrag zu mehr Qualität seien. Dies stimmt nicht. Das ist mittlerweile durch eine Vielzahl von Studien empirisch nachgewiesen. Das ist der Punkt, über den Sie nachdenken müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Was die Ergebnisse dieser Studien angeht, gibt es einige weitere Hinweise, die uns in der bildungspolitischen Debatte über die Lager hinaus durchaus überrascht haben und auch in der deutschen Öffentlichkeit nur bedingt mehrheitsfähig sein werden. Zum einen das hat nichts mit Mehrheitsfähigkeit zu tun, ist meiner Meinung nach allerdings eine der Schlüsselfragen - müssen wir in der Befassung mit dem Bildungssystem anderer Länder feststellen, dass man über individuelle Förderung nicht nur reden kann, sondern dass man sie auch praktizieren kann. In vielen anderen Ländern, insbesondere in denjenigen, die eine Spitzenstellung in allen Vergleichsstudien einnehmen, gibt es ein Höchstmaß an individueller Förderung, eine Art und Weise der Förderung, die zugegebenermaßen nicht billig ist. Schulen werden ergänzt, neben einer anderen Schulkultur, die sie haben. Es gibt an Schulen Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter. Das Ganze wird zu einem Gesamtzusammenhang, der deutlich über das hinausgeht, was wir an unseren Schulen zu bieten haben.

Weitere Ergebnisse, die überraschen und hier zu Lande kaum vermittelbar sind: In Finnland, dem Spitzenreiter der PISA-Studie, gibt es zum Beispiel bis zur sechsten Klasse überhaupt keine Noten. Man muss Leistung beurteilen können, aber Leitungsbeurteilung

durch Noten, wie wir es kennen, ist anscheinend keine Voraussetzung dafür, Spitzenleistungen im Bildungssystem erreichen zu können.

(Beifall bei der SPD.)

In den Niederlanden - auch das ist bei uns ein Thema, für das man in der öffentlichen Debatte kaum Mehrheiten finden kann - redet niemand von Sitzenbleiben. Wir haben im internationalen Vergleich relativ hohe Sitzenbleiberquoten, ohne dass dies - auch das wird uns in der bildungspolitischen Debatte immer wieder gesagt - den Einzelnen, die wiederholen, zum Vorteil gereicht, dass sie sich durch die Wiederholung einer Klassenstufe das, was bisher nicht geleistet worden ist, erarbeiten können.

Und in Skandinavien verdienen Lehrerinnen und Lehrer ein Drittel weniger. Sie haben dennoch eine größere gesellschaftliche Reputation, als das bei uns der Fall ist, und sie sind nach all dem, was in diesen Studien zu lesen ist, auch motivierter als viele das bei uns sind. Meine Damen und Herren, das sind Ergebnisse, die zum einen überraschend sind, zum anderen auch weniger, die allerdings zu dem Ergebnis führen müssen, dass wir alle - und ich beziehe uns da ausdrücklich mit ein - nachdenken müssen, ob wir das alles, was wir in den letzten 30 Jahren in bildungspolitischen Grabenkämpfen debattiert haben, weiter aufrechterhalten können, wenn wir, nach dem, was bisher an empirischen Studien vorliegt, weiter ernst genommen werden wollen.

Andere waren noch nicht einmal darauf angewiesen, dass es entsprechende Studien gibt, sie haben schon viel früher gehandelt und sie sind uns deshalb bereits weit voraus. Ich erinnere zum Beispiel an die Niederlande. Dort hat man sich schon Anfang der Achtzigerjahre die Frage gestellt, sind die Kinder falsch für die Schule oder haben wir die falsche Schule für die Kinder. Das war die Frage, die sich die bildungspolitischen Reformer in den Niederlanden Anfang der Achtzigerjahre gestellt haben. Als Antwort erfand man die 8-jährige Grundschule. Man schulte die Kinder bereits mit vier Jahren ein; man löste Vorschulen sowie einen Teil der Kindergärten auf und vergrößerte die Schulen. Erzieherinnen und Erzieher wurden nachgeschult und besser bezahlt. Die Grundschullehrerausbildung nahm das frühkindliche Lernen in den Blick. Die Ergebnisse sind, was alle internationalen Vergleichsstudien bewiesen haben, hervorragend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass auch bei uns die Phase der Nachdenklichkeit zu einem Ende kommen muss und dass wir in eine Phase des Handelns kommen müssen. Nun werden wir mit Sicherheit nicht in allen bildungspolitischen Fragen auf Grund dessen, was wir aus diesen Studien gelernt haben, in Zukunft einer Meinung sein können. Aber es müsste doch eigentlich gelingen, wenn es um die Zukunftsperspektive junger Menschen geht, zumindest die gemeinsame Schnittmenge, die empirisch einfach nicht mehr bestreitbar ist, gemeinsam zu definieren und daraus die notwendigen bildungspolitischen Schlussfolgerungen zu ziehen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben vor einigen Wochen einige Punkte genannt; nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit, aber diese Punkte wären für uns eine Voraussetzung und damit auch ein Einstieg, um das, was verändert werden muss, auch tatsächlich zu verändern. Es ist nun einmal so: Wenn wir Politik machen, können wir das nur tun innerhalb der finanziellen Spielräume, die wir haben. Das ist nicht abzustreiten. Das war in der Vergangenheit nicht anders und das wird auch in Zukunft genau so bleiben. Ich werde da noch einige Punkte erwähnen. Wenn all das praktiziert und realisiert werden soll - und das gilt für die gesamte Bildungskette vom Kindergarten bis zum Hochschulbereich -, wenn das eine so zentrale Frage ist für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Wohlstandes in un-

serem Land, dann müssen wir uns darüber klar werden, dass wir nicht nur darüber reden können, mehr Geld in Bildung zu investieren, sondem dass wir es auch tun müssen. Deshalb haben wir einen Vorschlag gemacht, bei dem wir versucht haben, das Ganze aus der parteipolitischen Schusslinie herauszunehmen und sozusagen für unser Land, denn darum geht es, für das Saarland, einmal klarzustellen, dass wir diese Fakten erkannt haben und durchaus auch bereit sind, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Nach all dem, was es an Forderungen und an Konsequenzen gibt, werden wir mit dem Geld, das wir heute für Bildung ausgeben, in der Zukunft nicht auskommen. Deshalb haben wir den Vorschlag gemacht, die Ausgaben für Bildung sozusagen in Verfassungsrang zu erheben. Bisher haben wir eine Situation, was das Haushaltsrecht angeht, dass ein Landeshaushalt immer dann verfassungswidrig ist, wenn die Nettoneuverschuldung im Umfang die investiven Ausgaben übersteigt. Dabei führt auch dieses Haus seit längerem eine Diskussion darüber, was denn überhaupt noch investive Ausgaben sind. Und es gibt mittlerweile niemanden mehr, der abstreitet, dass die Ausgaben für Bildung, und zwar alles, was dazu gehört, auch die Kosten für das zuständige Personal, investive Ausgaben sind. Wir geben im saarländischen Haushalt für den Bereich von den Kindergärten über die Schulen bis zu den Hochschulen und für die Wissenschaft knapp 25 Prozent des Gesamtetats für diese Zwecke aus. Nach all dem, was wir an Herausforderungen kennen und was wir als Konsequenzen für notwendig erachten, werden wir in den kommenden Jahren einen Großteil dessen, was gemacht werden muss, mit diesen Mitteln nicht finanzieren können. Nach unserer Auffassung ist es notwendig, die Verfassung dergestalt zu ändern, dass wir uns nicht mehr streiten über die Frage, was sind investive Ausgaben und überschreiten die die Nettoneuverschuldung, sondem wir sollten festschreiben, dass zukünftig 30 Prozent des Gesamtetats, das heißt 30 Prozent des Haushaltes, den wir hier verabschieden, für Bildungszwecke, also für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Wissenschaft, ausgegeben werden müssen. Denn es ist an der Zeit, ernst zu machen mit dem Umsteuern. Wir werden es uns nicht leisten können, länger nur darüber zu reden, während andere Länder schon deutlich weiter sind. Und deshalb ist das ein Angebot auch an Sie, das sozusagen nicht in die Verfügungsgewalt einer parteipolitisch geführten Regierung zu stellen, sondern, dass das für alle saarländischen Regierungen in Zukunft gilt, für Sie genauso wie für uns. Das ist unser Angebot. Wir müssen ernst

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Bildungsminister! Ich weiß, dass es hierbei um Beträge geht, die sich etwa um 150 Millionen Euro bewegen. Ich weiß auch, dass das nicht von heute auf morgen aufzubringen sein wird. Das wird auch niemand verlangen. Aber eine Entscheidung, uns auf diesen Weg zu begeben und etwa bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode derartig zu investieren und auch Mittel umzusteuem und umzuwidmen, das wäre, glaube ich, sowohl nach innen, was die jungen Menschen in diesem Land angeht, aber auch was die Konkurrenz zu anderen Standorten und anderen Bundesländern angeht, genau das richtige Signal.

Das Thema Geld allein wird es aber auch nicht richten; auch das wird von uns nicht bestritten. Wir werden - und auch das ist ein Ergebnis aller Studien, die vorliegen - uns unterhalten müssen, auch wenn das für den einen oder anderen unangenehm ist, ob wir nicht auch in den Schulstrukturen einen Systemwechsel wagen müssen. Der Bildungsforscher Winfried Bos, der den deutschen Teil der IGLU-Untersuchung geleitet hat, führt Folgendes aus: Deutschland könnte in die internationale Spitze aufrücken, wenn sich in den weiterführenden Schulen Entscheidendes änderte. Meine sehr verenrten Damen und Herren, es sprechen zwei Gründe dafür, dass man Hoffnung haben kann, dass dieser Weg auch beschritten wird. Erstens - und das ist auch ein Ergebnis der IGLU-Studie, landen Deutschlands

Viertklässler im internationalen Vergleich im oberen Mittelfeld. Die meisten von ihnen können am Ende der Grundschulzeit gut lesen. Erst danach, in den Klassen 5 bis 9, verkümmern die Talente, während die Schüler in anderen Ländern erst richtig Gas geben. Und genau aus dieser Analyse heraus gerät das Thema Gliederung unseres Schulsystems jetzt wieder stärker in den Blickpunkt. Und dieser Frage eine Diskussion geführt wird, etwa von vielen Handwerkskammern in Deutschland, von Wirtschaftsberatungsunternehmen, die man jetzt wirklich nicht als Stichwortgeber der SPD bezeichnen kann, sollte auch Ihnen zu denken geben.

Die Gliederung unseres Schulsystems muss uns beschäftigen. Denn wenn die 10-Jährigen international noch gut dastehen, dann liegen die Hauptursachen für die deutsche Bildungsmisere in den weiterführenden Schulen. In diesen Jahren sind die meisten deutschen Schüler auf Gymnasien, Haupt- oder Realschulen, bei uns auf Erweiterte Realschulen, verteilt. Möglichst homogene Lerngruppen sollen so eine begabungsgerechte Förderung des Nachwuchses gewährleisten - so weit die Theorie. Die Praxis hält dieses Versprechen nicht. Schon die Aufteilung auf die unterschiedlichen Schulformen hat viel von einem Lotteriespiel, wie es die IGLU-Studie noch einmal belegt hat. Für den Bildungsforscher Winfried Bos ist das der eigentliche bildungspolitische Skandal, auf den die Untersuchung hinweist. Durchaus gute Schüler landen auf der Haupt- und Realschule, während andere die Referenz für das Gymnasium erhalten, letztlich nur, um dort zu scheitern. Das nach Begabung gegliederte Schulsystem entpuppt sich spätestens nach diesem Befund als reine Schimäre.

Und auch in der Sekundarstufe setzt sich, so die Studie, das Drama fort. Die Lehrer an Haupt- und Realschulen und an Gymnasien sind auf den idealen Durchschnittsschüler gepolt. Sie haben im Gegensatz zu den Grundschullehrem kaum gelernt, Schüler unterschiedlicher Leistungsstärken zu unterrichten.

Das ist der Befund der IGLU-Studie. So versagt das gegliederte Schulsystem auf ganzer Breite. Die Gymnasien reichen, so leider die Realität, schlechte Schüler nach unten durch, sie bilden aber auch keine nennenswerte Leistungselite heran. Am anderen Ende der Skala versauern gute Hauptschüler in einem wenig anspruchsvollen Unterricht, wohingegen die schwächeren Schüler abgehängt werden, weil sie nicht einmal richtig lesen können.

Meine Damen und Herren, darunter leidet nicht nur die Durchschnittsleistung der Schüler insgesamt. Es öffnet sich hier auch zunehmend eine Schere zwischen den Besten und den Schlechtesten. Diese Schere öffnet sich immer weiter. Schon in der PISA-Studie wurde festgestellt, dass die ungewöhnlich hohe Leistungstreuung bei den 15-Jährigen zu einem nicht unerheblichen Teil in der Sekundarstufe 1 erzeugt wird - nach der Auslese der Schüler am Ende der vierten Klasse in unterschiedliche Schulformen, um die PISA-Studie zu zitieren.

Meine Damen und Herren, das ist einer der dramatischen Befunde. Darunter zu leiden haben vor allem Schülerinnen und Schüler, deren Eltern kein Abitur haben, deren Eltern kaum lesen und wenig Geld verdienen. Wir befinden uns im 21. Jahrhundert, und noch immer hat das Kind eines Professors - bei gleicher Leistung! - eine dreimal größere Chance auf Erhalten der begehrten Gymnasialempfehlung als das Kind eines Arbeiters. Ich betone noch einmal: bei gleicher Leistung!

Das deutsche Schulsystem baut die sozialen Unterschiede nicht ab, wie es eigentlich von einem vernünftigen und gerechten Bildungssystem zu erwarten wäre. Das stellt Andreas Schleicher fest, der schordinator der OECD-Studien. Das deutsche Schulsystem verstärke vielmehr die sozialen Unterschiede. Auch das ist ein Teil des Problems. Angesichts dieses dramatischen Befundes müssen wir

auch über Schulstrukturen reden. Meine Damen und Herren, dafür ist es wirklich höchste Zeit!

(Beifall von der SPD.)

Vor diesem Hintergrund haben wir den Vorschlag unterbreitet, im Saarland die sechsjährige Grundschule einzuführen. Wir haben sie als die "sechsjährige Primarschule" bezeichnet.

Das ist übrigens ein Vorschlag, der nicht allein aus sozialdemokratischen Ideen oder - so werden Sie das wohl nachher formulieren - aus sozialdemokratischen Ideologien gewachsen ist. Sie können diesen Vorschlag auch einer Studie der Prognos AG entnehmen, einer Studie, die die bayerische Wirtschaft in Auftrag gegeben hat. Und die bayerische Wirtschaft zählt ja wohl nicht zu unseren typischen Stichwortgebern. Diese Studie wurde vor einigen Monaten vorgestellt. Sie kommt eben auch zu dem Ergebnis, dass - unter Anerkennung der Realitäten und Einhaltung eines Mindestmaßes an Kontinuität - dies ein Schritt wäre, der den vorhandenen Reformbedarf angemessen aufgreifen und zu einer wesentlichen Verbesserung führen würde.

Ich erinnere noch einmal daran: Nur Österreich, Liechtenstein und einige Schweizer Kantone sowie Portugal haben als Regelform die vierjährige Grundschule. Eine fünfjährige Grundschulzeit gilt in Frankreich und in Italien, eine sechsjährige in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Irland, Finnland und den USA. Eine achtjährige Grundschulzeit hat Spanien, eine neunjährige Grund- oder Primarschule haben Griechenland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Japan.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all das, was in diesen Ländern ermittelt worden ist, und all das, was in den vergangenen Jahren an Erfahrungen und Auswertungen gesammelt wurde, liefert uns deutliche Hinweise, dass wir mit einer sechsjährigen Grundschulphase besser fahren würden als mit der vierjährigen. Daraus resultiert unser Vorschlag. Die sechsjährige Grundschulphase wäre ein Beitrag zu größerer Bildungsgerechtigkeit, denn es käme zu einer späteren Differenzierung. Man sollte im 21. Jahrhundert an ein Bildungssystem doch den Anspruch haben, zumindest Bildungsgerechtigkeit zu organisieren!

(Beifall von der SPD.)

Wir haben auch vorgeschlagen, das sich an die Grundschule anschließende Schulsystem zu vereinfachen. Wir sind also der Auffassung, dass es sinnvoll wäre, nach der sechsjährigen Grundschule eine gymnasiale Sekundarstufe und eine integrierte Sekundarstufe zu haben. Die Befunde aus allen Studien, die durchgeführt worden sind, ergeben, dass man mit diesem System besser führe als mit dem starr gegliederten System, das wir kennen.

Meine Damen und Herren, wir haben weitere Vorschläge gemacht, die uns geeignet erscheinen, den Einstieg in die Veränderungen des saarländischen Bildungssystems herbeizuführen, Veränderungen, die notwendig sind, um eine wesentliche Verbesserung zu erzielen. Wir haben uns auch mit der Diskussion auseinander gesetzt, ab welchem Alter Schülerinnen und Schüler tatsächlich die Schule besuchen sollten. Im Saarland liegt das gesetzliche Regeleinschulungsalter bei sechs Jahren. Das faktische Einschulungsalter liegt aber bei 6,8 Jahren. Wir halten das für zu spät. Es geht uns dabei keineswegs in erster Linie um die Möglichkeit, junge Menschen noch früher auf den Arbeitsmarkt zu bekommen oder die Bildungsphase aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zu verkürzen. Es geht ganz einfach darum, die unterschiedlichen Lernphasen im Verlauf der Kindheit optimal zu nutzen.

Wir sind uns ja weitgehend einig, dass der Bildungsauftrag an den Kindergarten stärker betont werden muss. Wir streiten uns lediglich darüber, wie das am besten zu gewährleisten ist. So sind wir der Auffassung, dass der Schlüssel zum Vorankommen die Erzieherinnen und Erzieher sind, wie übrigens auch die Lehrerinnen und Lehrer der Schlüssel eines Fortschrittes im Bildungssystem sind. Wir sind folglich auch der Auffassung, dass wir dazu übergehen müssen, die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher - wie in fast allen anderen europäischen Staaten schon geschehen - auf Fachhochschulniveau anzuheben. Das müsste nun zumindest schrittweise angegangen werden, und das wäre ja auch im Interesse der Erzieherinnen und Erzieher, die vor immer schwierigere Aufgaben gestellt werden.

Die veränderte Ausbildung stellt nach unserer Auffassung die Voraussetzung dafür dar, dass der Bildungsauftrag an den Kindergarten nicht nur verstärkt, sondern auch tatsächlich umgesetzt wird. Wir müssen einfach denjenigen, die im Kindergarten arbeiten und die schon jetzt Hervorragendes leisten, das an die Hand geben, was sie brauchen. Wir dürfen sie mit den auch künftig ständig steigenden Anforderungen nicht alleine lassen.

(Beifall von der SPD.)

Betrachtet man den Umgang mit der Frage nach der Schulfähigkeit des Kindes und damit auch der Frage, ab welchem Alter Kinder eingeschult werden sollten, so ist festzustellen, dass die Schulfähigkeit nahezu ausschließlich am Kind festgemacht wird. Ob ein Kind schulreif - oder besser: schulfähig - ist, das hängt aber nicht allein vom Entwicklungsstand des Kindes und seinen geistigen und sozialen Fähigkeiten ab, sondern auch von der Schule. Geht die Schule auf die Entwicklungslage des einzelnen Kindes ein, wird die individuell notwendige Zeit für das Lernen und die persönliche Entfaltung gegeben, so können nach meiner Einschätzung durchaus auch Fünfjährige eingeschult werden. Wie neugierig sind doch Kinder im Alter von fünf Jahren! Mit welchem Eifer packen sie die Dinge an! Es ist doch mittlerweile bekannt, dass die Lernfreude um das fünfte Lebensjahr sehr hoch ist und später wieder abfällt.

Reden wir also nicht mehr nur über schulfähige Kinder, sondern auch über kindfähige Schulen. Wenn es der Schule gelänge, sich auf die Bedürfnisse der Kinder einzustellen, und wenn in der Folge die Einschulung nicht mehr mit dem Risiko des Misserfolges verbunden wäre, dann würden Eltern ihre Kinder auch nicht mehr so häufig ein Jahr länger vor der Schule bewahren wollen, wie es zurzeit der Fall ist.

Deshalb, meine Damen und Herren, glaube ich, dass wir das Regeleinschulungsalter auf fünf Jahre absenken sollten. Diese Auffassung gründet also nicht auf arbeitsmarktpolitischen oder grundsätzlichen ökonomischen Gesichtspunkten, es geht nicht darum, dass die jungen Menschen früher die Ausbildungsphase abschließen sollten. Vielmehr geht es um die Lernphasen. Ein Kind kann im Alter von fünf Jahren in der Schule durchaus gut aufgehoben sein. In diesem Alter können durch die Schule Effekte veranlasst werden, die für die spätere Entwicklung positiv und wesentlich sind. Um dies zu erreichen, müssen wir aber die bisherige Diskussion überprüfen: Wir dürfen nicht länger nur nach dem schulfähigen Kind suchen, wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass es die kindfähige Schule gibt. Sobald dieses Ziel erreicht ist, ist es sinnvoll, das Einschulungsalter auf fünf Jahre herabzusetzen.

(Beifall von der SPD.)

Ich möchte dies mit einem weiteren Vorschlag verbinden, denn wer stärkere individuelle Förderungsmöglichkeiten schaffen will, der muss dazu auch einen Vorschlag machen. Man braucht allerdings im Grunde nichts Neues zu erfinden, denn dieses Modell gibt es schon, zumindest in Modellversuchen in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen. In einem der in Baden-Württemberg erprobten Modelltypen, der mit gut gefällt, werden die Klassenstufen 1 und 2 zu einer jahrgangsgemischten Eingangsstufe zusammengelegt, die variabel absolviert werden kann, angepasst an den persönlichen Lernzeitbedarf der Kinder. Manche Kinder können nach einem Jahr

gleich in die dritte Klasse, andere brauchen die üblichen zwei Jahre. Diejenigen, die länger brauchen, haben noch ein drittes Jahr. Belastende Ausnahmesituationen durch Überspringen oder Wiederholen einer Klasse werden dadurch vermieden.

Die ersten Erfahrungen - die man in Baden-Württemberg gemacht hat - zeigen, dass die sozialen und kognitiven Lernentwicklungsmöglichkeiten in der jahrgangsgemischten Eingangsstufe höher sind. allerdings auch eine höhere Kompetenz der Lehrkräfte voraussetzen. Übereinstimmend wird uns von da berichtet, dass in jahrgangsgemischten Lerngruppen sich die Schulneulinge sehr viel schneller und problemloser in der Schule zurechtfinden, als das bisher der Fall ist. Die Kinder lernen sehr motiviert und zielstrebig und besitzen auch das ist ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen - ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft, und das ist die Voraussetzung für soziale Kompetenzen im weiteren Leben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb glaube ich, dass das ein Thema ist, mit dem wir uns beschäftigen sollen und auch müssen.

Der vierte Punkt, der von uns in die Diskussion gebracht wurde, ist ein Punkt, über den wir hier schon lange diskutieren: das Thema Ganztagsschule. Es gibt bei dem, was es an so genannten Freiwilligen Ganztagsschulen der Landesregierung - -

(Zuruf von der CDU.)

Es gibt einen wesentlichen Unterschied zu dem, was wir wollen. Wir wollen die so genannten echten Ganztagsschulen, das heißt, wir wollen den Nachmittag auch pädagogisch nutzen, wir wollen auch Nachmittagsunterricht. Wir wollen das nicht für alle, sondern es soll freiwillig sein. Wir wollen in einem ersten Schritt 20 Prozent der Schulen umwidmen; das sollen allerdings auch insgesamt komplett Ganztagsschulen werden, sodass es ein einigermaßen bedarfsgerechtes Angebot gibt. Ohne diese Diskussion, die wir hier schon vielfach geführt haben, noch einmal zu vertiefen, will ich nur auf eines hinweisen. Das Thema Ganztagsschule hat einen gesellschaftspolitischen Hintergrund, das ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Anzahl der Alleinerziehenden in Deutschland steigt kontinuierlich. Die Anzahl der Elternpaare, bei denen beide berufstätig sind und auch zukünftig sein wollen und trotzdem Kinder haben, steigt auch. Es gibt aber auch eine bildungspolitische Komponente; und die kommt zurück zu dem eigentlichen Schlüssel- und Kernthema, wie wir unser Bildungssystem verbessern können, nämlich: mehr individuelle Förderung. Es kann an und für sich nicht abgestritten werden, dass man in einer Ganztagsschule mit einem vernünftigen pädagogischen Konzept für morgens und nachmittags auch in der Lage ist, besser individuell zu fördern. Der Bildungsforscher Klaus-Jürgen Tillmann stellt fest: "Zumindest steht fest, dass individuelle Förderung in der Halbtagsschule schwieriger zu organisieren ist als in der Ganztagsschule."

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir noch einmal darauf hinweisen: Das, was Sie hier als Ganztagsschule bezeichnen, ist ein Etikettenschwindel und hat nichts mit dem zu tun, was wir sowohl gesellschaftspolitisch als auch bildungspolitisch unter einer Ganztagsschule verstehen. Wenn wir sagen, wir wollen mehr Zeit für Bildung, wir wollen mehr Zeit für individuelle Förderung, dann geht das nur in echten Ganztagsschulen, aber nicht mit den Schulen, die Sie unter der Unterschrift "Freiwillige Ganztagsschulen" anbieten. Es sind nämlich überhaupt keine Ganztagsschulen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir haben einen weiteren Vorschlag gemacht, der sich mit der Oberstufenstruktur an Gymnasien befasst. Und das, was wir dort vorschlagen, ist auch ein Hinweis, dass wir uns nicht festklammern an dem, was in vielen Jahren von uns vertreten wird. Die Kultusministerkonferenz hat im Oktober 1999 den Weg für eine qualitative Weiterentwicklung des Gymnasiums freige-

macht. Um Abiturientinnen und Abiturienten diejenigen Fähigkeiten, Kompetenzen und Handlungen zu vermitteln, die für die Wahrung ihrer Zukunftschancen und die angemessene Bewältigung ihrer Aufgaben unverzichtbar sind, kommt einer breiteren und vertieften Allgemeinbildung in den Kernfächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprache eine besondere Bedeutung zu. Deshalb haben wir vorgeschlagen, das bisherige Leistungskurs- und Grundkurssystem zu ersetzen dadurch, dass Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache nach Wahl vierstündig unterrichtet werden sowie ein Profilfach nach eigener Wahl - und in allen vier Fächern auch eine schriftliche Abiturprüfung erfolgt.

Auch das ist etwas, was nicht zu 100 Prozent, aber in ähnlichem Umfang auch in Baden-Württemberg schon Realität wurde. Ich bin einmal gespannt, ob das nicht auch ein Angebot an Sie sein kann, über die Reform der gymnasialen Oberstufe noch einmal nachzudenken, insbesondere unter dem Aspekt, die allgemein bildenden Fähigkeiten von Gymnasiasten zu verstärken. Ich glaube, mit diesem Modell würden wir dort einen wesentlichen Schritt weiterkommen. Wir würden den jungen Menschen helfen, weil sie besser auf ihre Zukunftserwartungen eingestellt werden, und wir würden - auch das ist erlaubt - durchaus dafür sorgen, dass den Bedürfnissen, die se bei Hochschulen, in der Forschung und in der Wirtschaft gibt, Rechnung getragen wird. Ich glaube, auch das wäre ein Beitrag zu einem besseren und moderneren Bildungssystem im Saarland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben schließlich auch vorgeschlagen den Aufbau einer Qualitätsagentur. Das ist ja auch ein Punkt, den wir nicht immer vertreten haben - weil wir auch festgestellt haben, dass bei dem, was an empirischen Studien vorliegt, die Überprüfbarkeit von Leistung - im Übrigen nicht nur von Schülerinnen und Schülern - eine besondere Bedeutung hat. Allerdings müssen wir bei der Diskussion um die Nachprüfbarkeit von Leistung und den Aufbau einer Qualitätsagentur für das saarländische Bildungssystem zu einem Paradigmenwechsel kommen. Denn bisher war es zumindest in der deutschen bildungspolitischen Debatte so, dass getestet worden sind die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. In anderen Ländern, in denen es das auch gibt - im Übrigen auch bei denjenigen, die in den internationalen Vergleichsstudien ganz vorne gelandet sind -, werden nicht die Leistungen der Schülerinnen und Schüler getestet, sondern es wird die Qualität der Schulen getestet. Sie, die Schulen, haben versagt, wenn es an den Leistungen der Schüler hapert nicht der Schüler selbst hat versagt. Und wenn wir zu einer derartigen Überprüfungskultur kommen, dass wir die gesamte Problematik bei Schülerinnen und Schülern, die Probleme haben, nicht zuerst bei der einzelnen Persönlichkeit ablegen und sie vielfach damit allein lassen, sondern uns die Frage stellen, ob unser Bildungssystem und die verantwortlichen Schulen nicht vielmehr die Verantwortung dafür tragen, dass Leistungen von Schülerinnen und Schülern nicht so sind, wie sie sein könnten, nämlich besser: dann, glaube ich, werden wir auch, was die Evaluation angeht, einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind sechs Vorschläge gewesen, die wir gemacht haben, die nach unserer Auffassung geeignet sind, das saarländische Bildungssystem wesentlich weiter zu entwickeln. Das sind nicht in vollem Umfang Vorschläge, die wir in der Vergangenheit an diesen Punkten jeweils erhoben haben. Wir haben uns auch anlässlich dessen, was uns empirisch nachgewiesen wurde, bewegt. Ich gehe jedoch davon aus: Es wäre an der Zeit, dass auch Sie sich bewegen. Denn es geht bei der Modernisierung des saarländischen Bildungssystems um nicht weniger als die Zukunft und die Zukunftsperspektive junger Menschen, aber genauso um Zukunftsperspektive und die Existenz unseres Landes. Und das sollte es uns wert sein. - Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD.)

Präsident Ley:

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Franz-Josef Berg das Wort. Auch hier ist vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Abg. Berg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD und der Kollege Maas haben Recht. Das muss ich in meiner letzten Plenarsitzung als Abgeordneter auch einmal zugestehen. Die SPD hat Recht, wenn sie sagt: Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Nur, meine Damen und Herren, wer hat denn bisher in die Bildungspolitik investiert, und wer hat denn in der Bildungspolitik den Rotstift angesetzt? Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie diesen Maßstab vorgeben, müssen Sie sich auch an diesem Maßstab messen lassen.

(Beifall von der CDU.)

Wenn Sie heute Morgen versuchen, Ihre Wahlkampfkampagne zu verteidigen, so müssen Sie sich auch die Fakten und Realitäten in unserem Land vor Augen halten lassen. Wer hat denn das Bildungswesen in unserem Land kaputtgespart? Die SPD hat in der Zeit, als sie handeln konnte, Bildungsausgaben reduziert. Die SPD hat über 1.000 Lehrerstellen abgebaut und somit unseren Schülern Unterrichtsstunden und Unterrichtsqualität genommen. Und die SPD hat die Stundentafel an der Grundschule gekürzt. In dieser wichtigen Phase - das haben Sie zu Recht gesagt - haben Sie unseren Kindern Unterricht und damit auch Bildung weggenommen. Dass ausgerechnet Sie heute die volle Ganztagsschule fordern, ist deshalb unglaubwürdig, heuchlerisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Gillo (SPD): Kommen Sie doch mal aus den Schützengräben heraus, es ist ja furchtbar!)

Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft, Herr Gillo. Dieser Satz passt aber nicht auf Ihre Politik, sondern auf die CDU-Politik und die Politik von Bildungsminister Jürgen Schreier, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Wir haben bisher in Bildung zusätzlich investiert und werden dies auch weiter tun, da brauchen wir Ihre besserwisserischen Ratschläge nicht. Die CDU hat zuallererst die wichtigsten Investitionen in die Bildung und Unterrichtsqualität gemacht und in den letzten Jahren 400 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Wir haben diesen finanziellen Kraftakt trotz der Einnahmeeinbrüche im Landeshaushalt bewältigt. Einnahmeeinbrüche, Herr Gillo, die übrigens die SPD verursacht hat. Die miserable Finanz- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene ist schuld, dass wir Einnahmeeinbrüche haben.

(Beifall von der CDU.)

Dass ausgerechnet Sie eine Quote von 30 Prozent für Bildungsausgaben in der Landesverfassung fordern, zeigt, dass Sie jeden Bezug zur Realität verloren haben. Machen Sie doch mal angesichts der katastrophalen Steuereinbrüche - auf Grund der miserablen Bundespolitik von Rot-Grün - einen vernünftigen Vorschlag, in welchen Bereichen das notwendige Geld zusammengestrichen werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Herr Maas, schauen wir uns doch mal die Zahlen an, wie sich der Anteil des Bildungshaushaltes zum Gesamthaushalt entwickelt hat. Es gibt drei Vergleichszahlen, Herr Maas, sie sprechen Bände. Die Quote 1985 - CDU-Haushalt - lag bei 23,3 Prozent, die Quote 1999 - SPD-Haushalt - lag bei 22,7 Prozent.

(Zurufe von der CDU.)

Die Quote im Jahr 2004 liegt bei 25,1 Prozent. Das heißt, Sie haben die Quote gesenkt. wir haben sie bisher schon um 2,4 erhöht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Herr Maas, das sind die wahren Zusammenhänge - Zahlen lügen nicht. Trotz der schwierigen Haushaltslage hat also die CDU-Landesregierung in vielen Bildungsbereichen zusätzliches Geld in die Hand genommen und in die Bildung investiert. Beispielhaft nenne ich die Freiwillige Ganztagsschule, den zusätzlichen Unterricht an der Grundschule und die Beitragsfreistellung im Kindergarten. Die CDU investiert in die Bildung, in die Zukunft unserer Kinder und wird deshalb nach dem 05. September ihre beispielhafte Bildungspolitik auch fortsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Eine Bildungspolitik, die im Übrigen auch bundesweit Beachtung findet und sogar als Vorbild dient: Die Beitragsfreistellung im Kindergarten, die Initiative für das frühe Lernen, die bilinguale Früherziehung, die zentralen Abschlussprüfungen und das Gymnasium in acht Jahren stehen beispielhaft für die Vorreiterrolle des Saarlandes in vielen bildungspolitischen Bereichen.

Meine Damen und Herren von der SPD, dass Sie schon wieder eine Schulstrukturdebatte führen wollen, ist ideologisch begründet - da haben Sie eben auch Recht gehabt -, zeigt aber auch, dass Sie nichts dazugelernt haben. Sie haben offensichtlich vor, das gegliederte Schulsystem abzuschaffen und wollen die Einheitsschule einführen. Der saarländische Philologenverband hat Recht, wenn er, wie andere Lehrerverbände, hieran Kritik übt und von einem Griff in die Mottenkiste alter Bildungsmodelle spricht. Die erneute Schulstrukturdebatte würde wieder die inhaltliche Diskussion über die Qualität von Schule erheblich behindern. Ich erinnere Sie an die letzte Gesamtschuldebatte, die viel zu viel bildungspolitische Kraft gekostet hat. Anstatt diese Debatte zu führen, meine Damen und Herren, hätten Sie besser die Dinge auf den Weg gebracht, die Sie heute vollmundig fordern.

Herr Maas, außerdem will ich Ihnen auch vorhalten, dass PISA und die IGLU-Studie gezeigt haben, dass die Bundesländer mit gegliedertem Schulsystem besser abgeschnitten haben als die Länder, die stärker auf die Gesamtschule gesetzt haben. Das ist auch ein Ergebnis, insofern ist Ihre Kritik an dem gegliederten Schulsystem abwegig.

Meine Damen und Herren, spätestens seit der PISA-Studie ist in Deutschland eine grundlegende bildungspolitische Debatte entbrannt. Eine Diskussion, die angesichts der Ergebnisse der Studie sicherlich notwendig ist. Wir brauchen in Deutschland mehr Qualität in unserem Bildungssystem, unsere Bildungseinrichtungen müssen besser werden, um international wieder einen Spitzenplatz zu erreichen. Dabei darf aber auch nicht übersehen werden, dass veränderte Rahmenbedingungen auf unsere Kinder und auf alle im Bildungsprozess einwirken. - Ich nenne zum Beispiel die steigende Zahl der Alleinerziehenden, die berufstätigen Eltern und das geänderte Freizeitverhalten, das sollte man sicherlich auch erwähnen, aber auch die neuen Herausforderungen, die mit den Aufgaben der Integration von ausländischen Kindern einhergehen. Gerade diese Rahmenbedingungen werden allzuoft vergessen und zurückgedrängt, wenn man die Ergebnisse schulischer Leistungen diskutiert. Unsere Schulen und Bildungseinrichtungen müssen aber vor diesem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderung gesehen werden. Die Erkenntnis um die erschwerten Rahmenbedingungen muss aber auch und nicht zuletzt zu einer verstärkten Wertschätzung des Lehrerberufs führen. Wir müssen den Lehrern mit ihrer wichtigen Aufgabe den Rücken stärken und ihnen vor allen Dingen durch eine praxisorientierte Aus- und Fortbildung Grundlagen geben, um sie für ihre Aufgaben fit zu machen.

Wir brauchen weiterhin motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, sie sind der Schlüssel für die Qualität an unseren Schulen. Die SPD hat in ihrer Zeit Lehrerstellen abgebaut, viele Lehramtsstudiengänge im Saarland geschlossen und es auch nicht geschafft, zügig ein Lehrerbildungszentrum einzurichten und die Reform der Lehrerbildung anzugehen.

(Beifall von der CDU.)

Meine Damen und Herren von der SPD, das ist eben auch eine Erkenntnis der Studien, dass die Lehrerbildung reformiert werden muss. Wir haben schon vor PISA hier wichtige Akzente gesetzt und investiert. Wir haben zusätzliche 400 Lehrerstellen eingerichtet, in Zusammenarbeit mit der Universität wichtige und notwendige Studiengänge für das Lehramt wieder eingerichtet und das Lehrerbildungszentrum an der Universität mit zusätzlichen Investitionen eingerichtet. Es hat bereits wichtige Schritte umgesetzt für eine stärkere Praxisorientierung - darüber haben wir in diesem Haus schon diskutiert. Eine dringend notwendige Maßnahme war die Einrichtung des Lehrerzentrums, und Sie, meine Damen und Herren, haben das in Ihrer Regierungszeit auf jeden Fall nicht fertig gebracht.

Ich nenne als weitere Investitionen in den Lehrernachwuchs die Bereitstellung von neuen Planstellen für die Lehrerfeuerwehr, die Abschaffung der Zwangsteilzeit für beamtete Lehrer, die Umwandlung der 3/4-Stellen für Lehrer an Grundschulen in Vollbeamtenstellen, die neuen zusätzlichen Referendarstellen für Lehrernachwuchs, die neuen Stellen für die zusätzlich ausgebildeten Referendare, vor allen Dingen bei den beruflichen Schulen, und die Schaffung größerer Durchlässigkeit für Lehrer zwischen den Schulformen. Die CDU hat in den zurückliegenden Jahren trotz schwieriger Haushaltslage konsequent zusätzliche Lehrer ausgebildet und eingestellt. Die SPD ist die Partei des Lehrerstellenabbaus, die CDU ist die Partei des Lehrerstellenaufbaus, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse der PISA-Ergänzungsstudie haben eindeutig bewiesen, dass die lange von der Union regierten Bundesländer im Leistungsvergleich der Schulen in Deutschland vorne liegen. Die Studie ist damit zugleich ein eindrucksvoller Beleg für das Scheitern der leistungsfeindlichen sozialdemokratischen Bildungspolitik, die in Ihren Vorschlägen, meine Damen und Herren von der SPD, auch noch mal bei der Schulstrukturreform, die Sie heute vorlegen, anklingen.

Die seit langem von der Union regierten Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg liegen auf den ersten Plätzen der Studie in Deutschland. Auf den hintersten Plätzen stehen dagegen Länder, die lange Zeit sozialdemokratisch regiert wurden. Das nicht befriedigende Abschneiden des Saarlandes fällt nicht aus der Reihe, die Erhebung erfolgte ja unter Fünfzehnighrigen Anfang des Jahres 2000. Das heißt, die Schüler haben neun Jahre lang ein Schulsystem durchlaufen, das gekennzeichnet war durch Lehrerabbau, Stundenreduzierungen, Wegfall von Noten in den Eingangsklassen und Abschaffung von zentralen Abschlussprüfungen, meine Damen und Herren.

Herr Maas, Sie nehmen Bezug auf die PISA-Ergebnisse. Die Ergebnisse der PISA-E-Studie sind auch eine negative Abschlussbilanz einer verfehlten Bildungspolitik der SPD hier im Saarland bis 1999.

(Beifall von der CDU.)

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie heute vollmundig den flächendeckenden Ausbau der Grundschule zur vollen Halbtagsschule fordern, müssen Sie sich auch die Frage gefallen lassen: Wer hat denn die Stundentafel an der Grundschule 1995 radikal gekürzt?

(Abg. Henz (SPD): Was ist erneuert worden? - Nichts.)

Herr Braun, Sie waren sich nicht zu schade, als bildungspolitischer Sprecher sich mit Milchmädchenrechnungen und mathematischen Klimmzügen an der Verteidigung dieses Einschnittes zu beteiligen. Das war ein gravierender Schnitt in das Fleisch der Grundschule. Dass Sie heute die Erhöhung fordern und die volle Halbtagsschule fordern, ist wirklich paradox. Sie haben unseren Kindern in dieser wichtigen Phase Bildungsmöglichkeiten in der Vergangenheit geklaut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Trotz der angesprochenen schwierigen Haushaltsbedingungen hat die CDU bereits deutliche Korrekturen an dieser verfehlten Grundschulpolitik vollzogen und die Initiative "Bessere Grundschule" gestartet. Wir werden 100 Wochenstunden an die Grundschule bringen. Wir haben bereits drei zusätzliche Deutschstunden im vergangenen Schuljahr an die Grundschulen gebracht. Jürgen Schreier hat dies mit der konsequenten Umsetzung seiner Initiative bewirkt. Ab dem nächsten Schuljahr wird es nochmals drei zusätzliche Stunden an der Grundschule im Kernunterricht geben. Wir setzen diese qualitätsverbessernde Maßnahme fort. Wir wollen damit mehr Unterricht, insbesondere Deutschunterricht, und mehr Qualität an die Grundschulen bringen. Das Qualitätsprogramm des Bildungsministers ist eine wichtige Konsequenz. Wir haben Konsequenzen aus der PISA-Studie gezogen. Wir haben hier ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Grundschule ist die wichtigste Schulform. Hier wird die Basis für jedes weitere Lernen gelegt. Während Sie, meine Damen und Herren von der SPD, hier Unterricht gestrichen haben, werden wir entsprechend weiter aufbauen und 100 Wochenstunden an die Grundschulen bringen.

Herr Braun, Sie und viele andere Kollegen von Ihnen, von der SPD, die heute noch hier sitzen, haben damals die Hand für die Kürzungen gehoben. Dass Sie heute hier vollmundig die Halbtagsschule fordern, ist anachronistisch. Das ist wirklich absurd.

(Zuruf der Abgeordneten Möller (SPD).)

Sie zeigen damit, dass dies ein deutlicher Misserfolg sozialdemokratischer Bildungspolitik hier im Saarland ist.

(Beifall bei der CDU.)

Einen neuen wichtigen Baustein zur Verbesserung der Qualität an unseren Grundschulen haben wir kürzlich gesetzt. Mit dem landesweiten Pilotprojekt zur Sprachförderung "Früh Deutsch lernen an 30 Grundschulen im Saarland" erhalten insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund eine Förderung für die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht. Wir richten zusätzliche Kurse ein, damit bei gravierenden Sprachdefiziten kostenloser Sprachunterricht erteilt wird. Dies ist auch eine wichtige finanzielle Investition in die Integration und Chancenverbesserung. Deutsch zu sprechen ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Teilnahme am Unterricht. So kommt diese Maßnahme letztendlich allen Schülerinnen und Schülern an der Grundschule zugute. Die Schüler mit Sprachdefizit erhalten die Chance, wesentlich stärker am Grundschulunterricht teilzunehmen, zu profitieren und damit auch eine solide Grundlage für ihre weitere Schulkarriere zu erreichen. Außerdem profitieren alle Schülerinnen und Schüler in den entsprechenden Klassen durch diese Qualitätsverbesserung.

Mit erheblichen zusätzlichen Mitteln wird der Ausbau des Projektes "Französisch in der Grundschule" gefördert. Bereits in den vorschulischen Einrichtungen werden saarländische Schüler durch Muttersprachler an die Sprache unserer französischen Nachbarn herangeführt. Im Rahmen eines Schulversuchs werden die Angebote an der Grundschule fortgesetzt. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres werden weitere 11 Grundschulen in den Versuch eingebunden. Damit sind schon rund 314 Klassen in diesem Bereich

"Französisch in der Grundschule" eingebunden. Auch hier hat die CDU-Landtagsfraktion gezeigt - ich erinnere an die Beratungen zum Haushalt 2004 -, dass sie trotz schwieriger Haushaltslage gerade in der bilingualen Früherziehung wichtige Akzente setzt. Auch diese Beispiele werden bundesweit herausgestellt, werden registriert und bundesweit gelobt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, im Bereich der Leistungskontrolle und Leistungssicherstellung hat die CDU-Landesregierung direkt nach der Regierungsübernahme 1999 eine Kurskorrektur in der Bildungspolitik vorgenommen. Gerade die Wiedereinführung zentraler Abschlussprüfungen am Ende des Hauptschul- und Realschulstudiengangs machen deutlich, dass die CDU-Landesregierung bereits vor PISA konsequent und zukunftsweisend gehandelt hat.

Als die SPD 1986 die zentrale Abschlussprüfung abgeschafft hat, haben sogar die Schüler in unserem Land dagegen protestiert. Die Schüler waren der Meinung, dass diese Abschlussprüfung für sie eine zusätzliche Chance darstellt. Die Abschlussprüfung führt zu mehr Transparenz, Objektivität, Qualität und Leistungen. Das haben übrigens die saarländischen Schülerinnen und Schüler in den letzten Jahren gezeigt. Sie haben motiviert und mit großem Engagement diese zentrale Abschlussprüfung gemeistert, meine Damen und Herren.

Aber hier hing die SPD wie in vielen anderen Dingen auch im bildungspolitischen Bereich aus ideologischen Gründen hinterher. Sie haben immer wieder gegen diese zentralen Abschlussprüfungen polemisiert. Die CDU-Landesregierung hat Orientierungsarbeiten in der Grundschule durchführen lassen und so wichtige Voraussetzungen für die Abfrage von einheitlichen Bildungsstandards geliefert. Jürgen Schreier war einer der ersten, der die Einführung nationaler Bildungsstandards und die Einführung einer Qualitätsagentur für Bildungsstandards gefordert hat. Insofern gilt ihm Anerkennung und Dank, dass er eine treibende Kraft war, dass die Kultusministerkonferenz die entsprechenden Beschlüsse bereits gefasst hat.

Vor wenigen Wochen haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD - Herr Gillo, Sie waren mit dabei - noch in Pressemitteilungen mit falschen Behauptungen gegen die Beschlüsse polemisiert und Panikmache gegen die Überprüfung der einheitlichen Standards betrieben. Hier hinken Sie wieder mit Ihrem Antrag der Realität hinterher, und Sie waren bis vor kurzer Zeit noch gegen diese Dinge. Seien Sie doch einmal ehrlich! Sie haben noch vor einigen Wochen gegen die Prüfung der einheitlichen Standards mit falschen Behauptungen polemisiert.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, die vorausschauende und kindorientierte CDU-Bildungspolitik wird ganz besonders deutlich an dem Thema frühes Lernen. In Deutschland wurde zu lange die Zeit vor der Schule nicht hinreichend für frühes Lernen genutzt. Nie wieder sind Neugierde, Wissensbegierde, Lernfähigkeit so ausgeprägt wie in den ersten Jahren. Deshalb hat der Kindergarten nicht nur die Aufgabe zu betreuen, sondern auch einen eigenständigen Bildungsauftrag. Gerade deshalb haben die CDU-Landtagsfraktion und die CDU-Landesregierung bereits frühzeitig deutliche Zeichen gesetzt, auch bereits vor PISA. Zuerst wurde die Zuständigkeit für die Vorschulerziehung in das Bildungsministerium verlagert, um diesem bildungspolitischen Anspruch Rechnung zu tragen. Danach wurde mit Abschaffung der Elternbeiträge für das dritte Kindergartenjahr ein bundesweit beispielhaftes Zeichen gesetzt. Die Freistellung der Elternbeiträge ist ein wesentlicher Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit aller Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Mit der Freistellung vom Kindergartenbeitrag kann überhaupt erst der Bildungsauftrag des Kindergartens umgesetzt werden, Frau Ries.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Die SPD in diesem Hause war immer gegen diese Maßnahme zur Sicherung der Chancengleichheit. Heute sprechen Sie vom Bildungsauftrag des Kindergartens. Da kann ich nur sagen: Guten Morgen SPD! Guten Morgen, Herr Maas! Sind Sie auch schon wach, sind Sie auch schon da?

(Beifall bei der CDU.)

Die CDU-Landesregierung hat erhebliche Mittel investiert, um die Chancengleichheit zu erreichen. Erst dadurch kann der Bildungsauftrag des Kindergartens ernsthaft und ohne Benachteiligung sozial Schwächerer umgesetzt werden. Mittlerweile ist die Forderung nach einer Freistellung von Kindergartenbeiträgen eine anerkannte bildungspolitische Forderung, die die anderen Bundesländer noch umzusetzen haben. Das heißt im Klartext, auch hierbei liegt die CDU-Landesregierung, liegt das Saarland schon meilenweit vor anderen Bundesländern. Wir haben gehandelt, während Sie, meine Damen und Herren von der SPD, diese Maßnahme miesgeredet haben. Auch weitere Schritte im Bereich Frühes Lernen wurden getan. Ein vielbeachteter Fachkongress Frühes Lernen wurde durchgeführt, Bildungsbausteine für den Kindergarten erarbeitet und die Verbesserung der Erzieherausbildung durch mehr Praxis und den Erwerb der Fachhochschulreife mit abgeschlossener Ausbildung begonnen. Die Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Einschulung unserer Kinder mit 6,8 Jahren zu hoch ist, haben wir schon lange angesprochen, Herr Maas. Dabei sind wir aber vor allen Dingen der Meinung, dass hier eine Bewusstseinsbildung bei den Eltern passieren muss. Auch unter Ausnutzung der bereits gegebenen gesetzlichen Voraussetzungen kann das Einschulungsalter wesentlich reduziert werden, wenn es die Eltern nur anstreben. Sinnvoll erscheint mir persönlich in diesem Bereich eine Ausweitung der so genannten Kann-Regelung.

Meine Damen und Herren, zu den Erfolgsmeldungen im Rahmen der bildungspolitischen Maßnahmen der CDU-Saar zählt auch das von unserer Landtagsfraktion entwickelte Modell der freiwilligen Ganztagsschule. Sie haben es angesprochen. Dieses Modell setzt auf Freiwilligkeit, Flexibilität und ein flächendeckendes Angebot. Das Förderprogramm hat dank der Mithilfe vieler Schulträger und vieler freier Träger eine erhebliche Ausweitung des Betreuungsangebotes an saarländischen Schulen erbracht. Während Sie, meine Damen und Herren von der SPD, zu Ihrer Regierungszeit ein untaugliches Modell angeboten haben, das zwar viel gekostet hat, aber von den Eltern wenig angenommen wurde, haben wir ein bedarfsgerechtes Modell entwickelt und umgesetzt. Auch hier sprechen die Zahlen Bände. Alleine im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Gruppen von 171 auf 342 verdoppelt. Ende 2003 waren es dann schon 403 Gruppen. An 229 von 269 Grundschulen ist die freiwillige Ganztagsschule eingerichtet. Herr Braun, an 229 von 269 ist die freiwillige Ganztagsschule etabliert! Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Modell in der vorliegenden Form angenommen wird.

Auch die Möglichkeit, die freiwillige Ganztagsschule bis 16.00 Uhr anzubieten, wird immer stärker angenommen. Hier werden vom saarländischen Bildungsministerium auch zusätzliche 500 Lehrerstunden für die Gruppen zur Verfügung gestellt. Neben der hervorragenden Arbeit der Träger mit fachkundigem Personal wird so die Arbeit an den Schulen durch zusätzliche Lehrer unterstützt. Die CDU-Landesregierung hat im Vergleich zur SPD die Mittel für diesen Komplex verzehnfacht und gibt zusätzlich rund 1 Million Euro für die Lehrerstunden aus.

Auch das vielfältige Interesse der saarländischen Schulträger und insbesondere der Kommunen an der Abrufung der Mittel des Investitions-

programms zum Aus- und Aufbau von freiwilligen Ganztagsschulen zeigt, dass das Modell angenommen wird. Allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz gelingt es dem Ministerium derzeit, die entsprechenden Mittel bedarfsorientiert weiterzuleiten und die Kommunen zu motivieren, trotz schwieriger Haushaltslage ihren Anteil an der Finanzierung beizusteuern. Hier gilt auch den saarländischen Kommunen Dank, die trotz schwieriger Haushaltslage das Programm in großer Zahl annehmen und so wichtige Voraussetzungen schaffen für die Ganztagsbetreuung vor Ort.

Auch im Bereich der beruflichen Schulen wurden in den zurückliegenden Jahren erhebliche qualitätsverbessernde Maßnahmen durchgeführt und auf den Weg gebracht. Allein für die beruflichen Schulen wurden 98 zusätzliche Lehrerstellen von der CDU-Landesregierung geschaffen. Damit wurde eine wichtige Grundlage zur Gewinnung des Lehrernachwuchses gelegt und die beste Qualitätsverbesserung erreicht, die man für Schulen überhaupt erbringen kann. Der Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen wurde in erheblichem Maße zurückgeführt. Wenn ich Ihre Rede richtig verfolgt habe, Herr Maas, so haben Sie zur beruflichen Bildung keinen einzigen Satz gesagt. Das zeigt, welchen Stellenwert die berufliche Bildung bei der SPD hat.

(Beifall bei der CDU.)

Außerdem wurden zusätzliche 70 Referendarstellen für die beruflichen Schulen geschaffen, um Lehrernachwuchs zu gewinnen und in unserem Land zu halten. Gerade im Bereich der Rekrutierung von Lehrernachwuchs für die beruflichen Schulen hat die SPD in ihrer Regierungszeit besonders kläglich versagt. Trotz der abzusehenden Mangelsituation wurden Ausbildungsgänge geschlossen. Anstatt Nachwuchs zu fördern, haben Sie ihn verprellt. Wir dagegen haben auch in diesem Bereich schnell gehandelt. In Zusammenarbeit mit der Universität wurden die Lehramtsstudiengänge Metalltechnik und Elektrotechnik sowie Informatik und Diplom-Handelslehrer neu geschaffen. Mit dem Sofortprogramm von Jürgen Schreier wurde der Berufsschullehrerkollaps vermieden und mit dem Einsatz von zusätzlichem Geld schnell Lehrernachwuchs für die beruflichen Schulen ausgebildet.

Der Qualitätsverbesserung der beruflichen Ausbildung dient unter anderem auch die Neueinrichtung von zukunftsweisenden Ausbildungsgängen wie zum Beispiel technische Informatik, Wirtschaftsinformatik und Tourismus. Durch die Einrichtung zusätzlicher beruflicher Gymnasien wurde darüber hinaus die Durchlässigkeit in unserem Schulsystem wesentlich verbessert.

An dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, dass vielfältige Initiativen und bundesweit beachtete Modelle für so genannte praktisch Begabte sowohl im allgemein bildenden Bereich als auch im berufsbildenden Bereich eingerichtet wurden. Praxistage, Praxisklassen und Produktionsschule sowie dualisiertes Berufsgrundbildungsjahr sind wichtige Stichworte. Beispielhaft sind andererseits auch die Initiativen zur Förderung der hoch Begabten wie zum Beispiel Sommer-Akademie und Junior-Studium. Auch hier wurden modellhafte Einrichtungen geschaffen, die den betreffenden Kindern, Jugendlichen und Lehrern wichtige Hilfestellungen geben, um eine angemessene Förderung - darum geht es - zu erreichen. Der große Zuspruch und die Ausweitung der Aktivitäten in den Fördergruppen und auch an den Standorten sowie die große Resonanz auf die Lehrerfortbildungsangebote zeigen deutlich den Erfolg dieser Maßnahme, die bundesweit ebenfalls Beachtung findet. An dieser Stelle will ich auch noch eine Bemerkung los werden. Was hier betrieben wird, ist wirklich eine vernünftige Eliteförderung. Das ist wirklich vernüftig, was wir hier für hoch Begabte tun.

Sie sehen, meine Damen und Herren, dass die CDU die Chancengleichheit ernst nimmt. Wir nehmen auch die Kinder und Jugendlichen mit ihren besonderen Begabungen, mit ihren Fähigkeiten, mit ihren Talenten an, fordern und fördern sie. Qualität und Leistung sind dabei die wichtigsten Kennzeichen der Bildungspolitik der CDU Saar. Leistung einzufordern ist dabei alles andere als inhuman. Etwas selbst zu schaffen, etwas selbst geleistet zu haben gibt Selbstvertrauen und das Bewusstsein von eigener Stärke und Kraft und fördert damit in besonderem Maße die Persönlichkeitsentwicklung.

Nicht zu Unrecht hat aus der Fülle der beispielhaften Bildungsinvestitionen das saarländische Projekt Gymnasium in acht Jahren bundesweit die größte Aufmerksamkeit erregt. Das Saarland hat hier gezeigt, dass man eine solche grundlegende und wichtige Veränderung zu Gunsten unserer Kinder auch flächendeckend schnell umsetzen kann. Diese Maßnahme, die unseren Kindern Schulzeit erspart und Lebenszeit gewinnen hilft, wurde trotz vieler Unkenrufe zügig und gekonnt vom Bildungsministerium umgesetzt. Dass mittlerweile viele andere Bundesländer dem saarländischen Beispiel folgen, zeigt, dass wir auch hier an der Spitze der bildungspolitischen Reformbewegung stehen und bundesweit der Reformmotor in bildungspolitischen Fragen sind. Wer das nicht glaubt, kann heute in der Saarbrücker Zeitung nachlesen, dass auch das SPDregierte Nordrhein-Westfalen das achtjährige Gymnasium jetzt einführt. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten sich endlich diesen Fehler eingestehen, dass Sie gegen das Gymnasium in acht Jahren waren. Wir haben dieses zukunftsweisende Projekt schnell und vernünftig umgesetzt und die anderen Bundesländer folgen uns jetzt.

(Beifall bei der CDU.)

Viele weitere bildungspolitische Akzente und Investitionen in die Zukunft unserer Kinder wurden von der CDU-Landesregierung und der CDU-Landtagsfraktion auf den Weg gebracht. Alle zu beschreiben, würde die Redezeit erheblich überfordern. Im Laufe der Debatte werden sicherlich noch weitere Projekte wie zum Beispiel das Schoolworker-Programm, das Intensivprogramm zur Förderung der Lesekompetenz, das kulturelle Praktikum und die Initiative zur Werte- und Verhaltenserziehung angesprochen. Dies sind alles positive Beispiele, die zeigen, dass wir erheblich in eine gute Bildung und Erziehung unserer Kinder investieren.

Zusammenfassend stelle ich Folgendes fest. Die Bilanz der CDU-Landesregierung in der Bildungspolitik ist hervorragend. Das Saarland ist mittlerweile ein bildungspolitisches Musterland, dem viele nacheifern wollen. Wir fordern daher die CDU-Landesregierung auf, ihre erfolgreiche und bundesweit beachtete Bildungspolitik so dynamisch fortzusetzen, wie sie bisher schon betrieben wurde.

(Beifall bei der CDU.)

Mein bildungspolitisches Abschlusszeugnis für die SPD-Landtagsfraktion fällt da leider wesentlich schlechter aus. Die SPD muss nach meiner Beurteilung als Opposition in den Wiederholerkurs.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU.)

Da ich dieses Haus auf Grund anderer dringender Verpflichtungen vorzeitig verlassen muss, habe ich mein Abschlusszeugnis für die SPD-Fraktion schon jetzt fertig gestellt. Das Bildungsabschlusszeugnis für die SPD-Landtagsfraktion bescheinigt leider miserable Leistungen.

(Der Redner zeigt den Abgeordneten ein Schaubild.)

Die SPD erreicht im Fach Mitgestalten die Note mangelhaft und im Verhalten ein klares "destruktiv". Die SPD-Fraktion hat sich im Fach Glaubwürdigkeit ein "Ungenügend" geleistet.

(Abg. Gillo (SPD): Was Sie hier tun, ist vollkommen ungenügend.)

Die SPD hat die Grundrechenarten nicht verstanden. Spitze ist sie lediglich in der Besserwisserei. In Realitätsverlust erreicht die SPD ein Sehr gut und in ideologischer Argumentation ein klares "Selbstbefriedigend".

(Zuruf von der SPD: Wo sind wir denn hier?)

Als eigene Versäumnisse schlagen erschwerend zu Buche: 1.000 Lehrerstellen abgebaut, Stundentafel reduziert, Ganztagsbetreuung vernachlässigt.

(Zuruf des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Herr Kollege Pauluhn, Sie müssen das schon akzeptieren. So geht es manchmal im Leben. Man muss Zeugnisse, die man bekommt, akzeptieren lernen. Als Abschlussbemerkung bleibt nur übrig: Die SPD-Fraktion hat das Klassenziel bei weitem verfehlt. Wegen mangelhafter Einsichtigkeit und ungenügender Leistungen muss die Opposition in den Wiederholerkurs.

(Lachen bei der CDU.)

Wenn sich die Leistungen der SPD nicht grundlegend ändern, dann muss sie sich noch auf mehrere Ehrenrunden einstellen, meine Damen und Herren.

(Abg. Maas (SPD): Methodisch einwandfrei. - Lachen. - Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Die CDU-Landesregierung, Bildungsminister Jürgen Schreier und die CDU-Landtagsfraktion werden auf jeden Fall ihre moderne und bundesweit geachtete und innovative Bildungspolitik fortsetzen. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Die CDU macht diese Investitionen und wird am 05. September deshalb ein sehr gutes Abschlusszeugnis erhalten. Am 05. September gilt auch in der Bildungspolitik: CDU Saar - Fortsetzung folgt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Kultusminister Jürgen Schreier. Es ist vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Minister Schreier:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildungspolitik ist Zukunftspolitik. So lautet Ihr Antragsbeginn. Da haben Sie Recht. Bildungspolitik ist wirklich Zukunftspolitik. Aber wer ankündigt, er wolle Zukunftspolitik mit Mut zur Kontinuität und Korrektur machen, der muss sich zunächst einmal an der Vergangenheit und seinen eigenen Taten in seiner Regierungszeit messen lassen. Sie haben als SPD fast 15 Jahre im Saarland allein regiert. Sie waren also alleinverantwortlich für die Bildungspolitik, die von 1985 bis 1999 in diesem Land gemacht worden ist.

15 Jahre SPD-Bildungspolitik, 15 Jahre SPD-Schulpolitik hieß 15 schlechte Jahre für die Bildungspolitik an der Saar, meine Damen und Herren. Der Bildungs- und Qualitätsabbau von Breitenbach über Granz bis Wittling ist nicht vergessen. 15 Minus-Jahre für die Schulpolitik prägen sich in den Köpfen der Menschen ein. Ich weiß, Herr Maas, das hören Sie nicht gerne, aber es sind nun einmal Tatsachen. Es ist nun einmal die traurige Wahrheit Ihrer Regierungszeit. Ich kann und will es Ihnen auch nicht ersparen.

Vom Schuljahr 1985/86 bis zum Schuljahr 1999/2000, also in einer Zeit, in der die Schülerzahl in den allgemein bildenden Schulen um 13.000 gestiegen ist, haben Sie Lehrer abgebaut. Bei Beibehaltung der früheren Bildungsqualität hätten Sie rund 1.000 Lehrerstellen für diese zusätzlichen Schülerinnen und Schüler schaffen müssen, um sie weiter gut zu versorgen. Was haben Sie gemacht? Sie haben in

Ihren ganzen 15 Jahren trotz steigender Schülerzahlen über 1.000 Lehrerstellen abgebaut. Minus 1.000 Lehrerstellen bei einem Plus von 13.000 Schülern. Das heißt auf Deutsch: massiver Bildungsabbau.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben aus dem Bildungsland ein Absteigerland gemacht. Das ist in den Köpfen. Das vergessen die Bürgerinnen und Bürger im Saarland nicht, meine Damen und Herren. Wir haben dagegen 400 zusätzliche Stellen trotz zurückgehender Schülerzahlen geschaffen. Im Grundschulbereich gibt es 40 Stellen mehr als 1999 trotz 12 Prozent weniger Schülern. Das ist unsere Politik der Korrektur. Meine Damen und Herren, das erkennen die Menschen an.

Auch der nächste Punkt tut richtig weh, aber er ist nachgewiesener Fakt. Durch die SPD ist die Stundentafel der Grundschule - der wichtigsten Schule, weil sie das Fundament ist - um sieben Stunden gekürzt worden. Wir haben Ihnen die Grundschule mit 96 Jahreswochenstunden übergeben. Sie haben sie uns 1999 wieder mit 89 Jahreswochenstunden übergeben. Sie haben zu verantworten, dass saarländische Kinder über die Grundschulzeit fast ein halbes Jahr weniger Unterricht erhielten als die bayerischen Schüler. Auch das ist eine Erklärung, warum Bayern in den Vergleichen so gut abgeschnitten hat und wir nicht so gut. Sie haben durch den Unterrichtsabbau die Chancen der saarländischen Kinder verschlechtert.

Der Unterrichtsabbau blieb aber nicht auf die Grundschule beschränkt. Dort betrug er von 1985 bis 1999 - wie gezeigt - 7,3 Prozent. In der Hauptschule sank die Stundenzahl im gleichen Zeitraum um 10 Prozent, in der Realschule um 18 Prozent, im Gymnasium um 15 Prozent und selbst in Ihrer geliebten Gesamtschule um 12,5 Prozent. Da wurde sie von uns noch besser behandelt als von Ihnen. Das sind die Fakten. Auch die werden im Langzeitgedächtnis bleiben, sicher nicht im Detail und in genauen Prozentzahlen, aber Sie, meine Damen und Herren und Herr Maas, bleiben die Partei des Unterrichtsabbaus. Das werden Ihnen die Eltern und die Lehrer nicht vergessen. Das haben die sich gut gemerkt. Wir haben einen Stundenaufbau auf 100 Jahreswochenstunden als Ziel. Im vergangenen Jahr sind drei Unterrichtsstunden in Deutsch hinzugekommen. In diesem Jahr werden weitere hinzukommen. Das ist unsere Politik der Korrektur. Auch das wissen die Eltern zu schätzen.

Ihre Regierungszeit war auch eine schlechte Zeit für Lehrerinnen und Lehrer. Trotz steigender Schülerzahlen - ich habe es schon gesagt, aber man kann es nicht oft genug sagen - haben Sie 1.000 Lehrerstellen gestrichen und Unterricht abgebaut. Die Schultür war zu für zusätzliche Lehrer. Für die Ersatzlehrkräfte der pensionierten Lehrkräfte galt Zwangsteilzeit, meine Damen und Herren. Sie bekamen in aller Regel keine ganze Beamtenstelle. Sie mussten warten, bis die CDU-Landesregierung die Zwangsteilzeit abgeschafft hat.

Warten mussten auch die Funktionsinhaber. Sie durften zwar die Arbeit in ihrem Beförderungsamt während ihrer Zeit machen, aber Geld haben sie dafür keines bekommen. Besonders die beruflichen Schulen haben unter dem damaligen Beförderungsstau unter dem Motto "wir vergeben Titel ohne Mittel" sehr gelitten. Sie haben damals die Fürsorgepflicht missachtet. Auch das bleibt haften. Das vergessen Ihnen die Lehrerinnen und Lehrer nicht. Wir haben auch das mit ganz großer Anstrengung zum Guten gewendet. Das werden sich die Lehrerinnen und Lehrer auch gut merken.

Ich nenne ein letztes Beispiel in einer Liste, die sich noch lang fortsetzen ließe. Durch Ihre Politik gegen die großen Kindergartenträger haben Sie damals die dort Beschäftigten in ganz große Angst um ihre Arbeitsplätze gesetzt. Die ganz sicher nicht reichen Erzieherinnen und die Pflegekräfte wussten damals nicht, ob sie am nächsten Tag noch ihre Arbeitsstelle behalten können.

(Abg. Lang (SPD): Aber doch nicht - - So ein Quatsch.)

Das war Ihre Kindergartenpolitik zu Lasten der Erzieherinnen und der Träger. Sie waren damals nicht bereit, die geforderten zusätzlichen Beiträge für die Träger bereitzustellen. Wir haben anschließend die Kosten für die Träger von 15 auf 13 Prozent gesenkt und haben damit die Arbeitsplätze für diese Erzieherinnen gesichert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Der Bildungs- und Qualitätsabbau zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre drei Legislaturperioden. Vor diesem Hintergrund muss Ihr so genannter Zukunftsantrag, der eigentlich Ihr Wahl-Bildungsprogramm ist, gesehen und - ich sage dazu - stark relativiert werden. Sie verlangen nach 15 Jahren Abwärts bis zum Gehtnichtmehr und nach nur fünf Jahren Atempause vom Bürger einen neuen Kredit für Ihre Bildungspolitik. Wer jedoch einen Kredit haben möchte, Herr Maas, muss auch kreditwürdig sein. Sie sind es wirklich nicht. Ihre Hypothek aus der Vergangenheit ist noch zu groß. Die Lasten Ihrer ruinösen Bildungspolitik sind noch nicht getilgt. Ihre Bildungspolitik hat dem saarländischen Schulwesen einen großen Teil seiner früheren Qualität genommen. Das wirkt nach - bei den Schülern, bei den Eltern, bei den Lehrern, bei allen, denen die Zukunft der jungen Generation am Herzen liegt.

(Zuruf des Abgeordneten Stritter (SPD).)

Herr wirtschaftspolitischer Sprecher, vielleicht hören Sie zu. - Lassen Sie mich das Bild vom Kredit weiter verwenden. Sie gehen trotzdem zur Bank und erklären dort. Sie hätten ja eingesehen, dass das, was Sie früher gemacht haben, nicht so toll war, dafür seien Sie ja Bankrott gegangen, sprich abgewählt und bestraft worden. Sie hätten sich jetzt eines Besseren besonnen - das werden wir von Herrn Braun gleich hören -, hätten ein anderes Konzept und wollten zur Finanzierung Ihrer Ideen zukünftig 30 Prozent aller Ausgaben des Landes für Bildung aufbringen. Das - so sagen Sie bei der Bank - sei Ihre Selbstverpflichtung; sonst sei der Haushalt verfassungswidrig. Das hört sich bei oberflächlichem Zuhören gut an. aber leider nur bei oberflächlichem Zuhören. Schon beim nochmaligen Hinhören stellen sich nämlich ganz viele Fragen, Herr Maas. auf die man in Ihrem schwammigen Antrag keine Antworten findet, so genau und neugierig man ihn auch durchliest. Zunächst ein paar Zahlen zu Ihrer Ernüchterung und damit Sie ein bisschen Bodenhaftung bewahren.

Im Landeshaushalt 1985, dem letzten Haushalt einer CDU-Landesregierung vor der Landtagswahl 1999, betrug der Anteil der Bildungsausgaben 23,2 Prozent. 1999 betrug der Anteil, der von Ihnen für die Bildung bereitgestellt worden ist, 22,7 Prozent. Fakt ist also: Ihr letzter Bildungshaushalt war, gemessen an den prozentualen Bildungsausgaben, geringer als der, den die CDU 1985 vorgelegt hat. Die seit Herbst 1999 im Amt befindliche CDU-Landesregierung hat die Bildungsausgaben von 22,7 auf 25 Prozent gesteigert. Gegenüber Ihrem Übergabehaushalt ist das eine Steigerung von 2,4 Prozent.

Noch ein paar Zahlen. Der Gesamtlandeshaushalt ist zwischen 1985 und 1999 - also zu Ihrer Regierungszeit - pro Jahr um durchschnittlich drei Prozent gewachsen. Zu unserer Regierungszeit - also seit 1999 - betrug die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate 0,3 Prozent. Ich stelle fest: Die Steigerungsrate pro Jahr lag in Ihrer Regierungszeit zehnmal so hoch wie zu unserer gegenwärtigen Regierungszeit. Die Zunahme des Bildungsetats war dagegen in Ihrer Regierungszeit etwa gleich hoch und verlief parallel zur Entwicklung des Gesamthaushalts. Über den Regierungszeitraum von 1999 bis 2004 gesehen ist jedoch die Zunahme des Bildungshaushalts achtmal so groß wie die des gesamten Landeshaushalts. Fakt ist: In Ihrer Regierungszeit gab es keinen Schwerpunkt "Bildung". Zu unserer Regierungszeit wurde dagegen der Bildungsetat mehr als deutlich nachweisbar finanziell besser

gestellt. - So viel zum Thema Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU. - Zurufe der Abgeordneten Lawall (SPD), Lang (SPD) und Maas (SPD).)

Vor diesem Hintergrund komme ich jetzt zu den Dimensionen, die Sie versprechen. Sie stellen einen Aufwuchs der Bildungsausgaben um fünf Prozent gegenüber heute in Aussicht, nämlich von 25 auf 30 Prozent. Vielleicht haben Sie es nur so hingeschrieben und nicht richtig nachgerechnet. Statt gegenwärtig 830 Millionen Eurodas sind die 25 Prozent - wollen Sie 990 Millionen Euro oder 30 Prozent für die Bildung ausgeben. Das wäre ein Plus von 160 Millionen Euro. Nur zum Vergleich: Alle Hochschulen dieses Landes - also Universität, HTW, HBK und Musikhochschule - kosten zusammen 162 Millionen Euro. Dies ist die Größenordnung, die Sie in den Raum stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Die gesamte saarländische Vollzugspolizei kostet 132 Millionen Euro. Also die Mittel, mit denen Sie hier nur so um sich werfen, sind gigantisch und bei näherer Betrachtung - ich muss es so sagen - einfach unseriös. Und sie werden doppelt unseriös, wenn wir Ihre Zukunftsversprechen an Ihrem bildungspolitischen Finanzgebaren der Vergangenheit messen.

(Beifall bei der CDU.)

Ihr Vorschlag ist nicht nur unseriös; er ist auch in der Praxis nicht umsetzbar. Sie glauben doch nicht im Ernst, Herr Maas, dass Sie einen Aufwuchs des Landeshaushalts um 160 Millionen Euro erreichen! Und Sie glauben doch wohl noch weniger, dass 160 Millionen Euro für die Bildung zu Lasten anderer Ressorts ausgegeben werden können!

(Abg. Hans (CDU): Dazu hätten wir gern etwas gehört.)

Wenn Sie es schaffen, 160 Millionen Euro zusätzlich in den Landeshaushalt einzustellen und für die Bildung zu reservieren, dann darf ich heute schon Ihrem glücklichen Kultusminister gratulieren. Aber wenn Sie so handeln wollen - das prophezeie ich Ihnen auch -, finden Sie keinen Finanzminister, keinen Innenminister, keinen Sozialminister, keinen Wirtschaftsminister, überhaupt keinen Minister - außer dem Kultusminister -, der es zulässt, dass diese 160 Millionen Euro seinem Ressort zu Gunsten der Bildung weggenommen werden, so wie Sie es vorhin angedeutet haben. Aber was ist, Herr Maas? Sind die 160 Millionen Euro als Aufwuchs des Haushalts zu verstehen?

(Abg. Lawall (SPD): Nein.)

Nein, höre ich von Frau Lawall. Dann stimmt also das andere, dass bei gleich bleibenden Ausgaben eine entsprechende Kürzung bei den anderen Ressorts geplant ist. Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben, Herr Maas; Frau Lawall hat sie gegeben.

(Weiterer Zuruf der Abgeordneten Lawall (SPD).)

Aber Sie haben noch nicht gesagt, wo Sie dieses Geld wegnehmen wollen, Herr Maas. Sie haben keinen seriösen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht. Wenn Sie jedoch ein seriöser Politiker sein wollen, dann können Sie nicht nur Luftblasen in den Raum setzen, sondern Sie müssen auch sagen, woher Sie das Geld nehmen wollen. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Stritter (SPD): Für Luftblasen sind Sie zuständig.)

Das ist die eine offene Rechnung. Aber es gibt noch ganz viele weitere offene Rechnungen. Sie wollen zum Beispiel das Ein-

schulungsalter von gegenwärtig sechs auf fünf Jahre senken. Kosten für zusätzliche Lehrer: im Schnitt 25 Millionen Euro pro Schuljahr. Über 13 Schuljahre gerechnet sind es 325 Millionen Euro. Sie wollen die volle Halbtagsschule und die kostenlose Ganztagsschule. Das macht pro Schuljahr locker 30 Millionen Euro mehr aus.

(Zuruf von der CDU: Kein Problem.)

Alles kein Problem. Das bezahlen wir alles aus der Portokasse, oder wir nehmen es den anderen Ressorts weg. Sie sind unglaubwürdig, Herr Maas. Innerhalb von 14 Jahren haben Sie dem Bildungswesen mit der Streichung von 1.000 Lehrerstellen ca. 500 Millionen Euro entzogen, und jetzt wollen Sie pro Jahr für die Bildung zusätzlich 160 Millionen Euro ausgeben. Wer es glaubt, wird selig.

Ihre traurige Realität hieß Bildungsabbau. Wir dagegen haben wirklich alles, aber auch alles zusammengekratzt, was an Euro möglich war, um die Bildungsausgaben real zu steigern. Mehr - und das sage ich hier ganz deutlich - ist bei der derzeitigen Finanzlage weder hier im Saarland noch sonst irgendwo in Deutschland drin. Wenn es möglich gewesen wäre, hätten wir - das verspreche ich Ihnen - wirklich mehr ausgegeben. Aber zurzeit ist realistisch einfach nicht mehr finanzierbar. Das Land ist bei den Steuerausfällen durch die schlechte Konjunktur und die hohe Arbeitslosigkeit beim besten Willen an den Grenzen seiner finanziellen Möglichkeiten angelangt.

Allein im Jahr 2003, Herr Maas, sind 400 Millionen Euro weniger in die Staatskasse gekommen, als Sie damals beim Regierungswechsel noch prophezeit haben. 400 Millionen Euro nur im Jahr 2003, und da wollen Sie locker und lässig einfach so 160 Millionen Euro draufsetzen. Wer in solcher Situation und gespiegelt am früheren Tun derartige Phantomzahlen in die Welt setzt, ohne auch nur ansatzweise zu sagen, woher er das Geld nimmt, betreibt in hohem Maße Scharlatanerie und täuscht die Bevölkerung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Das ist keine seriöse Politik, das ist Wahlkampf auf unverantwortliche Art und Weise. Herr Maas, das ist weit weniger als Mittelmaß, glauben Sie mir. So darf man keine Politik machen. Das schadet nicht nur Ihnen, das schadet dem Ansehen der Politik im Ganzen. Haben Sie bei Ihren unseriösen Angaben über die Ausgaben wenigstens den Mut zur Korrektur, sonst tappen Sie - das prophezeie ich Ihnen jetzt schon - in die Falle des Wahlbetrugs.

Meine Damen und Herren, ich greife mein Ausgangsbild vom Kreditnehmer auf. Die Bank, sprich der Bürger, möchte ja nicht nur die Kredithöhe wissen, sondern vor allem will er auch Auskunft darüber, was mit dem Geld gemacht werden soll. Nur anhand eines Bildungsbusinessplanes kann beurteilt werden, ob das Geld sinnvoll vorgestreckt und angelegt wird oder ob der Kreditgeber Bürger Gefahr läuft, seine Steuern in wenig zukunftsfähige Projekte zu stecken. Schauen wir uns also die Projekte an, für die das zusätzliche Steuergeld in dreistelliger Millionenhöhe jährlich ausgegeben werden soll.

Da soll erstens die Schulstruktur weiterentwickelt werden. Was heißt das denn konkret und verständlich? - Die Grundschule soll nicht mehr wie bisher vier Klassen, sondern zukünftig sechs Jahre dauern. Die Kinder sollen also zwei Jahre länger als bisher in die von Ihnen in Primarschule umbenannte Grundschule gehen. Warum eigentlich, wo Sie doch eben selbst gesagt haben, dass die Grundschüler in den Analysen gut dastehen? Warum müssen wir an einem System, das gute Schüler hervorgebracht hat, etwas verändern? Eine weitere Frage ist, woher Sie die Räume in den Grundschulen nehmen. Die fehlen nämlich, vor allen Dingen Funktionsräume, die dann von den Kommunen gebaut werden müssen. Haben Sie mit dem Städte- und Gerneindetag einmal gesprochen? - Der stöhnt bei

jeder kleinsten Ausgabe, die auf ihn zukommt, weil die Gemeinden blank sind. Sie wollen sogar eine neue Infrastruktur. Wo ist die Kostenrechnung für Ihr Bauprogramm?

Meine Damen und Herren, nur Berlin und Brandenburg haben sechs Jahre Grundschule, sonst kein einziges Bundesland. Und beide denken aus wohl überlegten Qualitätsgründen über eine Veränderung nach. Wollen Sie wirklich die sechsjährige Grundschule und damit das Saarland isolieren - mit allen Nachteilen für die Mobilität und die Leistungsfähigkeit der Grundschule? Sie setzen doch so sehr auf PISA-Ergebnisse. Luxemburg hat die sechsjährige Grundschule. Und Luxemburg steht, wenn ich das richtig gelesen habe, im Ranking weit hinter Deutschland. Wer soll unterrichten? Nur Grundschullehrer? Woher nehmen Sie die zusätzlich notwendigen 400 Lehrer allein im ersten Jahr? Und wie finanzieren Sie die 20 Millionen Euro? Woher nehmen Sie die Lehrer denn überhaupt, selbst wenn Sie sie bezahlen könnten? - Der Lehrerarbeitsmarkt ist doch leergefegt. Oder nehmen Sie vielleicht Lehrer aus dem Sekundarbereich? Wie ersetzen Sie sie dort?

Die Antworten, Herr Maas, wissen Sie genau, aber Sie verschleiern sie in Ihrem Text. Der Steinbruch wäre nämlich das Gymnasium und die zwei Pflichtschulen. Dort wollen Sie bei einer sechsjährigen Grundschule die beiden ersten Klassen, also die Klassen 5 und 6, kappen. Das Gymnasium ist dann nicht mehr achtjährig, wie Sie schreiben, sondern nur noch sechsjährig, weil ihm die Füße, das Fundament abgeschlagen wird. Das ist die Wahrheit. Sagen Sie es doch den Gymnasialeltern ehrlich. Spielen Sie doch einfach mit offenen Karten. Nur ganz am Rande verweise ich auf den Bruch der Verfassung, den Sie in dem Zusammenhang begehen würden. Wir haben damals einen Brief unterzeichnet. Sie waren zu der Zeit in der Landesregierung, wir in der Opposition. Wir haben einen Verfassungskompromiss ausgehandelt. Dort steht mit Unterschriften der CDU und der SPD, dass das Gymnasium grundständig ist und auf Dauer die Klassen 5 bis 12 respektive 13 umfassen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Entschuldigen Sie, lieber Herr Braun. Guten Morgen, dass Sie auch schon aufgewacht sind und auf Ihren Auftritt hier warten.

(Abg. Stritter (SPD): Was soll denn diese Art, so zu reden? Was bilden Sie sich eigentlich ein? Das ist unglaublich.)

Herr Stritter, bleiben Sie ruhig. Denken Sie an Ihr Wahlergebnis, dann werden Sie ganz ruhig. Gehen Sie in sich.

(Unruhe bei der SPD. - Abg. Stritter (SPD): Da müssen Sie mal in Ihre Bücher kucken und Ihre Wahlergebnisse in den letzten 20 Jahren auflisten.)

Meine Damen und Herren, Ihr Konzept der sechsjährigen Grundschule ist von gestern. Es liegt im Interesse der Kinder, dass ihre Begabungen frühzeitig gefördert und sie auch entsprechend gefordert werden. Das ist in einer verlängerten Grundschule nicht der Fall. Außerdem ist die verlängerte Grundschule mit dem achtjährigen Gymnasium nicht kompatibel.

Apropos achtjähriges Gymnasium. Was haben Sie dagegen gekämpft - als Tiger begonnen, als Bettvorleger geendet. Jetzt sprechen Sie in Ihrem Antrag von einem achtjährigen Gymnasium, als sei es von Ihnen erfunden. Sie haben klein beigegeben, weil die Entwicklung Sie in dieser Frage überholt hat. Fast alle Bundesländer werden dem Beispiel das Saarlandes folgen und die Schulzeit verkürzen, ob von der SPD, rot-grün oder schwarz regiert. In Nordrhein-Westfalen, so steht es heute in der Saarbrücker Zeitung, wird das achtjährige Gymnasium nächstes Jahr eingeführt, dann fehlen nur noch Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-

Holstein. Mit Ihnen, Herr Maas, wären wir kein Vorreiter gewesen, sondern hätten wieder ganz hinten im letzten Wagen gesessen.

Neben dem verkürzen Gymnasium wollen Sie - und das sollten Sie auch offen und ehrlich sagen - nur noch die Gesamtschule. Sie nennen das verschleiert "integrierte Säule". Warum nennen Sie es nicht einfach "Gesamtschule"? Haben Sie Sorge, dass sonst die Eltern Ihren Etiketten-Schwindel entdecken? Warum setzt die SPD, und das frage ich mich wirklich, auf Gesamtschulen, wo doch PISA ergeben hat, dass Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg, die keine oder wenige Gesamtschulen haben, die besten Ergebnisse erzielt haben? Bundesländer hingegen, die auf Gesamtschulen gesetzt haben, sind am schlechtesten weggekommen.

Warum lernt die SPD Saar nicht aus den Fehlern? Warum will die SPD saarländische Kinder, wissend um die Überlegenheit des gegliederten Systems - wir haben übrigens ein praktisch zweigliedriges System, kein dreigliedriges -, erneut zu Versuchskaninchen machen? Mit uns jedenfalls wird es keine Verfassungsänderung in eine Richtung geben, die das SPD-Konzept ermöglicht.

Sie haben von Finnland geredet, Herr Maas. Mit glänzenden Augen reden alle Sozialdemokraten jetzt von Finnland. Ich sage Ihnen: Deutschland ist nicht Finnland. Deutschland ist mit Finnland nicht vergleichbar. Ich warne davor - weil es uns schon oft auf Irrwege geführt hat -, das, was andere Länder tun, 1 zu 1 nach Deutschland importieren zu wollen. Es gibt dort ganz andere Voraussetzungen! Es gibt dort eine ganz andere Lesekultur. Nirgends wird so viel gelesen wie in Finnland. Lesen war die Hauptfrage bei PISA.

Es gibt dort ein ganz anderes Lehrerrenommé. Sie haben es selber angesprochen. Lehrer gelten dort etwas. Sie haben eine große Reputation. Kein Regierungschef kärne dort auf die Idee, die Lehrer als faule Säcke zu bezeichnen, wie es der heutige Bundeskanzler getan hat. In Finnland gibt es auch ganz andere Landesstrukturen. Das ist ein weiträumiger ländlicher Raum, kaum besiedelt. Die finnische Schule, meine Damen und Herren, ist im Prinzip die alte Volksschule von früher hier im Lande. Wollen Sie die wirklich wieder? Die Eltern wehren sich ja schon, wenn wegen sinkender Schülerzahlen zum Erhalt eine Kombi-Klasse gegründet wird! Meistens sind dann die Abgeordneten der SPD an der Spitze der Bewegung im vermeintlichen Glauben, dafür Wählerstimmen zu bekommen.

(Abg. Stritter (SPD): Das ist eine Zumutung!)

Sie dürfen also nicht so handeln, aber anderes in Ihren Antrag schreiben, meine Damen und Herren. Das ist nicht redlich.

Es muss auch endlich Schluss sein mit der Diskussion um Strukturen. Hören Sie endlich auf, dem Mythos, dem Phantom der Struktur nachzulaufen! Diese Diskussion haben wir über zwanzig Jahre in Deutschland geführt, die Eltern mussten sie leidvoll ertragen. Ihre Rezepte, die Gesamtschulen, haben uns nicht weitergebracht. Wir sind bei PISA ganz hinten. Wann lemen auch endlich Sie, dass Strukturdiskussionen nichts bringen, dass es nicht auf das Türschild ankommt, das über der Schule hängt, sondern auf das, was in der Schule passiert? Auf die Inhalte kommt es an, nicht auf die Struktur!

Die Eltern haben es satt, dass jedes Mal neue Strukturdiskussionen geführt werden. Mit uns wird es keine neuen Diskussionen um formale Fragen, keine theoretischen Abhandlungen geben, wie sie gebetsmühlenartig vorgebracht werden und jetzt von Herrn Maas relativ unreflektiert übernommen worden sind. Wir konzentrieren uns auf die Inhalte.

(Beifall bei der CDU.)

Die wollen wir verbessern. Schulstrukturdiskussionen sind gut für Bildungstheoretiker. Inhaltsdiskussionen sind gut für Schülerinnen

und Schüler. Sie können theoretisch reflektieren, was Sie tun würden, wenn Sie es tun könnten. Wir verbessern ganz praktisch die Qualität des bestehenden Systems mit großem Erfolg für die Zukunft.

(Abg. Gillo (SPD): Was für ein Gepraddel!)

Sie wollen das Einschulungsalter von jetzt grundsätzlich sechs Jahren auf grundsätzlich fünf Jahre senken. Sie wollen die Kinder mit fünf Jahren in die Schule schicken. Auch das ist heute schon möglich, allerdings als Kann-Regelung, wenn der Schularzt und der Schulpsychologe dem Antrag der Eltern zustimmen. Das wird und muss auch so bleiben. Wann ein Kind schulfähig ist, kann nicht die Politik bestimmen. Das bestimmen die Eltern, denn sie haben die Hoheit über ihre Kinder.

Unsere Werbung, die Kinder nicht zu spät zur Schule zu schicken, hat gewirkt. Das tatsächliche Einschulungsalter ist gesenkt worden. Also ein Erfolg durch Argumente und nicht durch Zwang. Denn die Sorge vieler Eltern, es gehe ihren Kindern bei rechtzeitiger oder früher Einschulung Kindheit verloren, sie sollten lieber noch ein Jahr spielen statt lernen, ist in den allermeisten Fällen unbegründet. Das Gegenteil ist richtig. Das Lernen wird den Kindern in der Schule nicht abverlangt, sondern es wird ihnen angeboten, wenn der Wissensdurst am größten ist. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Kinder nicht schon mit fünf Jahren in die Schule gehen, sondern dass sie mit sechs Jahren auch tatsächlich in der Schule sind. Das ist schon ein riesiges Ziel.

Übrigens haben Sie die Kosten Ihres Vorschlages wieder ganz übersehen. Wenn Sie von sechs Jahren auf fünf Jahre gehen, dann haben Sie einen Doppeljahrgang, der sich über dreizehn Jahre hinzieht. Das kostet locker 325 Millionen Euro auf die Gesamtzeit umgesetzt.

Wir setzen auf ein Bildungsjahr vor der Schule. Als einziges Bundesland ist das Jahr vor der Schule im Saarland für die Eltern kostenlos. Das ist nicht nur eine große familienpolitische Anstrengung, das ist eine große Bildungsleistung dieses kleinen Landes gewesen. Wir wollen nicht nur die besten Schulen, wir wollen auch die besten Kindergärten. Deshalb wird die Ausbildung der Erzieherinnen verbessert und die Abschlussqualifikation auf Fachhochschulreife hochgesetzt, deshalb wird es einen Bildungsplan für die Kindergärten geben, deshalb wird das dritte Kindergartenjahr ein Bildungsjahr und der Übergang zwischen Grundschule und Kindergarten verzahnt. Das ist die pädagogischere und damit bessere Antwort. Sie ist überdies im Gegensatz zu Ihrem Vorschlag bezahlbar und schon bezahlt.

Zur vollen Halbtagsschule bedarf es keiner großen Diskussion. Wir wären schon weiter, wenn Sie damals dort nicht abgebaut hätten.

Zur gymnasialen Oberstufe. Sie haben Recht, dass das Gymnasium wieder mehr Allgemeinbildung vermitteln muss, statt zu viel Spezialisierung. Das ist aber eine Binsenwahrheit. Das Saarland wusste das schon immer. Im Übrigen haben Sie auch in Ihrer Regierungszeit daran nichts geändert. Bei uns war von Anfang an sichergestellt, dass alle Schüler die Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprache nicht abwählen konnten und durchgängig lernen mussten. Eine Reduzierung der Stundenzahl in den Leistungskursen Deutsch, Mathematik, Fremdsprache hätte aber zur Folge, dass die Qualität sinkt. Bessere Schüler würden so weniger gefördert, Schüler mit Leistungsstärken in anderen Fächern werden durch die Erhöhung der Anforderung im Vergleich zu den bisherigen Grundkursen überfordert.

Das, was Sie uns immer so gerne vorwerfen, nämlich das Gymnasium schwerer zu machen, zu einem Selektionsinstrument zu machen, schlagen Sie auf einmal selbst vor. Aus meiner Sicht wäre es viel sinnvoller, die Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprache zum verbindlichen Abiturfach zu machen. Das würde wirklich zur Stärkung der Allgemeinbildung beitragen.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch eine Reihe von Dingen zu sagen zu dem, was Sie gefordert haben. Ich will aus Zeitgründen darauf verzichten. Ich komme nur am Schluss noch zu den Qualitätsstandards. Ich begrüße die Wende, die Sie vollzogen haben. Sie waren doch mit der GEW in der ersten Reihe bei den Großdemonstrationen gegen die Einführung zentraler Abschlussprüfungen für alle Schulformen. Schön, dass Sie das heute anders sehen, genauso wie unsere Initiative zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Auch meinen früheren Vorschlag zu einer nationalen Qualitätsagentur haben Sie zunächst kategorisch abgelehnt. Jetzt stellen Sie ihn selber als Vorschlag hin.

Das alles tun Sie aber nicht aus eigener Erkenntnis. Sie haben vielmehr gemerkt, dass Sie sich in Ihren Reihen mehr als isoliert haben. Deshalb gehen Sie jetzt den Weg zurück. Meine Damen und Herren von der SPD, lieber Herr Kollege Maas, wenn Sie sich schon so oft, wie wir es heute schon gehört haben, korrigieren mussten und selbst in Ihrem Antrag das Wort "Korrektur" vorkommt, ist doch nicht ausgeschlossen, dass es den jetzt von Ihnen vorgelegten Konzepten genauso gehen wird. Auch von denen werden Sie sich schon bald distanzieren und sie korrigieren.

Bei so viel Korrekturen und Wendungen in der Vergangenheit bin ich sicher, dass auch hier der bildungspolitische Canossagang bald folgen wird. Die Halbwertzeit Ihrer Konzepte ist sehr kurz, weil Ihre Ideen unausgegoren sind und Sie Konzepte von gestern vortragen. Dafür gibt es keinen Kredit von den Bürgern. Für richtige Innovationen bekommt man die Zustimmung der Bürger und zeitversetzt, wie wir heute gehört haben, sogar von der Opposition. Für Ihre Konzepte auch noch Geld zu investieren, wäre wirklich rausgeworfenes Geld, und einem schlechten Euro darf man ja bekanntlicherweise nicht noch weitere nachwerfen. Und weil das Verfallsdatum Ihrer Ideen schon absehbar ist, weil Sie sich nicht durchsetzen werden, weder hier noch auf Bundesebene, dürfen wir unsere Kinder auch nicht als Versuchskaninchen missbrauchen lassen. Dafür ist nicht nur das Geld, dafür sind vor allem unsere Kinder zu schade. Mit uns werden Sie jedenfalls verfassungsändernde Mehrheiten nicht bekommen. Vielleicht schlagen Sie solche Dinge ja auch nur vor, weil Sie wissen. dass die Ablehnung schon gesichert ist.

Wir gehen den Weg, den wir eingeschlagen haben, weiter. Wir gehen diesen Weg weiter mit Augenmaß und Schritt für Schritt, so schnell wir können und so gut es die Finanzen dieses Landes zurzeit erlauben. Wir können nicht alles! Wir müssen deshalb Prioritäten setzen im Interesse von mehr Qualität in unseren Kindergärten und Schulen. Wir werden die erfolgreiche und bundesweit beachtete Bildungspolitik fortsetzen. Die Bürger werden uns, da sind wir ganz hoffnungsfroh, damit beauftragen und nicht Sie. Denn sie wollen Nachhaltigkeit, sie wollen Sicherheit, sie wollen Seriosität und sie wollen vor allen Dingen keine risikobehafteten, unbezahlbaren und unfinanzierbaren Konzepte. Es geht, meine Damen und Herren, um ein ganz wichtiges Bildungsgut: Es geht um die richtigen Investitionen. Wenn man schon wenig Geld hat, muss man genau aufpassen, wo man das Geld, das man zur Verfügung hat, tatsächlich einsetzt. Und deshalb müssen wir alle zusammen nachschauen und genau kontrollieren, wo setzen wir das begrenzte Geld ein. Wir sollten es dort einsetzen, wo es den Kindern am besten nutzt. Das haben wir getan, das werden wir weiter tun. Und ich hoffe, dass Sie auch mit Ihren Aussagen wieder zu einer Wende und zu einer Korrektur kommen werden.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Abgeordnete Reiner Braun. Es ist Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Abg. Braun (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die bildungspolitische Debatte begann heute Morgen so, wie es einer Bildungsdebatte angemessen ist, mit einer bildungspolitischen Rede, die Anspruchsniveau hatte. Was danach kam, das waren allenfalls politische Reden, das waren die üblichen pawlowschen Reflexe, das war die Unfähigkeit, sich mit Konzepten auseinander zu setzen, das war ein Dokument dafür, dass Sie nach wie vor konzeptionslos arbeiten, ein Dokument dafür, dass Sie nur in der Lage sind, Ihr eigenes Scheitern auf die alte SPD-Landesregierung und nicht auf Ihre eigene Landesregierung zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD.)

Und um zu Ihrem Vorwurf des Mittelmaßes zu kommen, Herr Kollege Schreier: Jeder, der in diesem Hause Mittelmaß produziert, hat Ihnen gegenüber noch einen großen Qualitätsvorsprung.

(Beifall bei der SPD.)

Was wir vom Kollegen Berg und vom Kollegen Schreier gehört haben, war alles rückwärts gewandt. Das war der Versuch, mit einer Abrechnung gegenüber einer Landesregierung, die schon seit fünf Jahren nicht mehr regiert, die eigene Bildungspolitik bzw. das eigene Scheitern rechtfertigen zu wollen. Das ist nach fünf Jahren in der Tat zu wenig. Sie haben nichts anderes getan, als Ihre alten Tabus zu pflegen. Sie haben die kritische Auseinandersetzung mit dem Maas-Papier gescheut. Sie scheuen die Auseinandersetzung, Sie scheuen die Diskussion um Strukturen und um Inhalte. Selbst Inhalte haben Sie heute keine geliefert. Sie sind nicht innovationsfähig und deshalb sind Sie auch verantwortlich dafür, dass in unserem Land nach wie vor Talente vergeudet werden und dass die soziale Herkunft bei uns im Lande entscheidender ist als sonst wo für den schulischen Erfolg. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Kollege Berg, es tut mir Leid, dass Sie heute bei Ihrer Abschiedsrede einen so wenig gehaltvollen Antrag Ihrer Fraktion begründen mussten. Es tut mir wirklich Leid. Das ist ohne jede Häme gesagt. Wir waren zwar bildungspolitisch an keinem Punkt einer Meinung, aber immerhin haben wir uns doch im persönlichen Umgang miteinander, da wir teilweise auch verantwortlich für den Ablauf von Ausschusssitzungen waren, gut verstanden. Das hat menschlich reibungslos geklappt. Insofern, wenn ich jetzt von Sie rede, dann sind Sie nicht persönlich gemeint, sondern dann ist Ihre Fraktion gemeint. - Das will ich Ihnen dann doch zum Abschluss ersparen, immer Sie persönlich anzusprechen bei dem, was ich jetzt zu sagen habe.

Denn was Sie zu sagen hatten, das war ja die Antwort einer Kleinkrämerseele. Auch das, was der Minister zu sagen hatte, war nichts anderes als die Antwort einer Kleinkrämerseele, zudem noch mit manipulierten Zahlen. Manipuliert schon allein deshalb, weil Sie zum Beispiel den Hinweis bringen, in den 90er Jahren sei die Schülerzahl um 13.000 gestiegen. Das ist so falsch nicht. Was Sie aber nicht sagen - und das ist viel entscheidender - ist, dass von 1980 bis 1990 die Zahl der Schüler an allgemein bildenden Schulen im Saarland von 145.000 auf 105.000 gesunken ist. Wenn man diese Steigerungsrate von 13.000 nennt, dann muss man auch sagen, dass sie zuvor um 40.000 gesunken ist. Und das erst ergibt ein Gesamtbild, das frei ist von jeder Manipulation. Aber Sie scheuen eben vor Manipulationen, das ist ja aus der Vergangenheit bekannt, nicht zurück.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will ganz kurz eingehen auf das, was Sie in Ihrem Antrag sagen. Das ist gewissermaßen dann auch die Antwort auf das Zeugnis, das Sie der SPD-Landtagsfraktion ausgestellt haben. Da muss ich Sie jetzt noch einmal persönlich ansprechen, Herr Berg. Das war angesichts der Chance, die eigentlich eine Abschiedsrede hätte

bieten können, der Chance, dass man sich ein einziges Mal wenigstens grundsätzlich mit der Frage von Bildung an dieser Stelle auseinander setzt, nicht nur dürftig, das, was Sie da gesagt haben, war gemessen an Ihrem sonstigen Verhalten geradezu peinlich. Das muss ich an dieser Stelle allerdings noch los werden.

(Beifall bei der SPD.)

Sie beschränken sich hier in Ihrer Rede auf das, was Sie auch im Ausschuss in den letzten beiden Jahren immer gemacht haben. Nachdem Sie drei Jahre überhaupt keine Anträge gestellt haben, haben Sie sich dann darauf beschränkt, Anträge zu stellen, um die Chance zu haben, den Begrüßungsonkel für die Landesregierung zu spielen. Und auch das haben Sie heute noch einmal ausgiebig getan. Ich will nur einige Punkte kritisch aufgreifen.

(Zuruf.)

Vielleicht kann man einmal den Bildungsminister, der ja immerhin eine Dreiviertelstunde reden durfte, jetzt dazu bewegen, Respekt und Co. für sich selbst in Anspruch zu nehmen, das heißt auch Respekt zu bewahren gegenüber denjenigen, die nach ihm reden. Ich habe Ihnen zugehört, ich habe nicht dazwischengerufen, wie Sie das permanent machen.

Die Gebührenfreiheit für alle im letzten Kindergartenjahr, die Sie hier auflisten als großes Verdienst der Landesregierung, ist nichts anderes als ein Dokument eines zu zwei Dritteln nicht gehaltenen Wahlversprechens. Und hinzu kommt, dass Sie dieses Drittel, das Sie erfüllt haben, erkauft haben, indem Sie die Qualität des Kindergartens reduziert haben. Denn die 6,5 Millionen Euro, die Sie das jährlich in etwa kostet, die haben Sie längst im Kindergarten eingespart. So viel zur Qualitätsoffensive im Kindergarten. Dasselbe gilt natürlich für die Erzieherinnenausbildung. Da machen Sie, zeitlich verzögert, den einen oder anderen halbherzigen Schritt, weil wir Sie dazu getrieben haben.

(Lachen bei der CDU.)

Die notwendigen Schritte aber beinhalteten eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau. Sie sind aber nicht bereit, diese anzustreben. Alles, was Sie hierbei machen, ist zu wenig - auch das passt nicht zu einer Qualitätsoffensive.

Weiterhin sprechen Sie die gezielte Sprachförderung durch das Projekt "Früh Deutsch lernen" an. Auch das haben wir schon thematisiert. Es ist ja schon etwas dran an der Aussage, dass es notwendig sei, Kinder mit Migrationshintergrund besonders zu fördern. Das kritisieren wir ja auch gar nicht. Wir kritisieren aber, dass sich dieses Programm allzu sehr auf Kinder mit Migrationshintergrund konzentriert. Kinder mit deutscher Muttersprache und erheblichen Sprachdefiziten, von denen es leider auch sehr viele gibt, werden also außer Acht gelassen. Wir mussten im Ausschuss erfahren, dass von diesen nur wenige an dem Programm teilnehmen. Hinzu kommt, dass Sie dieses Programm gegenfinanziert haben, indem Sie die Förderstunden, die es zuvor an den Grundschulen gab, ganz massiv zusammengestrichen haben. Auch das hat ja wohl mit Qualitätsoffensive überhaupt nichts zu tun.

Sie reklamieren für sich den bundesweiten Spitzenplatz hinsichtlich der Bilingualität. Das war einmal! Das war so zu Zeiten Ihrer Vorgängerregierung. Ihre Vorgängerregierung hat als erste Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland die erste Fremdsprache für alle verbindlich ab der dritten Grundschulklasse eingeführt.

(Zuruf von Minister Schreier.)

Sie schaffen nun aber hinsichtlich der ersten Fremdsprache eine Drei-Klassen-Gesellschaft: Erstens gibt es Kinder, die ab der ersten Klasse in der ersten Fremdsprache unterrichtet werden - wobei zu bedenken ist, dass es mittlerweile Bundesländer gibt, die das - im Gegensatz zum Saarland - flächendeckend so handhaben. Zweitens gibt es Kinder, die nach wie vor erst ab der dritten Klasse ein Fremdsprachenangebot in Anspruch nehmen können. Drittens schließlich - und das ist das wirklich Bedenkliche dieser Drei-Klassen-Gesellschaft - wird vielen Kindern auch ab der dritten Klasse dieses Angebot verwehrt, nämlich dann, wenn man zu dem Ergebnis kommt, es handele sich um Kinder, die Defizite in der Sprache Deutsch haben. Das läuft jedem integrativen Modell zuwider. Das wird dazu führen, dass diese Kinder im Schulsystem vorzeitig scheitern werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Dass die Kinder in Deutsch zusätzlich gefördert werden, das ist ja in Ordnung. Aber doch nicht um den Preis, dass sie hinsichtlich der ersten Fremdsprache von den anderen Kindern getrennt werden! Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall von der SPD.)

Und nun zu Ihrer dreisten Behauptung hinsichtlich der 400 zusätzlichen Lehrerstellen. Sie suggerieren, damit seien 400 zusätzliche Personen gemeint. Dem ist aber nicht so.

(Abg. Bachmann (CDU): Das ist nicht zu fassen!)

Ich erläutere Ihnen noch einmal das, was Ihnen vielleicht auch Ihr Finanzminister irgendwann einmal erklären wird: Sie geben für die Lehrer, die Sie im Saarland zusätzlich eingestellt haben, pro Haushaltsjahr 4 Millionen Euro zusätzlich aus. Mit 4 Millionen Euro sind Sie aber allenfalls in der Lage, 100 Lehrerstellen zu finanzieren. Mehr gibt Adam Riese nicht her!

Ihre Zahlen, die hängen damit zusammen, dass Sie für Personen, die zuvor schon vorhanden und die im Rahmen einer Lehrerfeuerwehr flexibel einsetzbar waren, Beamtenstellen geschaffen haben.

(Zuruf von Minister Schreier.)

Das interessiert aber keinen Schulleiter. Das interessiert auch die Eltern nicht, das interessiert die Schüler nicht. Sie haben im Saarland keine zusätzlichen 400 Personen eingestellt.

Nun möchte ich Ihnen zu den 100 Stellen, die rechnerisch überhaupt möglich sind, noch etwas sagen: Allein 65 dieser Stellen sind schon jetzt dem Aufbau des achtjährigen Gymnasiums geschuldet. Sie wissen doch genau, dass nach dem Aufbau des achtjährigen Gymnasiums diese zusätzlichen Lehrerstellen schnell wieder verschwunden sein werden. Weitere 30 Stellen werden Sie mit dem Ende dieses Schuljahres eingespart haben, wenn die bewährte Höhere Handelsschule ausgelaufen sein wird. Das macht weitere 30 Stellen aus. 36 Stellen haben Sie bereits zu Beginn der Legislaturperiode "erwirtschaftet", indem Sie die Arbeitszeit isoliert für Gesamtschullehrer erhöht haben. Das alles zusammen macht mehr als 100 Stellen aus.

(Zuruf von Minister Schreier.)

Nach dem Auslaufen der Aufbauphase des achtjährigen Gymnasiums werden also die 100 Stellen ebenso zerplatzt sein wie die Seifenblasen, die Sie heute hier wieder produziert haben.

(Beifall von der SPD.)

Sie sagen nun, Sie hätten hinsichtlich des achtjährigen Gymnasiums die Vorreiterrolle übernommen. Daran wird deutlich, worum es Ihnen eigentlich geht: Es ging Ihnen darum, in der Bundesrepublik mit

einem bildungspolitischen Projekt eine Vorreiterrolle zu haben - und um mehr ging es Ihnen nicht. Dass Sie diese Vorreiterrolle haben wollten, das haben nun die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern auszubaden. Sie haben diese Vorreiterrolle auf dem Rücken der saarländischen G-8-Schüler erkämpft. Das ist aber nun wirklich zu wenig.

(Minister Schreier: So ein Quatsch!) So ein Quatsch!)

Das ist kein Quatsch! Das wird Ihnen von jeder saarländischen Elternvertretung, eventuell abgesehen von der Vorsitzenden der Saarländischen Gesamtlandeselternvertretung, so gesagt werden.

(Minister Schreier: Lehnen Sie es doch ab! Aber Sie fordern es ja mittlerweile selbst!)

Daran kann man sehen, dass Sie nicht zu einer differenzierten Argumentation in der Lage sind.

(Zuruf von der CDU: Hör dir das einmal an!)

Sie sagen: Lehnen Sie es doch ab!

(Minister Schreier: Lehnen Sie es doch ab!)

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass - sollte es einen Regierungswechsel geben - wir auch für ein gewisses Maß an Kontinuität verantwortlich wären. Es kann nicht mit jedem Regierungswechsel - -

(Lachen bei der CDU und Zurufe: Aha! - Zuruf von Minister Schreier.)

Das haben wir schon zehnmal gesagt - Sie haben es aber noch nie gehört, weil Sie normalerweise nicht zuhören. Ich will festhalten: Das G 8 wird von uns fortgeführt.

(Zuruf von der CDU: Weil es so schlecht ist!?)

Es wird aber an den Stellen, an denen heute Friktionen entstehen, nachhaltig verbessert werden. Wir haben aber auch gesagt, dass wir Bildungsgänge, die nach neun Jahren zum Abitur führen, ausbauen werden. Es ist nämlich eine verstärkte Nachfrage nach diesen Bildungsgängen vorhanden. Auch das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD.)

Sie sprechen davon, die Lehrerinnen und Lehrer würden es uns nicht vergessen, wie sehr wir sie belastet hätten. Das ist geradezu ein Treppenwitz. Das ist eine an Dreistigkeit kaum noch zu überbietende Aussage!

(Abg. Maas (SPD): Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld!)

Die Lehrerinnen und Lehrer im Saarland werden es Ihnen nicht vergessen, dass Sie ihnen während Ihrer Zeit in der Opposition eine drastische Entlastung versprochen haben. Nun, am Ende der Legislaturperiode, müssen die Lehrerinnen und Lehrer aber zur Kenntnis nehmen, dass sie durch Ihre Politik zusätzlich belastet worden sind - stärker als jemals zuvor. Die Arbeitszeitverlängerung, die Sie den saarländischen Lehrern aufgebürdet haben, ist in der Tat bundesweit Spitze! Das werden Ihnen die Lehrerinnen und Lehrer im Saarland hoffentlich nicht vergessen!

(Beifall von der SPD.)

Ich will Ihnen nur noch einmal - -

(Abg. Hans (CDU): Das ist eine Frage der Alternative!)

Ja. nun fragen Sie nach den Alternativen!

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Von der SPD-Landesregierung, deren Ergebnisse Sie heute wieder einmal so laut beklagt haben, hieß es einmal, man müsse das Wünschenswerte vom Machbaren unterscheiden. Das waren für Sie damals "Sprüche", die Sie als "jenseits von Gut und Böse" bezeichnet haben.

(Zuruf von Minister Schreier.)

Eben diese Sprüche haben Sie heute eins zu eins übernommen, Herr Minister. Das sollte Ihnen doch zu denken geben. Herr Kollege Berg. vor diesem Hintergrund sollten Sie auch einmal überprüfen, was in puncto Benotung unserer Glaubwürdigkeit auf Ihrem Zettel steht. Das, was Sie heute ausgeführt haben, betrifft doch eigentlich eher Sie selbst.

Ich möchte jetzt aber gar nicht länger auf das eingehen, was Sie hier in einem Pawlow'schen Reflex alles zum Besten gegeben haben. Ich möchte auf unseren Antrag zurückkommen. Zur Forderung, die Bildungsausgaben zu steigem, möchte ich nur sagen: Es ist eine Erkenntnis aus der OECD-Studie, der PISA-Studie, dass es einen Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit eines Schulsystems und den Bildungsausgaben gibt. Die Bildungsausgaben in den erfolgreichen Ländern sind nun einmal deutlich höher als in der Bundesrepublik Deutschland, und das trotz Lehrergehältern, die verglichen mit unseren niedriger sind. In den erfolgreichen Ländern gehen also wohl doch beträchtliche Mittel zu Gunsten der Schüler in die Bildungshaushalte ein.

Ich möchte das, was Herr Maas aus einem Spiegel-Artikel zitiert hat, noch ergänzen. Er sprach davon, es gebe einen Kern, einen innersten produktiven Kern, der für den volkswirtschaftlichen Fortschritt sorge. Er sagte, der innerste der drei angesprochenen Kerne habe etwas mit Bildung zu tun. Zu diesem Kern heißt es in dem Spiegel-Artikel, den schon Herr Maas zitiert hat, bezogen auf die Bildung: Doch ausgerechnet dieser innerste Teil des produktiven Kerns zieht sich zurück, schon seit Jahren. Es ist, als würde jemand der hochtourig drehenden Wohlstandsmaschine die Energiezufuhr abklemmen, was ihr nicht gut bekommt.

Vielleicht ist das der Hintergrund, den Sie brauchen, um zu verstehen, dass man durchaus bereit sein muss, Bildungsausgaben zu steigern. Sie fragen nun: Wie soll das finanziert werden? - Natürlich nicht allein, indem man im Landeshaushalt einen Aufwuchs vorsieht. Es gibt vielfältige Möglichkeiten auch der Umschichtung, eine haben wir in unserem Antrag angedeutet. Wir haben vorgeschlagen, durch eine Umstrukturierung der gymnasialen Oberstufe für eine bessere und vor allem auch preiswertere Organisation der Oberstufe zu sorgen. Auch das muss eine Konsequenz der Ergebnisse der PISA-Studie sein: PISA hat festgestellt, dass wir hinsichtlich der gymnasialen Oberstufe im internationalen Vergleich finanziell gut ausgestattet sind. Wir liegen hierbei weit über dem internationalen Durchschnitt.

Dort aber, wo es gewissermaßen darauf ankommt, in der Grundbildung, da liegen wir deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Und wir sagen: Wenn durch eine Reform der gymnasialen Oberstufe Mittel eingespart werden können, dann müssen diese eingesparten Mittel der Grundbildung in Schulen und der Elementarbildung im Kindergarten zu Gute kommen. Auch das ein ganz konkreter Vorschlag. Und ich könnte Ihnen x Referate nennen in Ihrem Ministerium, die so überflüssig sind wie der Grind. Auch die könnten wir einsparen. Auch damit könnten wir sofort sehr viele Lehrerstellen schaffen. So viel zu Ihrer Frage, wie wir denn das Ganze finanzieren wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Ich habe gesagt, es wird sehr viele Möglichkeiten geben innerhalb dieses Haushaltes. Wir haben ja schon Möglichkeiten angedeutet. Aber das ist heute gar nicht die Frage.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Herr Schreier, Sie werden es nicht schaffen, dass ich wie Sie, wie ein kleiner Korinthenkacker, wie eine Kleinkrämerseele, jetzt auf all das eingehe, was Sie gefordert haben.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Ich habe Ihnen Beispiele genannt zur Gegenfinanzierung. Und im Übrigen: Verstehen Sie doch einmal eine solche Zahl von 30 Prozent als ein Angebot, als eine Diskussionsgrundlage.

Wenn hier dann noch von Verfassung die Rede ist, dann geht es auch darum, dass ein solches Angebot gemeinsam von uns im Konsens entschieden werden muss. Auch das sind Sie nicht in der Lage anzuerkennen. Genauso wie das unerträgliche Geschwätz, unser Strukturvorschlag - -

(Abg. Schreier (CDU): 160 Millionen Euro! - Fortdauernde Unruhe und erregte Zurufe von der CDU.)

Präsident Lev:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Abgeordnete Reiner Braun. Ich darf bitten, dass er jetzt zu seinen Ausführungen kommen kann. Nachher kann sich ja jeder zu Wort melden.

Abg. Braun (SPD):

Auch was die Frage der Struktur anlangt, kommen Sie sofort mit einem Totschlagargument und sagen, was wir hier vorschlagen, sei ein Bruch der Verfassung. Glauben Sie denn, wir wüssten nicht, was in der Verfassung steht? Glauben Sie denn, dass Verfassung auch etwas sei, was ein für alle Mal gilt, was sozusagen statisch ist? Sie wissen genau, dass ich dagegen war, dass man Schulformen in der Verfassung festschreibt. Und wenn Sie schon eine Enquetekommission einrichten wollen im nächsten Jahr, die unter anderem prüfen soll, was in der Verfassung zu stehen hat oder nicht, dann sollte auch diese Frage einer Prüfung unterzogen werden können.

(Beifall bei der SPD.)

Denn das einzige Bundesland, das diesen Unsinn in der Verfassung festschreibt, ist das Saarland. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Ich will zur Strukturfrage nur noch so viel sagen. In den meisten PISA-Vergleichsländern gelingt die Entkoppelung - Herr Maas hat es schon angedeutet - von Schülerleistung und sozialer Herkunft besser als in Deutschland. Zugleich erfolgt die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf unterschiedliche Bildungswege später. Das ist zunächst einmal das entscheidende Wort: später. Wann das sein wird, darüber kann man sicher diskutieren und streiten.

Ich will Ihnen nur sagen, dass zum Beispiel ein Herr Rolf Oerter Ihnen vielleicht noch bekannt aus Ihrem Lehramtsstudium, das ist ein bedeutender Entwicklungspsychologe - im Jahr 2003 im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung - für alle diejenigen, die nicht wissen, welche Stiftung das ist: die steht der CSU nahe - zu der Erkenntnis kommt, dass es sinnvoll sei, die Grundschulzeit auf sechs Jahre zu erhöhen. Er begründet das damit, dass insbesondere Kinder, die bestimmte Entwicklungsangebote in den ersten sechs Lebensjahren nicht haben, das in den vier Jahren gar nicht nachholen können. Und gerade für diese Kinder sei es sinnvoll, die Grundschulzeit auf sechs Jahre zu erhöhen.

Es gibt aber auch andere Hinweise darauf, dass es sinnvoll sein kann. Ich will nur noch zwei weitere nennen. Der eine stammt von

dem Erziehungswissenschaftler Struck - auch kein Sozialdemokrat. Sein Hinweis hängt wiederum mit Erkenntnissen von Piaget zusammen, der gesagt hat: "Die Intelligenzentwicklung eines Kindes ist eigentlich erst mit zwölf Jahren abgeschlossen." Das Untersuchungsergebnis von Struck in diesem Zusammenhang ist, dass dann, wenn man erst mit zwölf Jahren eine Entscheidung darüber zu treffen hat, welchen weiteren Bildungsweg man jetzt einschlagen soll, die Zahl der Fehlprognosen sich halbiert. Also von 30 Prozent auf 15 Prozent. Auch das wäre schon ein Grund dafür, die gemeinsame Schulzeit von Kindern länger zu gestalten, als das derzeit im Allgemeinen in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.

(Beifall bei der SPD.)

Und wenn Sie dann immer wieder darauf hinweisen, dass die Länder mit der Dreigliedrigkeit die erfolgreichsten Länder in der PISA-Studie sind, ist das geradezu ein Aberwitz. Das zeigt, wie resistent Sie gegenüber empirischen Erkenntnissen sind. Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass selbst die erfolgreichen PISA-Länder in der Bundesrepublik Deutschland weit unter dem internationalen Durchschnitt liegen.

Aber Sie sollten auch zur Kenntnis nehmen, und das hat "IGLU" nochmals deutlich gezeigt, dass die Spitzenstellung Bayerns zum Beispiel erkauft wird mit der geringsten Abiturientenquote, die es in der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen gibt. Die Spitzenstellung Baden-Württembergs bei der IGLU-Studie wird damit erkauft, dass dort die Chance für ein Kind eines Facharbeiters bei gleicher Leistung sechs Mal geringer ist, zu einem Gymnasium wechseln zu können, als das für ein Kind eines Akademikers ist. Das zeigt, womit diese Länder diesen scheinbaren Erfolg erkauft haben.

Und noch eines will ich Ihnen sagen. IGLU hat ja den Vergleich gemacht zwischen Bremen und Baden-Württemberg, hat gesagt: Baden-Württemberg liegt vorne, Bremen liegt hinten. - Da werden Äpfel mit Birnen verglichen. Wenn Politiker sich hinstellen und sagen, das zeigt die Überlegenheit unseres Systems, dann zeigt das nur, dass sie nicht in der Lage sind, empirische Studien auswerten zu können.

(Abg. Schreier (CDU): Das kann nur einer! - Heiterkeit bei der CDU.)

Hier werden also Äpfel mit Birnen verglichen. Wenn man schon Aussagen treffen will, dann muss man auch Vergleichbares vergleichen. Dazu müsste man beispielsweise einen Vergleich anstellen zwischen Bremen und Mannheim, aber nicht zwischen Bremen und Baden-Württemberg. Hier vergleicht man völlig unterschiedliche finanzielle Bedingungen. Die sind in Baden-Württemberg für die Schulen besser als in Bremen. Und man vergleicht vor allem unterschiedliche soziokulturelle Bedingungen. Auch die sind ganz entscheidend, wenn man etwas aussagen will über den Schulerfolg. Man kann überhaupt nur etwas Vernünftiges sagen über den Schulerfolg, wenn man die Ausgangssituation der Schüler berücksichtigt und wenn man anschließend die Lernfortschritte berücksichtigt, die sie gemacht haben. Aber zu solchen Erkenntnissen sind Sie bei Ihrem einfachen Weltbild nicht in der Lage. Solange es vorherrschendes CDU-Argument oder Bildungsideologie der CDU ist, dass es für jeden Begabungstyp die richtige Schule gibt, so lange wird das Konzept der individuellen Förderung keine Chance haben. Deshalb werden in CDU-Ländern Förderstunden gestrichen, wie im Saarland, Orientierungsphasen werden gestrichen, wie im Saarland, Bildungszeit wird verkürzt, wie im Saarland. Und ich sage Ihnen, Herr Schreier: All das sind strukturelle Maßnahmen. Das sind gar keine inhaltlichen Maßnahmen, die Sie getroffen haben. Und es sind zudem noch die falschen strukturellen Maßnahmen, die Sie im Saarland getroffen haben.

Also, begreifen Sie endlich, dass es den Hauptschüler, dass es den Gymnasiasten, dass es den Realschüler genauso wenig gibt wie den Sechsjährigen und den Elfjährigen. Wenn Sie das begriffen

haben, dann haben Sie vielleicht auch unser Konzept der frühen Einschulung begriffen. Auch da befleißigen Sie sich der Argumente, die eigentlich die alte Landesregierung schon gepflegt hat. Auch die alte Landesregierung hat ja schon für eine Flexibilisierung gesorgt, was das Einschulungsalter anbelangt. Aber wir bringen ein neues Modell, ein Modell, wie es in Baden-Württemberg von Ihrer Kollegin Schavan in die Welt gesetzt worden ist, das sehr viel weiter geht. Ein Modell, das dazu führt, dass die Kinder die Eingangsphase, die die Klassenstufen 1 und 2 umfasst, je nach individuellem Lernfortschritt in einem, zwei oder drei Jahren bewältigen können. Vor allem wird diese Phase in altersgemischten Klassen durchgeführt, mit all den Vorteilen, die Erziehungswissenschaftler mittlerweile für diese altersgemischten Klassen nachgewiesen haben. Also wenn Sie sich hier hinstellen, dann setzen Sie sich doch einmal auseinander mit einer konzeptionellen Vorstellung und bringen Sie nicht immer Ihre selben Antworten.

Ich will noch kurz auf die Ganztagsschulen eingehen. Auch da ist völlig klar, dass die im internationalen Vergleich dominieren. Und für uns ist auch klar, dass die Einrichtung echter Ganztagsschule für uns in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt bilden wird. Wir wissen auch, dass das kein Allheilmittel für das deutsche Schulsystem ist, aber wir sehen, dass gerade das erweiterte Zeitbudget viele Lösungsmöglichkeiten gibt. Lösungsmöglichkeiten, die auf Grund von PISA dringend geboten sind. Lösungsmöglichkeiten, die mehr intensive Förderung erlauben, insbesondere auch für Kinder, die lernschwach sind, aber auch für Kinder, die besonders begabt sind. Auch für die gibt es Förderinstrumente innerhalb dieses erweiterten Zeitbudgets.

Und wenn ich dann höre, wie Sie reagiert haben auf eine bildungspolitische Veranstaltung des Unterbezirks Saarlouis zur Ganztagsschule, dann gibt das auch zu denken. Eine Veranstaltung also, wo ein Ministerpräsident eines anderen Bundeslandes zu Gast war. Was Sie da veranstaltet haben, das war nun geradezu Peinlichkeit hoch drei. Gerade Sie als ein Vertreter, der offenbar die hohe Schule der Diplomatie bewältigt hat, Sie kommen dann zu dem Ergebnis, dass das gar nicht sein dürfe, dass ein Ministerpräsident eines anderen Landes dem Saarland etwas sagt über die Erfolge, die seine Ganztagsschulinitiative für Rheinland-Pfalz gebracht hat. Geradezu lächerlich, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Jetzt mal aus diplomatischen Gründen lächerlich. Man hätte ja den Eindruck haben können, wenn es so etwas wie Botschaften gäbe, dass dann die Botschafter hätten zurückgerufen werden müssen.

(Abg. Schreier (CDU): Das hat Sie doch sehr getroffen.)

Das hat mich überhaupt nicht getroffen. Überhaupt nicht! Ich will nur sagen: Offenbar hat es Sie getroffen, sonst hätten Sie keine solch lächerliche Presseerklärung in die Welt gesetzt.

(Beifall bei der SPD.)

Das Lächerlichste war eigentlich, dass Sie gesagt haben: Das, was wir im Saarland gegenüber Rheinland-Pfalz anbieten, ist quantitativ und qualitativ um ein zigfach Besseres. Wo Sie genau wissen, dass Sie für dieses zigfach Bessere nur einen Bruchteil der Kosten haben. Also das war wieder der Bildungsminister als Harry Potter, wie man ihn kennt, aber nicht ein Bildungsminister, der weiß, wovon er redet.

(Beifall von der SPD. - Abg. Schreier (CDU): Fünf Mal soviel.)

1,5 Millionen Euro geben Sie für das aus, was Sie Ganztagsschule nennen und was keine ist.

(Abg. Vogtel (CDU): Wie viel haben Sie denn ausgegeben? - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

60 Millionen Euro gibt das Land Rheinland-Pfalz für eine Ganztagsschule aus, die diesen Namen verdient.

(Zurufe von der CDU.)

Sehen Sie, jetzt kommt schon wieder Ihr alter pawlowscher Reflex.

(Erneute Zurufe von der CDU. - Gegenrufe von der SPD.)

Wir haben Ihnen schon zehn Mal gesagt, dass die betreuende Nachbarschaftsschule, wie sie von uns - auch in einer finanziellen Notlage, zugegeben - eingerichtet worden ist, von uns gewissermaßen auch evaluiert worden ist. Wir haben diese Projekte besucht, wir mussten zu dem Ergebnis kommen: Diese Projekte haben mit mehr Bildung, mit mehr Zeit für Bildung, wenig zu tun. Hinzu kommt, dass es eine gesamtgesellschaftliche Debatte zur Ganztagsschule erst nach dem Jahr 2000 gegeben hat, angeregt von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Und erst als die Wirtschaftsverbände eingestiegen sind, haben Sie gemerkt, dass Ganztagsschule etwas ist, was durchaus von Relevanz sein könnte.

(Zurufe von der CDU.)

Ansonsten stand Ihre Familienideologie solchen Einrichtungen entgegen. Solche Vorwürfe haben wir uns sicher nicht zu machen. Also hören Sie endlich auf mit Ihrem: Was haben Sie denn ausgegeben? Wir sind zu der Erkenntnis gelangt - wie Rheinland-Pfalz auch, wie jetzt zunehmend andere Bundesländer auch -, dass wir ein Bildungsangebot brauchen und keine Aufbewahrungsstätte für Kinder, die zudem noch für die Eltern kostspielig ist.

(Beifall von der SPD.)

60 Millionen zu 1,5 Millionen. Brauchen Sie denn die Bayern nicht, um jetzt meinetwegen die Einführung von G 8 zu verteidigen? Würden Sie ein Angebot aus Bayern, sich dort für das G 8 einzusetzen, ablehnen mit dem Hinweis, dass das den diplomatischen Gepflogenheiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht entsprechen würde? Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe eine Einladung aus Bayern. Ich werde auch hinfahren und werde von der saarländischen Erfahrung dort berichten und kein gutes Haar an diesem G 8-Projekt im Saarland lassen.

(Zurufe und Unruhe bei der CDU.)

Sie können mir ja gerne den Beamten, den Sie auch nach Dillingen geschickt haben, gewissermaßen als Anstandswauwau zur Seite stellen.

(Unruhe bei der CDU.)

Er wird sich dann dort, was seine Loyalität anbelangt, sicher bis zur Selbstverleumdung biegen. Damit hat er sicher gar keine Probleme, das hat er in Dillingen schon gemacht, und das wird er sicher in München auch machen. Ich empfehle Ihnen: Schicken Sie Ihre Beamten aus dem Haus mit, wenn ich dann in Bayern Reklame für Ihr G 8 mache.

(Zurufe von der CDU. - Beifall von der SPD.)

Präsident Ley:

Herr Kollege Braun, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern. Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Braun (SPD):

Das hat man davon, wenn man sich auf pawlowsche Reflexe einlässt, das war eigentlich nicht beabsichtigt.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Deshalb nur noch so viel als Schlusssatz. Ihnen, Herr Berg, wünsche ich dann doch in Ihrer neuen Rolle alles Gute. Es bleibt dabei, dass es menschlich sicher ein Miteinander gab, das sehr verträglich war. Bildungspolitisch - das wäre auch schlimm, wenn es nicht so wäre - gibt es nur Kontroversen zwischen uns, und das wird auch in Zukunft so bleiben. Insgesamt, auch das sei Ihnen gesagt, Herr Minister: Bildungspolitik ist Zukunftspolitik mit Mut zur Kontinuität und zur Korrektur. Ihnen fehlt sowohl der Mut zur Kontinuität und noch mehr der Mut zur Korrektur. Deshalb ist es an der Zeit, dass nach dem 05. September andere die Korrektur einleiten. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Gisela Rink. Es ist vorsorglich Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

Abg. Rink (CDU):

Herr Kollege Braun, wenn Sie sagen, dem Minister fehlt Mut, dann muss ich leider sagen: Ihnen fehlte heute Morgen, wie immer, die Einsicht.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute Morgen wieder eine bildungspolitische Debatte, wie wir sie schon oft erfahren haben. Mit den gleichen Argumenten, mit dem gleichen Tenor und immer wieder dasselbe. Herr Braun, Sie erkennen jetzt auf einmal: Alles war ja vorher gar nicht so gemeint, was Sie getan haben, und es fehlen Ihnen die Argumente, zu erläutern, was Sie uns wirklich im Schnelldurchlauf vortragen wollen.

Sie fordern 160 Millionen Euro, Sie wissen aber nicht woher - und das alles in Ihrem bildungspolitischen Konzept. Ich muss nur eines sagen: Es ist unseriös, es ist unglaubwürdig und Ihre Rede war einfach so wie immer. Wir kennen es, und ich denke mir, es ist wirklich höchste Zeit, dass Sie auf keinen Fall mehr in die bildungspolitische Verantwortung hier in diesem Land kommen.

(Beifall von der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Genau das ist der Punkt. Sie fordern 160 Millionen in aller Öffentlichkeit, machen so, als könnten wir mit Geld ja rumschleudern, und dann sagen Sie: Wir wissen aber nicht woher. Die finanzpolitische Sprecherin sagt, wir schichten um. Ich kenne die Diskussionen, wenn umgeschichtet wird. Ich muss nur eines sagen: Sie fordern und fordem des Weiteren auch mehr Geld für die Ganztagsschule zur Ganztagsschule komme ich gleich noch. Ich habe einfach den Eindruck Sie wissen gar nicht, was Sie wollen: Sie fordern heute eine Einschulung mit fünf Jahren. Am 25.11.2003 - es war nicht in Ihrer Verantwortung - hat Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Braun, öffentlich gefordert, dass im Saarland das letzte Kindergartenjahr zum Pflichtjahr wird. Jetzt frage ich Sie natürlich: Was soll das denn? Wer wird denn im letzen Kindergartenjahr verpflichtet, wenn ich auf der anderen Seite die Kinder mit fünf Jahren einschulen will?

(Abg. Gillo (SPD): Dann wird das zweite Kindergartenjahr zum ersten.)

Die Vierjährigen werden dann verpflichtet. Herr Kollege Gillo! Wir sind ja flexibel! Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir tragen hier Verantwortung für die Kinder und für die Eltern im Land. Wir können nicht so flexibel einfach mal so hinreden: Na gut, dann machen wir nicht mehr das letzte Kindergartenjahr als Pflicht, wir verpflichten halt die Kinder im Jahrgang unten drunter. - Und Sie verpflichten Vierjährige für den Kindergarten. Also, wenn das Ihre Politik ist, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das zeugt nicht von Verantwortungsbewusstsein, und so können wir mit Eltern und Kindern nicht umgehen.

(Beifall von der CDU.)

Und wenn Sie mir jetzt auch noch sagen: Wieso nicht? Dann frage ich Sie tatsächlich: Wer hat eigentlich die Verantwortung für die Erziehung der Kinder hier in diesem Lande? Diese Aufgabe obliegt den Eltern. Sie wollen Vierjährige verpflichten, in den Kindergarten zu gehen! Da können wir uns wirklich miteinander auseinander setzen, inwieweit das Ihre Aufgabe als Politiker ist oder inwieweit auch Eltern mit einzubeziehen sind.

Ihr Bildungskonzept ist diffus und widersprüchlich. Das zeigen sehr viele Dinge. Der Minister hat es Ihnen ausführlich erläutert, der Kollege Franz-Josef Berg hat es Ihnen ausdrücklich erläutert. Eines kann ich nur unterstreichen, was Franz-Josef Berg gesagt hat, und das ist Ihre Note in dem Fach Besserwisserei. Hier haben Sie wirklich die Note sehr gut verdient, denn Sie sind im Bereich der Bildung immer nur am Meckern und Meckern, aber Sie können es nicht verbessern, geschweige denn auch mal einsehen, dass auch Vorschläge von Seiten der CDU tatsächlich gut sind.

Ich komme kurz zum Projekt "Frühes Lernen", zum Vorschulbereich. Herr Kollege Lang hat gegenüber dem Minister argumentieren wollen, wieso wir die Träger entlastet hätten und das wäre doch damals gar nicht so gewesen mit den Erzieherinnen und Erziehern.

(Abg. Lang (SPD): Ich habe nur gesagt, dass wir keine Leute entlassen haben.)

Sie haben keine Leute entlassen, das war aber auch gar nicht die Aussage. Damals war die Schlagzeile: "Das Land sagt nur nein". Die Aussage war, dass das Land nicht bereit war, freie Träger stärker zu unterstützen. Und damit war natürlich logisch verbunden, dass auch Entlassungen von Erzieherinnen und Erziehern anstanden.

(Abg. Lang (SPD): Sie machen zuerst die Träger arm.)

Wir machen doch keine Träger arm, Herr Kollege Lang!

(Abg. Lang (SPD): Die Steuerreformen zwischen 1982 und 1998 haben die Träger arm gemacht.)

Herr Kollege Lang, wenn ich Träger um 2 Prozent der Personalkosten entlaste und diese Kosten von Seiten des Landes übernehme, dann frage ich mich wirklich, wie ich jemanden arm machen kann. Das müssen Sie mir noch einmal ganz ausdrücklich erläutern.

Ich komme zum weiteren Punkt: Frühes Lernen. Heute haben Sie, Herr Kollege Braun, in der Ihnen eigenen Art wiederum die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr kritisiert. Aber Sie haben nicht kritisiert, dass wir es machen, sondern dass wir es gar nicht ganz machen, das heißt, es nur zu einem Drittel machen. Diese Logik soll irgendjemand einmal verstehen. Sie lehnen die Beitragsfreiheit im Kindergartenjahr ab. Dann sagen Sie aber wiederum, das, was ihr macht, reicht nicht ganz.

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Ich höre Ihnen sehr aufmerksam zu. Das ist vielleicht der Unterschied zwischen uns. Jetzt sagen Sie, ich verstehe es nicht. Aber Fakt ist, dass wir 8 Millionen Euro in dieses Projekt der Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr investieren. Das, denke ich mir, sind wirklich Investitionen, die sich lohnen.

(Beifall bei der CDU.)

Weitere Projekte im Vorschulbereich: bilinguale Erziehung. Auch von Ihnen eben kritisiert. Frühes Deutsch Iernen. Ein landesweites Pilotprojekt zur Sprachförderung. Natürlich, Sie üben auch daran Kritik. Das ist mir völlig klar. Jetzt sagen Sie, die deutschen Kinder sind nicht genügend berücksichtigt.

(Abg. Braun (SPD): Ja. - Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

(Abg. Rink)

Ja. Diese Sprachstandsfeststellung wurde auch mit deutschen Kindern durchgeführt, die eingeschult wurden. Wenn diese deutschen Kinder in dieser Sprachstandsfeststellung positiv beschieden wurden, frage ich einmal: Warum sollen die in die Sprachförderung?

(Abg. Braun (SPD): Welche Standards?)

Jetzt sagen Sie, die Standards sind zu niedrig. Also eines ist doch klar. Das Projekt läuft sehr gut. Es wird vor allen Dingen sehr gut angenommen. In Völklingen habe ich acht Standorte. Ich bin dort in einem sehr regen Gespräch und Austausch mit den Erziehern vor Ort und auch mit den Lehrern, die dort unterrichten. Ich kann Ihnen nur eines sagen, wir haben einen fast 100-prozentigen Besuch in diesen Sprachförderkursen. Ich denke, das ist ein gutes Projekt. Von Ihrer Seite könnten Sie wirklich den Mut haben, dies anzuerkennen und zu bestätigen. Sie sagen, es wurden Mittel im Bereich der Sprachförderung gekürzt. Frau Kollegin Ries, auch das ist immer Ihre Argumentation. Ich kann nur eines sagen: Es stimmt nicht. Es sind Behauptungen, die Sie einfach wieder in den Raum stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Sie sprachen die Verbesserung der Erzieherausbildung an. Auch dort geschieht einiges. Das strukturierte Vorpraktikum ist jetzt eingeführt und wird für das neue Schuljahr an den Fachschulen umgesetzt. Zu Ihrer Zeit habe ich das Thema auch schon einmal im Bildungsausschuss beantragt. Dort hieß es nur: Wir haben eine Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe hat getagt. Umgesetzt wurde nichts. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir fangen schon einmal an. Wir setzen es um und sind nicht nur immer in Arbeitsgruppen. Wir lassen uns auch von Ihnen nicht von diesem Weg abbringen.

(Beifall bei der CDU.)

Gerade für den Bereich frühes Lernen könnte ich Ihnen noch viele Aktivitäten vortragen: Kindergartenakademie, Förderpreis für kindgerechtes Lernen im Kindergarten, den Kongress "Frühes Lernen" mit einem sehr guten Besuch von Seiten der Erzieherinnen und Erzieher, Aktivitäten im Bereich der Leseförderung, auch im Bereich des Kindergartens. Wir werden einen Bildungsplan für den Kindergarten mit den freien Trägern erarbeiten, und das halte ich für sehr wichtig. Die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule wird intensiviert und die Regelungen bezüglich der frühen Einschulung. Das ist ein Punkt, wo wir uns einig sind: Unsere Kinder werden oftmals zu spät eingeschult. Aber die Regelungen und die flexible Handhabung dieser Regelungen sind der richtige Weg im Bereich der frühen Einschulung und nicht das, was Sie per Gesetz verordnen wollen, eine generelle Einschulung mit fünf Jahren. Wir wollen keinen Zwang, sondern wir setzen auf die Einsicht, indem wir um Interesse werben und indem wir ganz klar den Bildungsauftrag im Kindergarten stärken und das mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen.

Ein weiterer Punkt sind die Finanzen. Ich habe schon mehrmals angesprochen, Sie kritisieren nur. Sie selbst haben die Gelder zurückgefahren, Sie haben den ganzen Bildungshaushalt zurückgefahren. Sie haben Stellenabbau betrieben. Aber heute ist ja alles anders. Ich kann nur eines sagen: Bildung hat bei der CDU eine hohe Priorität, um nicht zu sagen, eine der höchsten Prioritäten. Lassen Sie mich gerade noch einen Punkt zum Bereich freiwillige Ganztagsschulen ansprechen, vor allen Dingen im Vergleich zu Rheinland-Pfalz. Herr Kollege Braun, ich würde Ihnen wirklich einmal empfehlen, sich auch in Rheinland-Pfalz die Ganztagsschulen anzusehen.

(Abg. Braun (SPD): Sind die auch freiwillig?)

Sie sind freiwillig, allerdings müssen Sie dort für ein ganzes Schuljahr die Kinder anmelden.

(Abg. Braun (SPD): Das ist sinnvoll!)

Das ist sınnvoll. Nur die Freiwilligkeit ist ein Stück weit eingeschränkt, wenn Sie für ein ganzes Jahr Ihr Kind anmelden müssen.

(Lachen bei der SPD. - Abg. Ries (SPD): Das heißt, morgen geht es, morgen geht es nicht?)

Nein, Frau Kollegin Ries, das hat nichts damit zu tun, morgen geht es, morgen geht es nicht, sondern es geht ganz einfach darum, dass man eine vertragliche Regelung braucht. Wenn ich aber im September mein Kind für ein ganzes Jahr anmelden muss und die Mutter verliert ihren Arbeitsplatz, wie ist die Sache dann? Ein Jahr ist ein langer Zeitraum.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Und wenn die arbeitslose Mutter sagt, sie will ihr Kind selbst weiterbetreuen? Es geht doch hier nicht nur um ein kostenpflichtiges Angebot. Es geht doch hier auch darum, wie stark die Familienarbeit noch zu bewerten ist und wie hoch der Stellenwert der Familie ist.

(Abg. Ries (SPD): Im Saarland spielt es eine Rolle. Da kostet es eine ganze Menge Geld.)

Jetzt haben wir es. Wir stehen für die Freiwilligkeit ein und ich bin der Meinung, eine Familie soll selbst entscheiden, ob ihr Kind in eine Ganztagsschule geht.

(Abg. Braun (SPD): Darf sie doch.)

Darf sie doch, aber sie hat sich in Rheinland-Pfalz für ein ganzes Jahr verpflichtet.

Dann noch ein weiterer Punkt im Vergleich: Sie schreiben Ihre 20-Prozent-Quote vor. Bis 2008 wollen Sie 20 Prozent der Schulen in echte Ganztagsschulen verwandeln. Haben Sie einmal nachgerechnet, was das heißt?

(Abg. Braun (SPD): Ja. 15 Millionen Euro.)

Nein. Ich gehe jetzt gar nicht einmal vom Geld aus, sondern von einem anderen Punkt. Bei 266 Grundschulen im Land rechne ich nach Ihrer Quote bis ins Jahr 2008 53 Grundschulen. Das heißt, in Saarbrücken zwei, in jeder anderen Kommune eine Ganztagsschule.

(Abg. Maas (SPD): Quatsch!)

Wieso ist das Quatsch?

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Entschuldigen Sie bitte, aber es steht in Ihrem Projekt: bis 2008 20 Prozent Ganztagsschulen. Wenn ich richtig rechne, sind 20 Prozent von 266 Grundschulen 53 im Land und das bis zum Jahr 2008. Jetzt können Sie von mir aus noch sagen, das sind fünf in Saarbrücken, aber dann können Sie noch weniger in die Fläche gehen. Die Familien brauchen das Angebot vor Ort. Sie wollen nicht von Heusweiler bis nach Saarbrücken fahren, um eine Ganztagsschule zu finden. Uns geht es darum, dass dies ein flexibles Angebot ist, und vor allen Dingen, dass es ein flächendeckendes Angebot ist, denn das ist es, was die Menschen vor Ort benötigen. Wenn ich Ihre 20-Prozent-Quote auf die Gesamtschulen übertrage, dann habe ich von 14 Gesamtschulen im Land 2,8, die dann eine Ganztagsschule sind. Wie wollen Sie das denn umsetzen? Wir haben heute schon 10 Gesamtschulen, die ein solches Angebot vorhalten. Wir haben 18 Gymnasien von 33. Nach Ihrer Quote wären es 6 Gymnasien. Dann frage ich mich noch, wie viel - -

(Abg. Maas (SPD): Wie viele Ganztagsplätze gibt es da?)

(Abg. Rink)

Ach, Herr Kollege Maas, ich gebe Ihnen gerne diese Liste. Die wurde übrigens im Bildungsausschuss vorgelegt. Von daher hätte auch Ihr Kollege sie Ihnen weitergeben können.

(Abg. Maas (SPD): 15 Ganztagsplätze bei einer Schule mit 1.000 Schülern.)

Hier steht komplett drin, wie viele Ganztagsplätze vorgehalten werden. Ich empfehle Ihnen ganz einfach, sich damit einmal auseinander zu setzen. Gehen Sie doch einfach einmal in eine Schule hinein und sehen Sie sich das an!

(Beifall bei der CDU.)

Des Weiteren empfehle ich Ihnen ganz einfach, sich vor Ort zu erkundigen und sich mit den Menschen zu unterhalten, die dieses Ganztagsschulprogramm auch mit Leben erfüllen, nämlich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich finde es ganz schlimm, dass Sie immer davon reden, dass hier Kinder aufbewahrt werden und dass an "echten" Ganztagsschulen ja professionelle Kräfte arbeiten. Ich empfehle Ihnen auch einmal, sich mit der Personalauflistung auseinander zu setzen, in der ganz klar steht: In einer Stichprobenbefragung im Stadtverband Saarbrücken wurde festgestellt, dass von den 10 Betreuungsgruppen 10 Erzieher und Erzieherinnen, Sozialpädagogen und so weiter und weitere 7 Betreuer und Betreuerinnen mit mehrjähriger Betreuungserfahrung arbeiten.

(Zurufe der Abgeordneten Braun (SPD) und Ries (SPD).)

Jetzt bringen Sie bitte nicht das Projekt "Schools in" oder "Schools out", denn auch diese Befragung bezog sich nicht nur auf die Sekundarstufe, sondern auch auf den Grundschulbereich.

(Abg. Ries (SPD): Schmückt euch nicht mit fremden Federn!)

Von daher können Sie genau sehen, wie die Antwort dort lautet.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Natürlich reden Sie mit den Leuten, Frau Kollegin. Sehen Sie sich diese Auflistung doch einmal an!

(Die Rednerin zeigt den Abgeordneten ein Schaubild.)

Diese Kurve wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Ries (SPD): Nicht die Masse macht's.)

Nicht die Masse macht's, die Qualität ist dort auch gewährleistet. Wenn Sie immer das Engagement der freien Träger in diesem Bereich schlechtreden wollen, muss ich Ihnen ganz klar sagen, dass die CDU hier dagegen hält. Wir reden diese Angebote nicht schlecht, sondern wir respektieren die Leistungen, die dort erbracht werden.

(Beifall bei der CDU.)

Wir respektieren auch das Engagement der Mitarbeiter in diesen Einrichtungen und erkennen an, dass es eine große Nachfrage nach den Fortbildungsangeboten des Ministeriums gibt und dass diese sehr gut angenommen werden. Was Sie hier wiederum tun, ist einfach nur Herumreden und Herummeckern. Ich muss Ihnen schon sagen, Ihre Aussagen sind abenteuerlich. Wenn ich in einer Einladung lese "Die CDU hat zu verantworten, dass zu viele junge Menschen ohne Schulabschluss bleiben", frage ich Sie, ob Sie mal nachgerechnet haben, seit wann die CDU in der Regierungsverantwortung ist und wann diese Schüler, die jetzt möglicherweise tatsächlich die Schule ohne Abschluss verlassen, eingeschult wurden. Nach meiner Rechnung geschah dies zu Ihren Zeiten, Sie haben die Weichen

gestellt. Wir versuchen in den letzten viereinhalb Jahren das, was Sie in 15 Jahren verbockt haben - ich muss es so deutlich sagen -, wieder hinzubiegen und auf einen ordentlichen Weg zu bringen.

Und was tun Sie? Sie haben jetzt manchmal die späte Einsicht, dass Sie vielleicht doch nicht alles richtig gemacht haben, aber im Grunde genommen wissen Sie jetzt alles wieder besser. Eine Auflistung Ihrer Leistungsbilanz, zu der Zeit, die Sie zu verantworten hatten, beginnt mit dem frühen Lernen: Keine inhaltliche Diskussion. Beitragsfreiheit - abgelehnt; das habe ich eben schon angesprochen. Stichwort Erzieherinnenausbildung. Sie haben früher immer erzählt, die Erzieherinnenausbildung sei bestens, meine Kritik sei völlig unangebracht. Thema hoch Begabte, ein Thema, das Sie jetzt auf einmal auch ansprechen. Dieses Thema habe ich als Mitglied der Kinderund Jugendkommission, als wir noch in der Opposition waren, auf die Tagesordnung gesetzt. Ich kann Ihnen gerne das Protokoll zum Nachlesen geben. Wissen Sie, was ich damals gefragt wurde? Ich wurde gefragt, warum mich das interessiert. So viel zum Thema hoch Begabte. Das war für Sie damals kein Thema. Heute tun Sie so, als hätten Sie dies alles entdeckt und erfunden.

Sie haben die Stundentafel zurückgefahren. Sie haben Stellen im Lehrerbereich abgebaut. Sie haben keine Neueinstellungen von Lehrern vorgenommen. Wir haben von Ihnen bei Regierungs- übernahme die großen Personalprobleme im Sonderschulbereich und im Bereich der beruflichen Schulen übernommen. Heute sagen Sie: Es ist alles ganz anders, es war ja nicht so schlimm, geben Sie uns die Chance zum Neustart. Ich kann Ihnen nur eines sagen. Die Chance zum Neustart haben Sie nicht verdient. Es ist am besten Die Chance zum Neustart haben Sie nicht verdient. Es ist am besten das Land, wenn die CDU in der Verantwortung für den Bildungsbereich bleibt. Die CDU stellt die richtigen Weichen für den Bildungsbereich, denn Bildungspolitik ist kein Fantasiegebilde. Was Sie heute Morgen vorgetragen haben, war ein Fantasiegebilde ohne richtige Grundlagen und ohne Finanzierungsvorschläge.

Bildungspolitik ist eine große Verantwortung. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst, dieser Verantwortung stellen wir uns auch. Stimmen Sie unserem Antrag zu mit der Aufforderung, unsere erfolgreiche und bundesweit beachtete Bildungspolitik fortzusetzen gemäß dem Motto "Fortsetzung folgt". - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass die Fortsetzung von Seiten der CDU erfolgen kann.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung zunächst über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1091 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1091 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1096 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1096 mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes über die Zustimmung zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen (12/1085).

(Präsident Ley)

Zur Begründung erteile ich Frau Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer das Wort.

Ministerin Kramp-Karrenbauer:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung möchte mit dem vorgelegten Gesetzentwurf die Zustimmung des Saarlandes zu den beiden Staatsverträgen herbeiführen, die von den Ministerpräsidenten der Länder bei ihrer Jahreskonferenz 2003 zustimmend zur Kenntnis genommen und inzwischen von allen Ministerpräsidenten unterzeichnet worden sind. Beide Staatsverträge einschließlich Begründung wurden den Landtagsfraktionen bereits im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung zur Vorabunterrichtung vorgelegt. Die beiden Staatsverträge sind für den Bereich der Lotterien und Sportwetten von grundlegender Bedeutung.

Zunächst zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland. In den letzten Jahren war eine unerwartete und aus Sicht der Länder vom Ergebnis her problematische Rechtsprechung zur Zulassung privater Lotterien festzustellen. Diese Rechtsprechung war für die Länder vor allem deshalb problematisch, weil sie das herkömmliche lotterierechtliche Erlaubniskriterium "hinreichendes öffentliches Bedürfnis" nicht mehr akzeptiert und die bislang restriktive behördliche Erlaubnispraxis aufgeweicht hat mit dem Ergebnis, dass fast jede Lotterie künftig zugelassen werden müsste, wenn der Veranstalter nur einigermaßen seriös ist und für die Lotterie auch ein gemeinnütziger Zweck angegeben wird.

Da in der Bundesrepublik Deutschland aber nach wie vor das öffentliche Veranstalten von Glücksspielen nach dem Strafgesetzbuch unter Strafandrohung verboten ist, muss man weiterhin eine Regelung finden, die nur ausnahmsweise eine Erlaubnis der zuständigen Behörden vorsieht oder wenn eine gesetzliche Sonderregelung besteht. Diese erst 1998 novellierte Strafvorschrift verfolgt insbesondere das Ziel, eine übermäßige Anregung der Nachfrage nach Glücksspielen sowie die Ausnutzung des Spieltriebs zu privaten oder gewerblichen Gewinnzwecken zu verhindern und durch staatliche Kontrolle einen ordnungsgemäßen Spielablauf zu gewährleisten.

Dieses repressive Verbot mit Befreiungsvorbehalt haben die Länder durch die entsprechende Ausgestaltung der lotterierechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen auszufüllen. Eine einheitliche Ausgestaltung durch die Länder liegt dabei im Interesse aller Beteiligten. Aus diesem Anlass haben die Ministerpräsidenten der Länder am 25. Oktober 2001 eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland gebeten, auf der Grundlage einer Auswertung der gegenwärtigen Rechtsprechung einen Staatsvertrag zu erarbeiten, in dem die Entscheidungskriterien zur Zulassung neuer Lotterien definiert werden. Diesem Auftrag trägt den ordnungsrechtlichen Vorrang des staatlichen Glücksspiels und enthält auch Regelungen, nach denen private gemeinnützige Lotterien in begrenztem Umfang zugelassen werden können.

Anlass für den zweiten Staatsvertrag, den Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen, ist folgende Entwicklung. In den zurückliegenden Jahren sind vermehrt so genannte gewerbliche Spielvermittler aufgetreten, die in ganz Deutschland und zum Teil auch im Ausland Spielteilnehmer akquirieren und Spielverträge an ein oder mehrere Lotto- und Totounternehmen vermitteln. Diese gewerblichen Spielvermittler können bewirken, dass sich de Einnahmen zu Gunsten der jeweils bevorzugten Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks beziehungsweise des Landes ihrer Niederlassung und zu Lasten des Landes verschieben, in dem die jeweiligen Spielteilnehmer ihren Wohnsitz haben. Diesen Auswirkungen der Tätigkeiten gewerblicher Spielvermittler soll auf der Grundlage des Staatsvertrages durch Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern entgegengewirkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf in Erster Lesung und um Überweisung an den zuständigen Ausschuss für Inneres und Sport bitten.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1085 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich kann feststellen, dass der Gesetzentwurf einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich will vorsorglich darauf hinweisen, dass wir unmittelbar nach der Mittagspause die Vereidigung des stellvertretenden Verfassungsrichters vornehmen wollen. Ich bitte das bei der zeitlichen Disposition zu berücksichtigen. Ich unterbreche unsere Sitzung bis um 13.45 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.44 Uhr bis 13.46 Uhr unterbrochen.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1 b) zurück:

Vereidigung des stellvertretenden Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof des Saarlandes leisten die Mitglieder vor Amtsantritt vor dem Landtag den Eid. Ich bitte Herrn Weber, zu mir herauf zu kommen. Ich bitte die Mitglieder des Hauses und die Zuschauer, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Herr Weber, ich spreche Ihnen die Eidesformel vor: Ich schwöre, mein Amt unparteilsch getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes zu führen. - Ich darf Sie bitten, die Eidesformel zu wiederholen.

Rechtsanwalt Weber:

Ich schwöre, mein Amt unparteiisch getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes zu führen, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Ley:

Ich danke Ihnen. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall des Hauses. - Sprechen.)

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes für mehr Transparenz bei der Förderung kultureller und sozialer Zwecke aus Sportwettenmitteln (Drucksache 12/1088).

Zur Begründung erteile ich Frau Abgeordneten Karin Lawall das Wort.

Abg. Lawali (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat den Gesetzentwurf mit der Überschrift "Für mehr Transparenz bei der Förderung kultureller und sozialer Zwecke aus Sportwettenmitteln" eingebracht, um in der Zukunft eine sachgerechte und ordnungsgemäße Verwendung von öffentlichen Geldern sicher zu

(Abg. Lawall)

stellen. Nach dem saarländischen Sportwettengesetz erhalten das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft sowie das Umweltministerium 0,75 v.H. der der Saarland Sporttoto GmbH zufließenden Gewinneinsätze zur Förderung kultureller Projekte. In den Jahren 2000 bis 2002 waren dies rund 2,7 Millionen Euro.

Weitere 0,4 v.H. der Spieleinsätze stehen dem Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales für die Förderung sozialer Zwecke zu. Hier standen im Zeitraum von 2000 bis 2002 etwa 1,4 Millionen Euro zur Verfügung. Die SPD-Fraktion hat in mehreren Anfragen von der Landesregierung Auskunft über die Verwendung der dem Bildungsminister, dem Umweltminister und der Sozialministerin zugeflossenen Totogelder verlangt.

Die Beantwortung unserer Anfragen nahm einen sehr langen Zeitraum - insgesamt eineinhalb Jahre - in Anspruch, weil Antworten unzureichend und ausweichend gegeben worden sind und das Parlament immer wieder nachfragen musste, um sich einen Überblick zu verschaffen. Meine Damen und Herren, die Auswertung und Analyse der Antworten der Landesregierung zeigen einen dringenden Handlungsbedarf an, ein parlamentarisches Controlling einzuführen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben ergeben, dass insbesondere der Bildungsminister die ihm zur Förderung kultureller Projekte anvertrauten Gelder in erheblichem Umfang für Maßnahmen zweckentfremdet hat, die aus eigenen Haushaltsmitteln finanziert werden können. Und nicht nur das. Es hat sich gezeigt, dass Minister Schreier frei nach Gutsherrenart sozusagen einen Teil der ihm zur Verfügung gestellten Gelder für alles und jedes benutzt hat, auch für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und nicht dafür, wofür die Gelder vorgesehen sind, nämlich zweckgebunden zur Förderung kultureller Projekte.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Minister, Sie haben einen Betrag von rund 36.000 Euro zur Finanzierung des G 8, erhebliche Summen für Unterrichtsmaterial, Zuwendungen an den Universitätsrat, an den Bildungsrat, Kommunikationsmaßnahmen und vieles, vieles andere mehr aus Totomitteln finanziert. Herr Minister, hier handelt es sich zum Großteil um die Finanzierung von Ausgaben, zu denen Sie gesetzlich verpflichtet sind. Sie wissen ganz genau, dass Totomittel nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn die betreffende Maßnahme nicht aus Haushaltsmitteln finanziert werden kann. Sie haben Totomittel zweckentfremdet. Herr Minister, Sie haben tief in die Schatulle für die Wissenschaft, die Kultur und die Kunst gegriffen. Herr Minister, Sie haben sich selbst bedient.

(Abg. Schreier (CDU): Was? Was? - Weitere Zurufe von der CDU: Was? Wie bitte?)

Ja, ich komme noch dazu. Dabei sind Sie nach den Richtlinien der Landesregierung zum Sportwettengesetz an Vorschriften gebunden. Sie sind an Vorschriften gebunden. Herr Schreier, es handelt sich nicht um Ihre Privatschatulle. Nach den Richtlinien der Landesregierung ist für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen die Landeshaushaltsordnung gültig.

Wir sind bei der weiteren Auswertung Ihrer Antworten, Herr Minister, auf immer größere Merkwürdigkeiten, Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten gestoßen. So haben Sie nachweislich Totogelder verwendet oder besser gesagt verschwendet anlässlich von Empfängen, Konferenzen, Sitzungen und Besprechungen in Ihrem Ministerium. Mit den Mitteln aus dem Toto-Topf haben Sie sich als Schirmherr in Ihrem Landkreis feiern lassen, Diplomfeiern finanziert und großzügig Spenden überwiesen. Sie haben Ausgaben über Toto-

gelder finanziert, aber nicht für kulturelle Zwecke. Sie haben Ausgaben über Totogelder finanziert, Ausgaben, für die Ihnen der Landtag einen eigenen Topf im Landeshaushalt genehmigt hat. Ihnen stehen nämlich jährlich rund 8.000 Euro als Verfügungsmittel zu. Das sind Ausgaben, auf die Sie zurückgreifen können, anstatt das Geld, das Ihnen zur Förderung Dritter anvertraut ist, unter Missachtung der gesetzlichen Vorschriften für eigene Zwecke zu entfremden.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Hans (CDU): Das ist strafrechtlich relevant. Überlegen Sie das einmal bitte! - Unruhe und Sprechen.)

In diesem Zusammenhang, Herr Minister, stellt sich die Frage, wie Sie das gehandhabt haben. Es stellt sich die Frage, wie

(Weitere Zurufe von der CDU - Lautes Sprechen)

Sie das gehandhabt haben, wenn Sie Gäste in Ihrem Haus bewirtet haben.

(Zuruf von der CDU: Leicht unverschämt.)

Herr Minister, wie haben Sie denn das gemacht, wenn Sie die Gäste bewirtet hatten?

(Abg. Hans (CDU): Dreckschleuder.)

Das ist Ihr Niveau, Herr Hans. Das gleiche wie der Bildungsminister.

(Abg. Hans (CDU): Das ist Ihr Niveau! - Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie die Wahrheit nicht hören können, dann gehen Sie doch aus dem Raum. Wie haben Sie denn das gemacht? Haben Sie, auch um den gesetzlichen Vorschriften Genüge zu tun, einen schriftlichen Antrag sozusagen an sich selbst gestellt? Haben Sie zum Beispiel den Ablauf der Bewirtung durch eine ausführliche Darstellung beschrieben und einen detaillierten Finanzplan dazu gemacht? Haben Sie dann selbst die vorgeschriebene Antragsprüfung vorgenommen und den Bewilligungsbescheid an sich selbst unterschrieben, so wie es die Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung vorsehen? Haben Sie das gemacht? Herr Minister, merken Sie denn nicht - das müsste Ihnen doch bei all dieser Unseriosität Ihres Verhaltens aufgefallen sein -, dass Sie sozusagen das Haushaltsrecht bis zum Gehtnichtmehr gebogen und fast außer Kraft gesetzt haben?

(Beifall bei der SPD. - Abg. Ries (SPD): Richtig. - Abg. Schreier (CDU): Was?)

Herr Minister - -

(Zuruf von der CDU: Das ist unglaublich!)

Um so schwerwiegender dabei ist es jedoch, dass Sie andererseits Schulprojekte und andere sinnvolle Projekte wie zum Beispiel ein Projekt der Gesamtschule Dillingen mit dem Thema "Kulturen begegnen sich" oder ein gemeinsames Projekt der Waldorf-Schule mit einer Schule in Griechenland von der Förderung ausgeschlossen haben.

(Zurufe: Aha. - Sprechen.)

Die Projektträger haben von Ihnen einen ablehnenden Bescheid mit der Begründung "Nachrangigkeit gegenüber anderen prioritären Projekten" bekommen. Ich frage Sie, Herr Minister, was sollen denn die betroffenen Schülerinnen und Schüler für einen Eindruck haben, wenn sie hören, dass der Minister sich zwar Bewirtungskosten aus Totomitteln genehmigt und Treffen der Landesregierung aus Totomitteln sponsert,

(Fortdauerndes Sprechen. - Zuruf: Unerhört)

(Abg. Lawall)

dem Engagement der Schulen aber mit fadenscheinigen Argumenten eine Absage erteilt? Ihr Verhalten steht doch in krassem Gegensatz zu Ihren sonstigen Parolen von Benimm-Unterricht und Benehmen. Sie verletzen doch auf ganz schlimme Art und Weise das Vertrauen von Jugendlichen, die sich hier ehrenamtlich einbringen und noch Ideale haben, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken. Im Übrigen, Herr Minister - das sehe ich jetzt als Fazit -, haben Sie die Ihrem Ministerium für Projekte der Vereine und der Kunst anvertrauten Gelder in den letzten Jahren sorglos verschwendet, und das zu Lasten von Projekten, die auf dieses Geld dringend angewiesen wären.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Minister, Sie haben nicht nur ein falsches Verständnis von Kultur; Sie haben auch ein falsches Verständnis von Demokratie. Ihre öffentliche Entgleisung gegenüber meiner Kollegin Isolde Ries hat bewiesen, dass Ihnen die Souveränität, die man von einem Minister eigentlich erwarten müsste, gänzlich abhanden gekommen ist.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Und es war ja nicht das erste Mal. Herr Schreier. Ich denke an das Niveau, auf dem Sie den Besuch des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten hier im Saarland öffentlich dokumentiert haben. Das hat ja auch Bände gesprochen.

(Zuruf von der CDU.)

Wer mit parlamentarischer Kontrolle und parlamentarischer Kritik nicht umgehen kann, gehört nicht in ein Regierungsamt.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, auch die Mittelverwaltung im Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales wirft Fragen auf. Ihnen, Frau Görner, wurden aus den Spieleinnahmen der Saarland Sporttoto GmbH in den Jahren 2000 bis 2002 rund 1,4 Millionen Euro anvertraut, um soziale Projekte - insbesondere in den Bereichen Jugend, Frauen, Gesundheit, Behindertenpolitik und Wohlfahrtsverbände - zu fördern. Gemäß den Richtlinien zum Sportwettengesetz ist in Ihrem Haus ein Beirat aus dem Kreis der zu begünstigenden Organisationen einbezogen. Insoweit besteht bei Ihnen gegenüber der Verwendung der Mittel im Bildungsministerium wesentlich mehr Transparenz und Ausgewogenheit. Allerdings haben wir feststellen müssen, dass Sie im besagten Zeitraum einen bedeutenden Betrag in Höhe von 700.000 Euro nicht ausgegeben haben. Sage und schreibe 50 Prozent der Gelder, die Ihnen zur Förderung sozialer Zwecke zur Verfügung gestellt worden sind, haben Sie in diesem Zeitraum angesammelt. Im Ergebnis heißt dies, dass für wichtige Projekte verfügbar gewesene Beträge von Ihrem Ministerium nicht zweckentsprechend eingesetzt worden sind. Frau Ministerin, wir müssen befürchten, dass Sie in der Zwischenzeit noch mehr Mittel gehortet haben. Schließlich haben wir nur die Daten bis August 2002 abgefragt.

(Zurufe von der CDU.)

Sie können das heute gern aufklären. Wenn nicht, werden wir Sie in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses detailliert zu diesem Kapitalstock befragen. In diesem Zusammenhang, Frau Ministerin, muss ich Ihnen sagen, dass es auch bei Ihnen einige Widersprüche gibt. Wir werden im Ausschuss darüber diskutieren. Wir bekamen von einzelnen Projektträgern ablehnende Bescheide zugesandt, bei denen uns überhaupt nicht verständlich ist, dass Sie die entsprechenden

Maßnahmen nicht bezuschusst haben, während Sie auf der anderen Seite einen Riesenkapitalstock ansammeln.

(Zuruf von Ministerin Dr. Görner.)

Frau Ministerin, es scheint auch so zu sein, dass insbesondere bei Ihnen die Informationen an die Verbände, Vereine und Organisationen, die aus Totomitteln gefördert werden können, nicht ausreichend sind. Bringen Sie doch einmal ein Informationsblatt heraus und unterrichten Sie auf diese Weise die Vereine und Verbände!

(Zuruf von Ministerin Dr. Görner. - Weitere Zurufe und Sprechen.)

Nicht jeder hat Zugang zu einer Webseite, Frau Ministerin. Das gilt insbesondere auch für Menschen, die mit Behinderten, Senioren und sozialen Randgruppen zu tun haben und ebenfalls Anspruch auf Totomittel haben.

Meine Damen und Herren, die Praxis zeigt, dass eine parlamentarische Kontrolle der Verwendung von Totogeldern dringend geboten ist, um eingetretene Missstände zu beseitigen. Die vielen Ehrenamtlichen in unserem Land - ob sie in der Kultur, im sozialen Bereich, in Frauen-, Kinder-, Jugend- oder Behindertengruppen tätig sind haben Anspruch auf umfassende Information sowie eine faire und gerechte Förderung.

(Beifall bei der SPD.)

Ablehnungsgründe müssen klar nachvollziehbar sein. Wir brauchen auch im Bildungsministerium einen Beirat, um Willkür und Vetternwirtschaft in diesem Bereich ein Ende zu bereiten.

(Erneuter Beifall bei der SPD.)

Vor allem geht es uns darum, das Parlament zeitnah und umfassend über die Verwendung öffentlicher Gelder zu unterrichten. Schließlich verzichtet ja der Gesetzgeber darauf, diese Mittel in den Haushalt einzustellen. Das ist ein großer Vertrauensvorschuss, den insbesondere Sie, Herr Schreier, missbraucht haben. Deshalb ist in unserem Gesetzentwurf vorgesehen, dass der Haushaltsausschuss des Landtages halbjährlich und umfassend über die Verwendung der Mittel zu informieren ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, stärken Sie das Parlament, stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Alfons Vogtel.

Abg. Vogtel (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will meine Rede mit zwei Bemerkungen beginnen, die ich eigentlich zurückstellen müsste. Zunächst einmal will ich die wichtige Bemerkung machen, dass die CDU-Landtagsfraktion den Gesetzentwurf der SPD ablehnen wird. Und dann will ich die für Sie vielleicht erfreuliche Bemerkung machen, dass es keiner Verlängerung der Redezeit bedarf, um diese Ablehnung zu begründen. Wenn es nämlich irgendeines Beweises dafür bedurft hätte, dass es Ihnen entgegen der Überschrift Ihres Gesetzentwurfs nicht um mehr Transparenz bei der Förderung kultureller und sozialer Zwecke aus Sportwettenmitteln geht, sondem offensichtlich um persönliche Diffamierungen, um Beleidigungen, die an der Grenze strafrechtlicher Relevanz liegen, und um Getöse im Vorfeld eines Landtagswahlkampfes, dann haben Sie, Frau Lawall, vorhin mit der Art und Weise, in der Sie Ihren Vortrag abgewickelt haben, diesen Beweis angetreten.

(Beifall bei der CDU. - Vizepräsidentin Hollinger übernimmt den Vorsitz.)

(Abg. Vogtel)

Wer sich, meine Damen und Herren, unter dem Schutz der Immunität hier vome an das Rednerpult stellt und folgende Sätze formuliert - ich zitiere Sie wörtlich, Frau Lawall -: "Sie haben sich, Herr Minister, selbst bedient; Sie haben, Herr Minister, Mittel sorglos verschwendet; Sie haben, Herr Minister, permanent gegen Haushaltsrecht verstoßen", ohne auch nur einen einzigen Beleg für seine Aussagen zu benennen, der beweist, dass ihm jedes sachliche Argument ausgegangen ist.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Ihnen geht es nicht um Transparenz; Ihnen geht es auch nicht um parlamentarische Kontrolle. Als Beleg will ich aufzeigen, wie diese Diskussion bereits im Vorfeld abgelaufen ist. Da formuliert die Kollegin Ries in einem Medieninfo der SPD-Fraktion - die Passage ist nicht abgedruckt worden - Folgendes: "Ries räumt ein, dass es auch zu SPD-Zeiten nicht in jedem Ministerium einen Beirat gegeben hatte." Ich nehme also an, dass Frau Ries schon mit der Frage gerechnet hat, wie es zu Zeiten der SPD-Landesregierung war, und diese Frage ist ja nicht ganz unberechtigt. - Dann fährt Frau Ries in wörtlicher Rede fort: "Aber damals hat auch niemand den Vorwurf des Missbrauchs erhoben."

(Lachen bei der CDU.)

Anmerkung von mir: Wenn ich einmal davon absehe, was die Opposition und der Landesrechnungshof damals gesagt haben und was der "Spiegel" geschrieben hat, haben Sie wohl Recht; dann hat diesen Vorwurf niemand erhoben.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Frau Ries führt in dem Medieninfo weiter aus: "Alleine um Transparenz zu schaffen, würden wir das heute auch anders regeln." Wer es glaubt, wird selig. "Damals jedoch war die Notwendigkeit eines Beirates nicht zwingend, da die Minister und Ministerinnen der SPD von hoher persönlicher Integrität waren.

(Lachen und Zurufe bei der CDU.)

Mit diesen ist ein Minister vom Typus eines Herrn Schreier gar nicht zu vergleichen."

Es ist gerade ein Zuruf gekommen, der in der Tat relevant ist. Es gab doch einmal einen "Spiegel"-Artikel.

(Ministerpräsident Müller: Da steht auch nicht immer nur Wahres drin.)

Nun hat der Ministerpräsident Recht, dass dort auch nicht immer nur Wahres drin steht. Aber dies scheint nicht worres, also verworren, sondern wahr gewesen zu sein. Es war nämlich etwas über einen Geschäftsführer von Saartoto zu lesen. Kennen Sie ihn noch, den Herrn Holzwarth? Er war eine dieser integren Persönlichkeiten,

(Lachen bei der CDU)

denen auch nur der Hauch eines Verdachtes fern lag, sie könnten irgendwelche Mittel missbräuchlich verwenden. Über ihn stand in wörtlicher Rede im "Spiegel": Ich habe das Geld, und Oskar hat die Macht. -So weit zum Transparenz-Verständnis der SPD aus diesen Zeiten.

(Beifall und Zuruf von der CDU. - Sprechen bei der SPD.)

Er war ohne Zweifel ein gesuchter Gesprächspartner. Das hatte in der Tat etwas mit der Transparenz der Mittelvergabe zu tun. Das kann ich und nicht nur ich bestätigen.

Kommen wir zur Integrität der handelnden Personen. Kategorie Nummer 2, die Minister, die damals dort zugange waren. Über einen dieser Minister hat die Saarbrücker Zeitung noch am 26.05.2000 getitelt: Rechnungshof: Wo sind die Piepen geblieben? Ex-Innenminister verweigert dem Rechnungshof die Herausgabe von Kontoauszügen. Für 200.000 DM Totogeld zur Sportförderung gibt es keine Belege. - So die Saarbrücker Zeitung und so weit zur Integrität dieses Ministers.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD). - Abg. Lang (SPD): Na, na, na.)

Nun kommt von Armin Lang nach seinem obligatorischen "Na, na, na"

(Heiterkeit der CDU)

bestimmt gleich die Retourkutsche, der Rechnungshof habe das zurückgezogen. Ich kann Ihnen auch sagen warum: Weil der Minister lapidar erklärt hat, für die Verwaltung dieser Kasse sei ein Referent im Innenministerium zuständig gewesen. Auch dazu sage ich: Wer's glaubt, wird selig.

(Zuruf: Das war eine Attacke gegen den Rechnungshof. - Lachen bei der CDU.)

Ich komme zu Beleg Nummer 2. Was die angeblich missbräuchliche Verwendung der Totogelder durch die Sozialministerin angeht, kennt der eine oder andere von Ihnen sicherlich die Äußerungen nicht nur von Frau Lawall und Frau Ries, sondern auch die Anzeige des SPD-Gemeindeverbandes: Unsere Landtagsabgeordnete Cornelia Hoffmann-Bethscheider informiert. In dieser Anzeige steht unter anderem drin: Viele Widersprüche ergeben sich auch bei der Verteilung der Totomittel im Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales. So sei zum Beispiel mit 10.000 Euro die Kunststoffbahn eines Sportvereines gefördert worden. - Das ist wohl wahr. Diejenige, die das im Übrigen im Jahr der Behinderten geschrieben hat, ist die Landtagsabgeordnete, die im Kreis Neunkirchen bekannt dafür ist, dass sie gerne einmal einen Rollstuhl schiebt, weil dieses Bild in der Presse immer ganz besonders gut herauskommt. Diese Landtagsabgeordnete hat bei dem menschenverachtenden Angriff gegen eine Ministerin allerdings übersehen, dass es sich um eine Kunststoffbahn für Behinderte handelt, um die einzige für Rollstuhlfahrer im Saarland, auf der diese Menschen ihren Sport ausüben können. Aber auch solche Argumente sind Ihnen nicht zu schade, um Minister anzuscheißen - anders kann ich es nicht mehr darstellen -, um sie in der Öffentlichkeit anzuschwärzen, in einem Wahlkampf, in dem Ihnen die Argumente ausgehen.

(Lebhafter Beifall von der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Herr Abgeordneter Vogtel, ich darf Sie bitten, im Rahmen der parlamentarischen Ausdrucksweise zu bleiben.

Abg. Vogtel (CDU):

Ich entschuldige mich ausdrücklich für die Ausdrucksweise, der Tatbestand als solcher bleibt aber bestehen. - Jetzt komme ich zu den Feststellungen. Erstens. Es gibt in beiden Bereichen, sowohl was das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales betrifft, als auch was das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft angeht, ein klares und transparentes Verfahren. Es gibt nämlich Richtlinien, welche die Vergabe dieser Mittel regeln.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Verehrte Frau Ries, diese Richtlinien sind erstens transparent und zweitens - zumindest, was die Verwendung der Mittel angeht - weitestgehend wortgleich mit Richtlinien, die bereits im Jahre 1992 von einer Landesregierung erlassen wurden. An denen hat sich also nichts geändert. Geändert hat sich lediglich, dass es zwischenzeitlich in der Tat aus nachvollziehbaren, vernünftigen Gründen im Minis-

(Abg. Vogtel)

terium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Beirat gibt, der die Ministerin bei der Vergabe dieser Mittel berät. Und er berät sie offensichtlich gut, wie die Bezuschussung der Kunststoffbahn in Lebach im Sinne der Behinderten beweist. Im Bereich des Ministers für Bildung, Kultur und Wissenschaft gibt es diesen Beirat, seit es diese Mittel für den Minister gibt, nicht - weder für Herrn Schreier noch für einen seiner Vorgänger.

Lassen Sie mich zur zweiten Feststellung kommen. Es gibt ausreichende Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle, die im Übrigen auch wahrgenommen wurden und werden. Ich will das erläutern: Es gibt nämlich die Möglichkeit der parlamentarischen Anfrage über die Mittelverwendung, von der auch in reichlichem Umfang Gebrauch gemacht wurde. Es gibt außerdem die Möglichkeit, im Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft oder im Ausschuss für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Berichterstattung über die Mittelverwendung zu beantragen, in welchen Zeitabständen die Opposition dies auch immer wünscht. Nach einem solchen Antrag gibt es die Verpflichtung der Landesregierung, exakt über die Mittelverwendung zu berichten.

Drittens. Da es auf Grund des Willens des Landesgesetzgebers um zugewiesene Mittel an zwei Ministerien geht, gibt es meines Erachtens - darüber kann man möglicherweise streiten, wie ich gerne einräumen will - auch eine Kontrollbefugnis des Landesrechnungshofes. Der Landesrechnungshof muss zwar nicht, kann aber jederzeit, wenn er es wünscht, im Rahmen der ihm zugewiesenen Aufgaben die Vergabe dieser Mittel kontrollieren.

Fazit: Wenn heute trotzdem im Wege einer Gesetzesänderung eine halbjährliche Berichtspflicht an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen konstituiert werden soll, dann nicht deshalb, um parlamentarische Kontrollrechte zu stärken. Es müsste mir mal jemand erklären, wieso durch eine solche Maßgabe parlamentarische Kontrollrechte gestärkt werden, wo die Vergabe der Mittel und ihre Verwendung jederzeit in Parlamentsausschüssen abrufbar ist. Wenn auch nicht im befürchteten Ausmaß, sondern noch viel schlimmer, als ich vermutete, haben wir eben in der Begründungsrede von Frau Lawall erlebt, dass vielmehr der Eindruck erweckt werden soll. hier sei in jüngster Vergangenheit von nicht integren Personen wenn ich das einmal aus der Pressemitteilung von Frau Isolde Ries schließen darf - etwas rechtswidrig, zweckfremd und unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgelaufen. - Ich nehme an, Frau Lawall, dass Sie nicken, denn solches haben Sie hier vorne behauptet. Den Beweis und Beleg dafür sind Sie allerdings, wie so oft in solchen Fragen, völlig schuldig geblieben.

Tatsache ist, dass es von der SPD zum Beispiel als Skandal empfunden wird, dass das Sozialministerium eine Kunststoffbahn für Behinderte mit 10.000 Euro bezuschusst hat oder dass der Bildungsminister - auch das habe ich einer Pressemitteilung entnommen - die Rahmung von Bildern im Rahmen der Präsentation eines Kunstprojektes von Schülern über Totomittel finanziert hat. Solches wird von Ihnen bereits als Skandal empfunden. Ich will gar nicht bestreiten, dass man im Einzelfall über die Verwendung von Mitteln anderer Auffassung sein kann, dass man der Auffassung sein kann - obwohl es gerade das Jahr des Behinderten ist und obwohl wir keine Sportbahn haben, auf der Rollstuhlfahrer ihren Sport betreiben können - , dass andere Projekte in diesem Land möglicherweise wichtiger sind. Ob dann allerdings die oben beschriebenen Vorgänge, nämlich die Bezuschussung einer solchen Bahn und die Herstellung von Rahmen, um ein Kunstprojekt von Schülern in anständiger Weise präsentieren zu können, bereits ein Skandal genannt werden kann, da sollten Sie, Frau Lawall. unmittelbar vor Wahlen überlegen, ob Ihre Wortwahl hier nicht falsch war. Ich würde Ihnen das jedenfalls empfehlen.

Grundsätzlich ist Folgendes richtig. Die gesetzliche Regelung einer prozentualen Mittelzuweisung durch den Gesetzgeber an das Sozialbzw. an das Bildungsministerium erfolgt doch ausdrücklich als Mög-

lichkeit, mit den zugewiesenen Mitteln Sozial- bzw. Kulturpolitik zu gestalten - natürlich im Rahmen von Richtlinien, die die Landesregierung, die neue wie die alte, veröffentlicht hat. Wenn sich die Rolle der beiden Ministerien auf die reine Verwaltung dieser Mittel bezogen hätte, dann hätte sich der Landesgesetzgeber dieses Manöver sparen können; dann hätte man das gleich über die Saartoto GmbH bzw. über den Aufsichtsrat abwickeln können, indem man ihm zur Auflage macht, in bestimmter Höhe Mittel für soziale oder kulturelle Zwecke zu vergeben.

Ich gehe also davon aus, dass der Landesgesetzgeber, der genau 1998 - damals hatte die CDU in diesem Hause bedauerlicherweise noch nicht die Mehrheit - diese Passage novelliert hat, sich dabei etwas gedacht hat. Er war offensichtlich der Auffassung, dass die Rolle der beiden Ministerien die Rolle eines Gestalters und nicht eines bloßen Mittelverwalters sein soll und dass deshalb die handelnden Personen die Möglichkeit haben müssen, im Rahmen der von der Landesregierung erlassenen Richtlinien bestimmte Prioritäten zu setzen, die möglicherweise mit Ihren oder sogar den meinen nicht übereinstimmen. Dies ist aber der Auftrag, den der Landesgesetzgeber mit dieser Mittelvergabe an zwei Ministerien verbunden hat.

Ich ziehe das Fazit: Hätte der Gesetzgeber die Gestaltungsrolle des Bildungsministers und der Sozialministerin in dieser Frage nicht gewollt, dann hätte er das getan, was ohnehin mit dem Großteil der Mittel geschieht. Sie sind zweckgebunden, sie werden vergeben vom Aufsichtsrat bzw. der Geschäftsführung einer privaten GmbH, an der das Land beteiligt ist. Die Mittelvergabe wird vom Aufsichtsrat kontrolliert. Hätte der Landesgesetzgeber 1998 genau dieses gewollt, hätte er sicher genauso gehandelt. Er hätte nicht die Mittel direkt an die Ministerien überwiesen. Vor diesem Hintergrund würde ich Ihnen, Frau Lawall, dringend empfehlen, mit sich selbst in Klausur zu gehen und dann entweder Belege vorzulegen für die ungeheuerlichen Behauptungen, die Sie aufgestellt haben, oder aber sich beim Bildungsminister zu entschuldigen. - Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Isolde Ries. Für Frau Abgeordnete Ries ist Redezeitverlängerung beantragt. Dem ist stattgegeben.

(Abg. Gehring (CDU): Das Wort "Scheiße" will ich nicht mehr hören, Isolde. - Heiterkeit.)

Abg. Ries (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir scheinen ja voll ins Schwarze getroffen zu haben, so wie sich die CDU hier aufführt. Aber, Herr Vogtel, willkommen in der Gegenwart, nicht in der Vergangenheit. Es geht hier nicht um Auffassungen, sondern es geht um Recht und Gesetz. Niemand möchte hier irgendwo einen Gestaltungsrahmen begrenzen. Alles im Rahmen des Rechtlichen!

Als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe und die Unterlagen gesichtet habe, ist mir eine Volksweisheit durch den Kopf geschossen. Heute Morgen, als ich Herrn Schreier gesehen habe, habe ich gewusst, warum mir das durch den Kopf geschossen ist. Diese Volksweisheit lautet sinngemäß: Kommt ein Bettelmann auf ein Ross, kann kein Teufel mehr mit ihm mithalten. - Das bedeutet nichts anderes, als dass nicht jeder damit klar kommt, wenn er aus einer eher normalen Lebens- und Berufssituation in ein herausragendes Amt gespült wird.

(Abg. Presser (CDU): Sie wären zur Ministerin geboren, Frau Kollegin!)

Nun war Herr Schreier sicher kein Bettelmann, als er unser Kultusminister wurde, aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, meine Damen und Herren, dass der Kultusminister dieses Landes

in eindrucksvoller Weise die Richtigkeit dieser Volksweisheit bestätigt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Er ist als saarländischer Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft zu einem sicherlich herausragenden Amt gekommen und es sieht genauso aus, als wäre dieses Amt der Gaul, auf dem zumindest, was die Vergabe der Totomittel angeht, er ungezügelt und unkontrolliert durch unser Saarland prescht, und nichts und niemand konnte ihn bislang aufhalten.

Unsere Fraktion ist nunmehr angetreten, um dem wilden Ritt des Ministers ein Ende zu bereiten. Wir kommen auf Grund der Auswertung der Antwort auf unsere Anfrage zu dem Schluss, dass der Kultusminister bei der Vergabe der Totomittel so massiv gegen das Sportwettengesetz und die Vergaberichtlinien verstoßen hat, dass wir den Vorwurf des Amtsmissbrauches erheben müssen. Erstens. Der Kultusminister hat gegen geltendes Recht Pflichtaufgaben seines Ministeriums aus Totomitteln finanziert und so den Förderberechtigten, nämlich den Vereinen, den Hochschulen und den Kulturschaffenden, ihre Mittel vorenthalten.

Zweitens. Der Kultusminister fördert in einem großen Umfang Projekte, die keinen kulturellen Bezug im Sinne des Sportwettengesetzes und der Vergaberichtlinien haben, widerrechtlich aus Totomitteln. Kultureller Bezug, das ist die Klammer, die er zu beachten hat, Herr Vogtel.

Drittens. Der Kultusminister hat Fördermittel überproportional in sein Heimatland Kreis Merzig gelenkt,

(Zuruf von der CDU: Wadern!)

Merzig-Wadern, und er findet das auch noch ganz in Ordnung. Minister Schreier handelt wie ein kleiner saarländischer Sonnenkönig, nach dem Motto: "L'Etat, c'est moi!" Er geht mit den Fördermitteln um, als wäre es sein eigenes Geld.

(Zurufe von der CDU.)

Die Zeiten Bismarcks sind vorbei. Reptilienfonds gibt es nicht mehr. In einer Demokratie ist kein Platz für Sonnenkönige, da haben Sie Recht, Herr Hans. - Minister, die sich jedoch auf solch vordemokratische Art und Weise gebärden wie Sie, sind zur Vernunft zu bringen oder noch besser: aus dem Verkehr zu ziehen.

Ich möchte Mutmaßungen entgegentreten: Auch in Zeiten öffentlicher Armut, in denen wir sozial Schwächeren Belastungen aufbürden, brauchen wir ein breit gefächertes, vielfältiges kulturelles Leben. Doch das gibt es nicht zum Nulltarif. Und so ist es gut, dass wir die Fördermittel aus dem Tototopf haben. Unsere Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass wir in der glücklichen Lage sind, mit viel Geld zum Beispiel Vereine, Kulturschaffende, Hochschulen und Schulen zu unterstützen. Doch diese Förderung ist an Bedingungen gebunden und das ist auch gut so. Bei allen Fördermaßnahmen verlangt das Gesetz und verlangen die Vergaberichtlinien als unabdingbare Voraussetzung einen kulturellen Bezug. Und dieser kulturelle Bezug, das habe ich Ihnen gerade gesagt, Herr Vogtel, ist die Klammer zwischen Förderung und Totomitteln.

(Zuruf von der CDU.)

Das scheint mir aber nicht so zu sein, wenn ich Ihrem Vortrag gelauscht habe. Ist dieser Bezug nicht gegeben, erfolgt die Förderung gegen geltendes Recht und stellt eine unzulässige Geldentnahme zu Lasten derer dar, die Anspruch auf Förderung haben, denn auch Fördermittel können nur einmal ausgegeben werden. Ich habe vier Anfragen über die Verwendung von Totomitteln gestellt und die Antworten der Landesregierung ausgewertet. Das sind also jetzt nicht

meine Antworten und nicht meine Zahlen, sondern es sind Ihre Zahlen. Kultusminister Schreier hat sich in einer Vielzahl von Fällen über die gesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt, indem er die zwingende Anforderung des kulturellen Bezugs missachtet hat, und das wiegt besonders schwer. Der Kultusminister hat in unzulässiger Weise Anschaffungen und Maßnahmen seines Ministeriums bis hin zu Empfängen über Totomittel finanziert. Ich darf Ihnen einige gravierende Beispiele der schier endlosen Liste von Verstößen und Ungereimtheiten aufführen. Ich könnte 100 Dinge aufführen; ich will es bei 10 oder 12 belassen.

Es gibt 25 verschiedene Ablehnungsgründe bei Ihren Bescheiden. Ein Ablehnungsgrund ist zum Beispiel: Sondermittel gibt es nicht für Investitionen. Weitere Ablehnungsgründe sind "Mittel erschöpft" oder "bereits gefördert". Da gibt es ein Projekt, das Sie dort ausweisen: Die Teilsanierung des Emil-Wagner-Heims wurde mit 5.112 Euro gefördert über Totomittel des Bildungsministeriums, obwohl im gleichen Jahr 7.148 Euro Totomittel aus dem MiFAGS geflossen sind. Normalerweise wird immer gesagt, Doppelförderung ist nicht möglich. Und hier steht bei den Ablehnungsgründen, Sondermittel für Investitionen gibt es nicht. Aber vielleicht kann der Kollege Vogtel als Vorstandsmitglied des Heimes den Abgewiesenen ein paar Tipps geben, wie das trotzdem geht.

(Zurufe von der CDU.)

Dann ist nachzulesen die Bewirtung beim Besuch des französischen Kulturministers. Ich weiß nicht, ob es, wenn der Verteidigungsminister da gewesen wäre, auch Kultur gewesen wäre. Einen Empfang von Personalräten ließ sich der Minister mit 1.440 Euro finanzieren. So sehr ich Personalräten zugetan bin, ein kulturelles Event kann ich hier nicht erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Vielleicht ist er im Vorstand oder war im Vorstand zu der Zeit.

(Abg. Hans (CDU): Wir müssen uns das von Ihnen nicht gefallen lassen! - Weitere Zurufe von der CDU.)

Getroffene Hunde bellen!

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Ries! Sie haben die Möglichkeit zu reagieren.

Abg. Ries (SPD):

Den Neubau eines Kindergartens in Sulzbach haben Sie mit 2.556 Euro unterstützt. Eine natürliche Person ist bei der Biologie-Olympiade mit 2.556 Euro unterstützt worden. Das ist alles sicherlich förderungswürdig. Das wird überhaupt nicht bestritten, aber kulturelle Projekte sind das nicht. Dann die Anschaffung von PCs. Wir haben Ihnen nachgewiesen, dass Sie 36.000 Euro über Totomittel finanziert haben für G 8. Staatssekretär Lang hat am letzten Mittwoch in der Ausschusssitzung deutlich gemacht, was denn das für Mittel wären. Er hat dann Folgendes erzählt: Wir hatten im Ministerium noch Pentium-1-Computer, also mussten wir für das Ministerium, um auf den neuesten technischen Stand zu kommen, ein paar Computer anschaffen. Es war nur ein Laptop vorhanden, Beamer waren überhaupt nicht vorhanden. Das ist alles wunderbar, aber das hat nichts mit Kultur zu tun. Das sind Eigenmittel, die Sie aus dem Haushalt zu finanzieren haben.

(Beifall bei der SPD.)

Aber Sie haben noch mehr Computer finanziert. Zum Beispiel einen

mobilen PC für die Stadt Püttlingen. Was das mit Kultur zu tun hat, weiß ich auch nicht.

(Minister Schreier: Das ist das Projekt "Kulturelle Stadt" der Stadt Püttlingen!)

Erwachsenenbildung in Dillingen 1.840 Euro, ein Lesegerät für die Schule für Blinde und Sehbehinderte 3.681 Euro. Das ist absolut ein Muss und in Ordnung. Aber, Herr Minister, bitte aus dem eigenen Haushalt finanzieren und nicht über Totomittel! Das ist fremder Leute Geld, mit dem Sie hier gehaushaltet haben.

(Zurufe von der CDU.)

Ich kann noch weitere Dinge nennen: 7.500 Euro für das bischöfliche Generalvikaritat für zugehende Beratung, für das Berufsbildungszentrum 1 in Saarbrücken 5.000 Euro, für eine Bildungsinitiative 2.700 Euro für den Aufbau schulischer Informationssysteme, für den Informatikunterricht 1.560 Euro. Das sind alles Pflichtaufgaben der Landesregierung, die über den Haushalt zu finanzieren sind und nicht über Totomittel. Diese paar Beispiele, die ich hier aufgelistet habe, das sind schlappe 110.000 Euro, die Sie den Förderberechtigten vorenthalten. Und nur damit ich nicht missverstanden werde: Ich kritisiere nicht, dass das Ministerium zum Beispiel ein Lesegerät für die Schule für Blinde und Sehbehinderte anschafft. Das kritisiere ich nicht, im Gegenteil. Aber das darf nicht mit Totomitteln geschehen, meine Damen und Herren. Das sind Pflichtaufgaben dieser Landesregierung.

(Abg. Scharf (CDU): Das ist behindertenfeindlich!)

Das ist nicht behindertenfeindlich! Das sind Sachen, die Sie aus dem Haushalt zu finanzieren haben. Sie haben sich, Herr Minister Schreier, aus Totomitteln eine von niemandem kontrollierte schwarze Kasse und einen Schattenhaushalt aufgebaut mit Fördermitteln, die normalerweise unseren Schulen, den kulturschaffenden Vereinen und kulturellen Projekten zugestanden hätten. Und der Minister verteidigt sich natürlich. Und so lässt er seinen Staatssekretär zum Beispiel in der Ausschusssitzung erklären, dass ja im Prinzip alles mit Kultur zu tun habe und daher alles gefördert werden könnte. Mit dieser Argumentation, Herr Minister, könnten Sie auch die Finanzierung des Tischschmucks in Ihrer Kantine finanzieren, das ist nämlich Tischkultur. Aber ich denke, eine derart absurde Ausweitung des Kulturbegriffs läuft Text und Geist des Sportwettengesetzes und den Richtlinien zuwider und sie darf nicht die rechtliche Basis ministeriellen Handelns sein, weil sie Willkür und Unrecht Tür und Tor öffnet.

Und Sie haben versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen. Sie haben im Aktuellen Bericht am 20.02. wahrheitswidrig behauptet, der Landesrechnungshof würde die Vergabe der Totomittel kontrollieren und so sei alles in Ordnung. Ich darf Sie, Herr Minister Schreier, zitieren. Sie sagten dort am 20. Februar: Die Vorwürfe sind haltlos, sie sind falsch und sie sind auch leicht widerlegbar. Die Totomittel werden bei uns, wie bei allen anderen Ressorts, unter strikter Verwendung der entsprechenden Richtlinien der Landesregierung vergeben. Die Landeshaushaltsordnung wird eingehalten und der Landesrechnungshof überprüft die Totomittel. - An anderer Stelle sagen Sie dann: Das kontrolliert - ich habe es ja gesagt - die Landeshaushaltsordnung wird beachtet und es kontrolliert der Landesrechnungshof. - Sie haben mit diesem Interview den Eindruck vermittelt, als würde der Landesrechnungshof ständig kontrollieren.

(Zurufe von der CDU.)

Niemand kontrolliert hier und schon gar nicht der Landesrechnungshof. Wenn Sie ein reines Gewissen haben, Herr Minister, warum haben Sie den Landesrechnungshof nicht schon längst um Überprüfung gebeten? Ich frage Sie das. - Ich kann es Ihnen sagen. Sie haben das nicht getan, weil Sie das Ergebnis fürchten. Ein weiterer Vorwurf:

Herr Schreier bevorzugt in unzulässiger und unfairer Weise Förderungsberechtigte in seinem Heimatlandkreis Merzig. Ihre Zahlen - nicht meine Zahlen -, Herr Schreier, ergeben, dass in den Jahren 2000 bis 2002 rund 2,7 Millionen Euro an Totomitteln geflossen sind. Davon sind 54 Prozent in die Landeshauptstadt Saarbrücken geflossen, jedoch über 10 Prozent in den zweitkleinsten saarländischen Landkreis, nämlich nach Merzig-Wadern, während sich alle übrigen Landkreise

(Abg. Presser (CDU): Sie machen sich doch lächerlich)

und die Gemeinden des Stadtverbandes ohne Saarbrücken die restlichen 35 Prozent der Fördermittel teilen durften.

(Abg. Hans (CDU): Was sagen Sie dazu, Kollege Stritter?)

Und nichts, Herr Schreier, beleuchtet beispielhafter Ihre Einstellung und Ihr Rechtsverständnis, als Ihre Aussage im bereits erwähnten Aktuellen Bericht am 20. Februar.

(Abg. Hans (CDU): Die Kollegen aus der Region Merzig-Wadern gucken betreten unter sich! - Zuruf des Abgeordneten Wegner (CDU).)

Darin bestritten Sie zwar

(Abg. Hans (CDU): Betreten unter sich!)

eine Bevorzugung - -

(Abg. Hans (CDU): Zehn Prozent - eine Bevorzugung!)

Ich zitiere gleich den Minister selbst, ich muss das gar nicht sagen. -Darin bestritten Sie zwar eine Bevorzugung des Landkreises Merzig, gleichzeitig aber warben Sie um Verständnis dafür, dass Ihnen ein Projekt in Merzig mehr am Herzen liegt als ein Projekt anderswo. Er warb um Verständnis!

(Abg. Presser (CDU): Sozialdemokraten und Wahrheit - das passt nicht zusammen!)

Und ich darf auch hierzu den Herrn Minister zitieren. Ich zitiere Minister Schreier im Aktuellen Bericht am 20.02. Nachdem Marie-Elisabeth Denzer gefragt hat, "Wie rechtfertigen Sie diesen Vorwurf?", sagt er - Original Herr Schreier -:

(Abg. Wegner (CDU): Das ist nur peinlich!)

"Ich habe nachgezählt. Von den 1.245 Projekten sind 130 nach Merzig-Wadern gegangen. Das ist nicht überproportional viel. In den Stadtverband Saarbrücken sind 100 Projekte gegangen." Herr Schreier, das haben Sie gesagt! 130 nach Merzig-Wadern und 100 nach Saarbrücken.

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Sie sagten weiter: "Aber selbst, wenn es so wäre, wäre es doch auch normal, dass etwa ein Projekt an der Gesamtschule in Orscholz, wo ein Musical aufgeführt wird, mir etwas näher liegt als andere Projekte an anderen Schulen."

(Abg. Kuhn-Theis (CDU): Wo ist denn das Problem? - Abg. Schäfer (CDU): Ja, wo ist denn das Problem?)

Wo ist das Problem, Frau Kuhn-Theis? - Herr Minister, gemäß Ihrem Diensteid - -

(Abg. Kuhn-Theis (CDU): Wo ist das Problem? - Weitere Zurufe von der CDU. - Zuruf: Wer in Merzig unterwegs ist, kommt ganz spontan auf ihn zu!)

Gemäß Ihrem Diensteid sind Sie Minister für das ganze Saarland und nicht insbesondere für Merzig-Wadern und Umgebung.

(Zurufe von der CDU: Oh! Oh! - Anhaltende Zurufe von der CDU.)

Das Saarland, meine Damen und Herren von der CDU, ist nicht Ihre Beute, es gehört allen Saarländerinnen und Saarländern, und mit denen können Sie hier nicht umspringen, wie es Ihnen beliebt!

(Beifall von der SPD. - Zurufe von der CDU: Aufhören, aufhören!)

Meine Damen und Herren, bei den Auflistungen der Fördermaßnahmen bin ich über eine weitere Besonderheit gestolpert - -

(Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU). - Anhaltende Zurufe von der CDU und Unruhe.)

Ich kann nur sagen: Getroffene Hunde bellen. - Ich bin über eine weitere Besonderheit gestolpert - -

(Zurufe der Abgeordneten Gehring (CDU) und Presser (CDU). - Weitere Zurufe.)

Vizepräsidentin Hollinger:

So. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte wirklich darum, die Rednerin auch reden zu lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Schäfer (CDU).)

Sie haben die Möglichkeit, sich anschließend zu Wort zu melden.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Bitte, Frau Ries.

Abg. Ries (SPD):

Frau Schäfer, ich zitierte die ganze Zeit nur Ihren Minister. Das müssen Sie sich schon bieten lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Schäfer (CDU).)

Meine Damen und Herren, bei den Auflistungen der Fördermaßnahmen bin ich über eine weitere Besonderheit gestolpert, die mir bislang noch niemand aus dem Kultusministerium erklären konnte, auch Herr Staatssekretär Lang nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU).)

Die Antwort der Landesregierung zählt - ohne Namensnennung - Künstler und Schriftsteller auf, die als Einzelpersonen Förderung erhalten. Daneben ist aber noch eine große Zahl so genannter natürlicher Personen aufgeführt, die zum Teil erhebliche Mittel - für was auch immer - bekamen. Nun werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir sicherlich zustimmen, dass ein Künstler als Einzelperson immer auch eine natürliche Person ist. Worin liegt also der Unterschied zwischen einem Kulturschaffenden als Einzelperson und einer natürlichen Person im Sinne der Antwort der Landesregierung?

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, können es nicht wissen. Aber auch ich weiß es nicht, denn auch der Staatssekretär hat das Rätsel nicht zu lösen vermocht. Daher darf sich die Regierung nun auch nicht wundern, dass Platz für Spekulationen ist:

Verbergen sich hinter den natürlichen Personen etwa Menschen durchaus vielleicht Künstler -, die dem Minister, aus welchen Gründen auch immer, besonders am Herzen liegen? Wohnen sie vielleicht alle in Merzig und Umgebung?

(Minister Schreier: Belegen Sie das! Belegen Sie das einmal!)

Wo sind die Transparenz und die Systematik,

(Minister Schreier: Belegen Sie das!)

wenn das Kultusministerium die eigenen Unterlagen nicht interpretieren kann? Warum setzt sich der Minister der Gefahr vielleicht völlig unzutreffender Spekulationen aus?

(Unruhe.)

Ich möchte ein Beispiel anführen. Eine natürliche Person - den Namen kann ich nicht nennen - bekommt 2001 auf einen Schlag die stolze Summe von sage und schreibe 87.000 Euro an Fördermitteln.

(Abg. Presser (CDU): Sie können den Namen nicht nennen!)

Das, meine Damen und Herren, ist die Hälfte

(Ministerpräsident Müller: Wofür hat er das denn genutzt?)

des Preises für ein durchschnittliches Einfamilienhaus ohne Grundstück. Vielleicht weiß außer dem Minister niemand, wofür diese natürliche Person das Geld bekommen hat und was sie damit gemacht hat.

(Zuruf von der CDU: Das ist im Ausschuss besprochen worden!)

Das ist nicht gesagt worden.

(Unruhe und Zurufe von der CDU. - Ministerpräsident Müller: Himmel noch einmal, nun sagen Sie doch, wofür er das Geld bekommen hat! Sie wissen es doch!)

Ich wundere mich zwar, dass ein einzelner Mensch auf einen Schlag so viel Geld bekommt.

(Ministerpräsident Müller: Sagen Sie doch, was mit dem Geld gemacht wurde!)

aber ich will ja gar nicht sagen, dass diese Förderung ungerechtfertigt war.

(Zurufe von der CDU: Aha, aha! Auf einmal!)

Das will ich nicht sagen - denn ich kenne ja die Fakten nicht! Die sollte aber ein Ausschuss - -

(Zurufe.)

Diese Fakten aber sollte, so meine ich, ein Ausschuss dieses Hauses kennen.

(Anhaltend heftige Zurufe von der CDU und anhaltende Unruhe.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Also bitte. Frau Kollegin Ries, Sie haben das Wort.

Abg. Ries (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo leben wir denn, dass solche Summen unkontrolliert auf Weisung eines Einzelnen über den Tisch des Ministeriums gehen? Müssten unter diesen Umständen nicht auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, für ein transparenteres Verfahren sein? Sind wir das nicht der allein erziehenden Mutter schuldig, die sich mit Sozialhilfe durchs Leben schlägt und niemals auch nur den Bruchteil einer solchen Summe auf ihrem Küchentisch sehen wird?

(Ministerpräsident Müller: Nun hör sich das einer an!)

Ist es darum nicht auch notwendig, dass das Parlament über den

Haushaltsausschuss halbjährlich über die Verwendung der Toto-Mittel informiert wird - so, wie das unser Gesetzesantrag vorsieht? Und hätten wir dann noch einen Beirat im Sozialministerium,

(Zuruf des Abgeordneten Wegner (CDU))

dann wäre es vielleicht ja längst einem der Mitglieder aufgefallen, dass wir im Saarland zwar 378 Orte und Ortsteile haben, dass aber zwischen 2000 und 2002 - nur diesen Zeitraum können wir beurteilen - Fördermittel in nur 60 Orte geflossen sind. Hierbei lasse ich die Förderung von Schulprojekten unberücksichtigt.

(Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Meine Damen und Herren, gibt es in den 300 saarländischen Ortsteilen, die nicht berücksichtigt wurden, keine förderungswürdigen Kulturprojekte? Oder liegt es daran, dass die Förderpraxis des Kultusministers darauf ausgelegt ist, dass nur die ganz Wachen und Cleveren und die mit Beziehungen etwas bekommen - und die anderen eben nicht?

(Zuruf des Abgeordneten Scharf (CDU).)

Ist die Förderpraxis vielleicht deshalb so ausgerichtet, damit reichlich Geld

(Zuruf von der CDU: Aufhören!)

für die illegale Entnahme zur Förderung nicht förderungsfähiger Maßnahmen übrig bleibt?

Wir meinen, dass alle, die für eine Förderung in Frage kommen, über diese Möglichkeit unterrichtet werden müssen. Dann werden auch mehr Vereine, dann werden mehr Kulturschaffende, mehr Schulen, mehr Förderungsberechtigte in mehr Orten in den Genuss dieser Mittel kommen.

Wir müssen deshalb herauskommen aus dieser Gemengelage von Selbstherrlichkeit, von Selbstbedienungsmentalität, von Willkür und von Regellosigkeit. Meine Damen und Herren, wir brauchen den Beirat im Bildungsministerium und die Berichterstattung im Haushaltsausschuss - Ersteren zur Unterstützung, das Zweite zur Kontrolle des Ministers.

Herr Schreier, bislang haben Sie unseren Darlegungen außer Angriffen wenig und vor allem wenig Überzeugendes entgegengesetzt. Sie sagten in einer Pressemeldung: "Was früher recht war, muss auch heute gelten."

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Muss es nicht, Herr Schreier. Sie haben zwar Recht, dass es, wie Herr Vogtel schon sagte, früher bei den Herren Läpple und Wittling keinen Beirat gab. Das war nicht in Ordnung,

(Zuruf von der CDU: Skandal!)

das würden wir heute im Sinne von Überprüfbarkeit und Transparenz auch anders handhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Allerdings hat sich damals die Notwendigkeit nicht so aufgedrängt. Es gab keine Vorwürfe des Missbrauchs, das wiederhole ich hier. Und unsere Minister waren honorige Leute von hoher persönlicher Integrität.

(Lachen bei der CDU. - Abg. Wegner (CDU): Das ist nur noch lächerlich, was Sie hier sagen! Nur noch lächerlich!)

Herr Minister, die Menschen ändern die Zeiten. Was zum Beispiel vor zehn Jahren noch nicht zwingend erforderlich war, das kann heute durchaus erforderlich sein.

Herr Vogtel. Sie sagten eben, ein Gestaltungsrahmen müsse sein. Das ist in Ordnung, den soll ein fähiger Kultusminister auch haben. Einen Gestaltungsrahmen zu haben - das darf aber nicht mit Willkür verwechselt werden. Der Rahmen ist begrenzt von Gesetzen und Verordnungen, und das, Herr Minister, haben Sie nicht beachtet.

Nun zu Ihrer Presseerklärung. Ich meine die, in der Sie von Wahlkampf, von einem Dreckwerfen und einem Vor-Nichts-Zurückschrecken sprechen.

(Unruhe und Zurufe von der CDU: So ist es ja auch!)

Wenig überzeugend ist das. Ich vermute, diese Erklärung haben Sie ganz alleine in den mit Toto-Mitteln gekauften Pentium-4-Computer gehämmert, und niemand hat noch einmal drübergeschaut. Ich sehe schon, dass Sie seit dem 20. Februar, seit Ihrem Auftritt im Aktuellen Bericht, unter Druck stehen. Deshalb nur eine Bemerkung:

(Abg. Presser (CDU): Unter Druck stehen nur Sie!)

Machen Sie doch einfach einmal einen Selbstversuch mit Ihren Richtlinien für den Benimm-Unterricht in den Schulen. Vielleicht hilft das ja. Aber zurück zum Thema. Einen Beitrag zur politischen Kultur könnte auch der Ministerpräsident leisten, der für meinen Geschmack hier schon viel zu lange untätig war, als dass das Problem Schreier nicht auch ein Problem Müller werden könnte.

(Zuruf von der CDU: Es gibt ein Problem der SPD in diesem Land.)

Wir sind der Meinung, dass die politische Kultur in diesem Land Schaden nehmen wird, wenn wir über das Verhalten und die Uneinsichtigkeit des Kultusministers hinweggehen und einfach zur Tagesordnung übergehen würden. Deshalb bitten wir um die Annahme unseres Gesetzesantrages.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Herr Minister Jürgen Schreier.

Minister Schreier:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin massiv persönlich angegriffen worden, massiv beleidigt worden, massiv in ein Licht gesetzt worden, das falsch ist und das so nicht stimmt. Und ich weise alle diese niederträchtigen Vorwürfe in aller Form und aller Schärfe zurück!

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Sie können politisch dieser Landesregierung das Wasser nicht reichen. Und weil Sie ihr das Wasser nicht reichen können, versuchen Sie es auf infame und wirklich niederträchtige Art und Weise, wie Sie dies heute hier getan haben, insbesondere Sie, Frau Lawall, und insbesondere Sie, Frau Ries. Ich sage das, weil ich persönlich betroffen bin. Nicht ich stehe unter Druck, sonders Sie scheinen massiv unter Druck zu stehen, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von der CDU.)

Denn sonst würden Sie nicht zu solchen Mitteln weit unterhalb der Gürtellinie greifen, wie Sie es getan haben. Sie haben etwas pauschal in die Welt gesetzt. Und Sie wissen ja, was Worte, die in die Welt gesetzt werden, anrichten können. Ich habe mir mal einige

mitgeschrieben: selbst bedient - veruntreut - Vetternwirtschaft - missbraucht. Alles das soll wohl suggerieren, ich hätte mir persönlich einen Vorteil verschafft, hätte mir möglicherweise noch persönlich Totomittel in die Tasche gesteckt, um damit - -

(Zurufe und Unruhe bei der SPD.)

Ich habe gesagt "suggerieren"! Nehmen Sie das zur Kenntnis. Und dann erklären Sie, hier würde sozusagen ein Minister nach Gutsherrenart und zügellos nach Gutdünken Totomittel verteilen.

(Abg. Ries (SPD): Ja. Genau das.)

Und das sei alles unkontrolliert geschehen. Meine Damen und Herren, Sie haben eine Anfrage gestellt. Diese parlamentarische Anfrage ist en détail mit ganz großer Transparenz beantwortet worden. Sie haben dann die Antwort auf diese Anfrage zur Kenntnis genommen, haben nicht gleich aufgeschrien und mit Fingern auf die Landesregierung gezeigt, sondern Sie haben sehr lange gewartet, bis Sie in die Öffentlichkeit gegangen sind und erheben jetzt erst Vorwürfe, die haltlos sind und durch nichts zu rechtfertigen sind. Ihre Vorwürfe sind ohne jeden Beleg, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von der CDU.)

Und Sie verbrämen diese fehlenden Belege durch Wörtchen wie "nahezu", "fast", "ungefähr". Alles bleibt schwammig. Alles bleibt im Dunkeln. Aber Sie graben einfach mal im Dunkeln, nehmen es und werfen es, meine Damen und Herren. Dies ist gegenüber einem Kollegen nicht in Ordnung, und dies ist gegenüber einem, der diese Landesregierung nach Recht und Gesetz vertritt, schon gar nicht in Ordnung.

(Lebhafter Beifall von der CDU.)

Denn, Frau Kollegin Ries und Frau Kollegin Lawall: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, was Bertolt Brecht einmal gesagt hat. Er hat gesagt: "Halbe Wahrheiten sind ganze Lügen"!

(Lebhafter Beifall von der CDU.)

Nach der Devise scheinen Sie zu arbeiten.

(Abg. Müller (CDU): Der schlimmste Mann im ganzen Land ist der Denunziant.)

Jetzt komme ich zu ein paar Einzelbeispielen, die Sie ja hier so genussvoll ausgebreitet haben. Das erste Beispiel ist das mit dem Schullandheim in Berschweiter. Wie Sie hier argumentieren, zeigt typisch die Art und Weise, wie Sie vorgehen. Da wird mal etwas in den Raum gestellt betreffend das Schullandheim Berschweiter, das Emil-Wagner-Haus. Es dürfte Ihnen wohl gut bekannt sein - das hervorragende Wirken von Emil Wagner und des Förderkreises, der sich ehrenamtlich um kulturelle Belange kümmert, und zwar in einer Art und Weise, die für unsere Jugendlichen, auch für sozial schwache Jugendliche, von herausragender Bedeutung ist. Und dann suggerieren Sie, dieses Projekt habe Totomittel nur deshalb bekommen, weil der Kollege Alfons Vogtel im Vorstand sei. - Der Kollege Alfons Vogtel ist überhaupt nicht im Vorstand, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall von der CDU. - Abg. Gehring (CDU): Da haben Sie gelogen, Frau Ries. Das ist eine absolute Lüge. Für diese Lüge müssen Sie vorne hingehen!)

Sodann kommen Sie zu der Frage: Was war denn da in Püttlingen? Da muss doch was gewesen sein.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Ja, wir fragen mal. Ich habe es vorher nicht nachgeprüft. Gott sei Dank ist es mir unter den massenweisen Projekten, die wir gefördert haben, eingefallen, weil ich selber dort war. Es geht um ein Projekt, das Schülerinnen und Schüler der Stadt Püttlingen initiiert haben, das den Titel trägt: "Kulturelle Stadt". Für dieses Projekt habe ich - und ich würde es immer wieder tun! - Totomittel verausgabt. Und Sie unterstellen mir, ich hätte es falsch gemacht.

(Anhaltender starker Beifall von der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Ich komme zu einem weiteren Beispiel, was Bewirtung anbetrifft.

(Zuruf von der SPD.)

Da steht "Bewirtung". In der Verwaltungssprache ist Bewirtung der Fachbegriff, wenn man Gäste einlädt. Es ging darum, dass Kulturredakteure aus ganz Deutschland hierher kommen, damit wir sie davon überzeugen, welche Kulturprojekte wir in diesem Land vorhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Lawall (SPD). - Abg. Ries (SPD): Jetzt heißt es Kulturredakteure.)

Soll ich jemanden, der beispielsweise zum Weltkulturerbe kommt, der sich dann die Industriekultur ansieht, mit Hunger nach Hause fahren lassen?

(Zurufe von der CDU.)

Oder ist es nicht richtiger zum besseren Selbstbewusstsein dieses Landes, auch einmal für so etwas Kultur-Totomittel zu verwenden? Meine Damen und Herren, ist das so schlimm. Ist das wirklich so schlimm?

(Anhaltender Beifall von der CDU. - Zurufe von der CDU. - Abg. Gehring (CDU): Früher sind sie noch in die Cascade eingeladen worden.)

Eins empört mich besonders, gerade bei Ihnen, Frau Kollegin Ries. Wenn Totomittel an Einzelpersonen vergeben worden sind, steht da in der Tat der Name nicht, auf Geheiß des Landesrechnungshofes und aus datenschutzrechtlichen Gründen. Das ist uns untersagt. Es ist uns auch deshalb untersagt, weil Sie für den Datenschutz so gravierend eingetreten sind, der konnte ja nicht strikt genug sein. Ich finde es infam, wenn man auf der einen Seite dafür Sorge trägt, dass der Datenschutz so strikt ist, dass es uns verboten ist, den Namen zu nennen, uns aber anschließend nur, weil wir nach diesen Richtlinien gehandelt haben, unterstellt, wir würden den Namen nicht nennen, um etwas zu verheimlichen. Das ist infam!

(Beifall von der CDU.)

Und dann die Ihre nächste Dreistigkeit. Geht es noch schlimmer, Frau Kollegin Ries? Da haben Sie eine Spalte in der Antwort: Da steht links "anonym" oder "N.N." - ich weiß es nicht - und dann steht da: 87.000 Euro. Dieses Problem haben Sie im Ausschuss bereits nachgefragt, und es ist Ihnen dort beantwortet worden.

(Zurufe von der SPD. - Gegenrufe von der CDU.)

Hätten Sie, Frau Kollegin Ries, nur ein bisschen nicht daran gedacht - ich sage es jetzt ganz ruhig -, mich zu diffamieren und hätten Sie auch nur in derselben Zeile eine Spalte weiter geschaut, dann hätten Sie neben "N.N." gesehen: Musikfestspiele Saar. Sie hätten sich an zwei Fingern abzählen können, wer der Anonymus gewesen ist. Dann aber hätten Sie ja solche Behauptungen in dieser Art und Weise nicht aufstellen können. Sie wissen genau, spätestens seit dem Ausschuss, dass es sich um die Musikfestspiele Saar von Herrn Leonardy handelt.

(Anhaltender Beifall von der CDU.)

Lassen Sie mich ein letztes Beispiel nennen.

(Zurufe der Abgeordneten Hans (CDU) und Gehring (CDU).)

Es wird mir vorgeworfen, ich würde Rahmen bestellen. Und in der Tat, ich bin Kultusminister und als Kultusminister habe ich Künstlerförderung zu betreiben.

(Abg. Hans (CDU): Er lässt sein Hochzeitsbild einrahmen. -Heiterkeit bei der CDU.)

Wir kaufen aus Künstlerförderungsgründen Bilder von saarländischen Künstlern an. Wir haben auch einen Wettbewerb gemacht in Zusammenarbeit mit dem Bund Saarländischer Kunsterzieherinnen und Kunsterzieher, damit Schüler ihre besten Arbeiten präsentieren können. Diese besten Arbeiten hängen jetzt in den langen, vorher sehr wenig dekorativen Fluren des Kultusministeriums und sind der Öffentlichkeit zugänglich. Frau Ries, könnten Sie sich vorstellen, dass ich diese Bilder mit Klebestreifen oder Reißzwecken an die Wand hänge oder dass Bilder wenigstens einen Rahmen brauchen. damit sie auch wirken können?

(Beifall von der CDU.)

Und das, was Sie mir eben unterstellt und als Lüge bezeichnet haben, will ich auch aufklären und dabei zeigen, wie Sie arbeiten. In der Tat habe ich, nachdem ich mit meinem Staatssekretär gesprochen habe, im Rundfunk gesagt, dass der Landesrechnungshof kontrolliert. Ich sage Ihnen auch heute wieder: Von mir aus kann der Landesrechnungshof alles kontrollieren, was er möchte, denn ich habe nichts zu verbergen.

(Beifall von der CDU.)

Sodann haben Sie im Ausschuss meinen Staatssekretär gefragt: Stimmt das denn, was der Schreier im SR behauptet hat? Er hat Ihnen gesagt, dass er mich in dieser Frage, bevor ich zum Aktuellen Bericht gegangen bin, falsch beraten habe und er die Schuld dafür auf sich nehme, dass ich dort diese Aussage im Aktuellen Bericht gemacht habe. Dann, nachdem Sie das alles wissen, gehen Sie im gleichen Atemzug nach außen, stellen sich vor das Mikrofon und vor die Kamera und erklären: Der Schreier ist ein Lügenminister. Und Sie haben es heute wiederholt, auch das ist mehr als infam.

(Anhaltender Beifall von der CDU. - Abg. Scharf (CDU): Pfui Teufel!)

Neuerdings, vielleicht haben Sie das schon zur Kenntnis genommen, ist für diese Landesregierung jedenfalls klar, dass das Saarland größer ist als der Stadtverband Saarbrücken. Ich sage Ihnen auch hier: Wenn von den Totomitteln über 50 Prozent - fast 55 Prozent - in den Stadtverband Saarbrücken gehen und etwa zehn Prozent auch in den Kreis Merzig-Wadern, dann ist das keine unangemessene Förderung des Landkreises Merzig-Wadern.

(Beifall von der CDU.)

Auch außerhalb von Saarbrücken, Frau Kollegin Ries, wird Kultur gemacht und ist Kultur förderungswürdig. In Weiskirchen, in Eppelborn und was weiß ich, wo noch überall. Überall in diesem Land ist Kultur förderungswürdig. Ich setze mich dafür ein, dass das flächendeckend passiert und nicht nur hier im Saarbrücker Raum.

(Beifall bei der CDU.)

In der Tat wurden auch Schulen gefördert. Ich habe ein Kulturpraktikum eingeführt, in dem Vereine - seien es Kulturvereine, seien es wie früher auch schon Sportvereine - mit Schulen zusammenarbeiten. Das haben Sie früher Nachbarschaftsschule genannt. Ich erweitere es zum kulturellen Praktikum. Es ist abgestimmt mit dem Aufsichts-

rat der Totogesellschaft, dass, wie früher schon Sport und Schule gefördert worden sind, jetzt auch Kultur und Schule gefördert werden. Im Rahmen dieser Kulturförderung Schule-Verein haben sich viele Schulen gemeldet. Sie hätten es aus der Anfrage ersehen können. Da steht nämlich immer: Kultur und Verein. Da sind im ersten Jahr, weil sich besonders viele aus Merzig-Wadern gemeldet hatten, auch einige Mittel hingegangen. Es hat sich aber dann sehr schnell ausgeglichen und ist im ganzen Land gleichmäßig verteilt.

Wenn Sie noch einmal zusammenrechnen und vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass es etwa in Merzig eine herausragende Kulturveranstaltung gibt, die früher gefördert worden ist und die auch heute mit hohen Summen gefördert wird, nämlich die Oper im Zirkuszelt, dann werden Sie sehr schnell dahinterkommen, wieso der prozentuale Anteil so aussieht, wie er aussieht. Aber das nehmen Sie ja alles nicht zur Kenntnis. Denn dann müssten Sie differenziert argumentieren. Aber das wollen Sie ja gar nicht.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Hans (CDU): Herr Stritter, Kollege Henz, was meinen Sie denn dazu?)

Ich fasse zusammen. Alle Vorwürfe, die Sie hier einfach aus der hohlen Hand in die Welt gesetzt haben, fliegen jetzt dahin, und Sie sollten sich sehr schnell überlegen, ob Sie diese unhaltbaren, ehrenrührigen Vorwürfe nicht von der Stelle aus zurücknehmen, von der Sie sie gemacht haben.

Kollegin Ries, ich habe, bevor die Sitzung angefangen hat, mich mit dem Kollegen Alfons Vogtel und meinem Fraktionsvorsitzenden darüber unterhalten, ob ich nicht im Laufe der Debatte eine persönliche Erklärung des Inhalts abgeben sollte, dass es mir Leid tut, dass ich in meiner letzten Presseerklärung Ihnen gegenüber vielleicht ein bisschen zu weit gegangen bin. Die Kollegen haben gesagt: Warte erst den Verlauf der Debatte ab.

(Abg. Hans (CDU): Ich habe ihm abgeraten.)

Frau Kollegin Ries, ich habe gut daran getan, den Verlauf der Debatte abzuwarten, denn von dem, was ich gesagt habe, brauche ich kein einziges Wort zurückzunehmen, Sie aber sehr wohl.

(Abg. Kuhn-Theis (CDU): Genau! - Abg. Ries (SPD): Ich habe nichts anderes erwartet.)

Lassen Sie mich dann aus meiner Kenntnis betreffend Schloss Berg vielleicht auch noch ein bisschen erzählen, ein ganz klein wenig. Ich will nicht viel sagen.

(Abg. Gehring (CDU): Holzwarth.)

Aber wenn ich hier Vorwürfe machen würde im Blick auf den Kreis Merzig-Wadern, dann dürfte ein Wort, der Name "Holzwarth", genügen, um Ihnen mehr als den Mund zu stopfen. Wenn Sie von sachfremder Verwendung von Totomitteln reden, dann kann ich Ihnen erzählen, welche Busladungen von SPD-Ortsvereinen nach Schloss Berg gekarrt worden sind, um sich schöne Nachmittage zu machen, meine Damen und Herren.

(Abg. Lauer (SPD): Das ist auch Kultur. - Abg. Gehring (CDU): Frau Ries war selbst dabei.)

Und dann versuchen Sie mir, der ich die Totomittel ordnungsgemäß, sachgemäß und nach dem bestehenden Recht und Gesetz verwende, einen Strick zu drehen. Sie sollten sich schämen!

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Peter Gillo.

(Abg. Schacht (CDU): War der auch in Schloss Berg?)

Abg. Gillo (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Hans (CDU): Retten, was zu retten ist.)

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben sich hier sehr betroffen geäußert und sehr betroffen gezeigt gegenüber einigen Vorwürfen, die wir Ihnen gemacht haben. Sie haben von Entgleisungen gesprochen. Herr Minister, ich gebe Ihnen einen Punkt zurück. Wir lassen uns von Ihnen

(Abg. Hans (CDU): Am Dreckschleudern nicht hindern, das wissen wir)

den Mund nicht stopfen, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Bachmann (CDU): Das ist doch nicht zu fassen! - Abg. Vogtel (CDU): Hetze nur!)

Herr Minister, Ihre Verteidigungsrede ging nach meiner festen Überzeugung am Kern - -

(Abg. Hans (CDU): Widerlegen Sie sie!)

Wenn Sie mich einmal reden ließen, käme ich auch bald dazu, einiges zu widerlegen.

(Abg. Vogtel (CDU): Schwätz nur! - Zuruf aus der CDU: Der hat es jetzt nicht einfach.)

Herr Minister, Sie haben am Kern unserer Vorwürfe vorbeidiskutiert.

(Lachen bei der CDU.)

Der Kern unserer Vorwürfe ist: Wir brauchen bei der Vergabe der Totomittel mehr Transparenz.

(Zuruf aus der CDU: Wo denn noch? - Abg. Vogtel (CDU): Es kann nicht sein, was nicht sein darf.)

Wir brauchen mehr Kontrolle und wir verlangen von Ihnen, dass Sie sich bei der Vergabe von Totomitteln an die Richtlinien, die Sie sich selber gegeben haben, halten. In einem Punkt mussten Sie schon einräumen, dass entgegen dem, was Sie gesagt haben - aus welchen Gründen auch immer und von wem auch immer auf die falsche Spur gesetzt -, ein Punkt der Kontrolle offenbar nicht so gegeben ist, wie Sie das im "Aktuellen Bericht" noch behauptet haben. Dort haben Sie gesagt - Sie haben es ja eingeräumt -, der Rechnungshof kontrolliert regelmäßig die Zuschusspraxis des MBKW.

(Abg. Müller (CDU): Das ist das, was übrig bleibt.)

Der Herr Staatssekretär musste einräumen, er hat Sie dazu falsch informiert. Das ist mitnichten so. Heute haben Sie selbst das auch eingeräumt. Deshalb muss ich sagen, diese Kontrolle, von der Sie selbst ausgegangen sind, dass es sie gibt, gibt es offenbar nicht. Deshalb erwarten wir von Ihnen, dass Sie unserem Gesetzentwurf heute zustimmen, dass wir genau eine Kontrollstufe mehr hier einbauen, und dass Sie dafür sorgen, dass Sie regelmäßig, nämlich halbjährlich, dem zuständigen Ausschuss hier im Hause über die Vergabe der Finanzmittel Bericht erstatten. Ich muss Sie fragen: Was ist an dieser Forderung, was ist an diesem Gesetzentwurf eigentlich falsch, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD.)

Der zweite Punkt ist, wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich an die Regeln halten, die Sie sich selbst - veröffentlicht im Amtsblatt des Saarlandes - gegeben haben. Dort steht: "Zur Förderung kultureller Projekte stehen der Saarland Sporttoto GmbH aus zufließenden Spieleinsätzen 0,75 Prozent zur Verfügung. Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft entscheidet über die Verteilung der Mittel für kulturelle Projekte, ..." Herr Minister Schreier - -

(Minister Schreier: In Bildung - -)

Ja. "... die insbesondere den Bereichen der Bildung, der Kultur, der Kunst und der Wissenschaft zugute kommen."

Damit wir hier keine kleinkarierten Diskussionen führen und damit Sie uns auch nicht vorwerfen können, dass wir dies wollten, möchte ich Folgendes sagen. Ich halte es für absolut in Ordnung, dass der Minister beispielsweise Pokale spendet. Ich halte es für absolut in Ordnung, dass der Minister Schirmherrschaften übernimmt, zu denen er dann auch etwas mitbringt. Ich halte es für absolut in Ordnung, dass der Minister Saarlandwappen überreicht. Ich halte es für absolut in Ordnung, dass der Minister Kulturredakteure einlädt. Ich halte es für absolut in Ordnung, dass der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur alle möglichen Leute dieser Erde einlädt, wenn er es für notwendig erachtet. Aber, Herr Minister, es gibt für solche Dinge Mittel im Haushalt, das sind die Verfügungsmittel, die Sie sich ja schon erhöht haben.

Die Verfügungsmittel im Bildungsbereich betrugen 1999, im letzten Jahr der SPD-geführten Landesregierung, 7.500 DM. Fünf Jahre später weisen die Verfügungsmittel dieselbe Zahl aus, allerdings in Euro, exakt 7.900 Euro. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verfügungsmittel nicht ausreichen, um auch einmal Kulturredakteure hierher einzuladen und hier und dort etwas zu überreichen, dann lassen Sie uns darüber reden. Dann stellen wir das entsprechend in den Haushalt ein. Aber sich die Mittel im Laufe von fünf Jahren selbst zu verdoppeln und dann auch noch Totomittel für solche Dinge in Anspruch zu nehmen, und dies nicht zu knapp, ist einfach nicht in Ordnung, Herr Minister, das hat mit kulturellen Projekten leider auch nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD.)

Zweiter Punkt. Mittel für kulturelle Projekte, für Projekte von Vereinen und Organisationen sind absolut in Ordnung. Wir haben das auch gar nicht zu kritisieren. Wenn es dann aber so weit geht, dass Sie für Dinge, für die Sie Gesetze beschlossen haben, Totomittel in Anspruch nehmen, dann ist das nicht mehr in Ordnung. Ich sage es Ihnen noch einmal. Sie haben in einem Zeitraum von drei Jahren insgesamt 35.000 Euro ausgegeben nicht für kulturelle Projekte, sondern für die Umsetzung eines von Ihnen in Gesetzesform gegossenen G 8-Modells. Das ist Gesetz. Wenn funktionieren soll, was Sie da beschlossen haben, müssen Sie auch in der Lage sein, die entsprechenden Haushaltsmittel, die Sie brauchen, in den Haushalt einzustellen. Es ist nicht in Ordnung, wenn Sie das vergessen haben oder dazu nicht in der Lage waren, sich dann bei den Totomitteln zu bedienen. Diesen Vorwurf nehmen wir auch nicht zurück.

(Beifall bei der SPD.)

Schon 1999 wurde im Saarland die Existenz des Universitätsrates in Gesetzesform gegossen, der der Universität Ratschläge geben soll für ihre weitere Entwicklung. Wir sind ja für den Universitätsrat, wir sind gar nicht dagegen. Wir haben ihn ja 1999 ins Gesetz geschrieben. Nach Ihrer Meinung, nach dem heute noch zu diskutierenden neuen Universitätsgesetz soll er auch weiterhin ein Gremium bleiben. Nur, damit er arbeiten kann, braucht er natürlich auch Mittel. Es ist dann in Ordnung, wenn man dies aus dem Haushalt bezahlt. Aber es ist nicht in Ordnung, wenn man 6.000 Euro aus der Toto-Schatulle nimmt und andere kulturelle Projekte dann leer ausgehen.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Gillo)

Ich bin absolut dafür, dass Sie gute Kontakte zum Wissenschaftsrat pflegen. Wenn dessen Mitglieder hierher kommen, bin ich absolut dafür, dass man ihnen auch ein entsprechendes Umfeld bietet. Aber ich halte nichts davon, auch dort noch mal in die Toto-Schatulle zu greifen. Auch hier wäre es angebracht gewesen, entsprechende Mittel bei den Haushaltsberatungen zu beantragen. Wir hätten dem sogar zugestimmt. Aber was Sie hier machen, ist nicht in Ordnung. Es ist nicht transparent, es ist offensichtlich nicht kontrollierbar und deshalb wiederhole ich unsere Position: Hier muss mehr Transparenz, mehr Kontrolle in die Bewilligung. Deshalb bitte ich Sie, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Zum Schluss noch ein Punkt. Sie haben hier ja fast schon getrieft vor Betroffenheit.

(Zurufe von der CDU.)

Sie haben meiner Kollegin unmögliche Unterstellungen vorgehalten. Jetzt sage ich Ihnen mal, was Sie heute hier noch abgezogen haben, Herr Kollege Vogtel. Sie haben im Zusammenhang mit einem Rechnungshof-Bericht zur Vergabe der Totomittel aus dem Jahr 1998/99 folgende Überschrift aus der Saarbrücker Zeitung zitiert, das war am 26. Mai 2000: "Rechnungshof: Wo sind die Piepen geblieben?" Für 200.000 Mark Totogeld zur Sportförderung gebe es keine Belege, so damals der Vorwurf des Rechnungshofs an den ehemaligen Minister Läpple. Ich hätte von Ihnen erwartet, wenn Sie sich schon die Mühe machen, in die Vergangenheit zu gehen und zu recherchieren, dass Sie dann auch noch die Überschrift und einen Artikel zitiert hätten, der ein Jahr später erschienen ist.

(Abg. Vogtel (CDU): Das habe ich ja getan.)

Nein, das haben Sie eben nicht getan. - Es war ebenfalls ein Artikel aus der Saarbrücker Zeitung mit der Überschrift "Ehrenrettung für Läpple". Und weiter heißt es dort: "Der saarländische Rechnungshof hat klargestellt, dass der frühere Innenminister Friedel Läpple nichts zu verbergen hatte. Im vergangenen Jahr konnten die Rechnungsprüfer keine Belege für die Verwendung von 200.000 Mark aus Totomitteln finden.

(Abg. Vogtel (CDU): Das habe ich gesagt.)

Inzwischen stellt sich heraus," - ich zitiere weiter - "dass das Geld als Guthaben auf einem Sonderkonto des Innenministeriums verbucht war." Die Überschrift lautete "Ehrenrettung für Läpple".

(Zurufe von der CDU.)

Ich möchte Sie dann, wenn Sie schon in die Vergangenheit zurückblicken und wenn Sie sagen "Um Gottes willen, was tut ihr nur unserem armen Minister Schreier an", herzlich bitten, auch selbst so ehrlich zu sein und auch diese Überschrift "Ehrenrettung für Läpple" zu zitieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stephan Toscani.

Abg. Toscani (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre dem saarländischen Landtag jetzt viereinhalb Jahre an. Ich habe noch keine Debatte erlebt, in der Kollegen von Ihnen so sehr persönlich beleidigt, diffamiert und in den Dreck gezogen wurden.

(Beifall bei der CDU.)

Der SPD Saar, Frau Ries, Frau Lawall, Herr Gillo, Ihnen ist kein Argument zu flach, kein Niveau zu niedrig. Meine Damen und Herren, um die SPD Saar muss es wirklich schlecht bestellt sein.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn man Ihnen sagt, im Jahr der Behinderten hat die Landesregierung, in diesem Fall die Sozialministerin, eine Kunststoffbahn, die einzige, die es für Behinderte im Saarland gibt, mit Totomitteln gefördert, und Sie dies in Pressemeldungen als Zweckentfremdung, als Selbstbedienung bezeichnen

(Abg. Scharf (CDU): Das ist eine Schweinerei)

und nicht den Schneid haben, sich hierhin zu stellen und sich dafür zu entschuldigen, dann empfinde ich dies als ganz schwaches Bild.

(Beifall bei der CDU.)

Der Kollege Alfons Vogtel hat umfassend dargestellt, welche Kontrollmechanismen es im Zusammenhang mit den Totomitteln gibt. Es gibt Kontrollmechanismen; es gibt das Sportwettengesetz, das damals mit Ihrer Mehrheit verabschiedet worden ist. Bisher gab es in Bezug auf die Verwendung von Totomitteln und auf die Totogesellschaft im Saarland zwischen den großen Volksparteien Gemeinsamkeiten. Es ist gut so, dass es sie gab. Ich hoffe, dass es sie auch in Zukunft noch geben wird. Führende Sozialdemokraten sind in all diesen Gremien an führender Stelle beteiligt. Es gibt einen Totodirektor, der früher einmal Chef der Staatskanzlei war. Die CDU-geführte Landesregierung hat den Vertrag von Kurt Bohr nach den Wahlen 1999 verlängert.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD). - Sprechen.)

Führende Sozialdemokraten sind bei der Totogesellschaft in führender Position eingebunden. Wir stehen dazu.

(Beifall bei der CDU.)

Im Ausschuss zur Förderung des Spitzensports hat Reinhard Klimmt Sitz und Stimme.

(Sprechen bei der SPD. - Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

"Wir im Verein mit dir" ist eine Sache, die absolut sinnvoll ist und die auch mit Toto-Mitteln gefördert wird. Dort ist die frühere Ministerin Barbara Wackernagel-Jacobs stellvertretende Vorsitzende. Das heißt, führende Sozialdemokraten sind in all diesen Gremien beteiligt.

Sie sind Abgeordnete, wir sind Abgeordnete. Sie wissen doch alle, dass man hin und wieder von Vereinen, Verbänden und Organisationen angesprochen wird, ob man sich wegen der Förderung mit Toto-Mitteln um eine Unterstützung bemühen könnte und ob man dafür beim Minister vorsprechen könnte.

Ich möchte fast gerne eine Anfrage stellen, wie viele sozialdemokratische Kollegen das gemacht haben. Wahrscheinlich alle von Ihnen. Es ist ja auch in Ordnung, dass wir uns für Vereine und sinnvolle gemeinnützige Anliegen einsetzen. Ich finde es schon infam, wenn Sie heute zum Minister oder zur Ministerin gehen und um Unterstützung für sinnvolle Projekte bitten und das zwei Tage später hier im Landtag zum Thema machen und skandalisieren. Das ist wirklich infam, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU.)

Sie sollten sich wirklich überlegen, auf welchem Niveau Sie künftig diskutieren. Die SPD hat ein Problem. Genauer: Sie hat zwei Probleme,

(Abg. Toscani)

nämlich einmal, dass ihr Spitzenkandidat im allgemeinen als blass empfunden wird. Zum anderen, das haben wir heute Morgen in der Bildungsdebatte gesehen, es fällt Ihnen inhaltlich nicht viel ein.

(Lachen bei der SPD. - Abg. Stritter (SPD): Das müssen gerade Sie sagen!)

Was Sie dann tun, entspricht immer dem gleichen Schema. Es ist nämlich die Politik der Dreckschleuder, dass Sie dann, wenn Ihnen gar nichts mehr in der Sache einfällt, die Dreckschleuder auspacken und persönlich diffamieren und beleidigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. - Abg. Stritter (SPD): Wo waren Sie denn? In welcher Sitzung waren Sie denn? Sie verwechseln irgendetwas. Sie waren auf der falschen Veranstaltung.)

Sie haben Vorwürfe geäußert, zum Beispiel dass Minister Jürgen Schreier sich selbst bediene, dass es im Zusammenhang mit Totogeldern schwarze Kassen gebe und dass Mittel zweckentfremdet worden seien, das heißt, dass Mittel rechtswidrig verwendet worden seien. Das heißt konkret, dass die Minister im Zusammenhang mit Totogeldern Straftaten begangen hätten, nämlich dadurch dass sie Gelder veruntreut hätten.

Meine Damen und Herren von der SPD Saar, an Ihrer Stelle würde ich mir das überlegen. Kehren Sie zur politischen Kultur zurück. Hören Sie auf, die Dreckschleuder zu betätigen! Kehren Sie zu einem vernünftigen Miteinander zurück! Fangen Sie wieder an, in der Sache zu argumentieren und nicht mit Dreck zu schleudern! Das hat keine Zukunft. Vor allem: Entschuldigen Sie sich für die schlimmen Vorwürfe, die Sie in den Raum gestellt haben!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen.

(Anhaltende Unruhe.)

Kolleginnen und Kollegen, ich darf darauf aufmerksam machen, dass wir uns mitten in der Abstimmung befinden.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 12/1088 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Stiftungsgesetzes (Drucksache 12/1086).

Zur Begründung erteile ich Frau Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer das Wort.

Ministerin Kramp-Karrenbauer:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bringt heute ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Saarländischen Stiftungsgesetzes zur Beratung in den Landtag ein. Seit ihrem Regierungsantritt hebt die saarländische Landesregierung immer wieder die Bedeutung der Eigenverantwortung des Bürgers und des Bürgerengagements hervor. Stiftungsgründungen sind geradezu ein Paradebeispiel für eine aktive Bürgergesellschaft.

Stiftungen haben im Saarland eine lange Tradition. Die älteste saarländische Stiftung wurde im Jahr 1455 errichtet. Ein einheitliches Stiftungsrecht gab es damals noch nicht. Bis in die Achtzigerjahre hinein kam entsprechend der ehemaligen Gebietszugehörigkeit der jeweiligen Sitzgemeinde einer Stiftung bayerisches, oldenburgisches oder preußisches Stiftungsrecht zur Anwendung. Die Behördenzuständigkeit für Genehmigung und Rechtsaufsicht oblag jeweils dem zuständigen Fachministerium, in dessen Geschäftsbereich der Stiftungszweck überwiegend fiel.

Erst zu Beginn des Jahres 1985 wurde das Stiftungsrecht im Saarland mit dem Inkrafttreten des ersten Saarländischen Stiftungsgesetzes normiert. Dieses Gesetz ist im wesentlichen bis heute unverändert geblieben. Im Saarland macht sich mittlerweile wie im übrigen Bundesgebiet auch ein Stiftungsaufschwung bemerkbar. Derzeit bestehen 88 privatrechtliche Stiftungen mit Sitz im Saarland. Davon wurden seit dem Jahr 2000 allein 30 Stiftungen ins Leben gerufen. Weitere Stiftungen stehen unmittelbar vor der Anerkennung.

Dieser festzustellende Aufwärtstrend bei den Stiftungserrichtungen dürfte sich durch eine weitere Liberalisierung des Stiftungsrechts fortsetzen, die durch die Änderungen der entsprechenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches auf Bundesebene eingeleitet worden ist. Da überwiegend gemeinnützige Stiftungen errichtet werden, sehe ich darin ein Zeugnis dafür, dass auch die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit einer aktiven Bürgergesellschaft erkennen und an ihr mitarbeiten wollen.

Im Saarland bestand auch bisher schon ein liberales Stiftungsrecht, das den Stiftungen im Vergleich zu anderen Bundesländern mehr Spielraum zu eigenverantwortlichem Handeln gab. Gleichwohl soll mit der heute vorgelegten Neuregelung im Interesse von Stiftern und Stiftungen das Recht normiert, modernisiert, vereinfacht und gleichzeitig transparenter gemacht werden. Um dieses Ziel bundesweit zu erreichen, wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt. Als Ergebnis umfangreicher Beratungen wurde das Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts verabschiedet, was die angesprochenen Veränderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch zur Folge hatte.

Ein wesentlicher Teil der Novellierung des Saarländischen Stiftungsgesetzes dient der Umsetzung dieser bundeseinheitlichen Grundsätze. Ich möchte dies an einigen wichtigen Beispielen darlegen. Der Änderungsentwurf des Saarländischen Stiftungsgesetzes sieht Vereinfachungen im Anerkennungsverfahren vor. Zunächst ist hier der Wegfall der Herstellung des Einvernehmens mit dem Fachressort, in dessen Geschäftsbereich der Stiftungszweck fällt, zunennen. Dies wird die Verfahrensdauer und den Verwaltungsaufwand deutlich verringern. Auch die Übernahme der Bekanntmachung der Stiftungsgründung, die statt durch den Stifter nunmehr durch die Stiftungsbehörde vorgenommen wird, führt im Ergebnis zur Vereinfachung für Stifter und Stiftungsbehörde.

Ein wesentlicher Beitrag zur Transparenz der Stiftungen wird durch die Öffnung des Stiftungsverzeichnisses für jedermann geleistet. Bisher konnte dort nur Einsicht nehmen, wer ein berechtigtes Interesse nachweisen konnte. Nunmehr ist es so, dass wir dieses Verzeichnis für jedermann öffnen. Außerdem dient die Aufnahme der Anschrift der Stiftung ins Stiftungsverzeichnis sowohl den potenziellen Zustiftern oder Spendern als auch den Interessen der durch den Stiftungszweck Begünstigten. Entsprechend den Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe unterliegen Stiftungen, die überwiegend private Zwecke verfolgen, nur noch einer eingeschränkten Stiftungsaufsicht. Der Verwaltungsaufwand der Stiftungsbehörde wird dadurch verringert und dem Deregulierungsgedanken Rechnung getragen.

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

Viele Stiftungen lassen sich freiwillig von Wirtschaftsprüfern prüfen. In das Gesetz neu aufgenommen wird die Verpflichtung, bei der Prüfung der Jahresrechnung und der Erstellung der Bilanz einer Stiftung neben der Erfüllung der handelsrechtlichen Vorgaben auch die Einhaltung stiftungsrechtlicher Vorgaben zu prüfen und zu testieren. Diese Änderung dient einer fachgerechten Prüfung bei gleichzeitiger Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei der Stiftungsbehörde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass wir mit diesem Gesetzentwurf einen weiteren Schritt hin zu einer aktiven Bürgergesellschaft leisten. Ich darf Sie bitten, den Gesetzentwurf der Landesregierung mitzutragen und ihn an den federführenden Ausschuss zu überweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 12/1086 in Erster Lesung bei gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen ist.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes über die Universität des Saarlandes (Universitätsgesetz - UG) (Drucksache 12/1087).

Zur Begründung erteile ich Herrn Bildungsminister Jürgen Schreier das Wort.

Minister Schreier:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem neuen Universitätsgesetz, das ich heute als Entwurf für die Landesregierung in den Landtag einbringe, wird für die Universität des Saarlandes eine neue Ära beginnen. Im Gesetz wird auf der einen Seite mehr Autonomie für die Universität und auf der anderen Seite - damit einhergehend - der Rückzug des Staates aus der Detailsteuerung festgeschrieben. Das neue Gesetz ist neben dem Globalhaushalt, der der Universität Planungssicherheit gibt, und den abgeschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen ein weiteres Kernelement unserer modernen, selbstverantwortlichen und leistungsfähigen Hochschule, die politikfern und wissenschaftsorientiert arbeiten kann.

Das neue Universitätsgesetz ist ein Gesetz aus einem Guss und kein Versuch, das bisherige Gesetz nachzubessern. Die Universität des Saarlandes ist den Kinderschuhen entwachsen; sie wird nunmehr vom starren Gängelband staatlicher Vorgaben gelöst und in eine größere Freiheit entlassen. Das Land mischt sich nicht mehr so viel ein. Wir ziehen uns weitgehend aus Detailsteuerungsfragen zurück und geben der Universität größtmöglichen Spielraum für effektive Schwerpunktsetzungen und eigenverantwortliches Ressourcenmanagement. Das neue Universitätsgesetz flankiert den zum 01. Januar 2004 in Kraft getretenen Globalhaushalt, der der Universität in Verbindung mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mehrjährige und finanziell gute Planungssicherheit gibt. Mit ihm erhält sie das notwendige Rüstzeug, um sich im zunehmenden Wettbewerb gut und flexibel positionieren und den Hochschulstandort Saar profilieren zu können. Sie kann flexibler auf Herausforderungen reagieren und neue Schwerpunkte setzen.

Darüber hinaus erhält sie große Freiräume hinsichtlich ihrer inneren Verfassung und Organisation. So wird beispielsweise die Zusammensetzung des Senats der Grundordnung überlassen; das Universitätsgesetz macht hierzu lediglich Mindestvorgaben.

In Zukunft entscheidet die Universität eigenverantwortlich über die Berufung von Professoren. Über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Fakultäten und Studiengängen entscheidet künftig ebenfalls sie allein. Hier fällt der Zustimmungsvorbehalt des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft schlicht weg; er wird gestrichen. Daneben entfällt das Einzelgenehmigungsverfahren zu Prüfungsordnungen. Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft genehmigt künftig nur noch einmal die so genannten Rahmenprüfungsordnungen, also quasi die Leitlinie für die Universität. Bei der inneruniversitären Organisationsstruktur liegt das Hauptaugenmerk der Landesregierung auf der Vereinfachung der Entscheidungsprozesse, auf transparenten Leitungsstrukturen und auf der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Neben einer Stärkung des Universitätspräsidiums, das als Führungs- und Managementebene die Zuständigkeit für die Stellen- und Mittelverteilung sowie die operativen Entscheidungen besitzt, werden die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der übrigen Organe an die neue Situation angepasst.

Die neuen Hochschulstrukturen ebnen den Weg zu größerer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Der Senat wird zu einem Kontrollgremium mit umfassenden Informationsrechten ausgestaltet. Seine Anhörungsrechte wurden noch in der letzten Phase der Erarbeitung des Gesetzentwurfs umfassend überdacht. Die Dekane werden in ihrer Funktion gestärkt. Sie gehören künftig dem neu geschaffenen Erweiterten Universitätspräsidium an, das mit weit reichenden Befugnissen ausgestattet ist, um eine größtmögliche Akzeptanz der Entscheidungen innerhalb der Universität zu erreichen. Der Universitätsrat mit strategisch entscheidenden und beratenden Funktionen quasi der Aufsichtsrat der Universität - wird künftig aus sieben externen Mitgliedern bestehen. Ihm stehen zusätzlich vier Mitglieder der Universität, die vom Senat gewählt werden, beratend zur Seite, um die nötige Einbindung und die Kontinuität in der Universitätsstruktur zu gewährleisten. Der Universitätsrat stellt zudem ein Bindeglied zwischen Hochschule und Gesellschaft dar.

Mehr Autonomie bedeutet auf der anderen Seite natürlich auch mehr Verantwortung. So steht der Stärkung der Organe und Personen eine größere Verantwortung der Betreffenden gegenüber. Das Universitätspräsidium ist im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarung, die es mit dem Wissenschaftsministerium abschließt, für die Erfüllung der Leistungen der Universität verantwortlich. Auf der dezentralen Ebene wird die Verantwortung hierfür den Dekanen übertragen. Mit der Einführung des Globalhaushalts wurde ein Paradigmenwechsel vollzogen; bei den letzten Haushaltsberatungen haben wir darüber diskutiert. Künftig wird ein hauptamtlicher Vizepräsident für Verwaltung und Wirtschaftsführung die Geschicke der Universität maßgeblich mitbestimmen.

Die Qualifizierung der Hochschullehrer wird grundlegend umgestaltet - zum einen durch die Einführung der so genannten Juniorprofessur, zum anderen durch eine Habilitation neuer Art. Damit kann der Nachwuchswissenschaftler selbst entscheiden, welcher Qualifizierungsweg ihm mehr liegt oder welchen Weg er in seinem fachlichen Kontext für den zielführendsten ansieht. Hier werden sich künftig sicher Unterschiede zeigen, beispielsweise zwischen den Natur- und den Ingenieurwissenschaften einerseits und den Geisteswissenschaften andererseits. Und ich glaube, es ist richtig, bei der Habilitation oder der Juniorprofessur nicht den Weg einer Einbahnstraße zu gehen, sondern Optionen und Alternativen offen zu halten. Die Universität ist eben kein Block, sondern sehr differenziert zu betrachten. Mit der Einführung der Juniorprofessur soll auch das Eintrittsalter der Professoren gesenkt werden. Sie ist auf sechs

(Minister Schreier)

Jahre angelegt, wobei nach drei Jahren eine Zwischenevaluierung erfolgt. Um hervorragenden Wissenschaftlern nach Abschluss der Juniorprofessur eine Perspektive bieten zu können und um im nationalen wie im internationalen Wettbewerb mit attraktiven Stellen konkurrieren zu können, kann von einer Ausschreibung abgesehen werden, wenn eine Juniorprofessur in eine Lebenszeitprofessur überführt werden soll. Ungeachtet der Einführung der Juniorprofessur hält die Landesregierung grundsätzlich an der Habilitationsmöglichkeit fest, die jedoch umfassend gestrafft wird.

Zu den Leitlinien des neuen Universitätsgesetzes zählen darüber hinaus die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Studierenden und die Steigerung der Attraktivität des Studiums. Neue Studiengänge wird es künftig - abgesehen von solchen, die mit einer staatlichen Prüfung abschließen - nur noch in Bachelor- und Masterstruktur geben. Die Umstellung auf die neue Studienstruktur gewährleistet internationale Transparenz und Anschlussfähigkeit und damit für ein Land im Herzen Europas internationale Attraktivität für Studierende. Der Qualifikationsweg wird verkürzt und der wissenschaftliche Nachwuchs gestärkt. Modularisierung und Teilzertifizierung ermöglichen den Studierenden ein Umsteuern der Studienziele während ihrer Ausbildung.

Daneben errichtet die Universität ein eigenes Qualitätssicherungssystem. Schließlich wird das Auswahlrecht der Universität gestärkt.
Damit soll eine bessere Abstimmung zwischen Studierfähigkeit,
Studierneigung und den Anforderungen der Studiengänge an die
Studierenden erreicht werden. Die bewusste Auswahlentscheidung
auf beiden Seiten ist geeignet, die Beziehungen zwischen Lehrenden und Studierenden zu verbessern und die Betreuungsmentalität
der Universität insgesamt zu verbessern. Abbrecher- und Fachwechslerquoten können so gesenkt und die Motivation für ein zügiges Studium gestärkt werden.

Einen weiteren Baustein für die internationale Anschlussfähigkeit stellt die Möglichkeit der Errichtung gemeinsamer Studiengänge mit anderen Hochschulen dar. Gerade in Saar-Lor-Lux ist eine grenz-überschreitende Zusammenarbeit auch und gerade im Hochschulbereich unverzichtbar und stellt einen enormen Standortvorteil und ein Markenzeichen des Landes dar, die wir nutzen müssen.

Ein weiteres Anliegen der Landesregierung ist die Stärkung der Chancengleichheit. Frauen sind trotz vielfältiger Bemühungen im Hochschulbereich, speziell in Leitungsfunktionen, immer noch unterrepräsentiert. Mit dem vorliegenden Gesetz wird dem entgegengesteuert. So soll künftig in Berufungskommissionen mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder Frauen sein. Das Amt der Frauenbeauftragten wird künftig im Hauptamt wahrgenommen. Parallel dazu wurde festgelegt, dass unter den sieben externen Mitgliedern des Universitätsrates mindestens zwei Frauen sind. Schließlich wurde durchgehend darauf geachtet, dass durch Schwangerschaft und Mutterschutz keine Nachteile für die betroffenen Frauen entstehen.

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das neue Universitätsgesetz bisher auf große und gute Akzeptanz gestoßen ist. Im Rahmen der Vorbereitungen wurden die Betroffenen intensiv eingebunden. Schon im Vorfeld der Erarbeitung eines Referentenentwurfes gab es Gespräche mit der Universität, in die neben dem Präsidium auch Vertreter der Studierenden, Professoren und Mitarbeiter eingebunden waren. Im externen Anhörverfahren wurden dann über 50 Institutionen angeschrieben. Aus den eingegangenen Stellungnahmen geht hervor, dass der Gesetzentwurf ganz überwiegend als richtige Antwort auf die gewandelten Anforderungen, die an einen modernen Wissenschaftsbetrieb gestellt werden, begrüßt wird.

Die Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen führte zu einer umfassenden Optimierung des Gesetzentwurfes. Es wurden über 40 Anregungen in den Gesetzentwurf übernommen. So wurden

beispielsweise Änderungen im Bereich der Frauenförderung, bei den Kompetenzen und der Zusammensetzung des Universitätsrates sowie bei den Mitwirkungsrechten des Senates vorgenommen. Daneben erfolgten sprachliche Korrekturen, um die Kompetenzverteilung innerhalb der Universität transparenter zu machen.

Das neue Universitätsgesetz sorgt dafür, dass das Saarland auch in Zukunft hervorragende Leistungen in Forschung, Lehre und Technologietransfer bringen kann und für Studierende und Wissenschaftler eine sehr gute Adresse sein wird. Das sind wir auch heute schon. Ich nenne nur die herausragenden Wissenschaftspreise, die an Saar-Forscher gegangen sind: An Herrn Professor Dr. Seidel der Leibniz-Preis, an Professor Dr. Lengauer die Konrad-Zuse-Medaille und der Karl-Heinz-Beckurts-Preis, an Professor Dr. Scheer der Philipp-Morris-Forschungspreis, an Professor Dr. Zeller der IBM Eclipse Innovation Award, an Professor Dr. Wahlster die ehrenvolle Berufung als Mitglied der königlich-schwedischen Akademie der Wissenschaften, die über den Nobel-Preis entscheidet, und Herr Professor Dr. Seidel wurde zum Fellow der Eurographics Association ernannt. - Sie sehen, hier wird gute Forschungsarbeit geleistet.

Wenn Sie heute die Saarbrücker Zeitung aufschlagen, haben Sie wiederum einen guten Beweis, dass die Saar-Universität auf gutem Wege ist. Sie schneidet in einem bundesweiten Leistungsvergleich des Magazins "Junge Karriere" der Zeitungsgruppe "Handelsblatt" sehr gut ab und zählt zu den innovativsten deutschen Universitäten. Das ist also jetzt schon der Fall. Damit es aber auch so bleibt, brauchen wir weitere Arbeit und Innovationen sowie Änderungen am Gesetz. Denn wer nichts mehr tut, wer stehen bleibt, fällt zurück. Wir bleiben nicht stehen. Wir legen Ihnen dieses Gesetz zur Verbesserung der Universität und zum Leistungs-, Forschungs- und Lehrgedanken vor. Wir hoffen, dass Sie es beraten und wir es alsbald verabschieden können. - Ich bedanke mich.

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben das Universitätsgesetz vorgelegt, in dessen Begründung es von positiv besetzten Begriffen nur so wimmelt. Die Wettbewerbsfähigkeit wird angeblich gestärkt, die Autonomie der Hochschule angeblich erweitert, die Entscheidungsstrukturen werden angeblich flexibler, das Kräfteverhältnis zwischen Universität und Land wird angeblich zu Gunsten der Universität und zu Lasten des Landes neu geordnet. Das sind die schönen Begriffe, die Sie gerade, Herr Minister, verwendet haben.

Ich muss Ihnen aber sagen, dass die Realität dieses Gesetzes eine ganz andere ist. Es gibt nämlich mit diesem Gesetz nicht mehr Selbstbestimmung, sondern ein Mehr an Fremdbestimmung. Die Entscheidungsstrukturen werden nicht schlanker, sondern komplizierter. Das Ganze gipfelt in der Kommentierung eines klugen Professors vom Zentrum für Hochschulentwicklung, der auch noch von der Landesregierung als Berater eingesetzt und bezahlt wurde. Er hat einen Vorentwurf für diesen Gesetzentwurf gemacht. Es handelt sich um Professor Dr. Ziegele, der zu dem Entwurf, den Sie jetzt vorgelegt haben, gesagt hat, es sei ein Sammelsurium von verschiedenen Ansätzen herausgekommen. Er hat ihn folgendermaßen kommentiert: "Das ist jetzt ein ziemliches Geeiere geworden." Er sagt weiter: "Man konnte offenbar die Universität eben nicht loslassen." - Und das von einem Menschen, dem die Landesregierung viel Geld dafür bezahlt hat, dass er ihr Vorschläge macht und Ratschläge erteilt.

Insgesamt sind für die Vorbereitungen dieses Gesetzentwurfes und die Entwicklung sogenannter neuer Steuerungselemente rund 60.000 Euro

(Abg. Gillo)

geflossen. Ich muss feststellen: Wenn derjenige, der Ihnen Vorschläge für ein neues Universitätsgesetz gemacht hat und dafür bezahlt wurde, heute meint, was herausgekommen ist, ist ein ziemliches Geeiere, dann kann ich nur sagen, wenn dies der Gutachter, den man selbst bestellt hat, äußert, dann hat er Sie ordentlich abgewatscht.

(Abg. Hans (CDU): Weil man ihn vielleicht nicht genug gewürdigt hat.)

Dann haben Sie offenbar 60.000 Euro zum Fenster herausgeworfen.

(Beifall von der SPD.)

Ich komme jetzt einmal zu den einzelnen schönen Worten, die Sie gerne benutzen. Zunächst zu den angeblich flexibleren Entscheidungen. Die Entscheidungsstrukturen und -abläufe in der Universität des Saarlandes werden eigentlich gar nicht schlanker, sie werden komplizierter. Denn zu den Entscheidungsgremien, die wir auf der gesamten universitären Ebene schon haben - dem Präsidium, dem Senat und dem Universitätsrat -, tritt jetzt noch ein weiteres, ein viertes Gremien hinzu, nämlich das so genannte erweiterte Universitätspräsidium, bei dem sich die allerwichtigsten Entscheidungsbefugnisse konzentrieren. Dazu gehören die Beschlussfassung über die strategische Struktur- und Entwicklungsplanung, die Anderung, Einrichtung und Schließung von Fakultäten und Studiengängen sowie der Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem Land. Dort werden jetzt die wichtigsten Entscheidungsbefugnisse konzentriert. Gleichwohl gibt es ungeklärte Schnittstellen zu anderen Gremien.

So etwas hatten wir schon einmal, Herr Schreier. Wir hatten schon einmal ein solches Gremium mit dem Unterschied, dass damals wenigstens noch Studierende und Mitarbeiter beteiligt an diesem Gremium waren. Ich meine die damalige ZHPK. Es war damals eine schwierige Zeit deshalb, weil es fast unmöglich geworden war. Entscheidungen zu treffen. Die verschiedenen Fachbereiche und Dekane haben sich in ihren Positionen wechselseitig blockiert, sodass es unmöglich war, schwierige Entscheidungen zu treffen, Schwerpunktsetzungen festzulegen, weil jeder Dekan gesagt hat, meine Fakultät ist die wichtigste.

Zu dieser Situation, in der die Landesuniversität über Jahre hinweg entscheidungsunfähig gewesen ist, wollen Sie jetzt wieder zurück. Das ist der falsche Weg. In diese Zeit der wechselseitigen Blockade darf die Universität des Saarlandes nie wieder zurück. Deshalb ist dieser Punkt im neuen Universitätsgesetz falsch, deshalb muss er wieder raus.

(Beifall bei der SPD.)

Ein weiteres schönes nettes Wort: erweiterte Autonomie. Ein Punkt, mit dem Sie die erweiterte Autonomie begründen, ist die Einführung des Globalhaushaltes. Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn Sie den Haushalt der Universität des Saarlandes, der einzigen Universität, die wir haben - deshalb sind wir nicht vergleichbar mit Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen -, über einen Zeitraum von drei Jahren einzufrieren auf einen Betrag von 141,3 Millionen Euro und nur die Hälfte der tarifbedingten Lohnkostensteigerungen pro Jahr auszugleichen bereit sind, dann bedeutet dies, dass die Universität in den nächsten drei Jahren pro Jahr real 1 Prozent weniger für Wissenschaft, Forschung und Lehre hat. Das sind 2 Prozent weniger, als Sie versprochen haben. Vor Ihrer Wahl haben Sie versprochen, die Universität des Saarlandes bekommt real - also nach Abzug der Inflationsrate, nach Abzug der tarifbedingten Lohnkostensteigerungen - Jahr für Jahr 1 Prozent mehr. Jetzt sorgen Sie dafür, dass die Universität von Jahr zu Jahr 1 Prozent weniger bekommt.

Meine Damen und Herren, das ist der Bruch eines Wahlversprechens. Das lassen wir Ihnen so einfach nicht durchgehen. Das werden wir hier bei jeder Gelegenheit auch immer wieder erzählen, ob es Ihnen passt oder nicht. Es ist einfach nicht in Ordnung, vor einer Wahl konkrete Versprechen zu machen, die man hinterher nicht einhält.

(Beifall bei der SPD.)

Ich kann Ihnen sagen, wozu das führt, wenn man den Haushalt einfriert. Es führt dazu, dass beispielsweise in dem vorliegenden Entwurf für den Universitätsentwicklungsplan 100 Stellen gestrichen werden sollen, zehn davon allein in der Medizin, 15 allein in den Sprachwissenschaften, der Rest verteilt über alle anderen Fachbereiche.

Meine Damen und Herren, das ist das, was Sie unter Autonomie verstehen. Autonomie ist für Sie, dass Sie die Universität des Saarlandes zu ihrem eigenen Sparkommissar werden lassen. Das ist nicht der Autonomiebegriff, den wir verfolgen. Wir wollen richtige Autonomie, keine Scheinautonomie, wir wollen richtige Autonomie, keine Mängelverwaltung, die Sie jetzt der saarländischen Universität übertragen.

Ein weiteres schönes Wort: mehr Selbstbestimmung. Es gibt aber nicht mehr Selbstbestimmung, sondern es gibt durch dieses Universitätsgesetz mehr Fremdbestimmung. Beispiel: Die Entscheidung über die Einrichtung oder Schließung von Fakultäten und Studiengängen trifft in Zukunft das Erweiterte Universitätspräsidium nicht alleine. Vielmehr bedarf es der Zustimmung des Ministeriums. Es bedarf der Zustimmung des rein extern besetzten Universitätsrates, also wiederum nicht mehr Selbstbestimmung, sondern ein Mehr an Fremdbestimmung.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Die Schließung oder Einrichtung von Fakultäten und Studiengängen ist gebunden an einen Hochschulentwicklungsplan, den es allerdings bis zum heutigen Tage nicht gibt. Es ist Ihnen noch nicht einmal aufgefallen, Herr Minister, dass es ihn bis zum heutigen Tage nicht gibt. Noch in der letzten Diskussion zur Hochschulpolitik haben Sie steif und fest behauptet, es gebe einen Hochschulentwicklungsplan im Saarland. Es gibt ihn bis zum heutigen Tage nicht. Sie sollten dafür sorgen, dass er wenigstens noch vorgelegt und verabschiedet wird, bevor das Gesetz in Kraft tritt. Sonst fehlt dem Gesetz nämlich jede Grundlage.

(Beifall bei der SPD.)

Es gibt ungefähr vier Dutzend Zustimmungs- und Genehmigungsvorbehalte in diesem Gesetz. Ich nenne nur einige. Es gibt Vorbehalte der Zustimmung zu Prüfungsordnungen. Der Minister hat die Möglichkeit, Prüfungsordnungen zu erlassen, aufzuheben oder zu verändern. Es gibt einen Vorbehalt, wonach Forschungsverträge zwischen der Universität und einem Dritten zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Es gibt unzählige andere Zustimmungs- und Genehmigungsvorbehalte bis hin etwa zu der lächerlich kleinkarierten Möglichkeit bei einer autonomen Universität! -, Bestimmungen zur Rechnungslegung und Buchführung vorzugeben.

Das nennen Sie, meine Damen und Herren, ein Mehr an Selbstbestimmung, ein Mehr an Autonomie. Genau das ist es nicht. Dieser Gesetzentwurf ist nicht ein Mehr an Autonomie, er wimmelt geradezu vor vielfältigen kleinkarierten staatlichen Eingriffsrechten. Die müssen raus, meine Damen und Herren! Darauf bestehen wir.

(Beifall bei der SPD.)

Drittens. Sie brechen mit der demokratischen Tradition der deutschen Universitäten. Sie brechen mit dem Humboldt'schen Bildungsideal, das von der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ausgeht. Sie entdemokratisieren die Universität, Sie entmachten wichtige Gremien. Ich nenne ein paar Beispiele. In Zukunft soll nach Ihren

(Abg. Gillo)

Vorstellungen kein Student/keine Studentin, keine wissenschaftliche Mitarbeiterin, kein technischer Mitarbeiter Sitz und Stimme im Präsidium haben, wo Entscheidungen fallen, auch nicht im Erweiterten Präsidium, wo Entscheidungen fallen. Das ist ein reines Professorengremium. Das alles findet noch nicht einmal die Zustimmung eines reinen Professorenverbandes, des Deutschen Hochschulverbandes. Es ist einfach nicht in Ordnung, dass Studenten und Mitarbeiter weder im Erweiterten Präsidium drinsitzen, noch im Universitätsrat. Das ist eine Entdemokratisierung der Universität. Das kann unsere Zustimmung nicht finden.

Noch ein paar Worte zum Universitätsrat. Der Universitätsrat, der wichtige Entscheidungs- und Zustimmungskompetenzen hat, ist ausschließlich extern besetzt. Vorher war wenigstens noch ein Vertreter der Studentenschaft drin. Vorher waren wenigstens noch Vertreter des Senates drin, und zwar mit Sitz und Stimme. Jetzt sind Sie so weit und so gnädig zu sagen, der Senat darf auch ein paar Mitglieder mit beratender Stimme hineinschicken. Das reicht uns nicht, das sage ich klar und deutlich. Wir möchten gerne mit Ihnen zusammen ein neues Universitätsgesetz beschließen, aber nur dann, wenn die demokratische Kultur und Tradition der deutschen Universitäten auch im Saarland weiter gilt. Nur dann werden wir einem solchen Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Es gibt auch Punkte, die wir durchaus begrüßen. Ich nenne einen. Wir finden es in Ordnung, dass in diesem Gesetz eine hauptamtliche Frauenbeauftragte bestellt werden soll. Das findet unsere Zustimmung. Wir finden es aber falsch, dass gleichzeitig der Frauenbeirat, der bisher zu 50 Prozent von Studentinnen besetzt war und der wichtige Anstöße gegeben hat für die Verwirklichung der Gleichstellung an der Universität des Saarlandes, von Ihnen ratzeputz weggefegt und abgeschafft werden soll. Das eine zu machen ist richtig, aber das andere abzuschaffen, das halten wir nicht für zielführend. Und wir werden beantragen, das kann ich heute schon sagen, dass der Frauenbeirat im zukünftigen Universitätsgesetz auch weiterhin seinen Platz hat.

(Beifall bei der SPD.)

Jetzt noch ein weiterer Punkt, der uns durchaus wehtut: Sie haben vor, in diesem Gesetzentwurf, zu dem, was Sie schon beschlossen und durchgesetzt haben, nämlich zu den Strafgebühren für so genannte Langzeitstudierende, in Zukunft auch Studiengebühren für den Erststudiengang, für das grundständige Studium, einzuführen. Und ich sage Ihnen: In einer Zeit, in der wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die soziale Herkunft - heute Morgen hatten wir dazu eine Debatte - in Deutschland über Bildungswege und über Lebenschancen entscheidet, halten wir es nicht für machbar, nicht für gerechtfertigt und nicht für verantwortbar, in Zukunft bereits bei grundständigen Studiengängen die Möglichkeit zur Erhebung von Studiengebühren festzuschreiben. Das ist falsch, das ist sozial nicht verantwortbar und das trifft, meine Damen und Herren, das sage ich Ihnen von vornherein, auf unseren erbitterten Widerstand. Und ich gehe davon aus, dass Sie damit auch nicht durchkommen werden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich fasse zusammen: Sie wollen Studiengebühren bereits für grundständige Studiengänge einführen. Das halten wir nicht nur für nicht in Ordnung, das wird abgelehnt! Sie wollen mehr Autonomie, aber ich habe Ihnen nachgewiesen, dass es nicht mehr Autonomie gibt, sondern weniger Autonomie. Das finden wir nicht in Ordnung, das wird von uns abgelehnt! Sie wollen mehr Fremdbestimmung durch einen Universitätsrat, der rein extern besetzt ist. Das halten wir für falsch, das wird von uns abgelehnt! Sie wollen gleichzeitig eine Verschlankung und Flexibilisierung der Entscheidungsabläufe. Sie machen das Gegenteil, indem Sie zu drei Gremien noch ein viertes

hinzufügen. Das kann nur zu schwierigeren, zu langsameren und komplizierteren Entscheidungsabläufen führen. Das halten wir für falsch. Das wird von uns abgelehnt. Und ich gehe davon aus, dass es noch eine ganze Reihe anderer Gremien und Organisationen gibt, die im Laufe des Anhörungsverfahrens Ihnen deutlich machen werden, dass der Gesetzentwurf so, wie Sie ihn hier vorgelegt haben, in keiner Weise dazu geeignet ist, die hehren Ziele, die Sie formuliert haben, tatsächlich zu verfolgen und umzusetzen. Und ich hoffe doch sehr, dass Sie es anders machen als in der externen Anhörung.

Ich hoffe sehr, dass Sie sich die Mühe machen, jetzt das Anhörungsverfahren, das vor uns liegt, wirklich zu verfolgen und konstruktiv aufzunehmen. Ich hoffe sehr, dass Sie dazu bereit sind, an diesen wichtigen Punkten, die ich genannt habe, noch einiges zu verändern und es nicht so zu machen wie beispielsweise beim externen Anhörungsverfahren, wo Ihnen alleine der Senat der Universität des Saarlandes bei 50 Paragrafen mehr als 100 Abänderungsvorschläge gemacht hat. Und von diesen 100 Abänderungsvorschlägen haben Sie noch keine fünf übernommen. Meine Damen und Herren, das zeigt, welchen Stellenwert Sie den Selbstverwaltungsgremien der Universität tatsächlich einräumen. Wir werden dafür sorgen, dass diese Dinge im weiteren Verfahren und bei der weiteren Debatte des Gesetzentwurfes entsprechend thematisiert werden. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat der Abgeordnete Stephan Toscani.

Abg. Toscani (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gerne auf die Einzelpunkte eingehen, die der Kollege Gillo eben angesprochen hat. Nur, lieber Kollege Gillo, ich habe eines in Ihren Ausführungen vermisst. Wir diskutieren heute in Erster Lesung das Universitätsgesetz, das eine ganz bestimmte Richtung vorgibt, das sagt, wir wollen in Zukunft mehr Autonomie, mehr Freiheit für die Universität des Saarlandes. Und bei allem Verständnis für Einzelkritikpunkte, die Sie äußern, hätte mich schon einmal interessiert und es wäre aus meiner Sicht wichtig gewesen, dass die Opposition auch einmal sagt, ob sie die Grundrichtung, die dieses Gesetz beschreitet, nämlich mehr Staatsferne, mehr Freiheit der Universität, befürwortet oder ob sie diese Grundrichtung ebenfalls ablehnt, wie sie bestimmte Einzelpunkte ablehnt. Ich denke, das ist schon wichtig, dass Sie auch sagen, wo Sie von der Grundrichtung her stehen.

(Zuruf von der SPD: Das hat er doch gesagt!)

Das hat er so deutlich nicht gesagt. Er hat auf Widersprüche hingewiesen, die sich aus seiner Sicht stellen. Er hat gesagt, Sie wollen mehr Freiheit, aber Sie geben sie nicht. Er hat nicht gesagt, auch die SPD ist für mehr Freiheit, für mehr Staatsferne der Universität. Wenn Sie dafür sind, umso besser, dann unterstützen Sie ja im Grunde die große Richtung und die Grundlinie dieses Gesetzes.

Helmut Schmidt hat vor einiger Zeit in der "Zeit" geschrieben: Warum erlauben nicht alle Länder ihren Universitäten ein höheres Maß an Selbstorganisation und Eigenverantwortung? Warum entrümpeln nicht alle Länder ihre Landesgesetze und schaffen Freiraum für modernes Management durch die Universitäten selbst. - Das war vor gut drei Jahren. Mittlerweile geht der Trend klar in diese Richtung. Immer mehr Länder - und ich bin froh, dass auch das Saarland diesen Weg geht - geben ihren Universitäten mehr Freiraum, mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung.

Mehr Freiraum, mehr Autonomie wem gegenüber? Klar, uns gegenüber, gegenüber dem Staat! Das heißt, uns gegenüber als Landtag, als Haushaltsgesetzgeber, aber auch mehr Autonomie, mehr Freiraum gegenüber der Verwaltung, gegenüber dem Kultusministerium.

(Abg. Toscani)

Und da bewegen wir uns ja in einem klassischen Spannungsverhältnis zwischen Staat auf der einen Seite und Hochschule auf der anderen Seite, ein Spannungsverhältnis, das nie ganz in eine Richtung gelöst werden kann. Es ist gut, dass es diese beiden Pole, dieses Spannungsverhältnis gibt zwischen Freiheit der Forschung und Lehre auf der einen Seite, also dem Anspruch auf Autonomie der Universität, und auf der anderen Seite dem Anliegen des Staates, dass er als Haushaltsgesetzgeber wissen will, was mit den Mitteln, die er zur Verfügung stellt, passiert. Und das Ziel dieses Gesetzes ist klar. Es geht in Richtung mehr Freiraum von staatlicher Einflussnahme, größerer Spielraum, größere Autonomie für die Universität, also eine grundlegende Neuordnung. All das sind ja durchaus Vorstellungen, die aus den Kategorien der Wirtschaft kommen, die auch aus Vorstellungen kommen, die uns von angelsächsischen Universitäten nicht fremd sind. Aber man muss schon sagen, Freiheit und Autonomie für die Universität sind kein Selbstzweck, sondern die Frage für den Gesetzgeber, für denjenigen, der die Mittel zur Verfügung stellt, lautet ja: wofür das Ganze? Allein Rückzug des Staates, allein mehr Autonomie ist in meinen Augen kein Wert für sich, sondern man muss dann auch, wenn man ein solches Gesetz beschließt, deutlich machen, was wir uns von mehr Autonomie erhoffen und erwarten.

Wir erwarten eine effizientere Verwendung staatlicher Gelder. In Zeiten, in denen die Einnahmen zurückgehen, in denen der Staat immer weniger zur Verfügung hat, wo die Einnahmen dramatisch einbrechen, muss es uns interessieren und ist es wichtig, dass wir als diejenigen, die die Mittel zur Verfügung stellen, auch wissen, dass die Mittel möglichst gut und effizient verwendet werden. Wir erhoffen uns von weniger Staat, von weniger konkreten Eingriffen in die Universität, auch eine schnellere, eine effizientere, eine bessere, eine zielgenauere Verwendung von Mitteln. Und wenn wir sagen, die Universität soll flexibler und schneller werden, dann erwarten wir natürlich auch - mehr Flexibilität ist ja kein Selbstzweck -, dass sie damit auch leistungsfähiger und attraktiver wird, konkret, dass die jungen Leute an der Universität des Saarlandes noch besser ausgebildet werden und dass die Universität des Saarlandes in Forschung und Lehre noch bessere Leistungen erbringt. Die wichtigste Erwartung, die wir als diejenigen haben, die die Mittel zur Verfügung stellen, ist, dass die Universität ihren Beitrag leistet zum wirtschaftlichen Strukturwandel in unserem Land. Das sind Erwartungen, die man, so glaube ich, als Landesgesetzgeber haben darf. Diese Erwartungen muss man auch äußern, wenn man auf der anderen Seite mehr Freiraum gewährt.

Diese Novelle des Universitätsgesetzes entspricht in ihren Grundlinien dem, was die Novelle des Hochschulrahmengesetzes aus dem Jahre 1998 ermöglicht hat. Die Länder füllen das nun nach und nach aus. Wir sind der Meinung: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn man also A sagt und einen Globalhaushalt zur Verfügung stellt, dann muss man auch B sagen und der Führung der Universität, der Leitung der Universität, dem Präsidium, die entsprechenden Instrumentarien an die Hand geben. Nur so können die Verpflichtungen eingelöst werden, die die Universität in einer Zielvereinbarung mit dem Staat - konkret: mit dem Saarland - eingegangen ist.

Das heute beratene Gesetz ist also keine punktuelle Maßnahme, die für sich allein steht. Vielmehr fügt es sich ein in einen Weg, den wir im Jahr 1999 begonnen haben. Ziel dieses Weges ist ein größerer Freiraum der Universität in finanzieller Hinsicht, aber auch in puncto interner Instrumente, die notwendig sind, um das umzusetzen. Diese Instrumente wollen wir der Universität jetzt an die Hand geben.

Ich möchte nun auf die Kritik eingehen, die Kollege Gillo zu Einzelpunkten aufgeworfen hat. Sie sagten, das Erweiterte Präsidium sei ein überflüssiges Gremium, das mehr Probleme schaffen als lösen werde. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, ein Erweitertes Präsidium zu schaffen. Die Kritik gerade auch des Hochschulverbandes, den Sie erwähnt haben, zielt in die Richtung, das Präsidium werde zu sehr gestärkt. Es ist von daher gut, ein Erweitertes Präsidium zu haben, das zum einen schlankere Strukturen und damit schnellere Entscheidungen ermöglicht, das zum anderen aber auch - salopp formuliert - alle in der Universität mitnimmt, insbesondere auch die Fachbereiche in die Entscheidungen einbindet.

(Abg. Gillo (SPD): Hier nicht!)

Meiner Meinung nach schon. Es ist ein Kompromiss zwischen einerseits schlankeren Strukturen und schnelleren Entscheidungen und andererseits dem Versuch, möglichst alle einzubeziehen, und zwar auch die Fachbereiche und Fakultäten, die im Präsidium nicht vertreten sind.

Hinsichtlich des Universitätsrates sieht der vorliegende Gesetzesentwurf die Möglichkeit vor, dass auch Interne berufen werden können. Insoweit wird also Ihre Kritik relativiert: Es sind nicht nur Externe, sondern auch Interne, die gemäß dem Gesetzesentwurf künftig in den Universitätsrat berufen werden können.

Auch Ihre Aussagen bezüglich des Frauenbeirates, lieber Kollege Gillo, muss man richtig stellen. Sie begrüßten vorhin zwar die Einrichtung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten, kritisierten aber, der Frauenbeirat werde abgeschafft. Liest man aber die uns vorliegende Fassung des Gesetzentwurfes genauer, so kann man feststellen, dass der Frauenbeirat auch künftig eingerichtet werden kann. Das ist aber - wie bei vielem, was in diesem Gesetzentwurf angesprochen wird - eine Frage, die die Universität künftig selbst entscheidet. Wir wollen also in unserer Rolle als Gesetzgeber dem Frauenbeirat nicht vorschreiben, sehen aber die Möglichkeit vor, dass ein solcher Beirat eingerichtet wird. Möchte die Universität einen Frauenbeirat, so hat sie die Möglichkeit, ihn einzurichten.

Nun zu Ihren Argumenten betreffend Studiengebühren. Studiengebühren werden mit diesem Gesetz ermöglicht. Es gilt allerdings das schon dargelegte Argument: Wenn wir A sagen, mehr Autonomie für die Universität wollen, dann müssen wir auch B sagen und der Universität die Freiheit einräumen, Studiengebühren zu schaffen, wenn sie das möchte. Man kann Freiheit und Autonomie für die Universität nicht nur in den Punkten verlangen, die einem gefallen. Wenn man zur Auffassung gelangt ist, es sollte mehr Freiheit und Autonomie für die Universität geben, dann bitte in allen Bereichen!

Übrigens sieht der Gesetzentwurf einen Vorbehalt vor. In den Erläuterungen wird auf das laufende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht hingewiesen. Der Bund hat in sehr einseitiger Weise in die Kompetenz der Länder eingegriffen, indem er den Ländern beim Thema Studiengebühren Vorschriften machen will. Wir sind der Auffassung, dass das eine Sache ist, die die Länder selbst zu entscheiden haben. Der Bund hat die Kulturhoheit der Länder verletzt. Deshalb war es konsequent und richtig, dass das Saarland, gemeinsam mit anderen Bundesländern, vor das Bundesverfassungsgericht gezogen ist.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Verbot von Studiengebühren für das Regelstudium steht noch aus. Von dieser Entscheidung wird, worauf das Gesetz ausdrücklich hinweist, abhängen, ob es überhaupt zu der Möglichkeit, Studiengebühren einzuführen, kommen kann. Klar ist aber, dass die Einführung von Studiengebühren Sache der Universität wäre. Wenn wir mehr Freiheit und Freiraum für die Universität wollen, dann auch in puncto Studiengebühren. Daher ist es konsequent, dass wir die Einführung in die Entscheidungsfreiheit der Universität stellen.

Ich möchte noch zwei Bereiche ansprechen, die durch dieses Gesetz geregelt werden sollen, die Sie bislang aber überhaupt nicht erwähnt haben. Ziel der europäischen Bildungsminister ist es, dass Studenten in Europa mobiler werden. In der Konsequenz müssen die Leistungen, die die Studenten im Ausland erbringen, auch im

(Abg. Toscani)

Inland angerechnet werden können. Abschlüsse und Teilabschlüsse müssen also vergleichbarer gemacht werden. Dieses Ziel wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf unterstützt, indem gestufte Studiengänge und ein Leistungspunktesystem vorgesehen werden, wodurch die Übertragbarkeit-und die Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen erleichtert wird.

Daraus ergeben sich konkrete Vorteile für unsere Studenten an der Universität des Saarlandes. Ein Vorteil liegt in der größeren fachlichen und zeitlichen Flexibilität. Zudem ermöglicht die Modularisierung, dass Studenten ihre Studienziele während der Ausbildung besser steuern und auch besser verändern können. Der in meinen Augen wichtigste Punkt ist aber, dass so genannte Credit Points, im Ausland erworbene Studienleistungen also, auf das inländische Studium übertragbar sind.

Und - last, but not least - der Bereich der privaten Hochschulen. Ich wusste selbst nicht, dass es im Saarland bislang nur möglich ist, eine Fachhochschule in privater Trägerschaft zu errichten, nicht aber eine Universität. Das war bislang per Gesetz verboten, und das wollen wir ändern. Künftig sollen im Saarland auch Universitäten in privater Trägerschaft zulässig sein.

Die CDU-Fraktion trägt die Grundlinien dieses Gesetzentwurfes mit. Wie immer gilt aber, dass wir offen sind für Änderungen in Detailfragen, für Änderungen in Einzelpunkten, die im Rahmen der Anhörung zu Tage treten mögen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Gesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg der Fortentwicklung unseres Bildungssystems. Damit arbeitet sich das Saarland - wie schon im Schulbereich - auch im Hochschulbereich weiter in Richtung Exzellenz.

Wir, der Haushaltsgesetzgeber, geben viel Geld für die Universität des Saarlandes aus: 141 Millionen Euro pro Jahr. Diesen Betrag haben wir für die kommenden Jahre festgeschrieben. Das ist ein dicker Brocken. Das ist viel Geld, bedenkt man, wie viel an anderen Stellen eingespart werden muss. Das ist viel Geld, bedenkt man, wie dramatisch mittlerweile die Einnahmen des Landes - verglichen mit dem, was wir 1999 erwarten durften - eingebrochen sind: 730 Millionen Euro Mindereinnahmen verglichen mit dem, was uns im Jahr 1999 prognostiziert worden war. Stellt man in Rechnung, wie dramatisch die Einnahmen eingebrochen sind, dann kann man ermessen und schätzen, was es bedeutet, wenn wir bei der Universität keine Kürzungen machen. Und es werden ja nicht nur in diesem Jahr keine Kürzungen vorgenommen, vielmehr werden die Mittel für die Universität für die kommenden Jahre, bis ins Jahr 2007, auf hohem Niveau festgeschrieben.

Der Globalhaushalt und das neue Universitätsgesetz gehören untrennbar zusammen, sie sind zwei Seiten einer Medaille. Wir unterstützen die Anliegen dieses Gesetzentwurfes und tragen ihn mit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 12/1087 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? -Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft überwiesen ist. Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Ausführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (Drucksache 12/1092).

Zur Begründung erteile ich Herrn Abgeordneten Franz-Josef Berg das Wort.

Abg. Berg (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Bundesausbildungsförderungsgesetz sieht vor, dass auch für eine Ausbildung im Ausland Ausbildungsförderung gewährt werden kann. Für diesen Bereich der Auslandsausbildungsförderung regelt das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung, welches Bundesland das örtlich zuständige Amt bestimmt. In der bisherigen Rechtsverordnung wurde festgelegt, dass das Saarland das Amt für Auszubildende bestimmt, die eine Ausbildungsstätte in Malta, Portugal und Spanien besuchen. Für diese Länder hat die Universität des Saarlandes die örtliche Zuständigkeit. Da sich das Auslandsstudium in Spanien großer Beliebtheit erfreut, haben sich die Fallzahlen im Bereich der Auslandsförderung für dieses Land erheblich erhöht. Das Saarland war dadurch im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional mit Personal- und Sachkosten belastet und hat gemeinsam mit Bremen, das sich in einer ähnlichen Lage befand, gefordert, eine gerechtere Verteilung der Auslandszuständigkeit zu erhalten.

Mit der Neufassung der Verordnung des Bundes über die örtliche Zuständigkeit vom Januar 2004 geht die Auslandszuständigkeit für das Land Spanien mit Wirkung vom 01. April 2004 auf Baden-Württemberg über. Diese Änderung, die den Anteil des Saarlandes an der Ausbildungsförderung deutlich sinken lässt, macht eine Neufassung des Gesetzes zur Ausführung des Bafög erforderlich. Für die CDU-Landtagsfraktion bitte ich um Zustimmung und Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion - das kann ich vorweg sagen - wird in der Ersten Lesung diesem Gesetzentwurf zustimmen. Es ist einfach nicht in Ordnung gewesen, dass das Saarland auf Grund der bisherigen Verteilung der Betreuung der Auslandsstudierenden einen überproportional hohen Kostenanteil zu tragen hatte, weil es nun einmal zufällig für Spanien zuständig war, wo dann relativ viele deutsche Studierende studiert und deshalb auch Bafög bezogen haben, und das eben über die Bafög-Verwaltung des Saarlandes. Es ist gut, dass das jetzt neu verteilt wurde.

Ich möchte allerdings eines gerne dazu sagen. Es ist schön, dass wir jetzt hier einen doch namhaften Betrag in der Größenordnung von einer Million Euro einsparen. Wir erwarten allerdings als saarländische SPD-Landtagsfraktion, dass dieser Betrag, den wir bisher ausgezahlt haben für Bildungsfragen, dann umgekehrt wieder für Bildungsangelegenheiten zur Verfügung gestellt wird. Das ist eine klare Erwartung, die wir äußern. Allerdings werden wir das im Zuge des Beratungsverfahrens noch näher erläutern. In Erster Lesung stimmen wir jedenfalls zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die

(Vizepräsidentin Hollinger)

Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. - Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 12/1092 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft überwiesen ist.

Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Naturschutzes (Drucksache 12/1093).

Zur Begründung erteile ich Herrn Abgeordneten Günter Heinrich das Wort.

Abg. Heinrich (CDU):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher und bundesrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Naturschutzes. Die Umsetzung dieser Vorschriften ist ein weiterer und wichtiger Schritt in Richtung aktiver Umwelt- und Tierschutz im Saarland. Ich darf einige Anmerkungen zum Inhalt des Gesetzentwurfes machen.

Nach dem im saarländischen Naturschutzgesetz einzufügenden neuen Paragrafen 19 a bis e weist zukünftig die Oberste Naturschutzbehörde im Zusammenhang mit dem europäischen Netz "NATURA 2000" die in der Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung eingetragenen Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung entsprechend den jeweiligen Erhaltungszielen als geschützte Teile von Natur und Landschaft durch eine nach dem saarländischen Naturschutzgesetz zu erlassende Rechtsverordnung aus. Diese Ausweisungspflicht kann zukünftig nur unterbleiben, wenn ein gleichwertiger Schutz durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften dauerhaft sichergestellt ist.

§ 19 b regelt die Verträglichkeit von Projekten und Ausnahmetatbeständen. Danach sind Vorhaben und Maßnahmen innerhalb eines Gesetzes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines Vogelschutzgebietes, Eingriffe in Natur oder Landschaft sowie genehmigungspflichtige Anlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, sofern sie einer behördlichen Entscheidung, Anzeige oder Erlaubnis bedürfen, vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung zu überprüfen. Zur Beurteilung der Verträglichkeit hat der Projektträger alle zur Beurteilung erforderlichen Angaben zu machen. Ergibt diese Prüfung der Verträglichkeit des Projektes eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele oder des Schutzzweckes eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines europäischen Vogelschutzgebietes, ist das Projekt unzulässig. Es sei denn, das Projekt ist aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art notwendig, und zumutbare Alternativen an anderer Stelle sind nicht aufzeigbar.

§ 19 b nimmt weiter als Tatbestand und Rechtsfolge auf: Wenn ein vom Grundsatz her unzulässiges Projekt aus übergeordneten Gründen doch zugelassen werden soll, sind die Projektträger zukünftig zur Sicherstellung des Zusammenhangs des europäischen Schutzsystems "NATURA 2000" zu verpflichten. Über die sicherstellenden Maßnahmen sind zukünftig die Kommission und das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz und Reaktorsicherheit zu unterrichten.

Nach § 19 c ist die Verträglichkeit der Linienbestimmungen nach Bundesfernstraßengesetz sowie sonstiger Pläne und dem Landesentwicklungsplan sowie eingeschränkt bei Bauleitplänen und Satzungen nach dem gleichen Prozedere zu verfahren.

§ 19 d regelt nochmals verschärfte Anforderungen an die Zulässigkeit von nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu genehmigenden Anlagen, soweit diese in einem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder in einem europäischen Vogelschutzgebiet errichtet werden sollen, soweit diese den Schutzzweck beeinträchtigen bzw. Beeinträchtigungen nicht ausgeglichen werden können.

§ 19 e befasst sich mit dem Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften und legt fest, dass § 19 b nicht anzuwenden ist in Gebieten mit Bebauungsplänen sowie Gebieten, für die die Aufstellung von Bebauungsplänen beschlossen ist. Anwendbar bleibt § 19 b jedoch im unbeplanten Innenbereich und im Außenbereich sowie für durch Rechtsnormen geschützte Teile von Natur und Landschaft und geschützte Biotope, soweit deren Regelungen hinter den Schutzvorschriften des § 19 b zurückbleiben.

Die Paragrafen 27 bis 27 b dienen ebenfalls der Umsetzung von EU-Recht. Die Umsetzung dieses EU-Rechts erspart dem Saarland, ein eigenes Zoogesetz zu erlassen.

§ 27 legt die Begriffsbestimmungen für Tiergehege und Zoos fest und die Betreiberpflichten.

§ 27 a regelt das Erfordernis einer Betriebserlaubnis für Betrieb und Änderung eines Zoos, die Erlaubnisvoraussetzungen, die Überwachung der Erlaubnisvoraussetzungen und letztendlich das Sanktionsrecht in Bezug auf Verfehlungen beim Vollzug der Betriebserlaubnis.

§ 27 a Absatz 7 eröffnet zudem die Möglichkeit einer staatlich anerkannten Zertifizierung für Zoos. Adäquate Bestimmungen enthält § 27 b in Bezug auf sonstige Tiergehege.

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt sind mit diesem Gesetz nicht verbunden. Ebenfalls werden keine weiteren sonstigen Kosten im Bezug auf dieses Gesetz entstehen. Mit dem vorliegenden Regelungswerk wird dauerhaft für jedermann nachvollziehbar sichergestellt, dass die gemeinschaftlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Naturschutzes einheitlich in allen Mitgliedsstaaten und damit auch im Saarland anwendbar sind.

Ich bitte um Überweisung des Gesetzentwurfes an den zuständigen Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Ulrich Commerçon.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Heinrich hat dankenswerterweise den Gesetzestext noch einmal weitestgehend vorgelesen, sodass ich mich hier in meinem Redebeitrag darauf beschränken kann, die Vorgeschichte des heutigen Gesetzentwurfes etwas zu beleuchten.

Da muss ich Ihnen sagen, Herr Minister, es ist ein Armutszeugnis, dass Sie jetzt die CDU-Fraktion vorschicken müssen, um diesen Gesetzentwurf heute einzubringen. Dass dies so erfolgt, geschieht letztlich nicht aus Einsicht, sondern um neben Ihrer bisherigen Nullbilanz im Amt nicht auch noch bei der Nicht-Umsetzung von EU-Recht Vertragsstrafen zu riskieren. Das ist der einzige Grund. Insofern bleibt nur festzustellen: Dieser Gesetzentwurf ist in allererster Linie ein

(Abg. Commerçon)

Armutszeugnis für den zuständigen Minister, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD.)

Es ist im Übrigen ein ebensolches Armutszeugnis wie Ihr gesamter Umgang mit dem Saarländischen Naturschutzrecht in den letzten vier Jahren. Umso dankbarer nehme ich natürlich die Gelegenheit wahr, Ihren bisherigen Umgang mit der Novellierung des Naturschutzgesetzes in dieser Legislaturperiode anzusprechen.

Vor über zwei Jahren, Herr Minister, haben Sie den großen Wurf im Saarländischen Naturschutzrecht angekündigt. Sie haben verkündet, das modernste Naturschutzgesetz der Republik - wenn nicht Europas - schaffen zu wollen. Sie haben davon gesprochen, die Verbände stärken zu wollen und haben mehr Beteiligung zugesagt. Jetzt stellen wir fest: alles nichts gewesen. Sie greifen nicht einmal die komplette Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes auf, Sie erfüllen nicht einmal mehr als dessen Mindestmaßstäbe, die Mindestmaßstäbe natürlich dann gerade so. Sie haben die Verbände in Wahrheit in den letzten Jahren geschwächt oder zu schwächen versucht und haben im Naturschutz wichtige Beteiligungsrechte abgeschafft, andere haben Sie ignoriert. Auch das ist die Negativbilanz dieses Ministers Mörsdorf nach vier Jahren Umweltpolitik unter CDU-geführter Landesregierung.

Nach dem mittlerweile mehrjährigen internen Verfahren im Ministerium für Umwelt selbst konnten wir einen miserablen Referentenentwurf vorfinden, der im Dezember in die externe Anhörung gegangen ist. Sie haben dann - nachdem Sie selbst zwei Jahre Zeit gebraucht haben, diesen Entwurf auf den Weg zu bringen - den Verbänden doch immerhin in einem ersten Schritt vierzehn Tage Zeit gegeben, Stellung zu nehmen. Erst nach unserem und nach dem Protest zahlreicher Verbände haben Sie es dann geschafft, wenigstens eine Verlängerung dieser Anhörungsfrist über die Weihnachtsfeiertage hinzukriegen. Trotz all dieser knappsten Anhörungsfristen, die Sie den Verbänden und Organisationen zugebilligt haben, haben dann letztlich die kurz zusammengestrickten aber trotzdem soliden Stellungnahmen durchweg klar gemacht: Mit diesem Gesetzentwurf, den Sie ursprünglich vorhatten, ist Ihnen eben doch nicht der große Wurf gelungen. In Wahrheit mussten Sie eine schmerzhafte Bauchlandung hinlegen. Auch das ist ein Stück Ihrer Bilanz, Herr Minister und dafür muss heute die CDU-Fraktion mit einem Minimalentwurf in die Bresche springen.

(Beifall von der SPD.)

Es war natürlich nach diesen Stellungnahmen nur allzu richtig, dass dieser Entwurf von allen Seiten verrissen wurde. Es wurde die Notbremse gezogen, das war auch Ihr einziger Ausweg. Ich sage Ihnen nur eins, Herr Minister, mit diesem Gesetzentwurf, den wir heute vorliegen haben, diesem Minimalentwurf, versuchen Sie natürlich von alledem abzulenken, was in den letzten zwei Jahren im Zusammenhang mit der Novelle des Saarländischen Naturschutzgesetzes passiert ist. Dass Sie mit diesem Gesetz auf Zeit spielen wollen, werden wir nicht zulassen, wir werden dieses Thema nicht aus der öffentlichen Debatte heraushalten. Wir werden auch in den nächsten Wochen und Monaten über die notwendige Novelle des Naturschutzgesetzes reden. Der heutige Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, ist ein untauglicher Versuch der Mehrheitsfraktion, davon abzulenken und nur noch das absolut Notwendige zu regeln, was das EU-Recht ohnehin vorschreibt. Weil das ohnehin vorgeschrieben ist, wird die SPD-Fraktion sich natürlich heute in der Ersten Lesung bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf enthalten.

Aber, Herr Minister, Sie stehen im Wort, und wir erwarten von Ihnen in Kürze einen überarbeiteten und soliden Entwurf der von Ihnen geplanten Novelle hier im Hause. Ein Rückzug, ein Spiel auf Zeit, um sich vor klaren Aussagen zu drücken - und dieser Verdacht entsteht mittlerweile immer stärker -, wäre ein eindeutiges wahltaktisches

Manöver. Die Saarländerinnen und Saarländer können mit gutem Recht von Ihnen erwarten, dass sie vor der Landtagswahl erfahren, welche Pläne Sie in Wahrheit im Naturschutzgesetz verfolgen. Darauf werden wir achten und dabei erwarten wir auch klare Aussagen Ihrerseits zu den Inhalten. Wir sind bereit, den Saarländerinnen und Saarländern reinen Wein einzuschenken. Ich fordere Sie auf: Tun Sie das Gleiche auch vor dem 05. September, Herr Minister.

Ich will zu den Eckpunkten etwas sagen. Erstens haben Sie in Ihrem ursprünglichen Entwurf eine extreme Schwächung des Naturschutzes im Saarland vorgesehen, durch die Auflösung der Unteren Naturschutzbehörden, durch die Aufgabe der differenzierten Struktur der Naturschutzbeiräte und durch die Abwertung der Naturschutzbeauftragten. All das, kann ich Ihnen jetzt schon sagen, wird die SPD-Fraktion in diesem Haus nicht hinnehmen, und das werden die Verbände und Organisationen, der Städtenund Gemeindetag und die Kommunen in diesem Land nicht hinnehmen. Sie wissen genau, da werden Sie erheblichen Widerstand bekommen, mehr als Sie bisher erlebt haben. Machen Sie sich da auf einen heißen Ritt gefasst, das kann ich Ihnen heute schon ankündigen, Herr Minister.

Zum Zweiten: Der von Ihnen geplante Naturschutzbürokratismus, mit 59 neu zu schaffenden Behörden und damit verbunden unabsehbaren Kosten für die Kommunen, ist unerträglich.

Zum Dritten: Ihre Planungen, den Naturschutz zum Willkürakt des Ministeriums und eines zentralen Landesumweltverwaltungsamtes - so die Aussage des zuständigen Abteilungsleiters immer wieder in der Öffentlichkeit - zu degradieren, ist der Sache nicht angemessen. Ebenso die Ausweisung von Naturschutzgebieten oder der Biosphärenregion dem Umweltministerium allein vorzubehalten - ohne nähere Beteiligung des Parlamentes, ohne Beteiligung der Kommunen und Verbände. Auch das, meine Damen und Herren, werden wir so nicht hinnehmen.

Was die Verwaltungsstrukturen angeht, sagen wir: Es ist ein Hohn, Herr Minister - jetzt ist die Innenministerin schon wieder weg, sie verzieht sich immer, wenn wir zu diesem Thema kommen.

(Zurufe von der CDU: Sie sitzt doch hier!)

Entschuldigung, sie sitzt da, vielleicht hört sie dann auch mal zu. Ich danke für den Hinweis. Das ist ein Hohn, dass die Innenministerin für mehrere 100.000 Euro ein Gutachten zur Neuordnung der Verwaltungsstrukturen im Saarland in Auftrag gibt, dieses Gutachten aber erst am Tag nach der Wahl veröffentlicht werden soll. Das ist der erste Punkt.

Ein Hohn ist weiterhin, dass parallel zu diesem Gutachten bereits die politische Absicht festgeklopft wurde - und das ergibt sich ja aus den Gesetzentwürfen, die im Hause des Umweltministers gebastelt werden -, bisher gut funktionierende Strukturen zu zerschlagen. Sie haben das bei der LBO schon durchgeführt, Sie wollen das auch beim Denkmalschutzgesetz durchsetzen - da haben wir heute Abend die Gelegenheit, in einer Podiumsdiskussion darüber zu diskutieren. Jetzt machen Sie doch wenigstens an dieser Stelle einen Rückzieher. Auch da, Herr Minister, können die Menschen im Lande einfach von Ihnen erwarten, dass Sie klar Stellung nehmen, wie Sie sich diese Strukturen in Zukunft vorstellen. Ansonsten, das muss auch ganz klar gesagt werden, kann die Innenministerin eigentlich heute schon das Gutachten - das überhaupt erst im Anfangsstadium der Bearbeitung liegt - in den Papierkorb werfen, und das wäre dann wirklich rausgeschmissenes Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD.)

Eine zweite Orientierungsmarke muss natürlich das Bundesnaturschutzgesetz sein, das im internationalen Vergleich wirklich vorbildlich ist - ich glaube, das wird von Ihnen auch nicht bestritten -,

(Abg. Commerçon)

daran haben wir uns zu orientieren. Allerdings nicht, wie Sie das ursprünglich in Ihrem gescheiterten Entwurf vorgesehen haben, am untersten Level der Möglichkeiten, die das Bundesnaturschutzgesetz gibt, sondern unter Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens, im Sinne eines wirklich umfassenden Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen - genauso wie der Bundesgesetzgeber das vorgesehen hat, wie das die Verbände fordern und wie das auch der Sache angemessen ist.

Zum Dritten, was die Beteiligung und Beiräte anbetrifft. Sie haben in dieser Legislaturperiode, Herr Minister, bereits einige Beiräte abgeschafft. Die Neuregelung - das haben Sie immer in dem Zusammenhang versprochen - würde im Rahmen der Novelle des Saarländischen Naturschutzgesetzes noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. Bereits damals - ich erinnere mich gut daran, ich habe das noch mal nachgelesen - habe ich immer wieder darauf hingewiesen, was jetzt auch mit der heutigen Einbringung dieses Minimalentwurfes bestätigt wird: Es war ein einziges Täuschungsmanöver. Sie haben die Beiräte, die abgeschafft wurden, jetzt ersatzlos für diese Legislaturperiode abgeschafft. Es ist auch ganz klar - und ich glaube, das haben die Verbände in den letzten Wochen und Monaten bemerkt -: Demgegenüber steht die SPD-Fraktion zu einer differenzierten Beiratsstruktur statt ihres Mammutbeirats. Die SPD steht ganz klar zu einer Stärkung der Beiräte und deren Möglichkeit, sich von sich aus mit Themen und Tagesordnungspunkten zu befassen und eine eigenständige Einberufung der Beiräte zu ermöglichen.

Ich habe es eben bereits gesagt, wir werden uns in der heutigen Abstimmung enthalten, weil in diesem Gesetzentwurf zwar nichts Falsches steht, aber wir können nicht zustimmen, denn es ist ganz klar, dieser Gesetzentwurf ist völlig unzureichend. Auch hier, Herr Minister, muss ich abschließend feststellen: Ihre Bilanz ist mit diesem Gesetzentwurf nicht nur gleich null, sondern sie befindet sich mittlerweile sogar im Minusbereich. Sie sind als Minister überfordert. Auch das zeigt der heutige Tag wieder. Sie sind gescheitert. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 12/1093 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Umwelt ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt überwiesen ist.

Wir kommen zu den Punkten 11 und 15 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung des Saarlandes (Drucksache 12/1071).

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Saarländische Landesverfassung überprüfen und fortentwickeln - sorgsamen Umgang mit der Verfassung weiter gewährleisten (Drucksache 12/1097).

Der Antrag der SPD-Landtagsfraktion ist in der letzten Sitzung vertagt worden. Zur Begründung dieses Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Petra Scherer das Wort.

Abg. Scherer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 20. November 1989 wurde die Konvention über die Rechte des Kindes, die so genannte UN-Kinderrechtskonvention, von der Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig beschlossen. Ziel der Konvention war und ist es, weltweit die Rechte der Kinder zu stärken und für bessere Lebensbedingungen der jungen Generation zu sorgen. Mittlerweile haben über 191 Staaten das Übereinkommen unterzeichnet. In Deutschland ist die UN-Kinderrechtskonvention seit dem 05. April 1992 in Kraft. In den Artikeln 3 und 4 des Übereinkommens verpflichten sich die Vertragsstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Kinderrechte zu verwirklichen und die Bedingungen zu verbessern, unter denen junge Menschen aufwachsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in fast allen Bundesländern sind die Kinderrechte mittlerweile explizit in den Landesverfassungen verankert. Zuletzt haben Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern ihre Verfassungen entsprechend novelliert. Das Saarland ist eines der wenigen Bundesländer, wo dies noch nicht geschehen ist. Deshalb starten wir heute diese parlamentarische Initiative zur Aufnahme von Kinderrechten in die saarländische Verfassung.

(Beifall bei der SPD.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Aufnahme von Kinderrechten in die saarländische Verfassung wollen wir erreichen, dass die Wertschätzung von Kindern und ihr gesellschaftlicher Stellenwert erhöht wird. Kinder müssen in unserer Gesellschaft als Träger eigener Rechte und als eigenständige Persönlichkeiten stärker anerkannt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte am 20. November letzten Jahres - am Tag der Kinderrechte - Vertreter von Kirchen, Jugendverbänden und anderen Institutionen zu einer Anhörung zu diesem Thema in den saarländischen Landtag eingeladen. Dabei wurde unser Vorhaben, den Rechten von Kindern im Rahmen einer Verfassungsnovellierung mehr Gewicht zu verleihen, von allen Anwesenden sehr positiv beurteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenngleich es der jungen Generation in Deutschland weitaus besser geht als in vielen Teilen der Welt, so sind wir doch von einer kinderfreundlichen Gesellschaft weit entfernt. Auch eine von materiellem Wohlstand geprägte Welt ist nicht automatisch eine, in der es den Kindern gut geht und in der ihre Rechte geachtet werden. Fast täglich wird in den Medien über sexuelle Übergriffe auf Kinder oder über andere Formen von Gewalt an Kindern und Jugendlichen berichtet. Kinder sind häufig auch so genannter struktureller Gewalt ausgesetzt, weil ihre Interessen und Bedürfnisse - insbesondere zum Beispiel bei der Stadtund Verkehrsplanung - nicht ausreichend berücksichtigt werden und daher ihr Lebensumfeld nicht kindgerecht gestaltet ist. Kinder sind in unserer reichen Gesellschaft immer noch ein Armutsrisiko. Rund eine Million Kinder in Deutschland leben von Sozialhilfe und erfahren täglich, was es heißt, nicht "mithalten" zu können. Im Saarland sind über 16.500 Kinder auf Sozialhilfe angewiesen. Zahlen, die uns sehr nachdenklich machen sollten.

In Deutschland haben zwar alle Kinder Zugang zu Kindergarten und Schule, verschiedene Studien haben aber gezeigt, dass es in Deutschland immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängt, welche Schulbildung ihre Kinder erhalten. Von einer Chancengleichheit im Bildungswesen kann daher keine Rede sein. Wir haben heute Morgen ausführlich über das Thema Bildung diskutiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Beispiele dieser Art lassen sich fortführen. Sie zeigen, dass auch in Deutschland die Verwirklichung der Kinderrechte noch lange nicht erreicht ist. Der Fall des 14-jährigen

(Abg. Scherer)

Mädchens, das im Saarland in Abschiebehaft war, zeigt, dass auch bei uns Kinderrechte mit Füßen getreten werden.

In der Verfassung des Saarlandes ist bisher nur in Artikel 24 Absatz 2 die verfassungsrechtliche Sicherung des Kindeswohls festgeschrieben. Artikel 25 sichert den Schutz der Jugend vor Ausbeutung und Verwahrlosung. Kinderrechte werden in unserer Verfassung aber nicht explizit genannt. Diese Lücke wollen wir schließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Landesverfassung soll daher festgeschrieben werden, dass jedes Kind das Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit hat, auf gewaltfreie Erziehung, auf Schutz vor Vernachlässigung, und dass dafür Sorge getragen wird, dass die Kinderrechte geschützt und gefördert werden und dass kindgerechte Lebensbedingungen geschaffen werden. So oder so ähnlich ist es in vielen Länderverfassungen formuliert. In Nordrhein-Westfalen hat man darüber hinaus in der Verfassung festgeschrieben, dass jungen Menschen die Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu sichern sei. Die Verfassungsänderung von Nordrhein-Westfalen mit der Aufnahme von Kinderrechten gilt für viele als vorbildlich. Vielleicht sollten wir diese Überlegungen auch bei uns berücksichtigen.

Mit der Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung wird deutlich, dass Kinder nicht nur besondere Schutzrechte haben, sondern dass ihnen gewisse Anspruchsrechte zustehen: dass sie zum Beispiel das Recht haben, nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert zu werden. Dazu gehört mit Sicherheit die Verpflichtung, ihnen mehr Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Kinder und Jugendliche ernst nehmen heißt, nicht über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Sicht der Dinge einzubringen. In der Anhörung, die wir durchgeführt haben, wurde es von vielen Beteiligten als sinnvoll erachtet, das Partizipationsrecht von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich in die Verfassung mit aufzunehmen. Auch darüber lohnt es sich nachzudenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Recht auf gewaltfreie Erziehung wurde auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 durch eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches bereits auf bundesrechtlicher Ebene festgeschrieben. Mit der beabsichtigten Verankerung in der Landesverfassung wollen wir ausdrücklich betonen, dass Kinder das Recht haben und von ihren Eltern verlangen können, ohne jegliche Form von Gewalt aufzuwachsen. Damit setzen auch wir ein Zeichen gegen Gewalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind uns durchaus bewusst, dass eine Verfassungsänderung alleine die Situation junger Menschen und ihrer Lebenswirklichkeit nicht verbessert. Aber in einer Verfassung werden die Staatsziele festgeschrieben. Die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung des Saarlandes ist somit eine Verpflichtung, die Bedürfnisse und Interessen von Kindern stärker zu berücksichtigen und die Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern in unserem Land zu verbessern. Die Achtung der Kinderrechte muss daher in allen Politikbereichen von der Bildungs- und Familienpolitik bis hin zur Umwelt-, Verkehrs- oder auch Innenpolitik zur Richtschnur unseres konkreten politischen Handelns werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde den Eindruck nicht los, dass Kinderpolitik in den letzten Jahren von der CDU-Landesregierung etwas stiefmütterlich behandelt wurde. Unter der früheren SPD-geführten Landesregierung gab es einmal den Slogan "Saarland - Kinderland".

(Zurufe von der CDU.)

In anderen Bundesländern werden große Kampagnen für Kinder gestartet, zum Beispiel, wenn es um Partizipationsmöglichkeiten

geht oder um kinderfreundliche Kommunen. Bei uns im Land gibt es keine derartigen Initiativen oder Kampagnen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe den Eindruck, dass im "Aufsteigerland Saarland" Kinderpolitik keine Rolle mehr spielt. Vielleicht können wir zumindest ein halbes Jahr vor Ende der Legislaturperiode gemeinsam noch ein positives Signal an die jungen Menschen im Land senden.

(Beifall bei der SPD.)

Wir bringen heute hier ganz bewusst keine Verfassungsänderung ein, sondern einen Entschließungsantrag. Um eine Verfassungsänderung herbeizuführen, benötigen wir eine Zweidrittel-Mehrheit, dies ginge also nur gemeinsam. Es besteht ja auch in diesem Hause Konsens, in der nächsten Legislaturperiode die Verfassung zu novellieren. Mit dem heutigen Antrag wollen wir erreichen, dass von diesem Hohen Hause ein politisches Signal ausgeht, eine politische Willensbekundung, dass wir die Kinderrechte in unserem Land stärker schützen und fördern wollen. Mein Wunsch ist, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen und eine entsprechende Verfassungsänderung angehen zum Wohle der jungen Generation in unserem Land. Wir wollen heute hier eine inhaltliche Diskussion führen und keine formale, wie Ihr Antrag vermuten lässt. Anscheinend ärgert es Sie, dass wir das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben und nicht Sie. Diesen Eindruck werde ich nicht los, wenn ich Ihren Antrag lese.

(Beifall bei der SPD.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim letzten Weltkindergipfel im Mai 2002 in New York haben Kinder gefordert: Wir sind nicht die Zukunft, wir sind jetzt schon da. Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam daran arbeiten, dass Kinder den Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten, der ihnen zusteht. Die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung des Saarlandes ist dazu zwar ein kleiner, aber ein wichtiger Schritt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Gisela Rink das Wort.

Abg. Rink (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren über den zweiten heute von der SPD eingebrachten Antrag zur Änderung der saarländischen Verfassung, dies alles an einem Tag. Es gibt noch mehrere Anträge zur Änderung der saarländischen Verfassung. Aber alleine in einer Plenarsitzung haben wir zwei vorliegen. Ich erinnere an die Bildungsdebatte am heutigen Morgen in diesem Hause. Mittlerweile habe ich wirklich den Eindruck, dass Sie sehr locker mit Verfassungsänderungen umgehen und dass das für Sie schon beinahe zum Tagesgeschäft gehört.

(Abg. Gillo (SPD): Wie kommen Sie denn darauf? Das ist unglaublich.)

Ich muss hier klar feststellen: Das ist für die CDU nicht der Stil, wie wir mit der saarländischen Verfassung umgehen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 wurde durch das Gesetz Nr. 1438 vom 25. August 1999, also vor fast fünf Jahren, zuletzt geändert. Vorausgegangen war über drei Jahre hinweg die Arbeit einer Enquetekommission. Als Verfassung bezeichnen wir die Grundordnung eines politischen Gemeinwesens. Die saarländische

(Abg. Rink)

Verfassung ist die Grundordnung unseres Bundeslandes. Sie gilt vor und über allem anderen staatlich geschaffenen Recht. Sie legt die Grundstruktur und die politische Organisation unseres Staates fest. Sie regelt das Verhältnis und die Kompetenzen der Staatsgewalten untereinander und sie enthält die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger. Eine Verfassung ist immer auch Ausdruck der Werte und Normen, auf denen ein Gemeinwesen beruht, und bildet den Rahmen für das menschliche Zusammenleben in einem solchen Gemeinwesen.

Ich erlaube mir bewusst diese Erläuterungen, um nochmals zu verdeutlichen, dass es hier nicht um irgendeinen Änderungsantrag geht, sondern um eine Verfassungsänderung. Dieser geht ein verfassungsänderndes Gesetz voraus, das sich durch erschwerte Bedingungen gegenüber der einfachen Gesetzgebung unterscheidet. Im Unterschied dazu ist - Sie haben es angesprochen, Frau Kollegin - die Zustimmung von zwei Dritteln der Gesamtmitgliederzahl des saarländischen Landtages erforderlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war in diesem Hohen Haus in den vergangenen Jahren immer ein guter Brauch, Verfassungsänderungen nicht mit Anträgen einzubringen, sondern in einem der Sache angemessenen Verfahren, nämlich in vorausgehenden Abstimmungsgesprächen zwischen den Fraktionsspitzen. Die letzten Verfassungsänderungen wurden durch die Bildung einer Enquetekommission vollzogen. Dies erachten wir als CDU für ein geordnetes Verfahren, und insofern kann ich Ihre Anträge nicht nachvollziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Von Seiten der CDU-Fraktion, Herr Fraktionsvorsitzender, steht das Angebot eines geordneten Verfahrens, wie es auch der Wertschätzung unserer Verfassung und auch dem Anliegen entspricht. Ich hoffe wirklich, dass die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion sich noch entschließen können, unserem Antrag zuzustimmen - dazu habe ich eben in Ihrer Rede allerdings nichts gehört, Frau Kollegin -, um ein gemeinsames Vorgehen zu beschließen.

(Abg. Maas (SPD): Worüber reden wir denn hier überhaupt?)

Wenn Ihre Zustimmung von meiner Rede abhängig ist, Herr Kollege Maas, muss ich Ihnen Folgendes sagen. Das macht auch deutlich, welche Wertschätzung Sie der saarländischen Verfassung und den Anträgen beimessen, wenn Sie es hier einfach nur von meiner Rede abhängig machen. Der Antrag liegt Ihnen vor und die Abstimmungsgespräche haben schon längst stattgefunden.

(Zurufe von der SPD und teilweise Heiterkeit.)

Ich bin zwar von meinen Reden überzeugt, aber dass das wirklich jetzt nur davon abhängig sein soll, überrascht mich. Normalerweise geben Sie vorher bekannt, wie Ihr Abstimmungsverhalten ist. - Sie fragen, worüber wir reden. Wir reden hier nicht über irgendeinen Antrag, wir reden hier über eine Verfassungsänderung. Ich denke, dann sollte dies auch einen anderen Stil haben und eine andere Vorgehensweise, als das sonst bei Anträgen in diesem Hohen Haus der Fall ist. Ich bitte also darum, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir ein gemeinsames Vorgehen beschließen können, insbesondere wenn Ihnen wirklich die Aufnahme der Kinderrechte in die saarländische Verfassung ein ernsthaftes Anliegen ist. Der Antrag der SPD-Fraktion ist lediglich eine Absichtserklärung ohne jegliche Substanz.

(Beifall bei der CDU.)

Er ist reine Polemik, denn Sie wissen auch, dass erstens in dieser Legislaturperiode ein geordnetes Verfahren zur Verfassungsänderung nicht mehr durchführbar ist. Zum Zweiten ist eine Enquetekommission ein Gremium, das sich mit Verfassungsänderungen befasst. Und diesem Gremium sollten und können wir keine Vorgaben machen. Dies sollte uns allen bewusst sein, wenn wir hier über das Verfahren und über Ihren Antrag sprechen. Der CDU-Vorschlag besagt klar, dass wir eine Enquetekommission in der nächsten Legislaturperiode bilden, dass wir den Änderungsbedarf sammeln mit dem Ziel, eine Verfassungsänderung aus einem Guss zu machen. Ich hoffe, dass wir Sie für dieses Verfahren gewinnen können, wenn es Ihnen wirklich um ein ernsthaftes Anliegen geht.

Das bezweifele ich aber ein wenig und glaube vielmehr, dass es Ihnen nur um reine Polemik geht. Frau Kollegin Scherer, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Kinderpolitik habe bei dieser Landesregierung keinen Stellenwert, und darauf hingewiesen, dass zu Ihrer Regierungszeit ein Transparent am Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales hing mit der Aufschrift "Saarland - Kinderland". Wenn das alles war, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich eines sagen: Ich verzichte gerne auf ein Transparent, das an irgendeinem Haus hängt, und erfülle dafür Kinderpolitik mit Leben. Und Kinderpolitik wird in diesem Land mit Leben erfüllt. Das haben wir auch heute Morgen angesichts der Bildungspolitik ganz klar und deutlich erörtert und dargestellt. Ich erspare mir jetzt, Ihnen das noch einmal zu wiederholen.

(Beifall bei der CDU.)

Ein zweites. Wenn Sie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ansprechen, dann schauen Sie doch in die Broschüre hinein, die vom Ministerium in Zusammenarbeit mit den kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten aufgelegt wurde.

(Zuruf der Abgeordneten Scherer (SPD).)

Vergleichen Sie doch einfach einmal, in welchen CDU-Kommunen Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein Thema ist. Vergleichen Sie es vielleicht auch mit SPD-geführten Kommunen. Schauen Sie doch einmal hin, wie kommunale Kinderpolitik im Land aussieht. Aber an und für sich sehe ich es heute nicht als Thema, dass wir hier die Kinderpolitik im kleinsten bis ins Detail erläutern. Ich möchte Ihnen nur ganz klar und deutlich sagen: Ein Slogan, ein Transparent ist nicht wichtig. Wichtig ist der Inhalt. Inhaltlich braucht sich diese Landesregierung im Bereich Kinder- und Jugendpolitik nichts vorwerfen zu lassen. Das haben wir in der Haushaltsdebatte gezeigt. Das haben wir auch in anderen Diskussionen schon mehrmals bewiesen.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zur Sache machen. Sinn der Aufnahme von Kinderrechten in der Verfassung ist vor allem eine grundsätzliche gesellschaftliche Werteentscheidung. Sie verpflichtet Staat und Gesellschaft, die Belange von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen. Es geht also um eine grundlegende Stellung von Kindern in ihrer Rechtsordnung. Dreh- und Angelpunkt ist die Subjektstellung des Kindes, die in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 - Sie haben es hier erläutert - zweifelsfrei festgestellt wird. Das Kind wird als Rechtssubjekt gesehen und wird nicht nur als Objekt der Erziehung in der Verfassung verankert. Analog dazu könnten wir uns auch an die Kindeschaftsrechtsreform erinnern, die ja auch die Rechte des Kindes gegenüber den Rechten der Eltern gestärkt hat. Nicht mehr der Vater oder die Mutter haben das Recht, ihr Kind zu sehen, sondern das Kind hat das Recht, seine Eltem kennen zu lernen und mit ihnen Kontakt zu haben.

Kinderrechte in der Verfassung verbessern natürlich auch darüber hinaus die Position all derer, die sich für die Interessen von Kindern einsetzen, und unterstützen sie bei der Bekämpfung kinderfeindlicher Vorhaben. Die Anerkennung des Kindes als Träger eigener Rechte ist Ausdruck für einen tief greifenden Wandel im Verhältnis der Erwachsenen zu den Kindern. Hier zeigt sich auch der Übergang zu einem neuen Generationenverhältnis. An die Stelle der Unterordnung

(Abg. Rink)

des Kindes unter den Willen und die Macht der Eltern tritt eine Beziehung auf der Basis gleicher Grundrechte. Ich denke, in der Sache sind wir da gar nicht weit auseinander. Sie haben ja auch schon erwähnt, dass andere Bundesländer diese Novellierung ihrer Verfassung schon vorgenommen haben.

Ich kann Ihnen allerdings auch dazu sagen: Die Position der Bundesregierung ist eine andere. Vielleicht lesen Sie es einfach einmal im Internet nach. Ich möchte auch, weil Sie Nordrhein-Westfalen angesprochen haben, kurz eine Presseerklärung des Deutschen Kinderschutzbundes anlässlich der Änderung der Verfassung in Nordrhein-Westfalen verlesen. Dabei ist ein Satz sehr interessant. "Besondere Anerkennung verdient das gemeinsame Bestreben aller Fraktionen, Kinderrechte in der Verfassung zu verankern."

Das heißt, es war ein völlig anderes Vorgehen in Nordrhein-Westfalen als Ihr Verfahren hier. Vor allem da Sie jetzt auch noch mit Vorwürfen gegenüber der Landesregierung kommen in Richtung Saarland Kinderland und dass die Kinderpolitik negativ wäre. Wenn wir ernsthaft diskutieren, Frau Kollegin, dann werden Sie mir Recht geben: Eine Verfassungsänderung wird die Situation der Kinder direkt vor Ort in diesem Land nicht verändern, denn die Situation der Kinder in Nordrhein-Westfalen ist auch nicht lediglich durch eine Verfassungsänderung besser geworden.

Deshalb noch einmal zurück. Ich appelliere an Sie, an die SPD-Fraktion. Wenn es Ihnen ein ernsthaftes Anliegen ist und Ihnen die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung wichtig ist, dann legen Sie Ihren Antrag zur Seite oder ziehen Sie ihn zurück und stimmen Sie unserem Antrag zu,

(Zuruf von der SPD: Ja)

denn nur er bietet die Möglichkeit, ein geordnetes Verfahren durchzuführen,

(Zuruf von der SPD: Ah)

vor allen Dingen ein Verfahren - ich betone das ausdrücklich -, wie es wirklich einer Verfassungsänderung angemessen ist. Die CDU-Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen

(Zuruf von der SPD: Ah. - Sprechen bei der SPD)

- ich habe Ihnen das bereits erläutert -, da er lediglich eine Absichtserklärung darstellt,

(Zuruf von der SPD)

die keine Umsetzung erfährt und auch keine Umsetzung erfahren kann, zum einen wegen des Auslaufens der Legislaturperiode - das heißt, da hätten Sie ein bisschen früher kommen müssen - und zum anderen, weil die Enquete-Kommission nicht an eine Absichtser-klärung gebunden ist. Auch das habe ich Ihnen bereits erläutert.

Wenn es Ihnen um die Sache geht, wenn Sie wirklich die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung wollen und es nicht nur reine Polemik ist, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Lassen Sie uns in der nächsten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission bilden, die ordnungsgemäß mit diesen Dingen umgeht. Dann werden wir die gemeinsamen Anliegen wahrscheinlich positiv begleiten und umsetzen können. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1071 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1071 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1097 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu den Punkten 12 und 13 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: TGV/ICE-Strecke Saarbrücken-Mannheim wie geplant ausbauen - Bund muss Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur aufrechterhalten (Drucksache 12/1073),

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Voraussetzungen für Anbindung an ICE/TGV im Lande schaffen - Verkehrspolitik für die Zukunft ist Standortsicherung (Drucksache 12/1077).

Auch diese Anträge sind von der letzten Sitzung auf diese Sitzung vertagt worden. Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Anke Heimes das Wort.

Abg. Heimes (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Übereinstirmmend mit der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich des 53. deutsch-französischen Gipfels am 19. und 20. April 1989 wurden mit der Vereinbarung von La Rochelle 1992 die Weichen für einen durchgehenden Eisenbahnhochgeschwindigkeitsverkehr zwischen den beiden Ländern gestellt. Das deutsch-französische Eisenbahnhochgeschwindigkeitsnetz soll über Saarbrücken und Straßburg verbunden werden. Somit waren auch die Weichen für die Anbindung des Saarlandes an das transeuropäische Hochgeschwindigkeitsnetz gestellt.

Ziel war es auch, eine Verbesserung des Güterverkehrs zu erreichen. Gleichzeitig sollte eine erhebliche Verbesserung der Fahrzeit zwischen München und Paris sowie Frankfurt und Paris erreicht werden. Im weiteren Ausbau sollte die Verbindung der beiden Hauptstädte Berlin und Paris so bald wie möglich in der kürzest möglichen Fahrzeit geschehen.

In Artikel 4 ist die vertragliche Gestaltung der Ausbaumaßnahmen mit 200 Kilometer pro Stunde festgelegt. In Artikel 6 verpflichten sich die Vertragsparteien zur zeitlich gleichrangigen Anhebung der Geschwindigkeit. Durch das herausragende Handeln zweier großer Europäer - Helmut Kohl und seinem französischen Amtskollegen François Mitterand - und der anschließenden Vereinbarung, welche von den beiden Verkehrsministern der Länder unterzeichnet wurde, wurde das Saarland in das Blickfeld europäischen Handelns gerückt. Ich habe dies alles an den Anfang meiner Rede gestellt, um deutlich zu machen, welch große Verpflichtung mit dieser Vereinbarung auch Deutschland eingegangen ist und welche Bedeutung dies für unser Saarland hat.

Wieder einmal aufgeschreckt durch einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung muss sich das Saarland erneut gegen diese rotgrüne Bundesregierung zur Wehr setzen. Bedingt durch die Einnahmeausfälle bei der Lkw-Maut ist in diesem Artikel die Rede davon, dass der Ausbau des Anschlussstückes auf deutscher Seite zwischen Saarbrücken und Mannheim auf Geschwindigkeiten von 200 Kilometern pro Stunde ungewiss sei. Die Überlegungen gingen dahin, dies zeitlich zu strecken. Unklar ist auch, ob die Mittel für den Ausbau zur Verfügung stünden. Es wird argumentiert, dass die

(Abg. Heimes)

Anschlussstrecke Saarbrücken-Mannheim fast durchgängig mit 160 Kilometern pro Stunde befahren werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wieder einmal ist der französische Nachbar vom Handeln dieser rot-grünen Bundesregierung enttäuscht.

Wieder einmal wurde Vertrauen zwischen beiden Ländern zerstört. Die Verärgerung der französischen Nachbarn ist insbesondere auch deshalb gut nachvollziehbar, weil der Ausbau in Frankreich wesentlich schneller vorangeschritten ist. Es wird auch auf die dort vorgenommenen großen Investitionen und die Pachtabgaben verwiesen, die die SNCF für die neue Strecke zu zahlen hat. Offenbar hat der französische Nachbar aber auch ein anderes Bewusstsein als die rot-grüne Bundesregierung, was die Bedeutung solcher Verträge angeht.

Minister Georgi hat in einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Stolpe vom 11. Februar 2004 sofort reagiert und auf die Bedeutung dieses Projektes hingewiesen. Er hat auch darauf aufmerksam gemacht, dass bei den 81. deutsch-französischen Regierungskonsultationen im September 2003 die deutsche und die französische Regierung erklärt haben, dass der erste Bauabschnitt in Frankreich zwischen Paris und Baudrecourt im Juli 2007 fertig gestellt und zeitgleich der Ausbau der Verbindung durch das Saarland abgeschlossen werde. Auf französischer Seite werden die Bauarbeiten seit Januar 2002 mit einer Investitionssumme von zirka 3,5 Milliarden Euro vorangetrieben. Auf deutscher Seite ist hingegen die Finanzierung der zweiten Baustufe, bei der es um erheblich geringere Beträge geht, immer noch ungesichert. Des Weiteren weist Minister Georgi in dem von mir erwähnten Brief auf die wirtschaftlichen Folgen eines Investitionsrückgangs für die Deutsche Bahn AG und die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hin.

Herr Minister Dr. Georgi hatte bereits zu Zeiten, als er noch Hauptgeschäftsführer der IHK war, das Projekt "TGV/ICE" nachhaltig gefordert. Er hat auch in Person des saarländischen Wirtschaftsministers seine Möglichkeiten konsequent genutzt. Ich zitiere in diesem Zusammenhang einen Artikel von Thomas Sponticcia aus dem Wirtschaftsteil der Saarbrücker Zeitung vom 21. Juni 2003: "Eine möglichst attraktive Verkehrsinfrastruktur gehört zwingend zu einem Standort, der für ansiedlungswillige Unternehmen und Tourismus attraktiv sein will. Daran wird in der Grenzregion Saarland-Lothringen-Luxemburg immer konsequenter gemeinsam gearbeitet. Die Erkenntnis setzt sich zunehmend durch, dass Ansiedlungsqualität und Wohlstand nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi hat diese Gemeinsamkeit schon in seiner Zeit als IHK-Hauptgeschäftsführer angemahnt und damals bereits konsequent umgesetzt, wo es ging. Jetzt als saarländischer Wirtschaftsminister hat er noch mehr Möglichkeiten, Verbündete für die gemeinsame Sache zu suchen, und das tut er." So Thomas Sponticcia. Weiter wird ausgeführt, dass es Minister Georgi vor allem auch um den strategischen Unterbau der ICE/TGV-Verbindungen ging, in erster Linie um den Ersatz für die Interregio-Verbindungen zwischen Saarbrücken und Mannheim nach dem Jahr 2002. Bis Ende 2002 waren diese Relationen durch die Verträge des Saarlandes mit der Deutschen Bahn AG gesichert. Die Saar-Regierung strebt eine im Stundentakt befahrene Anbindung an den Rhein an, um den Wirtschaftsstandort Saarland nicht von den großen Bahnlinien abzukoppeln.

Auch Hartmut Mehdom hat eindeutige Worte für das Projekt "TGV/ICE" gefunden. Er sagte unter anderem: "Es ist eine unserer ganz wichtigen Ost-West-Verbindungen. Man muss das System ganzheitlich sehen. Wir bauen gerade zusammen mit allen europäischen Bahnen eine europäische Transversale auf. Der ICE/TGV ab 2007 wird zu einer starken Aufwertung der gesamten Region Südwestdeutschland führen. Außerdem bekommen die Franzosen mit der Verbindung über Saarbrücken eine Reihe neuer attraktiver Anschlüsse."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist innerhalb von vier Wochen das zweite Mal, dass sich der saarländische Wirtschaftsminister an Bundesverkehrsminister Stolpe wenden muss, da das Saarland von der rot-grünen Bundesregierung in seinen wirtschaftlichen und touristischen Aktivitäten, allerdings auch in seiner europäischen Rolle innerhalb der Grenzregion nachhaltig behindert wird. Wer will es noch hören, wer kann es noch ertragen? Im Fernsehen gibt es einen an Silvester oft gezeigten Klassiker, der mit den Worten "the same procedure as every year" beginnt. Die amtierende Bundesregierung entwickelt sich in ihrem Handeln zum Negativ-Klassiker, allerdings unter dem Spruch "the same procedure as every day". Jeden Tag eine neue Negativbotschaft für unser Saarland, verursacht durch die Unfähigkeit der rot-grünen Bundesregierung. Minister Stolpe erinnert mich an einen Regenmacher, der monatelang tanzt, singt und Beschwörungsformeln murmelt und doch keinen einzigen Wassertropfen vom Himmel holt.

(Beifall bei der CDU.)

Das neuerliche Zögern und Zaudern beim Weiterbau der TGV/ICE-Strecke hängt unbestritten mit den Mautausfällen in diesem Jahr zusammen, die sich auf immerhin 2,8 Milliarden Euro belaufen. Der administrative Supergau zieht sich weiter fort. Bundeskanzler Schröder glänzt durch medienwirksame Worte, aber bei den Verhandlungen mit Toll Collect war er nicht zu sehen.

(Widerspruch des Abgeordneten Lang (SPD).)

Dort betrieb er die Politik nach dem Maßstab der drei Affen und ließ zu, dass das Konsortium seinen Verkehrsminister am Nasenring durch die Arena zog.

(Zurufe von der SPD.)

Allerdings: Nachdem dieser gehandelt, die Notbremse gezogen und den Vertrag mit Toll Collect gekündigt hat, hat Bundeskanzler Schröder in der Absicht erfolgreicher Effekthascherei im Vorfeld der Hamburg-Wahl diese Kündigung zurückgenommen. "Die Sendung mit der Maut" geht also weiter. Dieser Bundeskanzler ist nicht im Stande, Probleme an vorderster Front zu lösen. An einer Stelle hat er dies bereits eingesehen und seinen Hut genommen. Ansonsten handelt er nach dem alten Grundsatz: Mach dir bloß kein Negativthema zu Eigen, vor allem dann nicht, wenn es sowieso an vielen Ecken und Enden brennt.

(Beifall bei der CDU.)

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einem Antrag vom 22. Januar 2002 die Absicht der Bundesregierung, mit der weitgehend automatischen Erhebung der Lkw-Maut in diesem Technologiebereich eine Vorreiterrolle in Europa und weltweit zu übernehmen und auf diese Weise eine Marktchance für die Industrie zu eröffnen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen, begrüßt. Aus heutiger Sicht kann man sagen: Ein Riesenballon sollte gestartet werden; er ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Der Mautflop hat sich für den Industrie- und Technologiestandort Deutschland zu einem immensen Standortnachteil entwickelt. Die persönliche Zusage gegenüber den Bundesländern im Vermittlungsverfahren, Mauteinnahmen - so wie es im Gesetz steht - zusätzlich zu den bestehenden Haushaltsansätzen für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu verwenden, kann nicht eingehalten werden. Der Kahlschlag bei den Infrastrukturmaßnahmen ist sehr viel weitreichender als jemals zuvor.

Ich zitiere jetzt, was Bundesverkehrsminister Stolpe am 11. September 2003 anlässlich der Ersten Lesung des Bundeshaushalts 2004 gesagt hat: "Die Einnahmen aus der Lkw-Maut kommen zusätzlich zu den Verkehrsinvestitionen. Damit erreichen wir eine langfristige Verstetigung des hohen Investitionsniveaus in der Ver-

(Abg. Heimes)

kehrspolitik." Es handelt sich hier um eine grobe Falschdarstellung, die wir, wie gesagt, vor einigen Wochen zu verspüren bekamen. Rechtsverletzung und Wortbruch werden hiermit kaschiert.

Die saarländische Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Wirtschaftsminister Georgi ist im Bundesrat nicht müde geworden, sich für einen Paradigmenwechsel bei den Verkehrsinvestitionen einzusetzen: weg von der Haushaltsfinanzierung, hin zur nutzerfinanzierten Verkehrsinfrastruktur. Verkehr soll Verkehr finanzieren. Minister Georgi hat sich für eine Verkehrspolitik nach dem Äquivalenzprinzip ausgesprochen und eindeutig dafür plädiert, die Bewirtschaft ung der Einnahmen aus der Lkw-Maut in die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft einfließen zu lassen. Von Anfang an waren im Entwurf des Bundeshaushalts 2004 bei vollständig eingeplanten Mauteinnahmen über das Jahr 111 Millionen Euro weniger Mittel für die Verkehrsinfrastruktur als im Jahr 2003 vorgesehen, in dem weitgehend keine Mauteinnahmen eingerechnet waren. Die Bauwirtschaft sieht diesem Debakel weiterhin fassungslos zu; mehr als 70.000 Arbeitsplätze sind bedroht.

Unter diesem Gesichtspunkt hat die saarländische Landesregierung auf der Verkehrsministerkonferenz am 25. Februar 2004 einen Beschlussantrag eingebracht, der die Mittel für Straßen, Schienen und Wasserstraßen sicherstellen soll, und zwar über eine zeitlich befristete Kreditaufnahme entweder im Bundeshaushalt oder durch die Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft. Wie Sie wissen, ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden. Dies hat natürlich zur Folge, dass das Mautgesetz nach nur einem Jahr erneut geändert werden muss. Wäre man dem Petitum des saarländischen Wirtschaftsministers im Bundesrat gefolgt, hätte man dieses Gesetz gleich richtig ausführen können. Minister Georgi hat auf den Konstruktionsfehler im Mautgesetz von Anfang an hingewiesen. Auch hier gilt für uns der Grundsatz "Wirtschaftskraft vor Steuerkraft".

Die saarländische Landesregierung hat in der Vergangenheit sehr viel für die Verkehrsinfrastruktur im Saar-Lor-Lux-Raum getan. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Realisierung des Saar-Lor-Lux-Tickets, das elektronische Fahrplanauskunftssystem der VGS via Internet sowie die Einführung des Flexfahrtickets zwischen Metz und Saarbrücken. Die Bahnverbindung zwischen Saarbrücken und Metz wird werktags mit zusätzlichen Zugpaaren bedient, die Bahnverbindung zwischen Saarbrücken und Straßburg wurde wesentlich attraktiver gestaltet und wochentags um fünf weitere Zugpaare verdichtet, wobei sich die Fahrzeit um 40 Minuten verringert hat. So wird Offenburg dreimal täglich ohne Umsteigen erreicht. Der wirklich angenehme Nebeneffekt ist die nachhaltige Unterstützung der Bauwirtschaft. Die Einbindung des Saarlandes in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz wird die Zugkraft des zukünftigen Euro-Bahnhofes Saarbrücken, vor allem aber auch die Rolle des Saarlandes stärken.

Ministerpräsident Peter Müller selbst, ein mutiger Kämpfer für unser Saarland, hat die Einbeziehung der Großregion in das System der transeuropäischen Schienenverkehrsnetze maßgeblich mitbetrieben und persönlich ein Schreiben an Verantwortliche gerichtet, dass die Achse Luxemburg-Brüssel-Straßburg als vollwertiger Teil in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz integriert und prioritär verwirklicht wird.

(Abg. Commerçon (SPD): Er hat den Brief von Hand geschrieben. - Sprechen bei der SPD.)

Ursprünglich waren nur Teile als vordringlich eingestuft. Diese Bemühungen hatten Erfolg. Der Vorschlag der Kommission lautet nunmehr, dass diese Verbindungsachse als vorrangiges Projekt von europäischem Interesse aufgenommen wird. Es handelt sich hier um eines von 29 Großprojekten in der europäischen Verkehrsinfrastruktur. Die Deutsche Bahn, aber auch die übrigen Verkehrsträger haben eine Menge baureifer Projekte. All dies ist durch das

Lavieren und die Unfähigkeit dieser Bundesregierung weiterhin in Gefahr. Die finanzielle Planungssicherheit muss endlich hergestellt werden. Deutschland ist dank der Unfähigkeit dieser Bundesregierung wieder einmal zum Unsicherheitsfaktor in Europa geworden.

Ich möchte den Bundesverkehrsminister anlässlich der 81. Regierungskonsultationen der deutsch-französischen Regierungen zitieren. "Mit den heutigen konstruktiven Gesprächen haben wir einen weiteren Meilenstein in den traditionell sehr guten bilateralen Beziehungen unserer Ressorts gesetzt", betonte Stolpe. "Diese sollen nun durch einen verstärkten Experten-Austausch intensiviert werden", so der Bundesminister bezüglich des Projektes TGV/ICE. Dieser Spruch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist noch nicht einmal vier Monate alt. Was sollen Europa und die Welt mit einer solchen Bundesregierung, auf die kein Verlass ist, die getroffene Vereinbarungen und Gesetze missachtet, Maßnahmen immer wieder neu in Frage stellt, allein in diesem Bundesland zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen wortbrüchig wird, in der die Minister in der Mehrheit die Probleme in ihren Ressorts nicht bewältigt bekommen, mit einem medienwirksamen Kanzler, der bei Problemlösungen abtaucht, um anschließend - so wie gestern bei "Aus die Maut" - kurzfristig medienwirksam aufzutauchen und wieder zu verschwinden? - Ich empfehle dieser Bundesregierung, vielleicht einmal das Hütchen-Spiel zu veranstalten, damit die Minister endlich ihren Hut nehmen können, inklusive dieses Bundeskanzlers.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung sind für eine tragfähige Zwischenlösung in der Finanzierung der in diesem Jahr zu erwartenden Maut-Ausfälle. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt daher nachhaltig den Beschluss-Antrag zum Antrag von Dr. Georgi bei der Sonder-Verkehrsministerkonferenz vom 25. Februar 2004, die Mittel für Straßen, Schienen und Wasserstraßen sicherzustellen und darin eine zeitlich befristete Erhöhung der Kredit-Aufnahme zur Rettung unverzichtbarer Projekte zu fördern, in der von der Landesregierung initiierten Verkehrssondertagung am 11. März 2004 die Position des Saarlandes und Lothringens mit Nachdruck zu vertreten und die Anstrengungen für die planmäßige Fertigstellung der Hochgeschwindigkeitsstrecke TGV/ICE Saarbrücken-Mannheim mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Von allen Problemen, die wir in der Sache haben, wäre dies das geringere Übel. Stillstand wäre eine weitere Blockade in der Wirtschaftspolitik, aber auch in der europäischen Politik unseres Landes. Ich würde mir auch wünschen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass eine ehemalige SPD-Staatssekretärin aus dem Saarland den Wirtschaftsminister unseres Landes im Bundesverkehrsministerium in der Frage der Finanzierung des TGV-Projektes nachhaltig unterstützte, anstatt ihn aus Parteiproporz anzugreifen.

So war in der Saarbrücker Zeitung zu lesen, Georgi solle zunächst die Mittel verbauen, die er hat, um diese Projekte voranzutreiben, anstatt neue zu fordern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die saarländische Landesregierung hat hier keinen Nachholbedarf. Georgi betreibt lediglich Bestandsschutz. Wer das TGV-Projekt als neu bezeichnet, hat auch hier die Zeit verschlafen. Jemand, der so die Interessen des Landes in Berlin vertritt, sollte sich schämen. Das ist Politik durch die Partei-Brille, nicht zum Wohle des Landes. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Commerçon das Wort.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst drei Bemerkungen zur Lkw-Maut machen. Zur ersten Bemerkung. Die Lkw-Maut ist nach wie vor unabweisbar und es ist unabweisbar, dass wir die zusätzlichen Einnahmen aus einer Lkw-Maut in Zukunft brauchen, wenn wir moderne Verkehrsinfrastrukturen in diesem Land erhalten und ausbauen wollen.

Zum Zweiten. Das bisherige Scheitern der Einführung des Systems geht eindeutig zu Lasten des Konsortiums Toll Collect und der am Konsortium beteiligten Unternehmen. Ich bin Herrn Minister Georgi sehr dankbar dafür, dass er bei der Veranstaltung der TRANSNET vor 14 Tagen deutlich gemacht hat, wie die Verantwortung des Konsortiums ist. Ich gehe davon aus, Herr Minister Georgi wird das heute im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin Heimes, auch hier deutlich machen.

Drittens. Für die SPD-Fraktion ist klar, dass andere Finanzierungswege gefunden werden müssen, solange die Einnahmen aus der geplanten Lkw-Maut nicht wie geplant fließen. Dabei ist natürlich in erster Linie der Verursacher, also der Auftragnehmer in der Pflicht, und das ist die Firma Toll Collect. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung an dieser Stelle auch ganz klar die Haftungsrechte gegenüber Toll Collect festmachen will.

Frau Kollegin Heimes, Sie haben eben die Verkehrsinvestitionen des Bundes angesprochen und die angebliche Vernachlässigung des Saarlandes. Ich bitte Sie an dieser Stelle, endlich einmal ein paar Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Liebe Kollegin Heimes, Fakt ist. dass die Verkehrsinvestitionen des Bundes seit Beginn der rotgrünen Bundesregierung um rund 2,2 Milliarden Euro höher sind als bei der Regierung Kohl.

(Abg. Heimes (CDU): Kommt darauf an, wie Sie rechnen.)

Ich rechne Ihnen das gerne im Detail vor. Die Verkehrsinvestitionen für die Straße lagen im Bund 1998 bei 4,4 Milliarden Euro. Sie liegen 2003 bei 4,7 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 0,3 Milliarden Euro oder - für Sie - 300 Millionen Euro. Die Verkehrsinvestitionen für die Schiene, über die wir heute hauptsächlich reden wollen, lagen 1998 bei 2,7 Milliarden Euro, im Jahr 2003, also nach Regierungs-übernahme von Rot-Grün, bei 4,6 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 1,9 Milliarden Euro. Sie haben eben die Grundrechenarten angesprochen. Wenn ich 1,9 und 0,3 zusammenzähle, komme ich auf 2,2. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Verkehrsinvestitionen des Bundes seit Übernahme von Rot-Grün um 2,2 Milliarden gestiegen sind. Behaupten Sie, Frau Kollegin Heimes, an dieser Stelle nicht immer das Gegenteil.

(Beifall von der SPD. - Zuruf der Abgeordneten Heimes (CDU).)

Liebe Kollegin Heimes, auch das Saarland hat erheblich davon profitiert. Ich bitte Sie, auch dies endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen. Die Straßenbaumittel für das Saarland sind im Übergang von der Regierung Kohl auf die Regierung Schröder von 1 Prozent der Gesamtinvestitionen im Durchschnitt pro Jahr im Westen auf über 2 Prozent erhöht worden. Allein in den Jahren von 1999 bis 2003 sind 59,6 Millionen Euro mehr an Straßenbaumitteln ins Saarland geflossen, als jemals vorher zu Zeiten der Regierung Kohl. Halten Sie sich also bitte an dieser Stelle zurück. Ich erwarte von Ihnen statt Kritik endlich einmal ein deutliches Dankeschön.

(Beifall von der SPD.)

Frau Kollegin Heimes, Fakt ist auch, dass der Bund die Finanzierungslücke beim Mosel-Abstieg mit zusätzlichen Mitteln geschlossen hat. Das wird in anderen Ländern nicht gemacht. Und wir haben vor kurzem auch über den Weiterbau der B 269 gesprochen, den Sie heute nicht mehr erwähnt haben. Sie haben davon gesprochen, dass es zwei Wortbrüche gäbe. Der andere war wohl die B 269,

aber irgendwie scheint Ihre Rede vorher geschrieben worden zu sein oder etwas Ähnliches. Der Weiterbau der B 269 wurde von dieser Bundesregierung in erster Linie durch den Einsatz von Ottmar Schreiner und Elke Ferner, aber auch durch den Einsatz der SPD-Landtagsfraktion und vor allem unserer Kollegen Roland Henz und Reinhold Jost gesichert - und das all Ihren Unkenrufen zum Trotz, Frau Kollegin.

(Beifall und Jawohl-Rufe von der SPD. - Zuruf der Abgeordneten Heimes (CDU).)

Umgekehrt gilt auch, dass Sie seit Beginn dieser Legislaturperiode den Weiterbau der Saarbahn unnötig verzögern, obwohl die Mittel vom Bund dazu bereitgestellt werden. Diese Mittel rufen Sie einfach nicht ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Fakt ist auch, dass Sie seit viereinhalb Jahren den ÖPNV im Saarland schwächen. Fakt ist, dass Sie jetzt sogar - man höre und staune - als Erfolg verkaufen wollen, dass der Ministerpräsident des Saarlandes am 01. Juli einen Fahrschein lösen wird, wenn die Planungen klappen. Ich stelle mir das heute schon sehr lustig vor. Da wird ein Fahrscheinautomat hingestellt - ich hoffe nur, dass er nicht aus einem bekannten Dillinger Unternehmen kommt, sonst funktioniert er am Ende nicht - -

(Zurufe von der CDU.)

Bei diesem Fahrscheinautomaten wird, das wissen Sie sehr gut, Herr Ministerpräsident - -

(Zuruf von Ministerpräsident Müller von der Regierungsbank.)

Sehen Sie sich doch mal den neuen Vorsitzenden der Freien Wählergemeinschaft in Saarlouis an - -

(Ministerpräsident Müller: Welches Unternehmen meinen Sie?)

Das wissen Sie ganz genau, Herr Ministerpräsident. Aber wenn Sie Zwischenrufe machen wollen, dann bitte ich Sie, doch hier vome Platz zu nehmen. Sie sitzen zurzeit auf der Regierungsbank.

(Zurufe von der CDU. - Beifall bei der SPD. - Ministerpräsident Müller (nach Platzwechsel zur CDU-Fraktion): Ich kenne das Unternehmen nicht.)

Das kennen Sie sehr gut, das ist aber völlig egal. Ich habe auch großes Vertrauen, dass es saarländische Unternehmen hinbekommen werden, einen Fahrscheinautomaten hinzustellen, mit dem der Ministerpräsident am 01. Juli einen Fahrschein lösen will. Ich sage Ihnen nur eines: Dass damit ein Verbundtarif im Saarland eingeführt sei, dass damit die künftige Mittelaufteilung, die Einnahmenaufteilung endgültig geregelt sei, daran glaube ich bis zum heutigen Tage nicht. Da könnten wir in den letzten Jahren erheblich weiter gekommen sein. Das haben Sie im Verkehrsverbund in den letzten viereinhalb Jahren vermissen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, am 03. März - und damit komme ich zum Thema TGV/ICE - hat die Koalition im Haushaltsausschuss des Bundestages die Mittel für alle mautfinanzierten Verkehrsinvestitionen freigegeben und damit den Weg für die Fortführung der Strecke Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland freigemacht. Es ist eine bodenlose Frechheit, Frau Kollegin Heimes, wenn Sie heute hier Gegenteiliges behaupten.

Werfen wir doch mal einen Blick zurück! Seit Amtsantritt der Regierung Kohl war Folgendes passiert. Herr Kohl hat 1992 in La Rochelle vor

(Abg. Commerçon)

laufenden Kameras einen wunderschönen Vertrag unterschrieben und bis einschließlich 1998 nichts, aber auch rein gar nichts für die konkrete Umsetzung auf deutscher Seite auf den Weg gebracht. Auch das müssen wir an dieser Stelle festhalten.

Erst die rot-grüne Bundesregierung, meine Damen und Herren, in erster Linie der ehemalige Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt und die ehemalige Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium Elke Ferner, haben es überhaupt erreicht, die Blockadehaltung des früheren Bahnchefs Ludewig zu brechen und auf deutscher Seite endlich mit dem Ausbau zu beginnen. Auch das, meine Damen und Herren, sollten Sie endlich mal zur Kenntnis nehmen. Alles andere, was Sie betreiben, ist purer, billiger Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ernst es Ihnen wirklich um die Interessen des Landes bestellt ist, insbesondere beim ICE/TGV, zeigt ja auch das Verhalten Ihres Ministerpräsidenten. Sie haben eben von einem persönlichen Schreiben gesprochen. Ich kann Ihnen sagen, ich habe auch ein persönliches Schreiben vom Ministerpräsidenten in der vorvergangenen Woche erhalten. Allerdings habe ich inzwischen festgestellt, was diese persönlichen Schreiben des Ministerpräsidenten so wert sind.

Ich bin auch dankbar für den CDU-Antrag an dieser Stelle. Hier steht nämlich - Sie haben das eben teilweise zitiert -: "So wird das Saarland auf der Sonderverkehrsministerkonferenz am 25. Februar 2004 einen Beschlussantrag zur Sicherung der Mittel für Straßen, Schienen und Wasserstraßen einbringen." - Stimmt. Hier steht "einzubringen", das ist falsch, macht aber nichts. Eine kleine Rechtschreibschwäche ist nicht so dramatisch.

Aber dann kommt der entscheidende Satz: "In einer von der Landesregierung initiierten Verkehrstagung am 11. März 2004" - Kollegin Heimes, das ist morgen - "mit dem deutschen Bahnchef Mehdorn und seinem französischen Kollegen Galloy, dem Generalratspräsidenten Philippe Leroy und Ministerpräsident Müller wird die Position des Saarlandes und Lothringens gegenüber dem Bund zur planmäßigen Fertigstellung der TGV/ICE-Strecke mit Nachdruck vertreten."

Das persönliche Schreiben des Ministerpräsidenten an mich war mit einer Einladung zu dieser Tagung morgen versehen, an der ich selbstverständlich für die SPD-Fraktion teilnehmen werde, weil wir wirklich hinter diesem Projekt stehen. - Frau Kollegin Heimes, Sie haben eben in Ihrer Aufzählung den Ministerpräsidenten vergessen. Ich möchte Ihnen noch sagen, warum Sie verschwiegen haben, dass auch Herr Müller in Ihrem Antrag steht. Wir entnehmen nämlich dem Terminkalender der saarländischen Landesregierung unter dem Donnerstag, 11. März 2004, 10.00 Uhr - diese Veranstaltung beginnt um 10.30 Uhr -: "Ministerpräsident Peter Müller - Vortrag beim Vierten Sparkassenforum Deutscher Mittelstand im Hotel Interconti in Berlin".

Ich wünsche Ihnen ein wohlschmeckendes Diner, Herr Ministerpräsident. Ich weiß schon, was Sie jetzt sagen werden, deshalb lasse ich Ihre Zwischenfrage nicht zu.

(Zurufe von der CDU und Lachen.)

Sie werden mir jetzt sagen, Sie nehmen auch teil - wir können lesen - um 15.00 Uhr an der Arbeitsgruppe "Finanzbeziehungen" der Föderalismuskommission im Bundesrat in Berlin. Ich weise Sie aber darauf hin, hier steht auch, dass morgen um 9.00 Uhr der Chef der Staatskanzlei an dieser Arbeitsgruppe ebenso teilnimmt. Deswegen sollten Sie an dieser Stelle sehr wohl überlegen, ob es nicht angebracht wäre, wenn Sie morgen bei Herrn Mehdorn und Herrn Galloy dabei wären, um dem Nachdruck zu verleihen, was morgen im Saarland in Sachen ICE/TGV stattfindet.

(Beifall bei der SPD.)

Jetzt haben Sie das Wort.

Ministerpräsident Müller:

Herr Kollege Commerçon, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass morgen nicht nur die Arbeitsgruppe "Finanzbeziehungen" der Föderalismuskommission tagt, sondern auch die Konferenz der Obleute der Föderalismuskommission, der der saarländische Ministerpräsident angehört, ebenso die B-Seite der Föderalismuskommission, die Grundsatzentscheidungen in den Fragen der Gesetzgebungskompetenz trifft, der der Ministerpräsident angehört? Sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass der Ministerpräsident des Saarlandes der Auffassung ist, dass die Entscheidungen der Föderalismuskommission für dieses Land von Bedeutung sind und es deshalb Sinn macht, auf diese Entscheidungen Einfluss zu nehmen, was nur der Ministerpräsident kann, weil niemand sonst dieser Kommission angehört, und was er mit gutem Gewissen tun kann, weil er weiß, dass bei der von Ihnen angesprochenen Konferenz die saarländischen Interessen durch den saarländischen Wirtschaftsminister prominent und hervorragend vertreten werden? Sind Sie bereit das zur Kenntnis zu nehmen?

(Beifall bei der CDU.)

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Ministerpräsident, ich bin gerne bereit das zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte Sie aber, in Ihrer Fraktion darauf hinzuwirken - vielleicht können Sie das mit dem Fraktionsvorsitzenden klären -, dass der Antrag der CDU-Fraktion noch entsprechend geändert wird. Ich bitte Sie dafür Sorge zu tragen, dass derartig wichtige Dinge künftig in den Veranstaltungskalender der saarländischen Landesregierung aufgenommen werden.

Ich sage auch - und damit bin ich am Schluss meiner Rede - -

(Lachen bei der CDU.)

Wir könnten noch länger tagen, aber ich muss um 19.30 Uhr in Saarlouis an einer Podiumsdiskussion mit Herrn Mörsdorf teilnehmen. Saarlouis ist eine sehr wichtige Stadt in diesem Land, deshalb kann ich Ihnen jetzt nicht noch einmal die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben.

(Zurufe von der CDU.)

Es zeigt jedenfalls eindeutig, dass es Ihnen wichtiger ist, morgen in Berlin zu sein als für den TGV im Saarland einzutreten. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Minister Dr. Georgi:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss erst einmal Luft holen, um mich von diesem geringen Diskussionsniveau aufrichten zu können. Wenn wir von außerhalb beobachtet werden das sage ich jetzt wirklich mit Gelassenheit und ohne Aufregung -, dann ist das peinlich, Herr Kollege Commerçon, was Sie sich hier geleistet haben.

(Beifall bei der CDU - Abg. Braun (SPD); Bei der ersten Rede haben Sie nicht zugehört oder was?)

Das Mautproblem ist ein großes politisches Problem geworden. Die Bundesrepublik Deutschland hat an Image unheimlich eingebüßt. Und, Herr Commerçon, Sie haben mich falsch zitiert. Die Frau Abgeordnete Anke Heimes war bei der TRANSNET dabei. Die Verantwortung dafür hat nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik. Und auch das habe ich bei dem TRANSNET-Kongress in der Illipse in Illingen zum Ausdruck gebracht. Ich habe das an einigen Punkten deutlich gemacht, zu denen ich gleich kommen werde. Den Spott, den wir alle haben ertragen müssen, hat "Der Spiegel" mit der Überschrift zum Ausdruck gebracht: Berliner Tollhaus. - Sie können das

noch einmal nachlesen in einem ganzseitigen Artikel in der "Zeit". Das trifft die drei Gesellschafter von Toll Collect, aber es trifft auch die Politik in gleichem Maße.

Aber aus der Sicht der Wirtschaftspolitik und auch aus der Sicht der Verkehrspolitik muss man das zur Kenntnis nehmen und sich fragen, was kann man jetzt am besten daraus machen.

Ich erinnere an die Gefahren für die Beschäftigung, die Entwicklung von Arbeitsplätzen und für die Entwicklung von Wachstum. Deutschland ist unter den EU-Staaten das Schlusslicht, wie wir alle inzwischen haben zur Kenntnis nehmen müssen. Und damit das nicht schlimmer wird, weil jetzt Infrastrukturinvestitionen gefährdet sind, habe ich veranlasst - anschließend haben sich einige drangehängt, inzwischen gibt es auch viele Väter, aber das sei alles zugestanden -, dass eine Sonderverkehrsministerkonferenz einberufen wird, um Bundesverkehrsminister Stolpe in seinem sachlichen Streit gegenüber dem Finanzminister den Rücken zu stärken und damit auch von Deutschland insgesamt Schaden zu nehmen. Nicht dass jetzt kurzfristig Bauunternehmen zusammenbrechen, weil die Aufträge nicht kommen. Herr Mehdorn, den Sie zitiert haben, hat einen Brandbrief an alle Verkehrsminister geschrieben, dass alle neuen Maßnahmen gestoppt sind und damit eben auch die Planungsstäbe und auch die Planungsbüros in der privaten Wirtschaft keine Aufträge mehr bekommen und der Insolvenzrekord in Deutschland durch das Mautdebakel nochmal neue Fahrt bekommt. Deshalb haben wir frühzeitig die Verkehrsminister zusammengerufen und haben versucht, Herrn Stolpe den Rücken zu stärken. Und eine Konsequenz daraus war dann ia die Entsperrung der 1,07 Milliarden Euro durch den Haushaltsausschuss.

Im Vorfeld der Mautpolitik gab es drei Konstruktionsfehler und die liegen auf der politischen Seite. Das eine ist das Technische. Ein so großes neues Hightech-Flächensystem - das habe ich auch bei TRANSNET noch mai zum Ausdruck gebracht - macht man nicht sofort, sondern man lässt es im Wettbewerb austesten. Insofern habe ich mich auch persönlich, wie viele andere, bei Herrn Stolpe dafür eingesetzt und gefragt, warum man nicht das System nutzt. das der mittelständische Unternehmer, Herr Schüssler, mit TSR zusammen mit dem schweizerischen Unternehmen Fela alternativ angeboten hatte? Das hätte die Bundespolitik schon längst in ein. zwei kleineren Regionen in der Bundesrepublik Deutschland alternativ realisieren sollen, um im Wettbewerb eine Hightech-Vision und eine sehr konkrete Technologie auszutesten. Dieser Fehler ist gemacht worden. Aber es ist ja nie zu spät. Auch heute noch wäre es vernünftig, das zu tun. Das Geld, das man möglicherweise zusätzlich ausgibt, ist gut angelegtes Geld, um größere Risiken zu vermeiden.

Der zweite Konstruktionsfehler ist, dass diese Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft nicht unmittelbar verantwortlich gemacht worden ist für die Mauteinnahmen, sonst hätte man heute auch bei der Kreditpolitik andere Möglichkeiten. Aber ich hoffe, dass das als Konsequenz korrigiert wird. Die Verkehrsminister werden Ende des Monats noch einmal zu ihrer normalen Konferenz zusammenkommen, und in der Beschlussvorlage steht das jetzt noch einmal ausführlich drin. Die Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft muss unmittelbar zuständig werden für die Mauteinnahmen. Sonst ist der Paradigmenwechsel nicht vollzogen, sonst hat man eine neue Abgabe, aber mehr nicht. Und in dem Zusammenhang zitiere ich gerne einmal meinen ehemaligen Kollegen, Dr. Fischer, ehemaliger Verkehrsminister der damaligen SPD-Landesregierung von Niedersachsen, inzwischen Präsident der Initiative "pro Mobilität", der in einem Schreiben vom 21. Februar noch einmal an verschiedene Multiplikatoren deutschlandweit festgehalten hat: Die volle Zweckbindung aller Mauteinnahmen für die Fernstraßen, die Zusätzlichkeit der Investitionen und die Errichtung einer Bundesfernstraßengesellschaft würden zu einem eigenständigen Finanzierungskreislauf führen, der erst die Voraussetzung dafür schafft, die Akzeptanz für Gebührenfinanzierung zurückzugewinnen. - Ich teile diese Position und werde mich Ende März noch einmal für diese Position engagieren. Und in diesem Punkt hat sich damals Bodewig gegen Eichel nicht durchsetzen können. Das muss man klar sagen. Und Stolpe hat den Fehler gemacht, dass er das nicht korrigiert hat.

Der dritte Konstruktionsfehler ist ein politisch-moralischer Fehler. Nach den Verhandlungen mit den Ländern - für die B-Länder war das der Umwelt- und Verkehrsminister aus Baden-Württemberg, Ulrich Müller - wurde festgehalten, die Mittel kommen zusätzlich. Und Stolpe hat das selbst im Bundestag zugesagt. Dr. Manfred Stolpe anlässlich der Ersten Lesung des Bundeshaushaltes 2004 am 11. September 2003 im Deutschen Bundestag: Die Einnahmen aus der Lkw-Maut kommen zusätzlich zu den Verkehrsinvestitionen. - Das hat er auch unterschrieben in einer Vereinbarung mit den B-Ländem. Aber dieses Versprechen war ein paar Tage danach schon Makulatur. Unter einem solchen Verhalten leidet ein weiteres Mal die Glaubwürdigkeit der Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn er das vorher gewusst hat, dann hätte er es auch sagen sollen. Aber er hat verhandelt und hat selbst noch im Bundestag gesagt, diese Mittel kommen zusätzlich. Und kaum haben wir den Haushaltsentwurf gesehen, stellen wir fest, trotz der eingeplanten, jetzt nicht geflossenen Mauteinnahmen haben wir insgesamt etwas mehr als 100 Millionen Euro weniger für Verkehrsinvestitionen im Jahr 2004 und eben nicht diese 2,1 Milliarden Euro zusätzlich. Das ist ein großer Vertrauensbruch. Trotzdem haben wir ihm als Verkehrsminister jetzt den Rücken gestärkt. Aber wir haben daran noch langfristig zu knabbern und wir haben auch noch das eine oder andere Hühnchen mit Herrn Stolpe zu rupfen.

Vor dem Hintergrund, dass die Maut nicht kommt, hat mich das schon verwundert. Das Petitium der Sonderverkehrsministerkonferenz war ja mehr Geld, mehr Mittel aus dem Haushalt, gegebenenfalls über Kredit, aber auf jeden Fall über Haushaltsfinanzierung, mehr Mittel für die Aufrechterhaltung der geplanten Verkehrsinvestitionen bei Straßen, Schiene und Wasserstraßen. Insgesamt rund 10,4 Milliarden Euro und nicht etwas mehr als 8 Milliarden Euro. - Und jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Commerçon. Sie hatten sich eine Begleiterin für diese Pressemeldung ausgesucht, nämlich Frau Ferner. - "Die Vorwürfe von Saarwirtschaftsminister Georgi an den Bund sind haltios und unverschämt." Ich verstehe nicht, was da unverschämt sein soll. Alle Verkehrsminister haben diese Forderung erhoben und haben den Beschlussvorschlag des Saarlandes, der in einen Beschlussvorschlag von Rheinland-Pfalz eingebunden worden ist -Rheinland-Pfalz ist das federführende Land - 16:0 - unterstützt, um Herrn Stolpe den Rücken zu stärken. Sie haben jetzt die ganze Zeit genickt bei meinen Ausführungen, aber verschriften lassen Sie sich anders. Das fördert die Unglaubwürdigkeit der Politik! Herr Commerçon, ich bitte Sie, wenn Sie diese Position unterstützen, sich auch anders zu vertonen und nicht, wie es hier steht, Vorwürfe erheben.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Commerçon (SPD): Bekommt das Saarland jetzt mehr oder weniger?)

Ich komme gleich darauf zurück. - Das Zweite, was wir gefordert haben, ist, dass möglichst bis Ende März, wenn die nächste Verkehrsministerkonferenz stattfindet, auch die Bauprogramme auf dem Tisch sind. Bis jetzt gibt es kein grünes Licht für Projekte. Sie werden morgen erleben, was Herr Mehdorn sagen wird. Wir brauchen möglichst schnell vom Bund abgesegnete Bauprogramme, damit geplant werden kann, damit Aufträge erteilt werden können und Arbeitsplätze gesichert werden und damit entsprechende Projekte realisiert werden können. Ende März wird, wie schon erwähnt, die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft noch einmal auf der Agenda stehen. Wir hoffen, dass der Bund mitmacht, dass Herr Stolpe mitmacht und das gemeinsam mit Bundesregierung und Bundestag durchsetzen wird.

Trotz der inzwischen erfolgten Mittelentsperrung wird für die Schiene ab diesem Jahr, ab 2004, und in den folgenden Jahren eine halbe

Milliarde Euro fehlen, verglichen mit dem bisherigen Investitionsniveau. Bei der Straße ist der Fehlbetrag noch nicht genau ermittelbar.

Lassen Sie mich nun zu den Konsequenzen kommen, die das Saarland betreffen. Danach hatten Sie ja eben gefragt.

(Abg. Commerçon (SPD): Nein, danach hatte ich nicht gefragt. Kriegen wir mehr oder weniger?)

Ich gehe jetzt zunächst auf die Bundesverkehrswegeplanung und danach auf die Schienenschnellverbindung ein. Zum Bundesverkehrswegeplan: Wir hatten bislang, bis zum Jahre 2003 bzw. 2004. für Neubaumaßnahmen etwa 25 Millionen Euro zur Verfügung.

(Abg. Commerçon (SPD): Und 1998?)

25 Millionen Euro in den vergangenen Jahren.

(Abg. Commerçon (SPD): Und 1998?)

Und nun passen Sie auf: Davon sind abzuziehen 10 Millionen Euro für die Refinanzierung, für die Finanzierungskosten der privat finanzierten Maßnahmen.

(Abg. Commerçon (SPD): Das kann man doch nicht abziehen!)

Herr Commerçon, es bleiben jetzt - und da bitte ich auch die SPD-Fraktion, sich über ihre Kanäle entsprechend einzusetzen - -

(Zurufe des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Das, was ich jetzt vortrage, ist eine Katastrophe für die Realisierung von Projekten, die im Bundesverkehrswegeplan stehen. Es ist jetzt geplant - -

(Abg. Commerçon (SPD): Sie haben das doch damals be-grüßt!)

Herr Commerçon, jetzt hören Sie mir einmal zu! Ich habe Ihnen vorhin auch zugehört!

(Lachen bei der SPD. - Beifall bei der CDU. - Abg. Commerçon (SPD): Also wirklich, es reicht jetzt!)

Wir können zusammen singen, aber nicht zusammen durcheinander reden! Sie können gerne nach vorne kommen und eine Frage stellen.

(Zuruf von der SPD: Der Sitzungsleiter sitzt hinter Ihnen!)

Also, für 2004 bleiben 14,3 Millionen Euro übrig, für das Jahr 2005 sind es 8,6 Millionen Euro - statt 15 - 25 minus zehn - Millionen Euro bisher. Statt 15 Millionen Euro, mit denen wir einigermaßen das Projektvolumen der Bundesverkehrswegeplanung realisieren könnten, stellt uns der Bund jetzt nur 14,3 Millionen Euro, 2005 noch 8,6 Millionen Euro, 2006 4,0 Millionen Euro zur Verfügung.

(Unruhe und Sprechen.)

Präsident Ley:

Also Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist es doch etwas laut. Ich würde doch herzlich darum bitten, dem Redner zuzuhören.

Minister Dr. Georgi:

Und 2007 sind es 3,8 Millionen Euro. Auf Grund der fehlenden Mauteinnahmen sind es im Jahre 2004 nur noch 9,4 Millionen Euro, im Jahre 2005 7,9 Millionen Euro, im Jahre 2006 3,3 Millionen Euro, im Jahre 2007 3,1 Millionen Euro.

Und nun zitiere ich noch einmal die Pressemeldung von Commerçon und Ferner, worin die dem Georgi vorhalten, es sei unverschämt,

gegenüber dem Bund solche Forderungen zu stellen. Zum Schluss werfen sie ihm sogar vor, er habe die Zeichen der Zeit nicht verstanden, und er geriere sich als rückwärts gewandter Betonpolitiker.

(Abg. Commerçon (SPD): Zitieren Sie bitte ganz!)

Angesichts dieser Position, die die SPD einnimmt, die Bundestagswie Landtagsabgeordnete einnehmen, angesichts der Zahlen, die ich Ihnen vorgetragen habe - - Und über diese Zahlen werde ich mit Herrn Großmann, wenn er am 03. April in Vertretung von Herrn Stolpe zur Besichtigung der Baumaßnahme B 51/B 269 ins Land kommt, noch einmal diskutieren. Ich bin auch im Dauerdialog mit dem Bundesverkehrsministerium. Angesichts dieser Zahlen frage ich mich schon, warum Sie mich als "rückwärts gewandten Betonpolitiker" bezeichnen.

(Abg. Commerçon (SPD): Weil Sie es sind!)

Ich habe mich - und die gesamte Landesregierung hat sich - für die folgenden Projekte engagiert, dafür, dass sie in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden: Für die A 8, Ausbau des Abschnitts Merzig-Wellingen bis zum Autobahnabschnitt Merzig-Schwemlingen; die B 41 mit Anschluss an die A 62 bei Wolfersweiler, die B 41 Ortsumgehung Wolfersweiler, die B 41 Ortsumgehung Ottweiler, die B 51 Ortsumgehung Besseringen, die B 269 bis zur deutsch-französischen Grenze, die Verlegung der B 269 bei Lebach, die Ortsumgehungen Schwarzenbach und Schwarzenacker, die A-1/A-623-Verschwenkung hier in der Landeshauptstadt Saarbrücken. Wollen Sie diese Projekte etwa nicht?

Das macht, roundabout, alles zusammen, einschließlich der Projekte, die noch in der Realisierung sind, 400 Millionen Euro. 400 Millionen Euro! Angesichts der Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, können Sie sich leicht ausrechnen, dass das ein Jahrhundertprogramm wird! Angesichts der Zahlen und der Projekte, die hier drin stehen, frage ich Sie noch einmal: Wie kommen Sie nur dazu, den Wirtschaftsminister dieses Landes als "rückwärts gewandten Betonpolitiker" zu bezeichnen? Oder wollen Sie diese Projekte nicht? Ich halte das nicht für die richtige Art.

(Beifall von der CDU. - Abg. Commerçon (SPD): Wie war das 1998?)

Im Gegenteil. Herr Fraktionsvorsitzender der SPD, ich würde mich freuen, würden Sie - die SPD-Fraktion insgesamt - mir den Rücken stärken. So habe ich ja auch über die Sonder-Verkehrsministerkonferenz versucht, dem Bundesverkehrsminister den Rücken zu stärken, damit er sein Investitionsvolumen aufrechterhalten kann. Ich bitte Sie, Ihre Fraktion, gemeinsam mit den SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages mir den Rücken zu stärken gegenüber dem Bundesverkehrsminister, damit unser Investitionsvolumen erhöht wird, damit wir die Projekte, die ich eben genannt habe, auch realisieren können. Mit dieser Presseerklärung aber verhalten Sie sich gegen die Interessen unseres Landes!

(Beifall von der SPD.)

Bitte schön.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Minister. Sie haben nun einen Zwischenruf nicht beachtet oder vielleicht auch falsch verstanden. Sind Sie bereit, die Fakten, die ich Ihnen eben genannt habe, zur Kenntnis zu nehmen: dass die Ausfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans in den vergangenen Jahren deutlich verbessert wurde verglichen mit der Ausfinanzierung zu Zeiten der Regierung Kohl?

Minister Dr. Georgi:

Das kommt darauf an, welche Zeitachse man zu Grunde legt.

(Lachen bei der SPD.)

Ich habe die Zahlen hier. Das, was Sie sagen, stimmt nicht, wenn man die Jahre ab Anfang der Neunzigerjahre vergleicht. Anfang der Neunzigerjahre war das Investitionsvolumen nominell höher, als es gegenwärtig ist. Sie haben aber insoweit Recht, als es von 1995 oder 1996 an etwas runtergefahren wurde. Betrachtet man aber den Bundesverkehrshaushalt insgesamt, so sieht man, dass das Volumen - Aufwendungen plus Investitionen - höher war, als es gegenwärtig ist. Die Zahlen kann ich Ihnen geben. Wenn Sie möchten, gebe ich Ihnen gleich eine Statistik.

(Beifall von der CDU. - Zuruf von der CDU: Commerçon, setzen, 5.)

Aber, Herr Commerçon, gleichgültig, wie es in der Vergangenheit war: Das Thema ist doch, dass die Maut zusätzlich zu Gunsten der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden sollte. Diesbezüglich bestand zwischen dem damaligen Bundesverkehrsminister Klimmt und der damaligen Verkehrsministerkonferenz Konsens. Der Konsens war das Ergebnis der Pällmann-Kommission: Es fehlen in Deutschland 3,75 Milliarden Euro an Finanzierungsmitteln für die Verkehrsinfrastruktur. - Angesichts der Erweiterung der Europäischen Union um die Länder, die nun aus Mittel- und Osteuropa dazukommen, wird die Belastung noch größer werden. Wir brauchen daher mehr Mittel.

In jenem Spiegel-Artikel "Die Wohlstandsillusion", den der Abgeordnete Maas heute Morgen zitiert hat, steht ja auch - ich zitiere sinngemäß: Den Zustand Deutschlands könne man inzwischen auch am Straßenbild ablesen. - Das stimmt tatsächlich. Deshalb müssen wir nicht nur für Neubaumaßnahmen, sondern auch für Instandhaltungsmaßnahmen im Straßenbau viel mehr ausgeben.

Ich habe mir das einmal heraussuchen lassen: Beim Straßennetz, bei den Bundesstraßen, sind bundesweit nur noch 68,6 Prozent der Straßen voll gebrauchsfähig. Ein Drittel der deutschen Straßen ist also nicht mehr voll gebrauchsfähig. Das Saarland liegt hierbei etwa im Durchschnitt. Bei den Autobahnen sind bundesweit nur noch 77 Prozent voll gebrauchsfähig. Das Saarland weist einen etwas höheren Wert auf: Bei uns sind es 84,5 Prozent, weil die Autobahnen bei uns später hinzukamen. Das hat ja angesichts der Rückgliederung des Landes länger gedauert. Das sind dramatische Zahlen, und deshalb noch einmal unser Petitum: Wir brauchen mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur.

Nun ein paar Anmerkungen zum Schienenschnellverkehr. Also ich muss mich schon über das wundern, was dazu von Herr Commerçon hier geäußert wurde. Herr Commerçon, vielleicht wissen Sie ja mehr als ich. Nach meinen Informationen jedenfalls gibt es bis jetzt noch keine Unterschrift des Bundes unter die Finanzierungsvereinbarung mit der DB betreffend die zweite Ausbaustufe der Schienenschnellverkehrsverbindung Saarbrücken-Mannheim. Ich habe Ende des vergangenen Jahres Herrn Bundesverkehrsminister Stolpe angeschrieben. Er hat mir am 05. Dezember geantwortet, die DB AG sei nun vom Bund aufgefordert worden, eine entsprechende Finanzierungsvereinbarung für diese zweite und letzte Baustufe baldmöglichst vorzulegen. Nach meinem Kenntnisstand - und morgen werden wir bei der Veranstaltung, die auf Einladung von Ministerpräsident Peter Müller und auf Einladung des Präsidenten des Departements Moselle, Philippe Leroy, stattfindet und an dem ich den Ministerpräsidenten vertreten darf - -

(Unruhe und Zurufe bei der SPD.)

Ich hoffe, dass Herr Mehdorn vielleicht diese Finanzierungsvereinbarung, unterschrieben von Herrn Stolpe, mitbringt. Aber bis jetzt liegt sie nicht vor. Deshalb bitte ich auch Sie, sich positiv dafür einzusetzen; und nicht mich zu beschimpfen. Machen Sie mit Druck! Denn es wäre eine Lachnummer für die Bundesrepublik Deutschland - während Frankreich über drei Milliarden Euro für die Trasse des Schienenschnellverkehrs zwischen Paris und Forbach aus-

gibt -, wenn wir mit ein paar Millionen nicht zu Rande kämen. Das wäre eine Blamage.

(Beifall bei der CDU.)

Deswegen habe ich Herrn Stolpe, nachdem er mir geschrieben hat, die DB sei jetzt am Zuge - nach meinem Kenntnisstand ist aber die Bundesregierung am Zuge -, den Brief geschrieben, den die Abgeordnete Frau Heimes eben zitiert hat. Deswegen wiederhole ich das angesichts der Zeit nicht nochmals. Morgen werden wir den aktuellen Stand haben zu Technik: Wie weit sind wir? Was wird die Bundesregierung unterschreiben? Denn inzwischen gibt es, was die zweite Baustufe angeht, drei Module. Und ich hoffe, dass die deutsche Bundesregierung bereit ist, alle drei Module unterschreibt, heißt das in der Konsequenz, dass die Zielzeitvereinbarungen von La Rochelle nicht eingehalten werden, sondern dass wir dann noch etwa knapp 70 Minuten bis Mannheim brauchen, statt 61 Minuten. Aber das werden wir morgen - bei der Veranstaltung mit Herrn Mehdorn, mit Herrn Leroy - im Einzelnen hören.

Vorletzte Bemerkung: Eurobahnhof. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die Landesregierung hat sie gemacht! Wir stehen mit den Mitteln, die im Haushalt ausgewiesen sind, Gewehr bei Fuß. Es kann nicht sein - und das werde ich morgen in einem Vieraugengespräch mit Herrn Mehdorn nochmals erörtern -, dass die DB-Hierarchie unheimlich viel Zeit braucht, damit das Zeitziel, das wir miteinander vereinbart haben - -

(Sprechen und Zurufe bei der SPD.)

2007 kommt nicht nur der Schienenschnellverkehr und macht Station in Saarbrücken, sondern 2007 macht der Schienenschnellverkehr Station im Eurobahnhof Saarbrücken. Das haben Herr Mehdorn und ich gemeinsam vereinbart. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht - was wir als Land dazu beitragen können. Jetzt ist die DB am Zuge, die entsprechenden Planung so zu beschleunigen, dass dieses Zeitziel auch erreicht werden kann.

Letzte Bemerkung zur Saarbahn. Hier geht es ja um das Thema Glaubwürdigkeit. Herr Abgeordneter Commerçon, Sie sind doch genau informiert, ich kenne Ihre Informationskanäle.

(Abg. Commerçon (SPD): Nicht alle. - Weitere Zurufe von der SPD.)

Sie dürfen doch nicht übers Land ziehen und sagen, die böse Landesregierung habe den Ausbau der Saarbahn verzögert. Sie wissen doch, dass das nach Recht und Gesetz behandelt worden ist vor den Verwaltungsgerichten. Sie wissen auch - was Sie und andere Abgeordnete mir ständig vorhalten -, was es mit den Haushaltsresten auf sich hat. Die diskutieren wir doch jedes Mal bei den Haushaltsberatungen. Und auf Grund der Haushaltsreste können Sie erkennen, dass wir auch da unsere Hausaufgaben gemacht haben, ähnlich wie der Bund, dass wir mit den Mitteln Gewehr bei Fuß stehen. Aber wir haben den Saarbahnausbau nicht verzögert. Mir wäre es Recht gewesen, wir hätten vor zwei Jahren die Sache durchziehen können. Das wissen Sie doch ganz genau. Deswegen sage ich: Reden Sie kein falsch Zeugnis hier in diesem Land!

(Beifall bei der CDU.)

Und auch bezüglich dessen, was Sie jetzt dauernd hier noch nachschieben wollen, bezogen auf das Thema Allianz, kann ich nur den Geschäftsführer von RSW, der ja bei den Workshops teilgenommen hat, zitieren. Er sagte, das sei epochal, was jetzt geschehe.

(Zurufe von der SPD.)

Sie können auch Herrn Klimmt fragen, auch der wird Ihnen bestätigen, woran es liegen wird, warum die Allianz jetzt zu Stande kommt und vorher nie zu Stande gekommen ist. Ich darf Ihnen nur zurufen: Unterstützen Sie das, machen Sie keine Krümel in den Käse. Freuen Sie sich, dass es jetzt endlich in diesem Land möglich sein wird, nicht nur einen Verkehrsverbund im Sinne eines Tarifs, sondern darüber hinaus eine Allianz auf die Beine gestellt zu haben. Das werden wir in diesem Jahr noch erleben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung zunächst über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1073

ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1073 mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme der Drucksache 12/1077 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 12/1077 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Franz-Josef Berg nimmt heute an seiner letzten Landtagssitzung als Abgeordneter teil. In der kommenden Woche wird er das Amt des Bürgermeisters von Dillingen übernehmen. Ich denke, ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich ihm herzlich danke schön sage für seine Arbeit hier im Parlament. Wir wünschen Dir alles Gute im neuen Amt!

(Beifall des Hauses.)

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.